

Brühl 2018

Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I)



Extremismus Terrorismus



Hochschule des Bundes
für öffentliche
Verwaltung



Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2017/18 (I)**

Brühl /Rheinland 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-91-2

Impressum:
Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.hsbund.de

Inhalt

Vorwort	5
 Grundsatzfragen	
Armin Pfahl-Traughber: Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung. Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen	7
Walter Jung/Juliane Stutter: Organisatorische Einbindung, Ideologie, Biographie, Gewaltbezug, Wirkung. Das OIBGW-Schema zur Analyse extremistischer Einzelpersonen	33
Michael Adelmund/Ingmar Struck: „Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter extremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken. Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland“ (AfD)	84
 Rechtsextremismus	
Sebastian Gräfe: Rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen: Die Entwicklung von 2011 bis 2016 im bundesweiten Vergleich	123
Jürgen P. Lang: Eine neue Neue Rechte? Analyse der Traditionen und Innovationen einer rechtsextremistischen Denkströmung	148
Armin Pfahl-Traughber: Diskurse der Neuen Rechten in dem Publikationsorgan „Sezession“. Eine extremismus- und ideologietheoretische Analyse der Zeitschrift	182
Armin Pfahl-Traughber: Ist die „Alternative für Deutschland“ eine rechtsextremistische Partei? Eine Erörterung aus politikwissenschaftlicher Sicht	208
Christoph Busch: Der rechtsextremistische Diskurs über die „Alternative für Deutschland“. Eine Analyse der Positionierungen zwischen Verdammung und Unterstützung	240

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die sechste Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Aus „arbeitsökonomischen“ Gründen musste es erneut als Doppelausgabe erscheinen. Das JET will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Es versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage präsentieren. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen.

Im Unterschied zu anderen Jahrbüchern ähnlicher thematischer Ausrichtung finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich, steht jeder Autor für seinen Beitrag, d.h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ eingeteilt. Auch in der vorliegenden Ausgabe sei Jochen Rosar von der Hochschule des Bundes in Brühl für sein hohes Engagement bei der Herausgabe des JET ausdrücklich gedankt.

Armin Pfahl-Traugber

Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung

Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Die Alltagsfrage „Was bringt das?“ ist auch an jedes Konzept, jede Methode und jede Theorie in den Wissenschaften zu richten. Denn Erkenntnisgewinn beabsichtigt jede Forschung. Dies gilt auch allgemein für die entwickelte Extremismustheorie und besonders für die vergleichende Extremismusforschung. Demnach muss bezogen auf die konkrete Einschätzung politischer Handlungen als extremistisch wie auf komparative Analysen zu unterschiedlichen Bestrebungen jeweils nach dem Nutzen und Sinn der gemeinten Verfahren gefragt werden. Eine derartige Begründung und Erläuterung ist darüber hinaus notwendig, weil die entwickelte Extremismustheorie wie die vergleichende Extremismusforschung durchaus mit inhaltlichen Fehldeutungen und schlichten Vorurteilen konfrontiert werden. Dies gilt sowohl für die öffentliche wie wissenschaftliche Wahrnehmung.¹ Gegenüber derartigen Einwänden, die durch beabsichtigte wie nicht beabsichtigte Missverständnisse entstanden sein können, soll hier eine Gegenposition im aufklärerischen Sinne eingenommen werden.

Dabei bedarf es zunächst einer erneuten Begriffsbestimmung von Extremismus, wobei sowohl eine allgemeine Definition wie eine argumentative Herleitung notwendig sind. Demnach lauten die ersten Fragestellungen für die vorliegende Erörterung: Was ist mit „Extremismus“ eigentlich gemeint? Und, woraus ergibt sich die Notwendigkeit für die Rede darüber? Erst danach kann zu der eigentlichen Hauptfragestellung übergegangen werden: Welchen genauen Erkenntnisge-

¹ Vgl. u.a. Matthias Brodkorb, Eine Kritik der Kritik. Über die missverstandene Extremismustheorie, in: Matthias Brodkorb (Hrsg.), Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 89-99; Armin Pfahl-Traughber: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 31-55.

winn erbringt die vergleichende Extremismusforschung? Eine Antwort auf diese Frage ist notwendig, da eine komparative Betrachtung von zwei oder mehreren Phänomenen zwar intellektuell reizvoll sein kann, aber nicht zu relevantem Wissen führen muss. Demnach bedarf es einer Erläuterung dazu, was genau mit einem Vergleich herausgefunden werden soll. Und hierzu ergeben sich weitere Fragestellungen: Welche Besonderheiten können erfasst werden? Welche Entwicklungen lassen sich feststellen? Welche Prognosen können formuliert werden? Und, welche Ursachen lassen sich wahrnehmen?

Um Antworten auf die vorgenannten Fragen zu geben, bedarf es folgender methodischer Vorgehensweise: Zunächst geht es um die Ableitung des Extremismusverständnisses aus einer Problemlage (2.), „Extremismus“ in Negativ-Definition und Positiv-Definition (3.) und Differenzierungen des Extremismus über Handlungsstile und Ideologien (4.). Nach Ausführungen zu Gleichsetzung als Ergebnis und Vergleich als Methode (5.) und zur Auswahl von Untersuchungsobjekten für den Vergleich (6.) folgen dann die Erläuterungen zu den Erkenntnissen des Vergleichs bezogen auf Besonderheiten (7.), Entwicklungen (8.), Prognosen (9.) und Ursachen (10.). Dem folgend wird der Erkenntnisgewinn am Fallbeispiel des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) (11.) erörtert und zwar bezogen auf die Ebene des inner-extremistischen nationalen Vergleichs (12.), des inter-extremistischen nationalen Vergleichs (13.), des inner-extremistischen internationalen Vergleichs (14.) und des inter-extremistischen internationalen Vergleichs (15.)

2. Ableitung des Extremismusverständnisses aus einer Problemlage

Der Ausgangspunkt des Extremismusverständnisses ist weder ein Staat noch eine Verfassung. Dabei handelt es sich um Ergebnisse oder Konsequenzen aus einer bestimmten Problemlage. Diese ist mit folgender grundsätzlichen Frage verbunden: Wie kann sich menschliches Wissen am besten entfalten? Bekanntlich kommt man dazu, indem bestimmte Annahmen eine kritische Prüfung an der sozialen Realität erfahren. Es wird dabei nach einer Bestätigung oder nach einer Widerlegung gesucht. Eine solche Auffassung zur Erkenntniserweiterung ist indessen nicht politisch neutral, denn eine damit einhergehende kriti-

sche Betrachtung ist nicht in allen gesellschaftlichen Systemen möglich. Denn es bedarf dazu der Freiheit des Individuums wie der Rechtssicherheit für es. Erst diese Grundprinzipien erlauben inhaltliche Kritik ohne Unterdrückung. Doch welche politischen Denkungsarten und Strukturen ermöglichen dies? Der Blick auf die Geschichte der Menschheit macht deutlich, dass es sich dabei fast immer nur um moderne Demokratien und offene Gesellschaften handelte.

Doch was ist mit diesen beiden Begriffen inhaltlich gemeint? Die Bezeichnung „moderne Demokratie“ steht im Kontrast zu „traditioneller Demokratie“. Im letztgenannten Fall geht es um die klassischen Auffassungen wie sie etwa in der griechischen Antike existierten. Dort gab es zwar auch Abwahlmöglichkeiten und Volkssouveränität, aber keine Gewaltenteilung und Grundrechte. Das moderne Demokratieverständnis kombiniert diese Merkmale und kennt neben dem Mehrheitsprinzip eben auch den Minderheitenschutz. Demnach hat man es hier mit einem von folgenden Merkmalen geprägten politischen Ordnungsmodell zu tun: Abwahlmöglichkeit, Gewaltenkontrolle, Grundrechte, Individualitätsprinzip, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Die Formulierung „offene Gesellschaft“² hebt insbesondere zwei der genannten Prinzipien hervor: Es geht damit um ein Bekenntnis zu den Grundrechten und um eine Forderung nach Pluralismus, welche wiederum die Bedingungen für die Dynamik und Entwicklungsfähigkeit einer Sozialordnung sein sollen.

Dies bedeutet dann auch, dass Akteure unterschiedlichster politischer Ausrichtung ihren Freiraum in einer Gesellschaft erhalten. Doch besteht dabei immer die Gefahr, dass die eine Bestrebung im Namen ihrer Positionen die andere Bestrebung unterdrückt. Um aber nun allen Akteuren die gleichen Chancen auf die Erlangung von politischer Macht zu geben, müssten sich auch alle Bestrebungen an einen Minimumkonsens von Spielregeln und Wertvorstellungen halten. Dazu gehören die erwähnten sieben Bestandteile „moderner Demokratien“, die bei ihrer Akzeptanz einem breiten Bereich von politischen Einstellungen und Handlungen jeweils großen Raum zur Verbreitung geben. Dies meint auch die Formulierung „offene“ bzw. „pluralistische“ Ge-

² Die Formulierung bezieht sich auf: Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons, Bd. 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen (1945), München 1980.

sellschaft, die eben nicht von politischer Homogenität geprägt sein will. Es gibt aber auch immer wieder politische Akteure mit gegenteiliger Position: Diese akzeptieren die allseitige Freiheit für Individuen und deren Rechtssicherheit ebenso wenig wie die moderne Demokratie und offene Gesellschaft. Genau dann ist von „Extremismus“ die Rede.

3. „Extremismus“ in Negativ-Definition und Positiv-Definition

Demnach steht dieser Begriff für eine Sammelbezeichnung, die sich auf alle Auffassungen und Handlungen gegen die Grundprinzipien einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft bezieht. Es geht nicht wie in einigen falschen Annahmen um eine Distanz oder Kritik gegenüber der „Mitte“, der Regierung, dem Staat oder der Verfassung. Es geht um eine Frontstellung gegen Abwahlmöglichkeit, Gewaltkontrolle, Grundrechte, Individualitätsprinzip, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit oder Volkssouveränität. Für die Anhänger der Extremismustheorie kommt diesen politischen Prinzipien im politischen wie wissenschaftlichen Sinne ein hoher Stellenwert zu.³ Demgegenüber müssten die Gegner der Extremismustheorie erläutern, warum ihnen das Bekenntnis zu einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft weniger wichtig ist. Diese Einstellung kann sich durch eine Negierung einiger dieser Prinzipien erklären. Sie ist mitunter aber auch Folge einer indifferenten Forschungsperspektive - unabhängig von den genannten Normen.

Demgegenüber geht die Auffassung von „Extremismus“ gerade von ihnen aus. Dies birgt indessen für die Definition einige Schwierigkeiten. Denn mit der oben formulierten Begriffsbestimmung wird nicht erklärt, was Extremismus ist, sondern nur, was Extremismus nicht ist. Es handelt sich demnach um eine Negativ-Definition, die auf den besonders ausgeprägten Gegensatz zu bestimmten Prinzipien hinaus-

³ Vgl. u.a. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Armin Pfahl-Traughber: Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

läuft. Damit sind hier die erwähnten Bestandteile moderner Demokratie und offener Gesellschaft gemeint. Eine Frontstellung gegenüber diesen bildet die inhaltliche Grundlage für die gemeinten Zuordnungen. Dadurch erklärt sich auch, warum man es in Handlungsstil und Ideologie mit ganz unterschiedlichen Phänomenen zu tun haben kann. Das Extremismusverständnis stellt demnach konstitutiv auf diesen Gegensatz ab. Auch hier wäre an die Adresse der Gegner und Kritiker zu fragen: Warum soll für die Beschreibung eines politischen Phänomens dessen Positionierung zu moderner Demokratie und offener Gesellschaft keine Relevanz zukommen?

Gleichwohl hat man es weiterhin mit einer Negativ-Definition zu, wobei diese aber zu einer Positiv-Definition erweitert werden kann. Denn bei der erwähnten Frontstellung gegen die genannten Prinzipien lassen sich in den diversen Extremismen identische Strukturmerkmale feststellen. Dazu gehören erstens der exklusive Erkenntnisanspruch, zweitens der dogmatische Absolutheitsanspruch, drittens das essentialistische Deutungsmonopol, viertens die holistische Steuerungsabsicht, fünftens das deterministische Geschichtsbild, sechstens die identitäre Gesellschaftskonzeption, siebtens der dualistische Rigorismus und achtens die fundamentale Verwerfung.⁴ In der jeweiligen Einstellung ist die Form demnach gleich, der Inhalt aber verschieden. Dies sei an einem Beispiel erläutert: Die beschworene Einheitlichkeit der Gesellschaft kann demnach je nach Ideologie im Namen von ethnischer, religiöser oder sozialer Zugehörigkeit erfolgen. Das Ergebnis wäre formal aber identisch, liefe dies doch auf die Bejahung der Homogenität und die Negierung des Pluralismus hinaus.

4. Differenzierungen des Extremismus über Handlungsstile und Ideologien

Demnach wäre in einer erweiterten Definition „Extremismus“ eine Sammelbezeichnung für alle Auffassungen und Handlungen, die sich

⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32. Ähnliche Strukturmerkmale nannte Backes (Anm. 3), S. 298-311.

gegen die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft richten und dabei von Dogmatismus, Ganzheitlichkeit, Rigorismus etc. geprägt sind. Die Formulierung „Sammelbezeichnung“ meint, dass die Phänomene durchaus Unterschiede aufweisen können. Dies gilt für den Handlungsstil wie für die Ideologien. Im erstgenannten Bereich geht es darum, wie ein politischer Akteur gegenüber der jeweiligen Gesellschaft auftritt. Um in ihr ideologische Akzeptanz zu finden, bieten sich diverse Organisationsformen und verschiedene Strategien an. Auch bezogen auf die Inhalte von Programmatik können Unterschiede und Widersprüche bestehen. Derartige Differenzen nimmt die allgemeine Extremismustheorie wie die vergleichende Extremismusforschung sehr wohl zur Kenntnis. Allein von daher ist ein immer wieder zu hörender Einwand, wonach hier eine Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene erfolge, unzutreffend.

Bezogen auf die Differenzierungen im Ideologiebereich bietet sich folgende Unterscheidung an: Ein linker Extremismus bezieht sich auf die Forderung nach mehr sozialer Gleichheit, womit dann aber die Ablehnung von moderner Demokratie und offener Gesellschaft einherginge. Dies ist bei den Anarchisten mit der Negierung des demokratischen Staates, und bei den Marxisten-Leninisten mit der Etablierung einer sozialistischen Diktatur als jeweiliges politisches Ziel gegeben. Beim rechten Extremismus kommt ein herausragender Stellenwert der ethnischen Zugehörigkeit zu. Die Berufung auf ein „Deutschsein“ oder „Weißsein“ führt hier zur Diskriminierung und Herabwürdigung von Menschen ohne diese Zugehörigkeiten, womit man es mit Nationalismus oder Rassismus zu tun hat. Und der religiöse Extremismus möchte besondere Glaubensinhalte zum Staatsprinzip erheben, dabei aber Anders- und Nichtgläubigen einen geringeren Rechtsstatus zuschreiben. Eine Art diktatorischer „Gottesstaat“ ist denn auch bei Islamisten eine konkrete politische Zielsetzung.

Differenzen bei Extremisten bestehen aber auch im Handlungsstil: Hier könnten zunächst gewalttätige und nicht-gewalttätige Vorgehensweisen unterschieden werden. Und dann existieren innerhalb dieser Kategorien noch die unterschiedlichsten Organisationsformen und Strategien, was zunächst für den letztgenannten Bereich veranschaulicht sei: Es gibt Aktivistengruppen, die über Demonstrationen in die Gesellschaft hineinwirken, Kulturorganisationen, die ihre Anhänger

über Engagement im Alltagsleben finden, Parteien, die Einfluss auf die Politik in Parlamenten nehmen, oder Subkulturen, die auf Jugendliche in bestimmten sozialen Milieus zielen. Bei den Extremisten mit Gewaltbezug kann der Grad von einschlägigen Handlungen ein Unterscheidungskriterium bilden: Die eher spontanen Angriffe bei Demonstrationen auf Polizisten weisen eine andere Dimension auf als die geplanten Attentate auf Menschen mit Todesfolgen. Auch hier erfolgt aus dem Blick der vergleichenden Extremismusforschung keine Gleichsetzung hinsichtlich der Wirkung.

5. Gleichsetzung als Ergebnis, Vergleich als Methode

Diese Anmerkung macht bezogen auf zwei Begriffe eine Definition und Unterscheidung notwendig: „Gleichsetzung“ und „Vergleich“. Denn beide Bezeichnungen werden nicht nur im alltäglichen, sondern auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mitunter falsch oder unangemessen genutzt. Formulierungen wie „Man kann doch nicht x mit y vergleichen“ finden sich häufig, wobei dann inhaltlich eigentlich „gleichsetzen“ gemeint ist. Daher bedarf es hierzu noch einer klarstellenden Erläuterung: Bei einem Vergleich handelt es sich um eine ergebnisoffene Methode, die nach den Gemeinsamkeiten und Unterschiede von bestimmten Phänomenen im Lichte konkreter Erkenntnisinteressen oder Kriterien fragt.⁵ Bei einer Gleichsetzung handelt es sich um das Ergebnis eines zuvor angestellten Vergleichs, der bei der Analyse bestimmter Merkmale eben zur Feststellung von dominierenden Gemeinsamkeiten führte. Insofern können auch die sprichwörtlichen Äpfel sehr wohl mit den Birnen hinsichtlich relevanter Eigenschaften verglichen werden.

Als entscheidend für den Erkenntnisgewinn gelten die genutzten Kriterien, die wiederum von der jeweiligen Forschungsfrage für das komparative Vorgehen abhängig sind. Ein Vergleich um des Vergleichs willen macht wenig Sinn. Denn dabei handelt es sich um eine

⁵ Vgl. u.a. Sabine Kroop/Michael Minkenberg (Hrsg.), *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2005; Hans-Joachim Lauth/Gert Pickert/Susanne Pickert (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden 2009. Derartige Einführung oder Sammelbände beziehen sich aber meist nicht auf extremistische Bestrebungen, sondern auf politische Systeme.

Methode, die Antworten oder Erklärungen liefern soll. Somit bedarf es erstens einer erkenntnisleitenden Fragestellung. Hieraus wären zweitens die Ansätze zu deren Beantwortung über einen Vergleich abzuleiten. Dem folgend ginge es drittens um die Auswahl der konkreten Untersuchungsobjekte. Und viertens müssten die Kriterien für deren Analyse benannt und systematisiert werden. Dieses Erkenntnisinteresse bzw. Vorgehen schließt komparative Betrachtungen von Phänomenen, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind, eher aus. So macht ein Vergleich einer Person mit einem System ebenso wenig Sinn wie ein Vergleich einer Partei mit einer Subkultur. Es sollte nur um eine komparative Betrachtung von Bewegungen mit Bewegungen, Gruppen mit Gruppen oder Parteien mit Parteien gehen.⁶

Eine Gleichsetzung als Ergebnis des Vergleichs bedarf der Begründung der dafür genutzten Kriterien. Um bei dem sprichwörtlichen Beispiel der Äpfel und Birnen zu bleiben, kann man hier bei einer komparativen Betrachtung entsprechend des gewählten Erkenntnisinteresses und der damit verbundenen Gesichtspunkte zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen: Bei dem Merkmal „essbares Fallobst“ konstatiert man Gemeinsamkeiten, bei dem Merkmal „runde Form“ Unterschiede. Begründet werden müsste hier, warum das jeweils genannte Kriterium und nicht ein anderes für die Untersuchung methodische Verwendung fand. Demnach bedürfen bei einem Vergleich primär die Fragestellung und die Merkmale und weniger die Methode und die Perspektive einer Erklärung. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass die komparative Betrachtung zum Ergebnis einer weitgehenden Gleichsetzung kommen kann. Dies wäre aber nur ein mögliches Resultat. Der Erkenntnisgewinn dürfte bei Unterschieden sogar höher liegen.

6. Auswahl von Untersuchungsobjekten für den Vergleich

Welche Auswahl von Untersuchungsobjekten für den Vergleich soll getroffen werden? Dazu bieten sich drei verschiedene Ebenen an: Ers-

⁶ Dies schließt nicht aus, dass man über eine bestimmte Fragestellung politische Bestrebungen auf unterschiedlichen Ebenen vergleichend untersucht. So könnte etwa nach den Erfolgsbedingungen für Strategien einer Aktivistengruppen wie den Neonazis und einer Partei wie der NPD gefragt werden.

tens wären dies bestimmte Bestrebungen aus dem gleichen Extremismusbereich mit gleicher Organisationsform im jeweiligen Land. Damit einhergehende Fragestellungen können sich auf die Gegenwart, aber auch auf die Vergangenheit beziehen. Eine Einschätzung der aktuellen politischen Relevanz der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) seit ihrer Neuausrichtung Mitte der 1990er Jahre ist etwa nach einem Blick auf ihre „Blütezeit“ als Wahlpartei in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre einfacher möglich.⁷ Auch bietet sich hier an, eine komparative Betrachtung zu anderen früheren rechtsextremistischen Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) oder „Die Republikaner“ (REP) vorzunehmen. Dabei entsteht ein inhaltlicher Maßstab für politische Relevanz, womit erst eine differenzierte Einschätzung des konkreten Gefahrenpotentials im Lichte von historischen Erfahrungen möglich wird.

Ein zweiter Bezugspunkt für einen Vergleich besteht in Handlungsstil und Organisationsform ähnlicher politischer Bestrebungen in den anderen Extremismusbereichen. Hierdurch können nicht nur die besonderen Konturen des gemeinten Phänomens besser erkannt werden, auch die gesellschaftliche Wirkung lässt sich durch die komparative Perspektive genauer einschätzen. Beispielhaft dafür stehen die links- und rechtsextremistischen Autonomen, wobei die Letztgenannten in Aktionsstil, Habitus, Kleidung und Organisationsform eine exakte Kopie ihres Vorbilds von dem entgegen gesetzten politischen Lager sind. Eindeutige Differenzen ergeben sich aber in der Ideologie, woraus wiederum Unterschiede bei Feindbildern, Gewaltzielen und Selbstverständnis abgeleitet werden können. Im Lichte der Geschichte der linksextremistischen Autonomen ist gleichwohl die Entwicklung der rechtsextremistischen Autonomen sowohl besser einschätz- wie

⁷ Vgl. u.a. Marc Brandstätter, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013, S. 344-357; Armin Pfahl-Traugher, Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Echten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 55-76.

prognostizierbar. Die vergleichende Betrachtung liefert sowohl Informationen wie Maßstäbe für solche Untersuchungen.⁸

Und drittens verdient die Betrachtung von inner- wie inter-extremistischen Prozessen in anderen Ländern besondere Aufmerksamkeit. Dies gilt insbesondere für länderübergreifend operierende Gruppierungen wie etwa im Bereich des islamistischen Terrorismus. Anhänger von „Al-Qaida“ (AQ) oder des „Islamischen Staates“ (IS) begehen etwa Anschläge und Attentate in Frankreich, wobei sie einem konkreten Muster in Personenzusammensetzung, Tatortauswahl oder Vorgehensweise folgen. In einem geringeren Ausmaß gab es einschlägige Planungen auch in Deutschland. Mit dem komparativen Blick nach Frankreich lassen sich demnach auch hierzulande mögliche Optionen dieses Terrorismus prognostizieren. Es können auch Erkenntnisse aus der inter-extremistischen Perspektive für den länderübergreifenden Raum gewonnen werden. So hat sich der islamistische Terrorismus nach dem 11. September 2001 immer mehr in Form von Klein-Zellen organisiert.⁹ Auch beim „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) mit drei Personen handelte es sich um eine solche Struktur.

7. Erkenntnis des Vergleichs (I): Besonderheiten

Welchen Erkenntnisgewinn der Vergleich im vorgenannten Sinne bringen kann, soll fortan anhand von abstrakten Erläuterungen wie konkreten Fallbeispielen veranschaulicht werden. Am Beginn steht erstens die Erfassung von Besonderheiten eines Phänomens: Bei der

⁸ Vgl. u.a. Udo Baron, Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie. Links- und Rechtsautonome im Vergleich, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl 2012, S. 97-114; Rudolf van Hüllen, „Autonome Nationalisten“ zwischen politischer Produktpiraterie und „Nähe zum Gegner“. Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewalt ritualen als Brücken zu den linkextremistischen Autonomen, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 191-210.

⁹ Vgl. u.a. Jason Burke, Al-Qaida. Entstehung, Geschichte, Organisation, Düsseldorf 2004; Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005.

Betrachtung von extremistischen Gruppen, Organisationen oder Parteien erhält man eine Fülle von Informationen ganz unterschiedlichen Inhalts. Unklar bleibt dabei zunächst, welche Einzelerkenntnisse aus welchen Gründen von Relevanz sind. Die Bestandteile des E-IO-S-W-Schemas, also Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung¹⁰, dienen dazu, hier eine Ordnung und Systematisierung vorzunehmen. Indessen werden dadurch die Konturen der untersuchten Akteure nur in Ansätzen deutlich. Gerade der komparative Blick auf formal oder inhaltlich ähnliche Phänomene veranschaulicht erst die Spezifika des untersuchten Objektes. Die konkreten Besonderheiten ergeben sich dann aus den festgestellten Unterschieden nach einem systematischen Vergleich.

Beispielsweise macht die so ausgerichtete Analyse der Kandidaturen der NPD deutlich, dass es sich um eine rechtsextremistische Partei traditionellen Typs handelt. Die Betrachtung der Ideologie lässt eine starke Anlehnung an nationalsozialistische Prägungen erkennen. Auch wenn die NPD mit dem Aufgreifen außen-, sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen eine ausgeprägte Gegenwartsorientierung und Modernität vermitteln will, ist sie in Erscheinungsbild, Habitus, Programmatik und Symbolik doch stark von Vergangenheitsorientierung geprägt. Demgegenüber geben sich erfolgreichere rechtsextremistische Parteien wie die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) oder die „Front National“ (FN) in Frankreich moderner. Ihnen geht es nicht um das Anknüpfen an frühere Bewegungen oder die Re-Etablierung von historischen Systemen. Demnach macht die komparative Betrachtung hier die Differenzierung von zwei Formen rechtsextremistischer Parteien als modernen und traditionellen Typen deutlich.¹¹

Exemplarisch kann man als Ergebnis einer vergleichenden Analyse auch das höhere Kommunikations- und Reflexionsniveau linksextre-

¹⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IO-S-W-Schema zu Analyse und Vergleich extremistischer Organisationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl 2012, S. 7-27.

¹¹ Vgl. Robert Ackermann, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen 2012, Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie eine rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin 2008.

mistisch motivierter Gewalttaten konstatieren. Dies belegt zunächst einmal der Blick auf die formale Bildung der Akteure, die hier bedeutend höher als im Islamismus und Rechtsextremismus ist. Im letztgenannten Bereich lassen sich eher Personen mit geringerer Bildung ausmachen, im Islamismus besteht eine allgemeinere Verteilung. Diese formale Besonderheit ist für Gewalthandlungen im Linksextremismus noch aus anderen Gründen von inhaltlicher Wichtigkeit: Sie erklärt angesichts des ausgeprägten Reflexionsniveaus auch den höheren Stellenwert einer legitimierenden Kommunikation: Bei klandestin geplanten Anschlägen von Linksextremisten gibt es kontinuierlich eine ideologische Legitimation durch öffentliche Erklärungen unterschiedlichster Form. Derartiges Agieren erfolgt mit Internet-Einstellungen von Islamisten nur eingeschränkt und kommt bei Rechtsextremisten fast nie vor.¹²

8. Erkenntnisgewinn des Vergleichs (II): Entwicklungen

Ein zweiter Bereich von Erkenntnisgewinn durch Vergleich nimmt die Entwicklung eines untersuchten Phänomens ins Visier. Aus der Betrachtung einzelner Daten, seien es zu Demonstrationsteilnehmern, Gewaltintensität, Mitgliederzahlen oder Verbindungen, lassen sich isoliert kaum Einschätzungen zur Relevanz der Phänomene ableiten. Hierfür bedarf es zunächst besonderer Kriterien, die erst eine genaue Einschätzung möglich machen. Darüber hinaus muss das gemeinte extremistische Objekt im Kontext seines Wirkens untersucht werden. Erst so entsteht ein Maßstab, der für die Einschätzung des Gefahrenpotentials von Gewalthandlungen oder der Resonanz in der Gesellschaft genutzt werden kann. Die erkenntnisbezogene Basis dafür bilden komparative Untersuchungen, welche das gemeinte Objekt im Lichte der Dynamik ähnlicher Phänomene ins Visier nehmen. Erst so

¹² Bezogen auf komparative Betrachtungen mit islamistischen Anschlagakteuren besteht ein Desiderat in der Forschung. Hingegen liegen einige ältere vergleichende Erörterungen zu links- und rechtsextremistischen Gewaltpotentialen vor, vgl. u.a. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Autonome und Skinheads – ein Vergleich, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 6, Bonn 1994, S. 7-34; Friedhelm Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Gewalt von rechts, Bonn 1982, S. 155-204.

lassen sich Einschätzungen wie eine „besondere Bedrohung“ oder eine „neue Qualität“, aber auch „erkennbare Niedergangstendenzen“ oder „sinkende Relevanz“ begründet formulieren.

Als beispielhaft dafür kann die Entwicklung von AQ gelten. Der Blick auf die Geschichte der islamistischen Gruppierung macht deutlich, dass sie sowohl bezogen auf die Anschlagziele wie die Organisationsstruktur unterschiedliche Veränderungen vorgenommen hat. Dazu gehört bezogen auf den erstgenannten Aspekt die Konzentration auf den „fernen“ statt auf den „nahen Feind“. Gemeint ist damit, dass die Gewalthandlungen sich nicht mehr wie zu Beginn primär auf angeblich säkulare Objekte in der islamisch geprägten Welt beziehen. Statt dessen nahm man eher Einrichtungen und Menschen aus dem behaupteten verderblichen Westen ins Visier. Auch hinsichtlich der Form der Organisation ließ sich in der Struktur ein Wandel konstatieren, gab es doch die erwähnte Abkehr von eher autoritären und festen Strukturen hin zu mehr autonomen und losen Zellen. Demnach hatte man es nach dem 11. September 2001 bei AQ mit einer anderen terroristischen Struktur zu tun.¹³ Die Entwicklung in der Gegenwart ist darüber hinaus noch durch die IS-Konkurrenz geprägt.

Als exemplarisch für die Einschätzung von Entwicklungen durch einen Vergleich kann man auch die Analyse der „Autonomen Nationalisten“ (AN) als Kopie der linksextremistischen Autonomen ansehen. Die Letztgenannten entstanden zu Beginn der 1980er Jahre als politische Subkultur. Deren Aktionismus, Lebensstil, Militanz und Organisationsform lösten zumindest zeitweilig bei bestimmten Jugendlichen eine gewisse Zuneigung aus, da die den Autonomen eigenen Besonderheiten auch ihren eher unpolitischen Mentalitäten entsprachen. Die gleichen Attraktivitätspotentiale wie im Linksextremismus ließen das Aufkommen von Autonomen im Rechtsextremismus als möglich erscheinen. Bereits zuvor hatte die Neonazi-Szene mit dem „Kameradschafts“-Modell die Organisationsform der linksextremistischen Autonomen übernommen, und insofern konnten bei den Aktionsformen und dem Selbstverständnis weitere Übernahmen nicht verwundern.

¹³ Vgl. Anm. 9.

Die Entwicklung in dem einen Extremismusbereich ging die Entwicklung in dem anderen Extremismusbereich voraus.¹⁴

9. Erkenntnisgewinn des Vergleichs (III): Prognosen

Als dritter Bereich von Erkenntnisgewinn durch Vergleich seien hier die Prognosemöglichkeiten genannt. Dabei handelt es sich – wie bei allen Aussagen über die Zukunft – um kein einfaches und unproblematisches Vorgehen. Gleichwohl erlaubt der Blick auf die Entwicklungen in den jeweils anderen Extremismusbereichen oder Ländern die Herausarbeitung von Modellen oder Szenarien im untersuchten Extremismusbereich. Denn die historische Rückschau macht deutlich, dass extremistische Gruppen in Organisationsform und Strategie voneinander lernen. Mitunter nennt man in dem einen Extremismusbereich das jeweilige Gegenüber auch ganz offen für den eigenen Handlungsstil als Vorbild. Selbst wenn dies in einer direkten Form nicht geschieht, können die Akteure in dem einen Extremismusbereich auf ähnliche Ideen wie die Akteure in dem anderen Extremismusbereich kommen. Die gleiche Reaktion auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder staatliches Vorgehen bietet dafür häufig den konkreten Anlass für dann erwartbare Veränderungen.

Der Blick auf die Entwicklung links- und rechtsextremistischer Parteien in Europa macht beispielsweise deutlich, dass deren Erfolge bei Kandidaturen von einer Mäßigung in der Öffentlichkeit abhängen. Bis auf wenige Ausnahmen gelingt es orthodox-kommunistischen Parteien ebenso wenig wie faschistisch-nationalsozialistischen Parteien hohe Stimmengewinne bei Wahlen zu verbuchen. Es gibt immer wieder Ausnahmen wie in diesem Fall in Griechenland. Aber allgemein kann diese Beobachtung politische Gültigkeit beanspruchen.¹⁵ Daraus lässt sich als Prognose ableiten, dass eindeutig extremistische eher geringen und formal gemäßigtere Kräfte eher größere Wahlerfolge haben dürf-

¹⁴ Vgl. Anm. 8.

¹⁵ Vgl. u.a. Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011; Armin Pfahl-Traughber, Die Gefahr des Extremismus durch links- und rechtsextremistische Parteien. Darstellungen und Einschätzungen zur Entwicklung in Europa, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus, Baden-Baden 2015, S. 137-150.

ten. Für Deutschland leitet sich als Konsequenz daraus ab, dass eine doch sehr stark von der Gedankenwelt der 1920 bis 1940er Jahre geprägte Partei wie die NPD keine längerfristigen hohen Stimmengewinne verbuchen dürfte. Demgegenüber kann eine sich gemäßigte gebende Partei wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit größeren Wahlerfolgen rechnen.

Exemplarisch lässt sich anhand der Entwicklung des deutschen Linksterrorismus seit den 1970er Jahren zeigen, dass ein bestimmtes Organisationsmodell den folgenden Terrorismus prägte: Einige Akteure wie die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ (RZ) gingen dazu über, ihre Handlungen aus relativ eigenständig vorgehenden Kleingruppen heraus durchzuführen. Hier bestand auch eine Differenz zur „Roten Armee Fraktion“ (RAF) mit ihrer elitären Kommandoebene und hierarchischen Struktur. Diese Form der Organisation stand zwar für ausgeprägte Effektivität von Gewaltakten hoher Intensität, aber auch für die Gefahr der Zerschlagung nach der Verhaftung von Spitzenakteuren. Die Einsicht in den letztgenannten Gesichtspunkt führte dann bei den anderen genannten Gruppen zur Orientierung an einem Zellenmodell.¹⁶ Wenn nun deutsche Linksterroristen derartige Einsichten in Organisationsveränderungen umsetzen, dann können dies auch islamistische Dihadisten und deutsche Rechtsterroristen tun – was in formal ähnlicher Weise geschah.

10. Erkenntnisgewinn des Vergleichs (IV): Ursachen

Und schließlich soll als vierter Bereich des Erkenntnisgewinns durch einen Vergleich die Ursachenanalyse ins Visier genommen werden. Hierbei bedarf es zunächst der Feststellung, dass eine komparative Perspektive nur ein Instrument bei der Suche nach den Bedingungsfaktoren für die Entstehung und Entwicklung in den Extremismen sein kann. Eine solche Analyse erfolgt auf einer anderen Ebene. Gleichwohl dient ein komparativer Blick dazu, deren jeweiligen Einflussgrad

¹⁶ Vgl. u.a. Lutz Korndörfer, Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni, in: Alexander Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden 2008, S. 237-256; Johannes Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland, in: ebenda, S. 257-274.

im Ursachenbündel genauer zu bestimmen. Lässt sich ein einzelner Bedingungsfaktor allein in einem Extremismusbereich oder in allen Extremismusbereichen ausmachen? Spielen bei der Absicht zu extremistischen Handlungen ideologische oder mentale Motive eine größere Rolle? Welche Bedeutung kommt bei Gewalthandlungen bei den Taten die Vermittelbarkeit zu? Derartige Fragen können differenzierter und genauer nach einer vergleichenden Betrachtung ähnlicher politischer Bestrebungen mit anderer ideologischer Orientierung beantwortet werden.

Beispielhaft soll dies anhand der Frage erörtert werden, welche Bedingungsfaktoren in unterschiedlichen Ländern die Entwicklung von rechtsextremistischen Parteien mit populistischer Prägung erklären. Der Blick auf Europa macht deutlich: Derartige Prozesse lassen sich in verschiedenen Staaten konstatieren. Demgemäß müssen allgemein für alle Länder einige gleiche Ursachen existieren, es dürfte aber auch einige regionale Spezifika geben. Dabei kann die komparative Betrachtung sehr differenzierte Feststellungen treffen: So macht der Blick in die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft, deutlich, dass ein hohes Ausmaß an Angst vor Arbeitslosigkeit hier begünstigend wirkt. Es gibt hier aber keinen Automatismus, denn ansonsten müssten auch Länder mit großen sozioökonomischen Problemen wie Spanien anfällig für entsprechendes Wahlverhalten sein. Hier bieten sich auch vergleichende Betrachtungen mit linksextremistischen Parteien an, denen offenbar ein als typisch geltendes Wählerpotential abhanden zu kommen scheint.¹⁷

Exemplarisch deutlich wird der Erkenntnisgewinn des Vergleichs, der bei der Ursachenanalyse extremistischer Gewalt erfolgen soll, auch bei der Betrachtung des Kontextes von Gewaltintensität und Organisationsstruktur terroristischer Gruppen. So kursiert in der Forschung die folgende Auffassung: Das abgeschottete Leben im Untergrund führte aufgrund der Eigendynamik von sozialen Prozessen unter Terroristen zu einer stärkeren Gewaltneigung. Demgegenüber würde das Leben in der Legalität von „Feierabendterroristen“ aufgrund der stärkeren Einbettung in die gesellschaftliche Realität der Alltagswelt zu einer Mäßigung der Gewaltneigung führen. Der Blick auf die RAF und die RZ

¹⁷ Vgl. u.a. Tom Mannewitz: Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und –misserfolge, Baden-Baden 2012.

im Linksterrorismus spricht für diese Annahme. Bestätigung erhält sie auch durch die Betrachtung der Entwicklung im Rechtsterrorismus.¹⁸ Eine breitere komparative Analyse könnte diesen Kontext auch bei Einbeziehung des islamistischen Terrorismus untersuchen. Dort scheint dies nicht der Fall zu sein, woraus sich die Frage nach den Gründen für diese Spezifika ergibt.

11. Erkenntnisgewinn am Fallbeispiel des rechtsterroristischen NSU

Um den Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung noch einmal ausführlicher zu erläutern, soll hier ein Fallbeispiel genaueres Interesse finden. Es geht dabei um den rechtsterroristischen NSU, der zehn Morde und drei Sprengstoffanschläge durchführte. Deren Aktivisten lebten zwischen 1998 und 2011 abgetaucht im Untergrund und hatten zwischen 2000 und 2006 die erwähnten Verbrechen begangen.¹⁹ Bekannt wurden diese erst durch einen Zufall. Denn die Gruppierung blieb bis dahin sowohl den Polizei- wie den Verfassungsschutzbehörden unbekannt. Dies löste nach der Aufdeckung des NSU heftige Kritik aus. Eine Fülle von Fehlern, Pannen und Versäumnissen wurde durch Journalisten, Untersuchungsausschüsse und Wissenschaftlern aufgedeckt. Die Behördenleiter verwiesen darauf auf Kommunikationsprobleme hin und gründeten neue Gremien zu diesbezüglichen Verbesserungen. Inwieweit die Nicht-Erkennung des NSU mehr das Ergebnis von fehlender Analysekompetenz war, wurde demgegenüber kaum erörtert.²⁰

¹⁸ Vgl. u.a. Torsten Kriskofski, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Analyse zum Kontext von Gewaltintensität und Organisationsstruktur, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 210-228; Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 163-167.

¹⁹ Vgl. u.a. Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012; Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012.

²⁰ Vgl. Thomas Grumke/Rudolf van Hüllen, Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Zukunft?, Opladen 2016, S. 85-180; Armin Pfahl-Traughber, Die Lehren aus der Nichterkennung der NSU-Serienmorde. Plädoyer für eine

Auch darüber hinaus fanden damit einhergehende Aspekte in der öffentlichen Auseinandersetzung nur geringes Interesse. Eine Ausnahme war ein Beitrag des Fachjournalisten Andreas Speit, der in einem Kommentar mit dem Titel „Fehler im System“ schrieb: „Vor allem eine grundlegend falsche Analyse dürfte das Versagen der Sicherheitsbehörden mit verursacht haben. Die Extremismustheorie nämlich, mit der die Behörden arbeiten.“ Der Autor kritisierte dann weiter „die Bezugnahme auf den Linksterrorismus. Denn aus dem Fehlen von Bekennerschreibern wird die Inexistenz einer rechtsterroristischen Organisation gefolgert. Kurz: Rechtsterrorismus ist gleich Linksterrorismus – dass beide Szenen unterschiedliche Opfergruppen und Strategien haben, wird komplett ausgeblendet. Eine ‚Braune Armee Fraktion‘ muss wie die ‚RAF‘ gestrickt sein.“²¹ Doch kann die Nicht-Erkennung des NSU durch die analytische Fixierung auf die Extremismustheorie bzw. vergleichende Extremismusforschung erklärt werden?

Gegenüber dieser Auffassung soll hier eine gegenteilige Position formuliert werden: Gerade der komparative Blick auf die Entwicklung im gewaltorientierten Extremismus hätte zur früheren Wahrnehmung führen können. Die falsche Rede von der „Braunen Armee Fraktion“ ging ja nicht auf eine Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, sondern auf die Ignoranz gegenüber seriösen Vergleichsverfahren zurück. Es gab hier keine falsche Analyse, es gab hier überhaupt keine Analyse. Welche Erkenntnisse die vergleichende Perspektive demgegenüber erbringen kann, soll in der folgenden Betrachtung anhand von komparativen Erörterungen zu den allgemein bereits erwähnten Ebenen für eine solche Untersuchung aufgezeigt werden. Es geht demnach erstens um die Ebene des inner-extremistischen nationalen Vergleichs, zweitens um die Ebene des inter-extremistischen nationalen Vergleichs, drittens um die Ebene des inner-extremistischen internationalen Vergleichs und viertens um die Ebene des inter-extremistischen internationalen Vergleichs.

Reform der Sicherheitsbehörden hin zu mehr Analyse, in: *Kriminalistik* 67 (2013), H. 1, S. 17-24.

²¹ Andreas Speit, Fehler im System, in: Die Tageszeitung (taz) vom 4. November 2014, S. 13.

12. Ebene des inner-extremistischen nationalen Vergleichs

Die Ebene des inner-extremistischen nationalen Vergleichs meint den Blick auf die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus seit Ende der 1960er Jahre.²² Es lassen sich folgende Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen: Hinsichtlich des politischen Hintergrundes der Täter kann man eine Kontinuität ausmachen. Denn ebenso wie die früheren Rechtsterroristen ehemalige Anhänger der NPD oder der Neonazi-Szene waren, kamen die NSU-Aktivisten aus der Neonazi- und Skinhead-Szene. Offenkundig fand dort ein Radikalisierungsprozess in Richtung der Gewaltneigung wie der Ideologisierung statt. Hinsichtlich der Auswahl der Opfergruppen kann man ebenfalls Kontinuität feststellen: Während sich die ersten rechtsterroristischen Aktivitäten noch gegen „linke“ Ziele richteten, spielte spätestens seit der „Deutschen Aktionsgruppe“ von 1980 die Fremdenfeindlichkeit eine herausragende Rolle. Bis auf eine Ausnahme waren auch alle Opfer des NSU sowohl bei den Anschlägen wie den Morden Menschen mit Migrationshintergrund.

Beim vergleichenden Blick auf die Gewaltintensität der Handlungen können demgegenüber eindeutig Unterschiede ausgemacht werden: Links- wie rechtsterroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland waren keineswegs von Anfang an und immer mit der Ermordung oder Tötung von Menschen verbunden. Beide Ideologiebereiche dieser Form politisch motivierter Gewalttaten eint, dass man sich zunächst auf Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen oder Fahrzeuge beschränkte. Mitunter kamen dabei Menschen ums Leben, wobei deren Ermordung im Sinne einer gezielten Tötung nicht vorher beabsichtigt war. Dies gilt auch für Anschläge auf Flüchtlingsheime wie im Fall der erwähnten „Deutschen Aktionsgruppe“. Hinsichtlich einer Ermordung aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht heraus wie bei den NSU-Taten, gab es nur einen Fall ähnlicher Gewaltintensität: 1980 erschoss mutmaßlich der Neonazi Uwe Behrendt den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin in gleicher Form in deren Privatwohnung.

²² Vgl. u.a. Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991, S. 96-116; Bernhard Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 231-334.

Und schließlich besteht noch eine Besonderheit des NSU hinsichtlich der Botschaft der Taten: Denn Terrorismus ist auch eine „Kommunikationsstrategie“²³, welche politische Inhalte in die Öffentlichkeit tragen will. Während Linksterroristen dazu häufig lange Bekennerschreiben verfassten, fehlten solche Erklärungen meist bei Rechtsterroristen.²⁴ Sie gingen in der Regel davon aus, dass die beabsichtigte politische Botschaft durch die Auswahl ihrer Opfer und Tatorte deutlich werde. Dies hätte beim NSU angesichts der Mordserie an Menschen mit Migrationshintergrund auch der Fall sein können, standen sie doch für die fremdenfeindliche Motivation der Täter. Die Fehlwahrnehmung der Polizei, die von kriminellen Hintergründen ausging, wurde indessen nicht durch Bekenntnisse wie etwa das Hinterlassen einschlägiger Parolen oder Symbole an den Tatorten „korrigiert“.²⁵ Während der Existenz des NSU stand somit sein Agieren für einen „*bekennnislosen*“²⁶ Terrorismus, was für eine Besonderheit steht. Demgemäß wies der NSU eine „neue Qualität“ des Rechtsterrorismus auf.

13. Ebene des inter-extremistischen nationalen Vergleichs

Bei der Ebene des inter-extremistischen nationalen Vergleichs soll es hier um den deutschen Linksterrorismus zwischen den 1970er und 1990er Jahren gehen. Den Anlass dazu lieferten auch die Formulie-

²³ Peter Waldmann betonte diesen Aspekt sogar mit der Formulierung: „Terrorismus ... ist primär eine Kommunikationsstrategie“, so in: Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 13, wobei das „primär“ hier nicht geteilt wird. Gleichwohl geht es Terroristen in der Tat nicht nur um den eigentlichen Anschlag, sondern seine letztendliche Wirkung. Sie ergibt sich aus Reaktionen von Gesellschaft und Staat bzw. Anhängerschaft oder Opfergruppe.

²⁴ Insofern kann das Fehlen von Anschlagserklärungen des NSU auch kein überzeugendes Argument dafür sein, dass man die rechtsextremistischen Hintergründe ihrer Morde nicht hätte erkennen können.

²⁵ Die Existenz der „Paulchen Panther“-DVD legt ein beabsichtigtes späteres Bekenntnis zu den Taten nahe. Über die Gründe für deren Herstellung und Lagerung liegen bislang noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

²⁶ So die Formulierung von Dierk Borstel und Wilhelm Heitmeyer, vgl.: Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus, in: Stefan Maltheaner/Peter Waldmann (Hrsg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt/M. 2012, S. 339-368, hier S. 341 (kursiv im Original).

rungen „Braune Armee Fraktion“ oder „Braune RAF“, die als Bezeichnungen von Medien, Politikern und Sicherheitsbehörden für den NSU genutzt wurden. Diese Benennung legte ein hohes Maß an Ähnlichkeit und Identität mit der RAF²⁷ nahe, denn „Braune Armee Fraktion“ oder „Braune RAF“ spielt auf diese linksterroristische Gruppierung an. Sie legt darüber hinaus nahe, dass es mit Ausnahme der ideologischen Orientierung und damit einhergehenden Spezifika wie Feindbilder oder Opfergruppen in anderer Hinsicht wie Gewaltintensität, Organisation oder Strategie eine Fülle von Gemeinsamkeiten oder Überschneidungen geben würde. Gerade dies ist indessen nicht der Fall, was aber nicht gegen den Vergleich spricht. Denn die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden macht erst die Besonderheiten des NSU gegenüber der RAF deutlich:

Die linksterroristische Gruppe setzte sich in allen Phasen ihrer Existenz mit um die 20 Führungspersonen aus weitaus mehr Aktivisten zusammen als die drei Personen der rechtsterroristischen Gruppe. Bei der RAF handelte es sich auch um eine relativ hierarchisch und straff aufgebaute Organisation, wobei deren Akteure häufig von der Spitze präzise Vorgaben für Handlungen unterschiedlichster Art erhielten. Davon kann bezogen auf den NSU nicht die Rede sein. Denn die rechtsterroristische Kleingruppe entschied eigenständig ohne eine Steuerung von anderer Seite über ihr Vorgehen. Dem gegenüber bestehen Gemeinsamkeiten bei der Gewaltintensität, zumindest für die Phase der RAF ab 1977, wo man auch von Angesicht zu Angesicht zur geplanten und gezielten Ermordung von Menschen überging. Anders verhält es sich bezogen auf die Kommunikation und Wirkung: Während die RAF und ihr Agieren beabsichtigt öffentlich bekannt waren, wirkte der NSU ohne Aufmerksamkeit und Resonanz aus dem Verborgenen heraus.

Insofern macht auch die Rede von einer „Braunen Armee Fraktion“ keinen Sinn. Der Begriff kursierte bereits vor der Aufdeckung des NSU, bezeichnete man doch so bekannt gewordene Ansätze eines Rechtsterrorismus. Hierbei offenbarte sich aber ein einseitiges bis falsches Bild vom deutschen Linksterrorismus, der eben nicht nur aus der RAF bestand. Die Rede von der „Braunen Armee Fraktion“ oder

²⁷ Vgl. u.a. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004; Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2005.

„Braunen RAF“, legte den falschen Schluss nahe, rechtsterroristische Gruppen müssten sich auch so wie die RAF organisieren. Mit dieser Perspektive konnten die Sicherheitsbehörden angesichts der erwähnten Unterschiede in der Tat den NSU schwerlich erkennen können. Dabei besteht aber nicht ein Problem für eine vergleichende Betrachtung an sich. Denn die Rede von der „Braunen Armee Fraktion“ oder „Braunen RAF“ stand für eine falsche Fixierung auf die RAF: Es gab im Linksterrorismus mit den „Revolutionären Zellen“ (RZ) auch Gruppen, die aufgrund ihrer Eigenständigkeit und Größe deutliche organisatorische Gemeinsamkeiten mit dem NSU aufwiesen.²⁸

14. Ebene des inner-extremistischen internationalen Vergleichs

Die Ebene des inner-extremistischen internationalen Vergleichs meint hier den Rechtsterrorismus im Ausland, wobei die folgenden Ausführungen nicht die Auffassung von einem direkten Einfluss oder einer kausalen Wirkung auf die drei deutschen Neonazis unterstellen wollen. Besondere Entwicklungen in Großbritannien, Schweden und den USA weisen aber erhebliche Übereinstimmungen mit der Gewaltintensität und Organisationsform des NSU auf. Demnach kamen Rechtsextremisten in diesen Ländern bereits zuvor zu ähnlichen Auffassungen zu Handlungen und Strukturierungen. Mit dem Wissen darum hätte man auch in Deutschland die Frage stellen können, ob nicht hier ähnliche Entwicklungen wie im Ausland möglich sind. Denn gerade wenn es bezogen auf einen „Nagelbomben“-Anschlag und gezielte Schüsse auf Menschen mit Migrationshintergrund ähnliche Ereignisse in anderen Ländern gab, hätten vergleichende Betrachtungen zu richtigen Hypothesen über den rechtsextremistischen Hintergrund der Taten führen müssen.

Der erste gemeinte Fall bezieht sich auf den „Lasermann“ in Schweden: Der zunächst mit einem Gewehr mit einer Laser-Zielvorrichtung agierende John Ausonius schoss zwischen August 1991 und Januar

²⁸ Insofern wäre die Rede von einer „Braunen Zelle“ bezogen auf den NSU durchaus angemessen. Die RZ standen für eine frühe Form der Abwendung von hierarchischen Großorganisationen und der Hinwendung zu selbständigen Kleinorganisationen im Terrorismus.

1992 in Stockholm und Uppsala auf insgesamt elf Menschen mit Migrationshintergrund. Als Besonderheiten bestanden die Anonymität der individuell und konkret Betroffenen für den Schützen und die Serienplanung für ein beabsichtigtes mörderisches Vorgehen gegen solche Menschen. Der zweite gemeinte Fall bezieht sich auf den „Nagelbomber“ in Großbritannien, wobei es sich um den britischen Neonazi David Copeland handelte: Er führte im April 1999 in London drei Anschläge mit Sprengsätzen mit weit streuenden Nägeln durch. Die jeweiligen Orte der Explosion standen für Plätze und Straßen, wo insbesondere Homosexuelle, Migranten und Schwarze arbeiteten und wohnten. Bei diesen Gewalttaten fallen als Besonderheiten auf: Sie zielten auf Einzelpersonen als Gruppenangehörige und die jeweilige Nutzung einer Nagelbombe als Sprengsatz.²⁹

Darüber hinaus bestehen noch auf organisatorischer Ebene gewisse Übereinstimmungen mit dem Rechtsterrorismus im Ausland: Bereits seit den 1980er Jahren fand im US-amerikanischen gewaltorientierten Rechtsextremismus das Konzept des „Leaderless Resistance“ („Führerlosen Widerstandes“) starke Verbreitung. Dessen Begründer Louis Bean plädierte in einem einschlägigen Artikel für die Bildung von eigenständig agierenden Klein-Gruppen, die mehr durch eine ideologische Botschaft und weniger durch eine organisatorische Struktur miteinander verbunden sein sollten. Entsprechend bedurfte es keiner Führerfigur oder Kaderstruktur.³⁰ Betrachtet man die Struktur des NSU, so fallen organisatorische Gemeinsamkeiten auf. Es handelte sich indes um eine Zelle ohne größere Zellenstruktur, gab es doch offenkundig nicht ähnliche weitere neonazistische Kleingruppen. Ob deren drei Aktivisten das Konzept des „Leaderless Resistance“ bekannt war, lässt sich angesichts mangelnder Informationen über solche Details bislang aber noch nicht sagen.

²⁹ Vgl. u.a. für den erstgenannten Fall Gellert Tamas, *Der Lasermann. Vom Eliteschüler zum Serientäter*, Leipzig 2007 und für den letztgenannten Fall Graeme McLagan/Nick Lowles, *Mr. Evil. The Secret Life of Pub Bomber and Killer David Copeland*, London 2001.

³⁰ Vgl. u.a. Thomas Grumke, *Das Konzept des Leaderless Resistance im Rechtsterrorismus*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 6 vom Juni 1999, S. 495-499; Jeffrey Kaplan, *Leaderless Resistance*, in: *Terrorism and Political Violence*, 9 (1997), Nr. 3, S. 80-95.

15. Ebene des inter-extremistischen internationalen Vergleichs

Und schließlich soll es um die Ebene des inter-extremistischen internationalen Vergleichs gehen, womit andere Ideologieformen von Terrorismus im Ausland gemeint sind. Allgemein lässt sich dort eine Abkehr von breiter aufgestellten und höher organisierten Formen zugunsten von autonom handelnden und personell kleineren Zellen ausmachen. Diese Entwicklung prägte auch schon die Geschichte des deutschen Linksterrorismus, wo die „Bewegung 2. Juni“ und die RZ der letztgenannten und die RAF der erstgenannten Form zugerechnet werden konnten. Damit deutete sich bereits in den 1970er und 1980er Jahren an, dass größere und hierarchischere Organisationsformen des Terrorismus an Bedeutung verlieren würden. Eine solche Entwicklung erklärt sich zu großen Teilen durch einen Lernprozess der politisch motivierten Gewalttäter, konnten doch die Sicherheitsbehörden bedingt durch neue technische Überwachungsmöglichkeiten solche Strukturen schneller aufdecken und zerschlagen. Auch im islamistischen Terrorismus gab es diesen Trend:

Die in diesem Kontext aufkommende Formulierung vom „Leaderless Jihad“³¹ in Anlehnung an das oben erwähnte Modell von „Leaderless Resistance“ muss indessen idealtypisch und nicht wortwörtlich verstanden werden. Denn das gemeinte Konzept ging davon aus, dass die einzelnen Gruppen nur ideologisch und thematisch, nicht aber organisatorisch und personell miteinander verbunden seien. Dies ist bezogen auf das „Al-Qaida“-Netzwerk nach dem 11. September 2001 indessen nicht der Fall: Zwar agieren die gemeinten Kleingruppen bei ihren Anschlägen autonom und regional, indessen existieren weiterhin logistische und personelle Verbindungen. Sie belegen nicht nur eine ideologische, sondern auch strategische Anbindung an die „Mutterorganisation“. Gelingen einzelne Anschläge auf Objekte und Personen nicht oder kommt es zu Festnahmen von Akteuren und Unterstützern,

³¹ Vgl. Marc Sageman, *Leaderless Jihad: Terror Networks in the Twenty-First Century*, Philadelphia 2008. Von besonderer Bedeutung in diesem Kontext ist das von Abu Mus'ab al-Suri propagierte Konzept vgl. Dirk Baehr, *Kontinuität und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus. Eine ideentheoretische Analyse der Schriften von Abu Mus'ab al-Suri, Abu Mohammad al-Maqdisi und Abu Bakr Naji*, Bonn 2009, S. 94-116.

so führt dies noch nicht einmal zu einem größeren Ansehensverlust für „Al-Qaida“, sondern lediglich zur organisatorischen Zerschlagung einer im Gesamtkontext kleinen Zelle.

Deren Akteure entstammen meist dem islamistischen Lager in den jeweiligen Ländern, wobei die Besonderheit dann in der Radikalisierung hin zu terroristischer Gewaltanwendung besteht. In diesem Punkt und in der Zellenstruktur kann man auch die formalen Gemeinsamkeiten mit dem NSU ausmachen: Dessen Angehörige kamen aus dem neonazistischen Lager und organisierten sich als eigenständige Kleingruppe. Indessen existierte hier weder eine „Mutterorganisation“ noch gab es Verbindungen zu anderen Zellen. Gleichwohl macht der komparative Blick deutlich, dass sich terroristische Gruppen aus Einsicht in die Gefahr ihrer Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden umorganisieren. Im Ergebnis steht hinter Anschlägen dann keine bedeutendere Organisation, sondern eine kleine Zelle. Wenn es diese Einsichten im Djihadismus gibt, dann könnte es diese Tendenzen auch im Neonazismus geben. Man kopiert dabei nicht direkt Organisationsmodelle von der anderen Seite, man lernt aber aus den gleichen Rahmenbedingungen für das eigene Wirken.

16. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen sollten verdeutlichen, dass auf unterschiedlichen Ebenen eine Fülle von Erkenntnissen über den NSU aus dem systematischen Vergleich gewonnen werden können. Es lassen sich nicht nur Besonderheiten im Ausmaß der Gewaltintensität, der Organisationsform als Zelle oder der Verzögerung von Kommunikation ausmachen. Der komparative Blick auf die Entwicklung in anderen Extremismusbereichen oder Ländern hätte auch ein Bewusstsein dafür schaffen können, dass hinter der Mordserie an und dem Nagelbombenanschlag auf Menschen mit Migrationshintergrund der Rechtsterrorismus steht. Nicht die allgemeine Extremismustheorie und die vergleichende Extremismusforschung darf daher für die Nicht-Erkennung des NSU verantwortlich gemacht werden. Ganz im Gegenteil hätte gerade der komparative Blick in dem skizzierten Sinne zu dessen Wahrnehmung führen können. Da dieses Analyseinstrument aber gar nicht zum Einsatz kam, führten Einzelerkenntnisse dann auch nicht zum Ergebnis „Rechtsterrorismus“.

Die Fallstudie zum NSU sollte noch einmal beispielhaft aufzeigen, dass eine breiter angelegte Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden eines Phänomens kein Selbstzweck ist. Erst dadurch lassen sich die Alleinstellungsmerkmale bzw. Besonderheiten einer extremistischen Gruppe, Organisation oder Partei überhaupt erfassen. Auch können nur so Entwicklungen in einem qualitativen oder quantitativen Sinne beschrieben und für eine differenzierte Einschätzung bei der Gefahrenpotentialanalyse herangezogen werden. Daraus lassen sich dann auch Prognosen für die Zukunft ableiten, denn was in dem einen Bereich des Extremismus in dem einen Land geschieht, kann in ähnlicher Form auch in einem anderen Bereich des Extremismus in einem anderen Land geschehen. Und schließlich dient der komparative Blick auch der Ursachenanalyse, lassen sich doch bei der Betrachtung diverser Phänomene jeweils Rückschlüsse im Wechselverhältnis von gemeinsamen oder unterschiedlichen Wirkungszusammenhängen ziehen.

Damit soll kein Allheilmittel für die Analyse postuliert werden. Aber im komparativen Blick stecken für Erkenntnisgewinne ungenutzte Potentiale. Warum sie in der Forschung bislang noch nicht genügend Interesse fanden, erklärt sich möglicherweise durch gleich zwei Missverständnisse: Dazu gehört die Fehlwahrnehmung von Gleichsetzung und Vergleich. Eine komparative Betrachtung nimmt aber gerade keine Identifizierung von Phänomen vor. Sie fragt ergebnisoffen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Und dann kommt noch hinzu, dass auch die Feststellung von fehlender Übereinstimmung erkenntnisfördernd sein kann. Dadurch lassen sich Besonderheiten eines Phänomens erst als solche wahrnehmen. Außerdem kann die Extremismusforschung auch die komparative Perspektive ausweiten: Die bezogen auf Demokraten und Extremisten bestehenden „Grauzonen“ in der Realität lassen sich so einer differenzierten Untersuchung aussetzen. Bilanzierend wird hier das enorme Erkenntnispotential der vergleichenden Extremismusforschung deutlich.

Organisatorische Einbindung, Ideologie, Biographie, Gewaltbezug, Wirkung

Das OIBGW-Schema zur Analyse extremistischer Einzelpersonen

Walter Jung/Juliane Stutter

1. Einleitung und Fragestellung

Schon vor dem Bekanntwerden der Verbrechenserie des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) war ein Defizit an Analysekompetenz innerhalb der deutschen Verfassungsschutzbehörden erkannt worden – nicht zuletzt von (ehemaligen) Verfassungsschützern selbst¹. Trotz dieser Erkenntnis spielte (auch) der Verfassungsschutz bei der Enttarnung und Zerschlagung des NSU im Laufe des November 2011² keine und somit eine unrühmliche Rolle: Insofern steht er seither nicht von ungefähr in der massiven Kritik, auch wenn manche Kritik zu pauschal, überzogen, zu ausschließlich auf den Verfassungsschutz fokussiert vorgebracht wird und manche Kritikpunkte schlicht als unsachlich und diffamierend zurückzuweisen sind.

Nicht zuletzt um die Analysedefizite konkret in den Verfassungsschutzbehörden zu verringern, entwickelte der Politologe und Soziologe Armin Pfahl-Traughber in den letzten Jahren drei Analyseschemata: das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen³, das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestre-

¹ Vgl. Thomas Grumke/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen 2010.

² Wobei es sich übrigens, sieht man vom Einsatz der thüringischen Polizei am 4. November 2011 in Eisenach ab, im Wesentlichen um eine Selbstenttarnung und Selbstzerschlagung handelte. Vgl. Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012, S. 233-237.

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl/Rheinland 2012, S. 7-27.

bungen⁴ und das BEPU-Analysemodell zur vergleichenden Betrachtung der Gewalt in den verschiedenen Extremismusvarianten⁵. Inspiriert von und anknüpfend an diese Analyseschemata werden die folgenden Ausführungen ein solches Schema auch zur Analyse extremistischer Einzelpersonen entwerfen. Es stellt den Versuch dar, die beiden Schemata, die Pfahl-Traugherber für Bestrebungen⁶ entwickelt hat, auf die Individualebene herunterzubrechen. Dieses Analyseschema soll nach den Anfangsbuchstaben seiner fünf Analyse Kriterien „Organisatorische Einbindung“, „Ideologie“, „Biographie“, „Gewaltbezug“ sowie „Wirkung“ OIBGW-Schema heißen. Immer vorausgesetzt, dass im jeweiligen Fall wenigstens halbwegs hinreichende Detailkenntnisse vorliegen, erhebt das OIBGW-Schema den Anspruch, extremistische Einzelpersonen einerseits und primär auf ihre Extremismusintensität⁷, andererseits aber auch auf das von ihnen möglicherweise ausgehende Gewalt-, im Extremfall sogar Terrorismuspotenzial hin zu analysieren.

Inhaltlich wird sich der Beitrag darauf beschränken, die fünf Analyse Kriterien des OIBGW-Schemas zu erläutern und zu veranschaulichen – teils anhand historischer oder relativ aktueller Beispiele, meist aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus bzw. aus der Geschichte der rechtstotalitären NS-Diktatur. Selbstverständlich sind sich Autorin und Autor des vorliegenden Beitrages des vorläufigen Entwurfscharakters des OIBGW-Schemas bewusst. Sie sehen diesen Beitrag daher auch als Einladung und ersten Beitrag zu einer Diskussion mit (ande-

⁴ Vgl. Ders., Von den „Aktivisten“ über die „Kommunikation“ bis zur „Wirkung“. Das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl/Rheinland 2014, S. 167-188.

⁵ Vgl. Ders., Erkenntnisgewinn einer vergleichenden Betrachtung der Gewalt in den Extremismen. Besonderheiten, Entwicklungen, Prognosen und Ursachen (BEPU-Analysemodell), in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015, Frankfurt 2015, S. 245-259.

⁶ Vgl. zu dem Begriff „Bestrebungen“ die anschließenden Ausführungen unter „2. Das Analyse Kriterium ‚Organisatorische Einbindung‘“.

⁷ Vgl. zum Begriff der „Extremismusintensität“ auch: Armin Pfahl-Traugherber, Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“. Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I), Brühl/Rheinland 2014, S. 7-36.

ren) Vertretern von Verfassungsschutz, sonstigen Sicherheitsbehörden und Wissenschaft.

2. Das Analysekriterium „Organisatorische Einbindung“

Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG)“ definiert die Aufgaben der bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden u. a. wie folgt: „Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen,“ u. a. über „Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (...) gerichtet“, also extremistisch sind. (§ 3) Bei seiner Definition des Begriffes „Bestrebungen“ stellt das Bundesverfassungsschutzgesetz „Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß“ in den Mittelpunkt, zielt also stärker auf die Kollektiv- denn auf die Individualebene ab: „Im Sinne dieses Gesetzes sind (...) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze⁸ zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.“ Die erklärungsbedürftige Formulierung „für

⁸ Gemeint ist die freiheitliche demokratische Grundordnung, zu der „im Sinne dieses Gesetzes zählen: a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung, e) die Unabhängigkeit der Gerichte, f) der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.“ („Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG)“, in: www.gesetze-im-internet.de (gelesen am 14. Februar 2017))

einen Personenzusammenschluß“ erläutert das Bundesverfassungsschutzgesetz wie folgt: „Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt.“ Allerdings definiert das Gesetz „Verhaltensweisen von Einzelpersonen“ unter bestimmten Voraussetzungen auch dann als Bestrebungen, wenn sie „nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß“ stattfinden: „Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.“ (§ 4)⁹

Die hier knapp skizzierte gesetzliche Grundlage macht klar: Zumindest im Verfassungsschutzkontext ist für die Einstufung einer Person als extremistisch der Nachweis einer von ihr ausgehenden Bestrebung im Sinne von „Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß“, also ihre – mehr oder minder enge – Zugehörigkeit zu oder ihre Unterstützung für eine – mehr oder minder feste – extremistische Organisationsstruktur von entscheidender Bedeutung. Daher ist auch bei der Analyse extremistischer Einzelpersonen die Frage nach dem jeweiligen Organisationsgrad relevant: Mithilfe des Analysekriteriums „Organisatorische Einbindung“ – und in Kombination mit dem Analysekriterium „Ideologie“, das Gegenstand des folgenden Teilkapitels sein wird – kann einerseits eine erste Grobverortung einer mutmaßlich extremistischen Einzelperson vorgenommen werden, können also die grundlegenden Fragen geklärt werden, (a) ob es sich überhaupt um einen Extremisten handelt und, wenn ja, (b) welcher Extremismusvariante bzw. (c) welcher Extremismusuntervariante er zuzurechnen ist. Zudem kann der Grad der organisatorischen Einbindung einer Person in ihre jeweilige extremistische Szene Aufschlüsse geben über ihre Extremismusintensität.

Die organisatorische Einbindung, so sie anhand der zu der jeweiligen Person vorliegenden Informationen nachweisbar ist, kann sehr unterschiedlich eng sein, angefangen beim nichtorganisierten Einzelgänger bis hin zum Mitglied in einer oder gar mehreren fest gefügten Kaderorganisationen. Die folgende Auflistung aufsteigender Organisationsgrade erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit:

⁹ Ebenda.

1. Das Agieren eines *nichtorganisierten Einzelgängers* ist gemäß der oben skizzierten gesetzlichen Vorgaben nur dann als Bestrebung zu werten, wenn die ebenfalls oben bereits angesprochenen Bedingungen erfüllt sind, insbesondere wenn ein Gewaltbezug vorliegt. Wenn ein Extremist sich nicht organisiert, kann, aber muss das kein Hinweis auf ein sehr frühes Einstiegsstadium in die jeweilige Extremismusvariante oder auf einen geringen Fanatisierungsgrad sein. Es sei an dieser Stelle nur als krasser Gegensatz dazu an das Phänomen des organisatorisch unter Umständen kaum bis gar nicht eingebundenen „Lone Wolf“-Terroristen erinnert¹⁰. Auch andere Erklärungen für Organisationsabstinenz sind denkbar, die diesen erstgenannten teils sogar diametral entgegenstehen:
 - a. Das Fehlen organisatorischer Einbindung kann das Ergebnis sozialer Unverträglichkeit bzw. Ausgrenzung und damit einhergehender Isolation sein, beispielsweise aufgrund tatsächlicher oder angeblicher Schwächen und Charaktermängel, die in der jeweiligen Szene nicht toleriert werden (z. B. Drogenmissbrauch, allgemeinkriminelles Verhalten, der Ruf, unzuverlässig, beispielsweise ein „Schwätzer“ oder gar „Verräter“ zu sein), und daher zur Nichtaufnahme bzw. zum Ausschluss aus Szeneorganisationen führen.
 - b. Nicht zuletzt manche Rechtsextremisten fällen die Entscheidung, sich nicht in oder für entsprechende Personenzusammenschlüsse zu engagieren, ganz bewusst, z. B. weil sie ihre Gesinnung aus Angst vor eventuellen negativen Folgen selbst dem engeren bis engsten privaten (Eltern, Freunde, Ehepart-

¹⁰Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Das „Lone-Wolf“-Phänomen im Rechtsterrorismus in Deutschland und Schweden. Eine Analyse von Fallbeispielen anhand von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2016/2017, Frankfurt 2017, S. 199-213; Ders., Das „Lone Wolf“-Phänomen im deutschen Rechtsterrorismus. Eine Analyse von Fallbeispielen, in: Sybille Steinbacher (Hrsg.), Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, Göttingen 2016, S. 205-220; Florian Hartleb, Die Analyse des Falls „Breivik“: Einsamer Wolf-Terrorismus als wichtiges, aber vernachlässigtes Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013, Frankfurt 2012, S. 71-91.

ner) oder beruflichen (Vorgesetzte, Kollegen, Geschäftspartner, Kunden) Umfeld möglichst verheimlichen wollen. Beispielsweise reduzierte der damalige Rechtsextremist Andreas Molau (Jahrgang 1968) zwischen 1996 und 2004 seine – bis dahin vorwiegend publizistischen – Szeneaktivitäten auf das Veröffentlichen einschlägiger Schriften unter Pseudonym, da er in jenen Jahren als Lehrer an einer Privatschule in Braunschweig arbeitete und diese Existenzgrundlage nicht gefährden wollte. Molau kündigte diese Stelle erst, als ihm 2004 berufliche Perspektiven bei der Parteizeitung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), „Deutsche Stimme“, sowie bei der gerade erst konstituierten NPD-Fraktion im sächsischen Landtag angeboten wurden. Fortan war er bis zu seinem Parteiaustritt in der NPD, darüber hinaus aber auch in anderen rechtsextremistischen Organisationen in verschiedenen Funktionen tätig, bis er 2012 aus der Szene ausstieg.¹¹

- c. Nichtorganisation kann auch ein Ergebnis eines besonders hohen ideologischen Fanatisierungsgrades und damit einhergehender Intoleranz selbst im Umgang mit Gesinnungsgenossen sein. So neigen manche Rechtsextremisten dazu, über kurz oder lang in jeder Szeneorganisation aus ihrer Sicht untragbare inhaltliche Konzessionen an den ihnen zutiefst verhassten „Zeitgeist“, den Verrat ihrer persönlichen ideologischen „Ideale“ und „Wahrheiten“ zu wittern, und treten schon bei Meinungsverschiedenheiten, die dem Außenstehenden marginal erscheinen mögen, im Streit aus einer Gruppierung wieder aus oder gar nicht erst ein. Beispielsweise verweigern sich manche Rechtsextremisten der Mitgliedschaft selbst in dezidiert rechtsextremistischen Parteien aus ideologischem Prinzip, da sie schon die Gründung und Existenz einer solchen Partei als erste Schritte auf einem gefährlichen Irrweg interpretieren, der in einem Komplizenhaft-korrumptierenden Arrangement mit den von ihnen fundamental abgelehnten

¹¹Vgl. zu Molaus Vita: Elmar Vieregge, Biographisches Porträt: Andreas Molau, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 197-214.

Prinzipien von Demokratie und Parlamentarismus enden müsse. Als geradezu idealtypisches Beispiel eines Rechtsextremisten, der sich offenbar vor allem aufgrund seines hohen ideologischen Fanatisierungsgrades mit weiten Teilen der Szene überworfen hat und sich daher einer organisatorischen Szeneinbindung nunmehr weitgehend verweigert, ist mittlerweile der ehemalige NPD-Funktionär Steffen Hupka (Jahrgang 1962) einzustufen. Wenn man seine ursprünglich Ende 2010 verfasste, erstmals im Dezember 2012 und dann in kurzer Abfolge in mehreren Auflagen im Eigendruck publizierte Schrift „Neue Wege. Ideen zu einem anderen Kampf“ unter diesem Aspekt bildlich interpretiert, hat er in den letzten Jahren weite Teile der rechtsextremistischen Szene rechts überholt und einen recht weitreichenden Teilausstieg in die falsche Richtung vollzogen.

Liegt der Fall eines nichtorganisierten Einzelgängers vor, so ist von analytischem Interesse, über welche (persönlichen oder medialen) Kontakte in die jeweilige extremistische Szene er verfügt.

2. *Die losesten Formen organisatorischer Einbindung* zeichnen sich durch ihren informell-inoffiziellen, wenig verinstitutionalisierten und daher schwer greifbaren Charakter aus. Darunter fällt beispielsweise die lose Zugehörigkeit zum Umfeld eines informellen Personenzusammenschlusses. Hier zählen auch Individuen, die einer extremistischen Organisation nur gelegentlich als Mobilisierungspotenzial (z. B. bei Demonstrationen) zur Verfügung stehen und das eventuell primär deshalb, weil sie aus rein persönlichen Motiven erlebnisorientiert sind, und weniger, weil sie aus politisch-ideologischer Überzeugung für die betreffende Organisation wirken wollen.
3. Mit der *regulären Mitgliedschaft in einem extremistischen Personenzusammenschluss (Partei oder Verein)* nimmt die organisatorische Einbindung einer Person in eine extremistische Szene nicht nur offiziellen, greifbaren Charakter an. Die Extremismusintensität des Personenzusammenschlusses ist zudem ein wichtiger Hinweis auf die Extremismusintensität der Person, die sich immerhin dazu entscheidet, in ihm Mitglied zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch von analytischem Wert, ob die Organisation, der die Person

angehört, eher lösen, für die Mitglieder weitgehend unverbindlichen Charakter hat, oder ob es sich um eine fest gefügte Kaderorganisation handelt, in der schon eine einfache Mitgliedschaft mit weitreichenden Pflichten, Aufgaben und Auflagen verbunden ist, die selbst von dem einfachen Mitglied ein hohes persönliches, zeitliches und eventuell auch finanzielles Engagement sowie Verzicht selbst in privatesten Bereichen erfordert. Zu berücksichtigen ist auch die bisherige Dauer der Mitgliedschaft.

4. *Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften* können zumindest quantitativ als höchste Organisationsgrade einer Person innerhalb ihrer jeweiligen extremistischen Szene interpretiert werden. Allerdings ist für eine qualitative Beurteilung wieder die Berücksichtigung der Extremismusintensität(en) der Gruppierungen wichtig, in denen die Person Mitglied ist. Doppel- und Mehrfachmitgliedschaft in dezidiert extremistischen Organisationen deuten hierbei auf eine höhere Extremismusintensität hin als die in weniger dezidiert extremistischen Organisationen.

Die bislang erläuterte Dimension „Organisationsgrad“ innerhalb des Analysekriteriums „Organisatorische Einbindung“ muss mit Hinblick auf eine möglichst detaillierte Analyse einer extremistischen Einzelperson um zwei weitere Dimensionen ergänzt werden: Zum einen geht es um die Bedeutung der Person für die extremistische(n) Organisation(en), der/denen sie zuzurechnen ist, zum anderen um die Bedeutung, die diese Organisation(en) für die Person haben.

Die Bedeutung, die eine Person innerhalb einer Organisation hat, bemisst sich einmal am Grad der Aktivitäten innerhalb und für diese Gruppierung. Denn eines gilt für jede – ob extremistische oder nicht-extremistische – Organisation: Es ist ein großer Unterschied, ob ein Mitglied seine Aktivitäten auf die reine Mitgliedschaft und – im günstigeren Fall – auf das Entrichten des Mitgliedsbeitrages, aber ansonsten auf passives Mitläufertum beschränkt, oder ob es sich um einen aktionistischen Aktivisten handelt, der auch dann noch enthusiastisch und rückhaltlos Opfer für die Organisation bringt, wenn es kaum ein anderer tut. Zum anderen aber bemisst sich die Bedeutung einer Person für ihre Organisation daran, ob sie nur einfaches Mitglied oder aber auch bereit ist, in Funktion Verantwortung zu übernehmen, bei-

spielsweise als Kameradschaftsführer, Partei- oder Fraktionsvorsitzender.

Bei einem Funktionär muss jedoch berücksichtigt werden, ob seine nominell hochrangige Funktion auch mit einer ebensolchen Bedeutung einhergeht. So hatte Alfred Rosenberg (1893-1946) zwar im Laufe seiner über 20 Jahre währenden Mitgliedschaft in der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) zahlreiche hochrangige Ämter und Funktionen in Partei wie NS-Staat inne – teils alternierend, teils kumulativ. Ende 1923, nach dem gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch und kurz vor der Verhaftung Adolf Hitlers (1889-1945), übertrug dieser ihm sogar formlos die Führung der NS-Bewegung, was aber nur als Abwesenheitsstellvertretung bis zu Hitlers Rückkehr gedacht war. In den folgenden Monaten konnte Rosenberg mangels entsprechender Fähigkeiten und innerparteilichen Rückhalts Hitler nicht ansatzweise ersetzen. Das hätte aber auch den Intentionen des eigentlichen „Führers“ gerade nicht entsprochen. Rosenbergs tatsächliche machtpolitische Bedeutung für den historischen Nationalsozialismus (NS) lässt sich also an den meisten seiner zahlreichen hochrangigen Ämter und Funktionen nicht messen. Lediglich als „Chefideologe“ der NSDAP ist eine gewisse, nach den Worten seines Biographen, des Historikers Ernst Piper sogar „große Bedeutung“¹² Rosenbergs für den historischen NS nicht zu bestreiten.¹³

Herausgehobene – wenn auch zuweilen bereits historische – Relevanz für eine Organisation haben zudem ihre (Mit-)Begründer oder – zumal im Falle von extremistischen Organisationen – ihre ideologischen Vordenker, in letzterem Falle sogar unabhängig davon, ob diese Person jemals offizielles Mitglied war oder nicht. So scheint beispielsweise nicht ganz klar zu sein, ob Hitlers völkischer Mentor aus seinen politisch-ideologisch prägenden Münchener Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, Dietrich Eckart (1868-1923), den Hitler sogar nachrufend

¹² Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, S. 646.

¹³ Vgl. ebenda, passim. Reinhard Bollmus, Alfred Rosenberg – „Chefideologe“ des Nationalsozialismus?, in: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, 2., unveränderte Auflage Darmstadt 1990, S. 223-235.

in seiner Bekenntnisschrift „Mein Kampf“ als nationalsozialistisches Vorbild pries¹⁴, jemals offiziell der NSDAP beitrat¹⁵.

Umgekehrt ist die Frage, welche – zumal emotionale – Bedeutung „seiner“ Organisation für den einzelnen Extremisten hat, von großem analytischem Interesse, zumal in Hinblick die Reaktionen, die ein Verlust der Organisation (z. B. durch Auflösung, Verbot oder Ausschluss) bei ihm auslösen könnte. So machte der ehemalige Rechtsextremist Stefan Michael Bar (Jahrgang 1976) im Rückblick das 1995 erfolgte Vereinsverbot der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), deren Mitglied er war, für einen weiteren Radikalisierungsschub bei sich verantwortlich: Für ihn sei, so Bar in seiner nach seinem Ausstieg veröffentlichten Autobiographie, dieses Ereignis „ein Riesenschock“ gewesen, „ein Schlüsselerlebnis, das mich in meinem Weg und meinen Ansichten radikalisierte und zugleich bestätigte.“¹⁶ Nicht umsonst bedeutet ihre Organisation, ihre Szene für viele Extremisten eine Art Ersatzfamilie, in der sie alternativlose Anerkennung, Bestätigung und Sinnstiftung zu erfahren vermeinen. Die dadurch entstehende emotionale Abhängigkeit kann so weit gehen, dass der Verlust der Organisation Schmerz, Sinnverlust und in der Konsequenz Rachegefühle, Hass, Depression oder gar Suizidgedanken auslösen kann.

Wenn man den Totalitarismus als eine Form des Extremismus an der Macht versteht, kann das Verhalten von Magda Goebbels (1901-1945), der Frau des „Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“, Joseph Goebbels (1897-1945), gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und die Argumentationsmuster, mit denen sie dieses Verhalten

¹⁴ Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, 365.-369. Auflage, München 1938, S. 781: „Und unter sie will ich auch jenen Mann rechnen, der als der Besten einer sein Leben dem Erwachen seines, unseres Volkes gewidmet hat im Dichten und im Denken und am Ende in der Tat: Dietrich Eckart.“

¹⁵ Vgl. Walter Jung, Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik – Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Göttingen 2000, in: <http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2003/jung/jung.pdf>, S. 25.

¹⁶ Stefan Michael Bar, Fluchtpunkt Neonazi. Eine Jugend zwischen Rebellion, Hakenkreuz und Knast. Hrsg. von Klaus Farin und Rainer Fromm, Berlin 2003, S. 41f.

zu rechtfertigen versuchte, als idealtypisches Beispiel dafür angeführt werden: Sie beging angesichts des Unterganges des nationalsozialistischen „Großdeutschen Reiches“ nicht nur zusammen mit ihrem Mann am 1. Mai 1945 im von der Roten Armee eingeschlossenen Berlin Selbstmord, sondern ließ kurz zuvor auch noch ihre sechs minderjährigen Kinder ermorden. Auch wenn andere Motive – wie die Angst vor eventuellen Racheakten der vorrückenden Rotarmisten – bei ihrer Entscheidung eine unausgesprochene Rolle gespielt haben mögen: In einem letzten Brief an ihren erwachsenen Sohn aus erster Ehe rechtfertigte Magda Goebbels ihre Entscheidung ausschließlich ideologisch, insbesondere mit dem absehbaren Ende der NS-Diktatur und dem bevorstehenden Tod des von ihr vergötterten „Führers“ Adolf Hitler: „Unsere herrliche Idee geht zugrunde – mit ihr alles, was ich Schönes, Bewundernswertes, Edles und Gutes in meinem Leben gekannt habe. Die Welt, die nach dem Führer und dem Nationalsozialismus kommt, ist nicht mehr wert, darin zu leben, und deshalb habe ich auch die Kinder hierher (in den „Führerbunker“, die Autoren)) mitgenommen. Sie sind zu schade für das nach uns kommende Leben, und ein gnädiger Gott wird mich verstehen, wenn ich selbst ihnen die Erlösung geben werde. ... Gestern abend hat der Führer sein Goldenes Parteiabzeichen abgenommen und mir angeheftet. Ich bin stolz und glücklich. Gott gebe, daß mir die Kraft bleibt, um das Letzte, Schwerste zu tun. Wir haben nur noch ein Ziel: Treue bis in den Tod dem Führer, und daß wir zusammen das Leben mit ihm beenden können, ist eine Gnade des Schicksals, mit der wir niemals zu rechnen wagten.“¹⁷

3. Das Analysekriterium „Ideologie“

Dem Folgenden liegt ein pejoratives Verständnis von „Ideologie“ zugrunde. Unter Ideologie sei demzufolge hier ein in sich selbst geschlossenes Weltbild im Sinne eines Dogmensystems mit einem ganzheitlichen, in letzter Konsequenz global-totalitären Erklärungs-, Erkenntnis-, Herrschafts- und Gestaltungsanspruch verstanden. In sich geschlossen bedeutet, dass Ideologien ihre jeweilige Realitätswahr-

¹⁷ Brief von Magda Goebbels an Harald Quandt vom 28. April 1945, in: Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, Hamburg 1977, S. 549f.

nehmung bzw. -erklärung stärker von ihren eigenen apriorischen, für absolut wahr und moralisch und daher für unhinterfragbar erklärten Dogmen ableiten als von der Realität selbst (deduktiver Dogmatismus). Für ideologische Weltbilder ist es geradezu konstitutiv, Außeninflüsse und Fakten systematisch auszublenden, zu verdrängen bzw. zu bestreiten, wenn sie die eigenen Dogmen zu relativieren oder gar zu widerlegen drohen, bzw. sie bis zur Überbewertung herauszustreichen, wenn sie die eigenen Dogmen zu bestätigen scheinen (selektiv-verzerrte Realitätswahrnehmung). Nicht zuletzt aus ihrem absolut-exklusiven Wahrheits- und Moralanspruch leiten Ideologien ihren ganzheitlichen, in letzter Konsequenz global-totalitären Erklärungs-, Erkenntnis-, Herrschafts- und Gestaltungsanspruch ab.

Es mag nicht jede Ideologie im oben definierten Sinne extremistisch sein. Aber alle Extremismen sind durch ihre jeweiligen Ideologien oder – wenn man für den Bereich des Rechtsextremismus aufgrund von dessen häufig mangelnder inhaltlich-intellektueller Kohärenz und Komplexität diesen Begriff scheut – ideologischen Konglomerate definiert. Extremistische Ideologien wiederum sind dadurch definiert, dass ihre einzelnen Ideologeme (z. B. Rassismus und Antisemitismus im Rechtsextremismus), ihre Dogmen (z. B. das rassistische Dogma von der „rassischen Minder- bzw. Höherwertigkeit“ mehr oder minder willkürlich definierter Menschen, „rassen“) oder spätestens und vor allem ihre langfristigen Zielvorstellungen bzw. innerideologischen – expliziten oder impliziten – Konsequenzen (z. B. das neonazistische Ziel, die Bundesrepublik Deutschland durch ein neues nationalsozialistisches „Drittes Reich“ zu ersetzen) mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind.

Der Begriff „Ideologe“ beinhaltet unterschiedlich eng definierte Bedeutungsvarianten:

1. Im engsten Sinne bezeichnet der Begriff „Ideologe“ einen originären *Ideologieproduzenten* oder doch zumindest jemanden, der ein bereits bestehendes Ideologiegebäude relevant ausbaut und fortentwickelt. In dieser engsten Bedeutungsvariante waren Karl Marx¹⁸ (1818-1883), Friedrich Engels (1820-1895), Wladimir

¹⁸ Vgl. zu der Frage, inwiefern Marx als Ideologe gelten kann, auch: Hendrik Hansen, Karl Marx – ein Ideologe?, in: Frank-Lothar Kroll/Barbara Zehn-

Iljitsch Lenin (1870-1924) und Leo Dawidowitsch Trotzki (1879-1940) kommunistische Ideologen, nicht jedoch auf diesem Feld völlig unproduktive Epigonen wie Walter Ulbricht (1893-1973) oder Erich Honecker (1912-1994), auch nicht – trotz jahrzehntelanger gegenteiliger Behauptungen der Sowjetpropaganda – Josef Wissarionowitsch Stalin (1879-1953).

2. In einem etwas weiteren Sinne bezeichnet der Begriff „Ideologe“ jemanden, der sich in seinem Denken und Handeln *objektiv* und relativ konsequent zu den inhaltlichen Vorgaben einer bereits vorhandenen Ideologie bekennt, ohne selbst für sich in Anspruch nehmen zu können (oder auch nur zu wollen), diese Ideologie selbst produziert oder relevant fortentwickelt zu haben. Auch wenn ein solcher Ideologe über einen relativ hohen Reflexions- und auch Fanatisierungsgrad verfügen kann, könnte man ihn im Gegensatz zum Ideologieproduzenten als Ideologen im Sinne eines *Ideologiereproduzenten* bezeichnen. Nach dieser Definition ist beispielsweise Heinrich Himmler (1900-1945) als Ideologiereproduzent zu bezeichnen¹⁹.
3. Von diesen beiden Varianten von „Ideologe“ sollten bloße *Ideologiekonsumenten* im Sinne von passiven Anhängern einer Ideologie unterschieden werden, bei denen lediglich ein *subjektives* Bekenntnis zu einer Ideologie vorliegt, deren Inhalte und Vorgaben jedoch kaum oder gar nicht intellektuell durchdrungen und/oder nicht ernsthaft zum Maßstab des eigenen Denkens, Handelns und Lebens gemacht werden.

Ihre jeweiligen Ideologien – oder eben ihre ideologischen Konglomerate – sind einerseits für die einzelnen Extremismusvarianten konstitutiv. Andererseits sind sie das wichtigste Unterscheidungsmerkmal nicht nur zwischen den einzelnen Extremismusvarianten (z. B. zwischen Rechts- und Linksextremismus), sondern auch zwischen den verschiedenen Extremismusuntervarianten (z. B. zwischen Anarchismus und Kommunismus innerhalb des Linksextremismus). Zwar weisen die verschiedenen extremistischen Ideologien auf der Metaebene ihrer Strukturmerkmale Gemeinsamkeiten auf (z. B. dualistischer Ri-

pfennig (Hrsg.), *Ideologie und Verbrechen. Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich*, München 2014, S. 41-65.

¹⁹ Vgl. Josef Ackermann, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970.

gorismus und fundamentale Verwerfung)²⁰. Doch auf der konkret-inhaltlichen Ebene unterscheiden sich die einzelnen Extremismusvarianten ideologisch in der Regel fundamental, nicht zuletzt in ihren Prämissen, Dogmen und Zielvorstellungen. Das gilt selbst dort, wo ein erster oberflächlicher Blick ideologische Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Extremismen festzustellen meint, wie beispielsweise bei gemeinsamen Feindbildern. Zu erwähnen wäre hier u. a. der Antiamerikanismus, von dem rechtsextremistische, linksextremistische und islamistische Varianten existieren²¹. Doch geht man analytisch auch nur etwas in die Tiefe, erweist sich, dass diese vermeintlichen „Gemeinsamkeiten“ normalerweise eher oberflächlicher Natur sind, sich in reinen Negationen erschöpfen und bei Licht besehen große Unterschiede aufweisen. Sie sind nämlich in der Regel ideologisch ganz unterschiedlich begründet, von ganz verschiedenen Ursprüngen hergeleitet und vor allem mit sehr unterschiedlichen konkreten Inhalten und Zielvorstellungen verbunden. Deshalb ist es in der Regel angebrachter, in solchen Fällen nicht von „Gemeinsamkeiten“, sondern eher von einzelnen Ähnlichkeiten oder Parallelen zu sprechen, die jedoch die fundamentalen ideologischen Unterschiede (zwischen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus) nicht aufwiegen können.²²

²⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl/Rheinland 2010, S. 9-32.

²¹ Vgl. Ders., „Antiamerikanismus“, „Antiwestlertum“ und „Antizionismus“ – Definition und Konturen dreier Feindbilder im politischen Extremismus, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Feindbilder im politischen Extremismus. Gegensätze, Gemeinsamkeiten und ihre Auswirkungen auf die Innere Sicherheit. Ein Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1. Oktober 2003, Köln 2004, S. 19-34, hier besonders S. 22-25.

²² Aus ganz ähnlichen Überlegungen heraus lehnt es der Politikwissenschaftler Manuel Becker ab, im Rahmen seines Vergleichs der beiden Ideokratien NS-Diktatur und DDR von „Gemeinsamkeiten“ zwischen den beiden Systemen zu sprechen. Auch er präferiert den Begriff „Ähnlichkeiten“ und sieht ohnehin zudem die primäre Aufgabe des historischen Vergleichs im Herausarbeiten von Unterschieden. Vgl. Manuel Becker, Ideologiegeleitete Diktaturen in Deutschland. Zu den weltanschaulichen Grundlagen im „Dritten Reich“ und in der DDR, Bonn 2009, S. 31 und 182.

Wenn ihre jeweiligen Ideologien für die verschiedenen Extremismusvarianten konstitutiv sind, dann gilt dasselbe im Grundsatz auch für den einzelnen Extremisten: Nicht Äußerlichkeiten wie bestimmte Frisuren und Kleidungsstücke machen beispielsweise den Rechtsextremisten, sondern die ideologischen Fixpunkte, die sein Denken und Handeln objektiv und relativ konsequent bestimmen oder zu denen er sich doch zumindest subjektiv bekennt, ohne sie jedoch unbedingt intellektuell durchdrungen oder ernsthaft zum Maßstab des eigenen Denkens, Handelns und Lebens gemacht zu haben. Ideologische Vorstellungen können demzufolge je nach konkretem Einzelfall bestimmter oder unbestimmter, in sich kohärenter oder weniger kohärent, fanatischer oder weniger fanatisch, reflektierter oder unreflektierter, fundierter oder unfundierter, intellektueller oder primitiver vorliegen. Mit zunehmender Unbestimmtheit, Inkohärenz, Unreflektiertheit, Primitivität, bei einem spürbaren Mangel an ideologischem Fanatismus und ideologischer Fundierung mag zuweilen zweifelhaft erscheinen, ob in jedem Einzelfall noch von einem Extremisten auch nur als einem bloßen Ideologiekonsumenten im oben definierten Sinne gesprochen werden kann oder nur noch von einem Träger amorpher Affekte und Ressentiments. Nach Auffassung der Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig deckt der Begriff Extremismus aber auch letzteres ab: „Extremismus ... ist, gleichgültig welcher Couleur, Ergebnis einer bestimmten Denkhaltung. Dabei muss er gar keiner tiefergehenden theoretischen Begründung folgen. Er kann auch Ergebnis eines diffusen Unbehagens, einer nicht eigentlich benennbaren Wut, einer ins Aggressive gewendeten Verneinungshaltung sein. Doch ob er nun auf einem ausgefeilten ideologischen Konzept beruht oder sich in ihm nur das Ressentiment austobt – letztlich fußt er auf einem Denken in den Kategorien des Äußersten, das, auch wenn es sich eher im Vorbewusstsein abspielt, die Akzeptanz des Bestehenden unmöglich werden lässt.“²³

Wer eine Person ausschließlich oder auch nur vorwiegend anhand von Äußerlichkeiten als Extremisten demaskieren oder kategorisieren will, macht sich die Sache also allzu einfach. Im Prinzip handelt es sich da-

²³ Barbara Zehnpfennig, *Extremes Denken*, in: Uwe Backes/Alexander Galus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 25, Baden-Baden 2013, S. 37-55, hier S. 38.

bei nicht um Analyse, sondern um Analyseverweigerung, die nicht nur an der Oberfläche stecken bleibt, sondern sogar erheblich in die Irre führen kann. Das gilt nicht zuletzt für den deutschen Nachkriegsrechtsextremismus.²⁴ Denn dieser war und ist kein homogenes Phänomen, das sich auf einzelne seiner Facetten wie „Skinhead“, „Neonazi“, „NPD“ oder eben gar auf reine Äußerlichkeiten, Klischees und Symbole wie „Glatze“, „Scheitel“, „Bomberjacke“ oder „Baseballschläger“ reduzieren ließe. Rechtsextremismus war und ist vielmehr ein heterogenes, komplexes Phänomen in verschiedensten, teils irritierenden Erscheinungsformen. Dabei ist der permanente Wandel eine seiner Hauptkonstanten. So treten erst seit 2015 Rechtsextremisten auch als „Antikapitalistische Kollektive“ auf, eine Selbstbezeichnung, hinter der man eher linksextremistische Strukturen vermuten würde. Und bei der jugendlichen Subkultur der Skinheads, die samt ihrer äußerlichen Attribute von einer breiten Öffentlichkeit bis heute immer wieder als vermeintlich „typische“ Vertreter und Symbolfiguren des Rechtsextremismus wahrgenommen werden, handelte es sich erstens noch nie ausschließlich um Rechtsextremisten²⁵. Zweitens unterliegt die Skinheadsubkultur bereits seit Jahren einem Erosionsprozess, der Zweifel weckt, ob ihr – und darunter auch der rechtsextremistischen Skinheadszene – noch eine langfristige Zukunft beschieden sein wird²⁶.

Mithilfe des Analysekriteriums „Ideologie“ – und in Kombination mit dem Analysekriterium „Organisatorische Einbindung“ – kann eine

²⁴ Vgl. zum deutschen Rechtsextremismus nach 1945/49: Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bände, Opladen 1984; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4., aktualisierte Auflage, München 2006.

²⁵ Vgl. Christian Menhorn, Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001, S. 97-103 und 261-268.

²⁶ Vgl. Ders., Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur. Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale, in: Pfahl-Traughber (Hrsg.) (Anm. 20), S. 125-150. Ders., Skinheads – eine aussterbende Subkultur? Eine Jugendbewegung im Wandel der Zeit, in: Armin Pfahl-Traughber/Monika Rose-Stahl (Hrsg.), Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, Brühl/Rheinland 2007, S. 284-303.

erste Grobverortung einer mutmaßlich extremistischen Einzelperson vorgenommen werden, lassen sich also die grundlegenden Fragen klären, (a) ob es sich überhaupt um einen Extremisten handelt und, wenn ja, (b) welcher Extremismusvariante bzw. (c) welcher Extremismusuntervariante er zuzurechnen ist.

Will man dann das ideologische Profil eines Extremisten en detail und tiefergehend analysieren, gilt es, alle hierzu relevanten, im Zuge des gesetzlichen Beobachtungsauftrages über diese Person angefallenen Informationen zusammenzutragen und nach zwei Fragestellungen hin zu untersuchen:

1. Liegen relevante Statements zu politisch-ideologischen Themen vor, die eindeutig der Person zuzuordnen sind? Unter Statements fallen hier vor allem
 - a. schriftliche Texte, welche die Person nachweislich verfasst hat oder an deren Abfassung die Person nachweislich beteiligt war,
 - b. mündliche Äußerungen, welche die Person nachweislich getätigt hat, und
 - c. jeweils szenetypische Symbole, Embleme, Codes (Buchstaben- oder Zahlencodes), welche die Person offensichtlich affirmativ benutzte (z. B. als Bekleidungsaccessoire, Tattoo oder Kfz-Kennzeichen).
2. Liegen belastbare Erkenntnisse darüber vor, welche extremistischen Medien von der Person in welcher Intensität konsumiert werden? Unter extremistische Medien fallen hier vor allem entsprechende
 - a. Printmedien (z. B. Bücher, Zeitschriften, Flugblätter),
 - b. Internetmedien (z. B. Internetseiten, Foren, Profile in sozialen Netzwerken),
 - c. akustische Medien (Musik in Form von Tonträgern oder Konzerten) und
 - d. visuelle Medien (Videos und Fernsehsender)

Können eine dieser beiden grundsätzlichen Fragen bejaht werden, so sollten im Wege einer weitergehenden Analyse des ermittelten Quel-

lenmaterials mehr oder minder weitreichende Aussagen über die individuelle ideologische Verortung bzw. über den Fanatisierungsgrad der jeweiligen Person möglich sein. So kann die Person über die von ihr vertretenen bzw. konsumierten Positionen – und zudem über die extremistischen Personenzusammenschlüsse, denen sie angehört – eventuell einer konkreten Ideologiefamilie bzw. Strömung zugeordnet werden. Auch Antworten auf die Fragen, ob ein eher fragmentarisches oder ein eher geschlossenes ideologisches Weltbild vorliegt und ob die Person als Ideologieproduzent, als Ideologiereproduzent oder als Ideologiekonsument im oben definierten Sinne einzustufen ist, sind hier von Interesse. Ein Abgleich von ideologischem Anspruch einerseits und tatsächlicher Lebensführung andererseits kann Auskunft geben, inwieweit die Person ideologisch konsequent, da bereit ist, ideologische Postulate das eigene Leben bestimmen und eventuell einschränken zu lassen (z. B. in puncto Partnerwahl). Schließlich können im Idealfall durch die möglichst genaue Analyse der der Person eindeutig zuzuordnenden Statements bzw. der von der Person konsumierten extremistischen Medien Hinweise extrapoliert werden auf die möglichen innerlogischen Konsequenzen im Sinne von Handlungsoptionen, die sich aus den von der Person vertretenen ideologischen Positionen ergeben, unabhängig davon, ob die Person diese Konsequenzen bereits ausgesprochen oder gar vollzogen hat. Dies gilt beispielsweise für besonders fanatische Varianten von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, deren innerlogische Konsequenz in Gewaltakten gegen „Fremde“ bzw. Juden bestehen kann. So lässt sich die Shoa als innerlogische Konsequenz des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus interpretieren, dessen Ursprünge mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Auch der Historiker Frank-Lothar Kroll betont zurecht „den zentralen Rang, der dem Faktor ‚Ideologie‘ bei der Begründung und legitimatorischen Absicherung der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches insgesamt zukam. Die finale Abrechnung mit dem ‚Weltfeind‘ vollzog sich bereits im Vorfeld der Ideologie, nicht erst im Rahmen einer davon vermeintlich weithin losgelösten politischen Praxis Das Verbrechen des Holocaust war Ausdruck und Folge eines auf Handlung und Tat drängenden paranoiden Denkens. Die mörderische *Praxis* des Regimes exekutierte im Wesentli-

chen die Postulate und Zielvorgaben einer weitgehend kriminellen *Ideologie*.²⁷

4. Das Analysekriterium „Biographie“

„Niemand wird als ‚Faschist‘ oder ‚Extremist‘ geboren und niemand stellt sich aus gänzlich freien Stücken ins politische und gesellschaftliche Abseits.“²⁸ Erst das Leben – so lässt sich dieser Satz ergänzen, den der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke 1992 in seinem biographischen Porträt des Neonazis Michael Kühnen (1955-1991) formulierte – mit seinen Erfahrungen, Einflüssen, An- und Überforderungen, Ungewissheiten und Ambiguitäten, mit seinen potenziellen Krisen, Verwerfungen, Niederlagen, Ungerechtigkeiten und Frustrationen „macht“ den zum Extremisten, der – wiederum aus individuellen (vor allem psychologischen, mentalen und/oder intellektuellen) Gründen – keine andere Antwort darauf, keine andere Bewältigungsstrategie findet, um mit dem Leben fertig zu werden. Es bietet jedoch genauso auch viele Angebote, Möglichkeiten und Freiheiten, den einmal eingeschlagenen Weg in den Extremismus zu beenden und umzukehren. Die Biographien diverser Aussteiger aus dem Rechtsextremismus bzw. -terrorismus sind Belege dafür²⁹. Das Analysekriterium „Biographie“ fragt daher nach den Einflüssen des bisherigen und – soweit dieser bereits absehbar ist – zukünftigen Lebensweges auf den Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess der zu analysierenden Person.

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass widrige, z. B. familiäre oder materielle Startbedingungen und Lebensumstände, aber auch unvermittelt auftretende biographische Brüche, Schicksalsschläge und andere traumatisierende Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart einen individuellen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess auslösen bzw. begünstigen und verstärken können – wohlgemerkt

²⁷ Frank-Lothar Kroll, Der Weg in den Holocaust. Rassismus und Antisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie, in: Ders./Zehnpfennig (Hrsg.) (Anm. 18), S. 113-138, hier S. 135f. Kursivdruck im Original.

²⁸ Hans-Gerd Jaschke, Biographisches Porträt: Michael Kühnen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 168-180, hier S. 168.

²⁹ Vgl. Reinhard Koch/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Ein- & Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht, Braunschweig 2009.

können und nicht müssen. Auch die subjektive Angst oder die objektive Gewissheit, in der Zukunft solche biographischen Brüche, Schicksalsschläge oder Traumatisierungen erfahren – z. B. eine Haftstrafe antreten – zu müssen, können – aber müssen nicht – zu Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozessen beisteuern. Dazu lassen sich auch unbestimmte subjektive Zukunftsängste zählen, die in der Peer Group, sozialen Schicht oder Generation als kollektive, den Einzelnen prägende Erfahrungen geteilt werden. Beispielsweise kamen nach 1918 im Deutschen Reich angesichts von Kriegsniederlage, Revolution, den Geschehnissen in Sowjet-Russland und in der kurzlebigen ungarischen Räterepublik, aber auch angesichts verschiedener kommunistischer Versuche, in (Teilen) Deutschland(s) Räterepubliken zu etablieren, in nicht unerheblichen Teilen der (bürgerlichen) Bevölkerung massive kollektive Ängste bis hin zur Hysterie auf, auch das Reich könnte in naher Zukunft bolschewisiert und weite Bevölkerungsschichten mit massivem Terror und Vernichtung überzogen werden. Diese Ängste trugen dazu bei, Menschen in die „Völkische Bewegung“ zu treiben, die mit ihrem antisemitisch konstruierten Feindbild vom „Jüdischen Bolschewismus“ ein diesbezügliches ideologisches Deutungsangebot machte. Bereits überzeugte Völkische sahen sich durch ihre ideologisch verzerrte Wahrnehmung der Bolschewiki und von deren Terrormaßnahmen in ihrem fanatischen Antisemitismus bestärkt.³⁰

Andererseits können als positiv wahrgenommene biographische Wendungen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozesse abschwächen oder sogar beenden. „Klassische“ Beispiele dafür sind die neue, nicht der jeweiligen extremistischen Szene angehörige Lebensgefährtin, die eine weitere Szenezugehörigkeit ihres Freundes nicht duldet und entsprechend auf ihn einwirkt, oder der neue relativ krisensichere, gutbezahlte Job, der eine lange Phase der Arbeitslosigkeit beendet, die und ihre materiellen, mentalen sowie sozialen Folgen ihrerseits ursprünglich zum Einstieg in den Extremismus beigetragen haben mögen.

Die Potenzialität, nicht aber Zwangsläufigkeit solcher Zusammenhänge kann hier nicht deutlich genug betont werden. Der Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer bemerkte: „Biografische Brüche ... gehen ganz offensichtlich mit Bedürfnislagen bei Jugendlichen einher, die

³⁰ Vgl. Jung (Anm. 15), S. 163-261.

eine Annäherung an die Szene wahrscheinlicher machen. ... Automatismen gibt es in dieser Hinsicht gewiss nicht.“³¹ Und über Horst Mahler (Jahrgang 1936), dessen Biographie aufeinander folgend Linksextremismus, Linksterrorismus und schließlich Rechtsextremismus in sich vereint, ist sogar in gewisser Weise vor Erklärungen kapitulierend von dem Extremismusforscher Eckhard Jesse geurteilt worden: „Er ist so etwas wie der ideelle Universalextemist. ... Gleichwohl zeichnet sich sein politisches Leben durch tiefe Brüche aus. Nicht jeder Wandel läßt sich plausibel machen.“³² So kann die traumatische Erfahrung der Trennung und Scheidung der eigenen Eltern als ein Faktor zur Auslösung oder Verschärfung einer kriminellen oder eben auch extremistischen „Karriere“ beitragen, muss es aber keineswegs. Denn die jeweilige Verarbeitung einer solchen Erfahrung ist letztlich individuell verschieden und zudem meist auch von weiteren Faktoren abhängig. Dazu zwei gegensätzliche Beispiele: Bei manchen Extremisten führt eine Verurteilung zu einer Haftstrafe ohne Bewährung wegen eines politisch motivierten Delikts zu Trotzreaktionen, Schuldzuweisungen an das umso entschiedener zu bekämpfende „System“ und weiteren Radikalisierungsschüben. So hat Jaschke ausgerechnet, dass Kühnen ca. neun seiner insgesamt nur knapp 36 Lebensjahre in Gefängnissen verbrachte – fast ausschließlich wegen politisch motivierter Delikte³³. In seinen ideologischen Überzeugungen erschütterte ihn das aber offenbar nicht, eher im Gegenteil: „Er beginnt, sich als Führer, als Desperado zu fühlen, der die bürgerliche Gesellschaft umso mehr verachtet, je mehr diese ihn verfolgt. Dieser Zirkel dauert bis an sein Lebensende.“³⁴ Schon Anfang 1982 behauptete Kühnen in einem Zeitungsinterview, eine gerade beendete Haftstrafe sei ihm „nicht unangenehm gewesen. Sie hat mir durchaus in die politische Konzeption gepaßt. Ich würde auch künftig bereit sein, jederzeit wieder ins Gefängnis zu gehen für meine Idee.“³⁵ Einen gänzlich gegenteiligen Ef-

³¹ Thomas Pfeiffer, Zusammenfassende Thesen, in: Koch/Pfeiffer (Hrsg.) (Anm. 29), S. 88-96, hier S. 88.

³² Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in Uwe Backes/Ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-199, hier S. 190f.

³³ Jaschke (Anm. 28), S. 174.

³⁴ Ebenda, S. 178.

³⁵ Zitiert ebenda, S. 175f.

fekt zeitigte eine vierjährige Inhaftierung (1981-1985) bei der damaligen Rechtsextremistin Christine Hewicker (Jahrgang 1959): Laut ihrer erstmals 2001 erschienen Autobiographie vollzog sie gerade während dieser Zeit ihren Ausstieg aus dem Rechtsextremismus³⁶.

Vor diesem Hintergrund gilt es, drei Fragenkomplexe analytisch an die Vita der zu analysierenden Person anzulegen:

1. Sind Faktoren im bisherigen Lebensverlauf der Person festzustellen, die ihren Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess beeinflusst haben?

Diese Frage forscht nicht zuletzt nach den Ursprüngen, Umständen und Gründen für den jeweiligen Einstieg in den Extremismus. Ziel darf jedoch keine reine biographische Geschichtsbetrachtung sein. Vielmehr muss es darum gehen – das Vorliegen möglichst umfassender, belastbarer Informationen immer vorausgesetzt –, weitergehende Erkenntnisse über grundsätzliche Reaktions- und Handlungsmuster sowie Persönlichkeitsmerkmale der betreffenden Person zu eruieren, die ihr Denken und Handeln in der Gegenwart und mutmaßlich in der Zukunft mitbestimmen könnten. So ist es von analytischem Interesse, wie die Person in der Vergangenheit auf persönliche biographische Einschnitte reagiert hat, ob wiederkehrende Muster zu erkennen sind und daher entsprechende Reaktionen auf ähnliche Situationen heute oder in der Zukunft wieder zu erwarten wären. Beispielsweise ist eine Person denkbar, die in der Vergangenheit auf Phasen der Arbeitslosigkeit immer wieder mit verstärkter Szeneaktivität und/oder Radikalisierungsschüben geantwortet hat, umgekehrt auf Phasen der Berufstätigkeit und finanziellen Absicherung mit geringerer Szeneaktivität und Deradikalisierungsschüben.

2. Sind Faktoren in der aktuellen Situation der Person festzustellen, die seinen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess beeinflussen?

Diese Frage dient der Vervollständigung des *aktuellen* Bildes von der Person. Sie kann in zwei entgegengesetzte Zielrichtungen mit zwei verschiedenen Erkenntnisinteressen gestellt werden:

³⁶ Vgl. Christine Hewicker, Die Aussteigerin. Autobiografie einer ehemaligen Rechtsextremistin, Hamburg 2012, S. 88-143, 202 und 209.

- einerseits dahingehend, ob aktuell zu beobachtende Veränderungen im Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess der Person eventuell auf (einen) solche(n) Faktor(en) zurückzuführen sind. Beispielsweise könnte sich herausstellen, dass abrupt und deutlich nachlassende Szeneaktivitäten auf eine gegen die Person erst kürzlich wegen politisch motivierter Straftaten verhängte Bewährungsstrafe zurückzuführen sind, deren Auflagen die Person erfüllen will, um keine Haftstrafe zu riskieren. Dies hieße im Umkehrschluss auch, dass die jüngste politisch-ideologische Zurückhaltung (zumindest wahrscheinlich und bis dato) nicht auf ein prinzipielles Umdenken der Person zurückzuführen sein dürfte.
- andererseits dahingehend, ob ein aktuell zu konstatierender Faktor im Leben der Person im Begriff ist, Veränderungen im Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess der Person auszulösen. Hier könnte beispielsweise ein erst kürzlich aus beruflichen Gründen erfolgter Umzug von der vorpommerschen Ostseeküste an das baden-württembergische Bodenseeufer die zu analysierende Person trotz aller medial-virtuellen Vernetzung der jeweiligen Szene aus ihren direkten, regionalen extremistischen Kontexten herausreißen, ohne dass ihr entsprechende Kontakte am neuen Wohnort sofort wieder zur Verfügung stehen.

Im letztgenannten – und in vielen anderen denkbaren – Beispiel(en) ist die weitergehende Frage von analytischem Interesse, wie lange die Wirkung der jeweiligen biographischen Einflussfaktoren anhält, also z. B. ob die Person am Bodensee wieder entsprechende Kontakte knüpfen will, wenn ja, ob ihr das auch gelingt, und wenn wiederum ja, wann und wie.

Mit der Frage, was die gegenwärtige Situation der Person für deren Zukunft bedeuten könnte, wird schon der dritte Fragenkomplex tangiert:

3. Sind Einflussfaktoren für die Zukunftsperspektive der Person festzustellen, die einen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess beeinflussen können?

Wie eingangs bereits angedeutet, ist die Forderung nach einer Stärkung auch ihrer Prognosefähigkeiten nicht erst nach dem November

2011 und auch nicht nur von außen mit Nachdruck an die Verfassungsschutzbehörden gerichtet worden – und wird es noch. Eine seriöse Prognose, die sich nicht in selbstverständlichen Allgemeinplätzen, Leerformeln und mehr oder minder willkürlichen Mutmaßungen erschöpfen soll, setzt jedoch die möglichst intensive und fundierte Analyse von Gegenwart und Vergangenheit des Untersuchungsgegenstandes voraus: Auf einer oberflächlich-unfundierte Analyse kann keine tiefergehend-fundierte Prognose basieren.

Für das Analysekriterium „Biographie“ bei der Analyse extremistischer Einzelpersonen heißt das: Eine auch nur halbwegs aussagekräftige Antwort auf die Frage „Sind Einflussfaktoren für die Zukunftsperspektive der Person festzustellen, die einen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess beeinflussen können?“ ist nur möglich, wenn man die beiden vorangegangenen Fragen auf der Basis möglichst vieler belastbarer Informationen über die Person detailliert beantworten konnte und auch zu den anderen vier Analysekriterien hinreichend umfangreiche Erkenntnisse vorliegen. Und selbst dann sind realistische, womöglich detaillierte Prognosen umso schwieriger und fehleranfälliger, je weiter sie in die Zukunft gerichtet sind. Es bietet sich daher in vielen Fällen an, mit mehreren möglichen Szenarien zu arbeiten und deren Wahrscheinlichkeitsgrade analytisch gegeneinander abzuwägen.

Nichtsdestotrotz sind biographische Einflussfaktoren denkbar, die bestimmte Auswirkungen und Reaktionen der zu analysierenden Person zumindest in der absehbaren Zukunft möglich bis wahrscheinlich erscheinen lassen. Ein Beispiel ist die drohende oder schon erfolgte Verurteilung zu einer Haftstrafe ohne Bewährung, die aber noch nicht angetreten wurde. Die Person könnte auf diese Zukunftsperspektive mit Flucht oder Untertauchen reagieren. Das Leben im Ausland und/oder in der Illegalität wiederum kann zu einem weiteren Radikalisierungsschub, eventuell sogar in Richtung Militanz führen.

Beispiele dafür aus der jüngeren Vergangenheit gibt es relativ viele: Ein vergleichsweise prominentes ist das von Manfred Roeder (1929-2014), dem Spiritus Rector und Anführer der rechtsterroristischen „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA). Er floh Januar 1978 angesichts einer drohenden Haftstrafe ins Ausland, wo er sich mehr als anderthalb Jahre lang in zahlreichen Ländern auf mehreren Kontinenten auf-

hielt, allein ein Jahr davon in Nordamerika. Seine in dieser Zeit entstandenen Rundbriefe wurden, so der Politikwissenschaftler Bernhard Rabert, „immer schärfer und aggressiver“, „ein immer stärker werdender Realitätsverlust“³⁷ bemächtigte sich seiner. „Die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen im Exil ließen dann wahrscheinlich 1979 in einer Situation zunehmender Isolation und Realitätsverlust (sic!) die Entscheidung für den ‚bewaffneten Kampf‘ reifen“, so dass er „den Rubicon der konkreten Gewaltbereitschaft“³⁸ überschritt. Nachdem Roeder dann im August 1979 in die Bundesrepublik zurückgekehrt war, wo er wegen eines fortbestehenden Haftbefehls im Untergrund leben musste, dauerte es nur noch wenige Monate, bis er zusammen mit Gesinnungsgenossen die DA aus der Taufe hob.³⁹

Weitere Beispiele: Hewicker und ihr Mann tauchten angesichts von drohenden Haftstrafen und von Schulden im August 1981 in Frankreich unter, um von dort einen bewaffneten Kampf gegen die Bundesrepublik zu führen. Bereits im September 1981 überfielen die Hewickers mit einem Komplizen in Rheinland-Pfalz eine Sparkasse, um den Ankauf von Waffen für ihre geplanten Anschläge in Deutschland zu finanzieren.⁴⁰ 2003 flüchtete der damalige Neonazi und spätere Szeneaussteiger Nick W. Greger (Jahrgang 1977), der zu diesem Zeitpunkt schon wiederholt Haftstrafen von insgesamt vier Jahren und acht Monaten abgesessen hatte, nach Angaben seiner Autobiographie angesichts eines drohenden weiteren Haftantritts von Deutschland nach Südafrika. Er beabsichtigte, sich dort „aktiv in den Kampf um einen weißen Volksstaat ... einzubringen, und dies an vorderster Front.“⁴¹ Eine weitere Radikalisierung Gregers wurde erst dadurch gestoppt, dass er vor Ort positive zwischenmenschliche Erfahrungen mit Schwarzafrikanern machte, insbesondere sich in eine schwarze Namibierin verliebte.⁴² Und last but not least dürfte die Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden Haftantritt beim Untertauchen der späte-

³⁷ Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 277.

³⁸ Ebenda, S. 278.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 277-279.

⁴⁰ Vgl. Hewicker (Anm. 36), S. 54-60.

⁴¹ Nick W. Greger, Verschenkte Jahre. Eine Jugend im Nazi-Hass, Berlin 2012, S. 104f.

⁴² Vgl. ebenda, S. 104-106, 122 und 132-145.

ren NSU-Mitglieder am 26. Januar 1998 eine sehr wichtige Rolle gespielt haben: Uwe Böhnhardt (1977-2011) war erst im Oktober 1997 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden, die seit Dezember 1997 rechtskräftig, aber von ihm noch nicht angetreten worden war. Bei den an jenem 26. Januar 1998 in Jena durchgeführten Garagendurchsuchungen war der dann ja auch erfolgte Fund von Material (u. a. Rohrbomben, TNT) sicher zu erwarten, das u. a. Böhnhardt weiter belasten musste. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wählte er mit seinen beiden ebenfalls von Verhaftung bedrohten Gesinnungsgenossen Uwe Mundlos (1973-2011) und Beate Zschäpe (Jahrgang 1975) die Flucht in den Untergrund.⁴³ Der Rest ist bekannt.

4.1 Potenzielle biographische Einflussfaktoren: Eine grobe Kategorisierung

Die Zahl der potenziellen biographischen Einflussfaktoren, die einen individuellen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess auslösen bzw. begünstigen und verstärken, aber eben auch umkehren und beenden können, ist Legion. Daher sollen sie im Folgenden grob kategorisiert und anhand von Beispielen kurz erläutert werden:

1. Soziale Einflussfaktoren

Menschen können soziales Leben und damit soziale Anerkennung sowie Integration in verschiedensten Kontexten erfahren: in der Familie, in Liebesbeziehungen, in sonstigen sozialen Nahfeldern (z. B. unter Freunden, Mitschülern, Kollegen, Nachbarn) und – im Falle von Extremisten – in der jeweiligen Szene unter Gesinnungsgenossen. Drei dieser sozialen Kontexte (Familie, Liebesbeziehungen und Gesinnungsgenossen) seien hier kurz erläutert:

a. Familie

Dass ein funktionierendes, möglichst konfliktfreies familiäres Umfeld ein sehr wichtiger Entwicklungs- und Sozialisationsfaktor im Leben

⁴³ Vgl. Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014, S. 248f. und 263-274. Fuchs/Goetz (Anm. 3), S. 15-25 und 108-112. Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror-Trio. Ereignisse – Szene – Hintergründe, Berlin 2012, S. 62-68.

eines jeden Menschen ist, insbesondere beim Aufbau von Bindungen und Vertrauen, kann hier als *opinio communis* vorausgesetzt werden. Ebenso gilt, dass eine gravierende Störung oder gar das Fehlen bzw. der Verlust dieses Umfeldes für den Betroffenen in der Regel eine schwerwiegende Belastung darstellt, die langfristig in seiner Biographie nachwirken kann. So kann der Verlust des familiären Umfeldes oder auch „nur“ eines geliebten Familienmitgliedes (z. B. durch Tod, Kontaktabbruch, Trennung/Scheidung der Eltern, Heimaufenthalte) zur Ursache werden für im weitesten Sinne deviantes Verhalten: z. B. für das Abgleiten in die Drogensucht, in die Kriminalität oder in den Extremismus. Auch für diese These lassen sich relativ viele Belege aus der fernerer und näheren Geschichte des Rechts-, aber auch des Linksextremismus anführen: So ist die Aussteigerautobiographie des ehemaligen Neonazis Ingo Hasselbach (Jahrgang 1967) als „ein langer Brief“⁴⁴ an seinen leiblichen Vater, „eine zentrale Figur“⁴⁵ in seinem Leben, konzipiert, obwohl oder gerade weil Hasselbach in den ersten Jahren seines Lebens gar nicht gewusst hatte, dass es sich bei diesem Mann um seinen leiblichen Vater handelte, und er von seinen ersten 26 Lebensjahren nur fünf Monate bei ihm verbracht hatte.⁴⁶ Auf diesen Vater dürfte eine Passage gemünzt sein, die Hasselbach (bzw. sein Co-Autor Winfried Bonengel) gegen Ende seines Buches formuliert: „Hätte ich von Anfang an in der Bundesrepublik gelebt, vielleicht wäre ich zur RAF oder in die linke gewaltbereite Szene gegangen. Fehlende Liebe und fehlende Anerkennung führen zu Frustrationen, die sich steigern können bis zum blinden Haß.“⁴⁷ Ein anderes Beispiel: Die Bedeutung, die der Tod seines Vaters und seines älteren Bruders sowie die daraus resultierenden Folgewirkungen für den Radikalisierungsprozess Lenins hatten, kann wohl kaum überschätzt werden: Vater und Bruder starben 1886/87 im Abstand von nicht einmal andert-halb Jahren, als Lenin (damals Uljanow) noch keine 16 bzw. gerade 17 Jahre alt war. Hinzu kam, dass der Bruder wegen Beteiligung an

⁴⁴ Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel, *Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus*, Berlin 2. Auflage 1993, S. 9.

⁴⁵ Ebenda, S. 11.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 11-14.

⁴⁷ Ebenda, S. 155f.

einem Komplott zur Ermordung des russischen Zaren hingerichtet wurde.⁴⁸

Ein fast schon skurril anmutendes, wenn auch besonders folgenschweres Beispiel für den Einfluss familiärer Verwerfungen – aber auch der Lektüre eines extremistischen Buches – auf einen individuellen Radikalisierungsprozess bietet die Vita von Friedrich Jeckeln (1895-1946). Der badische Weltkriegsteilnehmer Jeckeln heiratete 1918 und arbeitete danach als Verwalter auf dem Gut seines Schwiegervaters. Diese Zusammenarbeit gestaltete sich konfliktträchtig und zog in der Konsequenz auch die Ehe Jeckelns in Mitleidenschaft. In dieser Situation las Jeckeln Anfang der 1920er Jahre den Roman „Die Sünde wider das Blut“ des völkischen Autors und späteren NSDAP-Gauleiters von Thüringen Artur Dinter (1876-1948)⁴⁹. Dieser in der Weimarer Republik sehr erfolgreiche Roman ist zutiefst durch den fanatischen Rassismus und insbesondere Rassenantisemitismus seines Autors geprägt⁵⁰. Unter dem Eindruck des Buches meinte Jeckeln, sich die Probleme mit seinem Schwiegervater nun erklären zu können: Dieser müsse von Juden abstammen – was nicht stimmte – und sei daher mit dem Nichtjuden Jeckeln inkompatibel. Jeckeln ließ sich aus seiner neuerworbenen rassenantisemitischen Überzeugung von seiner Frau scheiden, mit der er mittlerweile drei Kinder hatte. 1929 wurde er Mitglied der NSDAP, 1930 auch der „Schutzstaffel“ (SS). In der SS machte er Karriere und war während des Krieges als Höherer SS- und Polizeiführer für die Ermordung zahlreicher Juden in Osteuropa verantwortlich. So leitete er die Ermordung der ca. 27.000 Juden aus dem Rigaer Ghetto im November/Dezember 1941. Jeckeln wurde 1946 in Riga hingerichtet.⁵¹

Andererseits können Erschütterungen des familiären Umfeldes Radikalisierungsprozesse auch bremsen oder sogar stoppen. So scheint der

⁴⁸ Vgl. Robert Service, Lenin. Eine Biographie, München 2002, S. 75-109.

⁴⁹ Artur Dinter, Die Sünde wider das Blut. Ein Zeitroman, 4. und 5. Auflage, Leipzig 1919. (1. Auflage 1918)

⁵⁰ Vgl. Jung (Anm. 15), S. 65f.

⁵¹ Vgl. Richard Breitman, Friedrich Jeckeln. Spezialist für die „Endlösung“ im Osten, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, 2., durchgesehene und aktualisierte Auflage, Paderborn 2003, S. 267-275.

Berliner SA-Sturmführer Horst Wessel (1907-1930) gegen Ende 1929 seine SA-Aktivitäten reduziert zu haben. Das könnte u. a. damit zusammengehangen haben, dass er seit einigen Monaten eine nach damaligen Moralvorstellungen degoutante Liebesbeziehung zu einer Ex-Prostituierten unterhielt. Ein schwerer Schicksalsschlag aber könnte das Verhältnis zu seinen NS-Gesinnungsgenossen noch stärker belastet haben: Am 22. Dezember 1929 erfror sein Bruder während eines von Nationalsozialisten organisierten Ausfluges im Riesengebirge. Wessel scheint daraufhin eine schwere Krise durchlebt zu haben. Sein Zustand soll, wie später sogar von Nationalsozialisten kolportiert wurde, innerhalb der SA zu Überlegungen geführt haben, ihn als Sturmführer abzusetzen. Es ist also nicht völlig auszuschließen, dass Wessel zu Jahresbeginn 1930 kurz vor seinem – aktiven oder passiven – (Teil-)Rückzug aus der SA oder gar der NS-Bewegung insgesamt stand⁵². Letzte Gewissheit ist in dieser Frage nicht zu erlangen, da Wessel bereits am 14. Januar 1930 von Kommunisten überfallen, dabei durch einen Pistolenschuss schwer verletzt wurde und in der Folge am 23. Februar 1930 starb.⁵³

b. Liebesbeziehungen

Gleichfalls an der Grenze zur Binsenweisheit bewegt sich die Tatsache, dass eine Liebesbeziehung dazu beitragen kann, eine Person in eine extremistische Bestrebung zu integrieren, aber auch umgekehrt aus extremistischen Kontexten zu lösen. In dem einen Fall kann es der Neonazi sein, der seine neue, bislang szenefremde Freundin zum Szeeneinstieg verführt. In dem anderen Fall kann es sich – so wie es Greger widerfuhr⁵⁴ – um die attraktive Schwarzafrikanerin handeln, die den in sie verliebten Neonazi in seinen bisherigen rassistischen Überzeugungen erschüttert, auch weil seine Liebe zu dieser Frau bei seinen

⁵² Vgl. Daniel Siemens, Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, S. 96-98. Manfred Gailus/Daniel Siemens (Hrsg.), „Hass und Begeisterung bilden Spalier“. Die politische Autobiografie von Horst Wessel, Berlin 2011, S. 17 und 71.

⁵³ Vgl. Walter Jung, Der neonazistische Kult um Horst Wessel am Beispiel Baden-Württemberg, in: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutz 1952-2012. Festschrift zum 60. Jubiläum des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart 2012, S. 155-175, hier S. 160f.

⁵⁴ Vgl. Greger (Anm. 41), S. 132-138.

bisherigen „Kameraden“ auf Verständnislosigkeit bis hin zu fanatischer Ablehnung und Sanktionen stößt.

Auch die sexuelle Orientierung eines Extremisten entscheidet mit über sein Standing, seinen Werdegang, in letzter Konsequenz auch über seinen Verbleib in oder Ausstieg aus seiner extremistischen Szene. Das gilt zum Beispiel und nicht zuletzt für Homosexuelle in der Neonazi-Szene. So sind ostentative Homophobie und Heteronormativität ideologisch-theoretisch in der heutigen Neonazi-Szene zwar ähnlich stark verbreitet⁵⁵, wie sie es schon im historischen NS waren⁵⁶. Andererseits engagier(t)en sich sowohl im historischen NS als auch in der Neonazi-Szene immer wieder Homosexuelle, was den Gesinnungsgenossen zudem nicht immer in jedem Einzelfall unbekannt war bzw. ist. Das wohl bekannteste Beispiel für einen hochrangigen und relativ offen homosexuellen Nationalsozialisten ist der Stabschef der SA (seit 1931) und Reichsminister ohne Geschäftsbereich (seit 1933) Ernst Röhm (1887-1934). Seine in NS-Kreisen und in der Öffentlichkeit an sich längst bekannte Homosexualität diente nach seiner Ermordung im Zuge des „Röhm-Putsches“ seinen nationalsozialistischen Mördern zwar als eines von mehreren Rechtfertigungsargumenten für ihre Tat. Sie stellte aber nicht ihr eigentliches Hauptmotiv dar.⁵⁷

Homosexualität gilt auch heute noch in weiten Teilen der Neonazi-Szene als krankhafte Perversion, schwul zu sein dementsprechend als schwerwiegender Vorwurf, der auch ansonsten sehr respektierte Szenegrößen in massive Schwierigkeiten bringen kann: 1986 wurde innerhalb der Szene im Rahmen einer Kampagne gegen Homosexualität auch der Vorwurf an die Adresse Kühnens laut, er sei schwul, was zu

⁵⁵ Vgl. Yves Müller, Schwule Nazis?! (Männliche) Homosexualität und Homosexuellenfeindlichkeit in der extremen Rechten (28. November 2014), in: www.bpb.de (gelesen am 14. September 2015).

⁵⁶ Vgl. Michael Schwartz (Hrsg.), Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945, München 2014.

⁵⁷ Vgl. Susanne zur Nieden/Sven Reichardt, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung. Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 33-58. Conan Fischer, Ernst Julius Röhm – Stabschef der SA und unentbehrlicher Außenseiter, in: Smelser/Zitelmann (Hrsg.) (Anm. 13), S. 212-222.

heftigen Zerwürfnissen führte. Kühnen scheint aber trotz solcher Anfeindungen nie den Ausstieg aus dem Neonazismus erwogen zu haben.⁵⁸ 1981 wurde bei Hamburg ein Neonazi von Gesinnungsgenossen sogar ermordet, u. a. weil sie ihm vorwarfen, schwul zu sein⁵⁹. Das Abweichen von dieser Heteronormativität kann aber innerhalb des Rechtsextremismus nicht nur zu massiven Konflikten führen, sondern auch zu Ausstiegsprozessen beitragen. So war seine Homosexualität für den ehemaligen Rechtsextremisten Jörg Fischer (Jahrgang 1969) offensichtlich ein wichtiger Anstoß, sich Ende 1991 aus der Szene zurückzuziehen⁶⁰.

c. Gesinnungsgenossen

In anderem Kontext wurde bereits ausgeführt, dass ihre Organisation, ihre Szene für viele Extremisten eine Art Ersatzfamilie bedeutet, in der sie alternativlose Anerkennung, Bestätigung und Sinnstiftung zu erfahren vermeinen. Dadurch und zumal, wenn die an die Gesinnungsgenossen gestellten Erwartungen erfüllt werden, kann emotionale Abhängigkeit entstehen, welche die Betroffenen in manchen Fällen stärker an die jeweilige Szene binden kann als gemeinsame ideologische Überzeugungen. Dies gilt insbesondere für solche Menschen, die außerhalb ihres extremistischen Umfeldes sozial mehr oder minder isoliert sind, unter Umständen gerade deshalb in der demokratischen Mehrheitsgesellschaft auf Ablehnung stoßen, weil sie dort als Extremisten (z. B. als Neonazis) bekannt sind. Jörg Fischer beispielsweise nahm sich in seiner Kindheit aufgrund einer diabetes mellitus, an der er bereits vor seiner Einschulung erkrankt war, und deren Folgen als isolierter Außenseiter wahr. Dieser Umstand spielte bei seinem Szeeneinstieg ab 1982 eine erhebliche Rolle: „Plötzlich gab es Leute, die Interesse an mir zeigten und mir vermittelten, daß ich zu ihnen passen würde. Sie kamen für mich aus einer anderen, neuen, auch faszinierenden Welt. Dem Dreizehnjährigen, der ich damals war, war es sehr wichtig, zu einer Gemeinschaft von Älteren Zugang gefunden zu haben und von ihr aufgenommen zu werden. ... Zum ersten Mal in mei-

⁵⁸ Vgl. Jaschke (Anm. 28), S. 173.

⁵⁹ Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz '81, Bonn 1982, S. 27.

⁶⁰ Vgl. Jörg Fischer, Ganz rechts. Mein Leben in der DVU, Reinbek bei Hamburg 1999, S.132 und 136.

nem Leben hatte ich das Gefühl, echte Freunde gefunden zu haben.“⁶¹ Entsprechend war sein späterer Rückzug aus der rechtsextremistischen Szene von der Sorge vor dem „völligen Verlust meines gesamten sozialen Umfelds“⁶² überschattet, der – zusammen mit dem Verlust seines beruflichen Umfeldes – nach Vollzug dieses Schrittes auch tatsächlich eintrat. Daher fiel er laut eigener Darstellung danach auch über Monate in „ein großes schwarzes Loch“^{63 64}.

Andererseits können soziale Negativerfahrungen mit den Gesinnungsgenossen einem Deradikalisierungsprozess Vorschub leisten, was sogar im Ausstieg enden kann. Dazu zählt nicht zuletzt die Enttäuschung, wenn das eigene extremistische Umfeld die in es gehegten sozialen Erwartungen nicht erfüllt, wenn beispielsweise die eigene neonazistische „Kameradschaft“ sich als wenig „kameradschaftlich“ erweist und stattdessen schweren gruppeninternen Konflikten unterliegt, den einzelnen „Kameraden“ in Problemsituationen im Stich lässt oder gar mit gruppeninterner Gewalt überzieht. Der Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer spricht mit Blick auf Ausstiegsprozesse ehemaliger Rechtsextremisten von einer „Kluft zwischen dem Gesuchten und Gefundenen“ und resümiert: „Die rechtsextremistische Szene löst das Kameradschaftsversprechen nicht ein. Distanzierungsprozesse gehen mit dem Erkennen von Widersprüchen zwischen idealisierter rechter Gemeinschaft und der Realität einher.“⁶⁵

2. Ökonomisch-materiell-finanzielle Einflussfaktoren

Verheißungen, ihre jeweilige Anhängerschaft aus ökonomischen, materiellen und finanziellen Notlagen, Ungewissheiten und Zwängen zu erlösen, war immer schon wichtiger Bestandteil des Attraktivitätspotenzials links- wie rechtsextremistischer Bewegungen. Nicht von ungefähr wird in nationalsozialistischen – und kommunistischen – Kampfliedern der 1920er und 1930er Jahre immer wieder davon gesungen, nach der jeweiligen Revolution Armut und Hunger – zumindest für die eigene Klientel – aus der Welt zu schaffen. Das Symbolwort „Brot“ spielt hier immer wieder eine zentrale Rolle. So lautet

⁶¹ Ebenda, S. 13f. und 30.

⁶² Ebenda, S. 41.

⁶³ Ebenda, S. 135.

⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 11-16, 30, 41 und 134f.

⁶⁵ Pfeiffer (Anm. 31), S. 92.

die zweite Strophe des von Horst Wessel geschriebenen SA-Liedes „Die Fahne hoch“, das nach dem Tod seines Autors zur NSDAP-Hymne, nach 1933 zudem zur zweiten Nationalhymne NS-Deutschlands neben dem eigentlichen Deutschlandlied avancierte: „Die Straße frei den braunen Bataillonen! Die Straße frei dem Sturmabteilungsmann! Es schau auf's Hakenkreuz voll Hoffnung schon Millionen, der Tag für Freiheit und für Brot bricht an.“⁶⁶ Im Refrain eines für den historischen NS nur wenig unbedeutenderen Liedes, des „Hitler-Jugend“-Liedes „Vorwärts, Vorwärts!“ heißt es: „Unsre Fahne flattert uns voran. In die Zukunft ziehn wir Mann für Mann. Wir marschieren für Hitler durch Nacht und durch Not mit der Fahne der Jugend für Freiheit und Brot.“⁶⁷ Die SA vervielfachte ihre Mitgliederzahl allein zwischen Herbst 1930 und August 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, von 60.000 auf 455.000⁶⁸. Besonders für viele der damals immer zahlreicheren Arbeitslosen – insbesondere für die jüngeren – erwies sich die SA in jenen Jahren als attraktiv: Nach SA-eigenen Angaben lag z. B. der Anteil der Arbeitslosen an den Berliner SA-Männern im Herbst 1931 bei 80 Prozent⁶⁹. Das war kein Einzelfall unter speziellen Reichshauptstadtbedingungen: Nach NSDAP-Angaben waren im Winter 1931/32 auch immerhin 75 Prozent der Lübecker SA-Männer arbeitslos⁷⁰. Diese „besondere Attraktivität für Arbeitslose“⁷¹ beruhte u. a. darauf, dass die SA diesen verarmenden, teils sogar von Obdachlosigkeit bedrohten Männern ganz konkrete materielle Angebote machen konnte, z. B. Arbeitsbeschaffung und –vermittlung, aber auch seit Ende 1930 ein Obdach in eigens geschaffenen SA-Heimen oder Verpflegung in extra eingerichteten Küchen⁷². Ebenso bezeichnend ist, dass die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) – nach ihrem Selbstverständnis und Anspruch eigentlich eine

⁶⁶ Liedtext „Die Fahne hoch“ von Horst Wessel, in: Liederbuch der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. In Zusammenarbeit mit den Gliederungen der Bewegung herausgegeben vom Kulturamt der Reichspropagandaabteilung, 30. Auflage, 851.-900. Tausend, München 1936, S. 7.

⁶⁷ Liedtext „Vorwärts, Vorwärts!“ von Hans Otto Borgmann, in: ebenda, S. 8f., hier S. 9.

⁶⁸ Vgl. Peter Longerich, Geschichte der SA, München 2003, S. 93 und 159.

⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 85.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 130.

⁷¹ Ebenda, S. 89.

⁷² Vgl. ebenda, S. 127-131 und 136.

Arbeiterpartei – in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zu „*der Partei der Arbeitslosen*“ wurde: Allein von 1930 bis 1932 stieg z. B. der Anteil der Arbeitslosen an den Berliner KPD-Mitgliedern von 56,5 Prozent auf 76,3 Prozent.⁷³

Auch heute setzen Extremisten zynischerweise große – teils völlig überzogene, da zuweilen auf Wunschdenken basierende – Hoffnungen auf möglichst baldige und katastrophale ökonomische Krisen sowie damit einhergehende Verelendungsprozesse. Hoffen und glauben sie doch, dass solche Krisen samt ihrer materiellen, sozialen und psychischen Folgen für die Betroffenen und samt der Ängste, die sie bei den (noch) nicht direkt Betroffenen auslösen können, das Wirtschaftssystem, aber auch die Verfassungsordnung der Bundesrepublik delegitimieren und damit die Krisenopfer ihnen als vermeintlich unbelasteter Alternative in die Arme treiben könnten. Der harte Kern des deutschen Rechtsextremismus ist regelrecht durchzogen von diesbezüglichen im- wie expliziten Krisen- und Katastrophensehnsüchten, da er glaubt, nur in einer möglichst extremen Krisensituation der Macht wirklich nahe kommen zu können. So schrieb 2004 der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt (Jahrgang 1952) auf dem Höhepunkt der seinerzeitigen gesamtgesellschaftlichen Diskussionen um die „Agenda 2010“ und die Hartz-IV-Gesetze: „Neben der materiellen Not rufen die Arbeitslosigkeit und die neuen drastischen Einschnitte große psychische Not hervor. Ehen und Lebensgemeinschaften werden zerstört, denn man hat Angst vor der Arbeitslosigkeit des Partners. Familienväter werden endgültig der Möglichkeit beraubt, ihre Familie versorgen zu können. ... Da wie immer ‚jedes Ding zwei Seiten hat‘, sehe ich so allerdings die Möglichkeit in greifbare Nähe rücken, daß immer mehr Bürger die Unfähigkeit etablierter Politiker erkennen und künftig den Stimmzettel zum Denkmittel machen. Folgerichtig lautet das Motto eines unserer neuen Wahlplakate: ‚Deine Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD!‘“⁷⁴

⁷³ Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 401. Kursivdruck im Original.

⁷⁴ Udo Voigt, Quittung für „Hartz IV“ – Jetzt NPD!, in: Deutsche Stimme Nr. 08 vom August 2004, S. 2.

Ihre fundamental ablehnende Agitation gegen die „Agenda 2010“ und ihr damit einhergehendes Schüren von Ängsten sollte sich schon bald für die NPD auszahlen: Bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September 2004 errang sie 4,0 Prozent der Stimmen, was gemessen am sonstigen Abschneiden der Partei bei westdeutschen Landtagswahlen als ein deutlicher Achtungserfolg einzustufen ist. Nur zwei Wochen später, am 19. September 2004, konnte sie mit 9,2 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl in Sachsen sogar in den Landtag einziehen. Zuletzt hatte die NPD einen solchen Erfolg 36 Jahre zuvor feiern können. Beide NPD-Landtagswahlkämpfe waren inhaltlich schwerpunktmäßig auf die Agitation gegen die „Agenda 2010“ und die Hartz-IV-Gesetze ausgerichtet gewesen. Laut Wahl-Kurzanalysen der Forschungsgruppe Wahlen erreichte die NPD sowohl im Saarland als auch in Sachsen bei der Wählergruppe der Arbeitslosen Ergebnisse weit über ihren Gesamtergebnissen: Im Saarland 12 Prozent und in Sachsen 18 Prozent der Stimmen.⁷⁵

Auch in der bundesdeutschen Gegenwart besteht also die Gefahr, dass Menschen auf eigene ökonomisch-materiell-finanzielle Notlagen wie Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität des eigenen Unternehmens bzw. auf die Angst davor damit reagieren, dass sie vereinfachenden, Erlösung verheißenden extremistischen Erklärungs- und Lösungsansätzen für diese Probleme Glauben schenken oder, wenn es sich bereits um Extremisten handelt, einen weiteren Radikalisierungsschub durchleben. Daher sind in diesem Zusammenhang Informationen über die berufliche, finanzielle und sonstige materielle Situation der zu analysierenden Person von hohem analytischem Interesse. Da die Ursprünge für spätere berufliche oder finanzielle Schwierigkeiten häufig schon in schulischem Scheitern und/oder einer nicht vorhandenen Ausbildung liegen, sollte auch die Schul- und Ausbildungslaufbahn der zu analysierenden Person in den Blick genommen werden.

⁷⁵ Vgl. Henrik Steglich, Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 142-159, hier S. 142-144. Eckhard Jesse, Wahlen 2004, in: ebenda, S. 95-107, hier S. 100 und 104. Kurzanalysen „Landtagswahl im Saarland 5. September 2004“ vom 6. September 2004 und „Landtagswahl in Sachsen 19. September 2004“ vom 20. September 2004, in: www.forschungsgruppe.de (gelesen am 16. Juli 2015).

3. Sonstige existenzielle Einflussfaktoren

Neben den hier breiter erörterten biographischen Einflussfaktoren sozialer bzw. ökonomisch-materiell-finanzieller Art sollen sonstige existenzielle Einflussfaktoren, die in einem Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess eine Rolle spielen können, nur kurz angerissen werden. Darunter sind nicht zuletzt Faktoren wie Krankheit, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, aber auch Behinderung und Unfall zu zählen, also Faktoren, bei denen physische Einschränkungen, Gefährdungen und Verletzungen mit psychischen Belastungen und Beschädigungen einhergehen können. Auf die indirekte, aber wichtige Bedeutung seiner diabetes mellitus-Erkrankung und ihrer sozialen und mentalen Folgen für den Szeneeinstieg von Jörg Fischer wurde bereits hingewiesen⁷⁶. Dies trifft im Prinzip auch auf – zumal passive – Gewalterfahrungen zu, die jedoch im Folgenden als eigenes Analysekriterium gewertet werden sollen.

5. Das Analysekriterium „Gewaltbezug“

Von zentralem Interesse bei der Analyse einer Person ist die Frage nach dem von ihr möglicherweise ausgehenden Gewalt- oder gar Terrorismuspotenzial. Um in diesem zentralen Punkt – im Idealfall – zu Verhaltensprognosen fähig zu sein, müssen die eventuellen Gewaltbezüge, die das bisherige Leben der Person aufweist bzw. aufgewiesen hat, zusammengetragen und analysiert werden. Die Frage nach dem Gewaltbezug lässt sich sinnhaft in verschiedene Einzelfragen untergliedern, um so eine möglichst detailgenaue Erkenntnisschärfe zu erreichen. So kann danach gefragt werden, ob bei der zu analysierenden Person aktive oder passive Gewalterfahrungen vorliegen, die wiederum nach ihrem politisch/extremistisch oder eben nicht politisch/extremistisch motivierten Charakter unterschieden werden können. Zu fragen ist aber auch, welche grundsätzliche Einstellung zur Gewalt bei der Person nachweisbar ist und ob und wenn ja über welche Gelegenheitsstrukturen zur Ausübung von Gewalt die Person eventuell verfügt.

⁷⁶ Vgl. Fischer (Anm. 60), S.11 und 14-16.

1. Aktive – politisch/extremistisch oder nicht politisch/extremistisch motivierte – Gewalterfahrungen

Einen aktiven und mit ihrer Gesinnung in direktem Zusammenhang stehenden Gewaltbezug weisen die Extremisten auf, die bereits – womöglich sogar mehrmals – aus politisch-ideologischer Motivation heraus eine Gewalttat selbst verübt haben oder doch zumindest in irgendeiner anderen Weise aktiv daran beteiligt waren, z. B. als Planer, Bombenbauer oder als Auftraggeber an die eigentlichen Tatausführenden. Diese Extremisten haben damit bereits gezeigt, wozu sie potenziell fähig sind – oder doch zumindest in der Vergangenheit waren – und welche Gefahren von ihnen persönlich ausgehen können – oder doch zumindest in der Vergangenheit ausgingen. Die Anzahl, Qualität wie auch die zeitliche Nähe der (zuletzt) von ihr begangenen Gewalttat(en) lassen in der Gesamtschau mit den anderen Analyse Kriterien eventuell sogar prognostische Rückschlüsse darauf zu, ob weitere Gewalttaten von einer zu analysierenden Person in der Zukunft zu erwarten sind.

Die Qualität und Umstände der politisch-ideologisch motivierten Gewalttat(en), die eine Person begangen hat oder derer sie doch zumindest begründet verdächtigt wird, können – das Vorliegen entsprechend detaillierter Informationen natürlich immer vorausgesetzt – wertvolle Hinweise liefern auf Charakter- und Persönlichkeitsstruktur (z. B. auf das Verhalten in Konfliktsituationen), auf Fanatisierungs- und Radikalisierungsgrad, nicht zuletzt auch auf die konkreten physischen Gefahren, die von der Person für andere Personen ausgehen.

So macht es qualitativ einen Unterschied – nicht zuletzt für die Opfer –, ob die zu analysierende Person bislang ausschließlich gegen Sachen Gewalt ausgeübt hat oder zwar gegen (eine) Person(en) vorgegangen ist, aber „nur“ einen politisch motivierten Raubüberfall begangen hat, bei dem unter Umständen niemand physisch auch nur leicht verletzt wurde, oder ob es um die Beteiligung an einem terroristischen Anschlag mit einer hohen Zahl von Toten und Verletzten geht. Nicht von ungefähr spielt das, was man unter dem Begriff Gewaltintensität und ihren verschiedenen Abstufungen zusammenfassen kann, in dem Zehn-Stufen-Modell der Extremismusintensität, das der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugber zur Analyse und Einordnung politi-

scher Bestrebungen vorgelegt hat, eine zentrale Rolle⁷⁷. In diesem Kontext ist nicht zuletzt auch die konkrete Tatausführung von Belang, da sie wichtige Auskünfte über Fanatisierungsgrad und Charakterstruktur geben kann: So können aus der Tatausführung – zumal wenn sich bei verschiedenen Taten ein und desselben Täters oder ein und derselben Tätergruppe bestimmte Muster öfter wiederholen – grundsätzliche, über die Tat hinausweisende Eigenschaften wie Hemmungs- oder Skrupellosigkeit, Grausamkeit, Brutalität oder Feigheit erkennbar werden. Hemmungs- und Skrupellosigkeit z. B. kommen u. a. dadurch vor, dass im Zuge der Gewalttat menschliche „Kollateralschäden“ billigend in Kauf genommen werden, also die Verletzung oder gar Tötung von Personen, denen die Tat gar nicht oder nicht primär gilt. erinnert sei in diesem Zusammenhang beispielsweise an das „Kommando Siegfried Hausner“ der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF), das am 5. September 1977 in Köln insgesamt vier Personen (einen Fahrer und drei Personenschützer) tötete, um eine Person, den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer (1915-1977), entführen zu können. Schleyer selbst wurde erst knapp anderthalb Monate später von der RAF ermordet, als diese sich mit ihren an die Entführung gekoppelten Forderungen nicht hatte durchsetzen können.⁷⁸ Auch ist die Frage von Relevanz, ob die Person sich lediglich eine Tat zuschulden hat kommen lassen, die womöglich Jahre zurückliegt, oder ob es sich um einen notorischen Wiederholungstäter handelt, der erst jüngst wieder zugeschlagen hat. Wichtig zur Beurteilung eines Gewalt-, zumal eines Wiederholungstäters sind auch Erkenntnisse darüber, ob er in der Regel geplant oder spontan, allein oder in der Gruppe vorgeht, ob er nur unter Drogeneinfluss zu Gewalttaten neigt oder auch nüchtern bzw. ob er sich bestimmte Opfer gezielt aussucht und wenn ja welche. Rechtsextremistische Gewalttäter beispielsweise greifen häufig Angehörige bestimmter Gruppen an, die in ihrer Weltanschauung Feindbilder darstellen, z. B. bestimmte Migranten (z. B. Schwar-

⁷⁷ Vgl. Pfahl-Traugber (Anm. 7). Die Stufen 6 bis 10 des Modells lauten: „Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“), „Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht“, „Gewalttätigkeit mit einkalkulierter Tötung“, „Gewalttätigkeit mit bewusster Mordabsicht“ und „Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht“. (Ebenda, S. 24-32)

⁷⁸ Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 403-405 und 468-470.

ze), Juden oder Homosexuelle. Manche rechtsextremistischen Gewalttäter scheinen auf ganz bestimmte Opfergruppen regelrecht „spezialisiert“ zu sein: Wohl nicht von ungefähr waren acht der zehn NSU-Mordopfer türkische bzw. türkischstämmige Männer und wurde der Nagelbombenanschlag am 9. Juni 2004 in Köln in der nicht zuletzt von türkisch(stämmig)en Anwohnern und Geschäften geprägten Keupstraße verübt⁷⁹.

Der Grad, in dem die zu analysierende Person entschlossen ist, Gewalt auszuüben, lässt sich u. a. daran ablesen, wie weit sie bei ihren eventuellen bisherigen Gewalttaten bereit gewesen ist, Selbstgefährdung und Eigenrisiko mehr oder minder bewusst in Kauf zu nehmen, vor allem das Risiko, bei der Tat oder deren Vorbereitung entdeckt, erkannt, verhaftet, selbst verletzt oder gar getötet zu werden. Für einen hohen Grad der Entschlossenheit würde beispielsweise sprechen, wenn der Täter bislang zumindest im Einzelfall auch Opfer attackiert hat, bei denen ihm bei objektiver Betrachtung klar gewesen sein muss, dass sie ihm in der gegebenen Tatsituation – beispielsweise zahlenmäßig oder aufgrund ihrer Bewaffnung – eigentlich überlegen gewesen sind.

Selbst wenn der zu analysierenden Person (noch) keine politisch motivierten Gewalttaten zuzuschreiben sind, sollte dennoch die Frage gestellt werden, ob sie bereits anderweitige Gewalttaten begangen hat oder derer doch zumindest begründet verdächtigt wird. Sagt es doch etwas über die grundsätzliche Gewaltaffinität einer Person aus, wenn sie dazu neigt, zumindest in unpolitischen Kontexten (z. B. in Beziehungen) Konfliktsituationen mit Gewalt zu lösen. Es kann von Erkenntniswert sein, einige der oben skizzierten Fragen auch an diese nicht politisch motivierten Gewalttaten analytisch anzulegen.

2. Passive – politisch/extremistisch oder nicht politisch/extremistisch motivierte – Gewalterfahrungen

Über passive – politisch/extremistisch oder nicht politisch/extremistisch motivierte – Gewalterfahrung verfügen Personen, die persönlich bereits – womöglich sogar mehrmals – Opfer oder zumindest

⁷⁹ Vgl. Aust/Laabs (Anm. 43), passim. Baumgärtner/Böttcher (Anm. 43), passim. Fuchs/Goetz (Anm. 2), passim.

Zeuge einer Gewalttat geworden oder durch eine gegen eine nahestehende Person verübte Gewalttat (z. B. Ermordung des Vaters oder Vergewaltigung der Schwester) indirekt betroffen sind. Unter passiver Gewalterfahrung soll demnach hier keine sog. „strukturelle Gewalt“⁸⁰, aber auch keine rein medial (z. B. durch Fernsehen, Internet oder Videospiele) vermittelte Gewalt verstanden werden, die sich nicht gegen jemanden aus dem sozialen Nahfeld der zu analysierenden Person richtet.

Passive Gewalterfahrungen können in verschiedensten Kontexten gemacht werden: in der Familie, in sonstigen sozialen Nahfeldern (z. B. unter Freunden), aber auch mit bis dahin völlig Unbekannten (z. B. bei einem Raubüberfall) und – im Falle von Extremisten – mit politischen Gegnern oder mit solchen Gruppen, die man als eigene Feindbilder dafür hält, aber auch innerhalb der eigenen Szene mit Gesinnungsgenossen. Natürlich zählen ebenfalls – womöglich jahrelange – Aufenthalte in Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten zu den denkbar massivsten passiven Gewalterfahrungen, die Menschen machen und die ein Leben nachhaltig prägen können. Das gilt auch für die an sich aktiv an den Kämpfen beteiligten Soldaten und sonstigen Kombattanten.

Es wird hier – ähnlich wie schon in anderem Zusammenhang beim Analysekriterium „Biographie“ – davon ausgegangen, dass passive Gewalterfahrungen einen individuellen Fanatisierungs- bzw. Radikalisierungsprozess kurz- wie langfristig auslösen bzw. begünstigen und verstärken können – wohlgemerkt können und nicht müssen. Die Potenzialität, nicht aber Zwangsläufigkeit solcher Zusammenhänge soll auch hier wieder deutlich betont werden. So kann die traumatische Erfahrung innerfamiliärer Gewalt in der Kindheit als ein Faktor zur Auslösung einer extremistischen „Karriere“ beitragen, muss es aber keineswegs. Zuweilen ist der Anteil solcher Erfahrungen an einem Radikalisierungsprozess nur schwer zu bemessen.

Beispielsweise berichtet der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, Stefan Rochow (Jahrgang 1976), in seiner wenige Jahre nach seinem 2008 erfolgten

⁸⁰ Vgl. zum Begriff der „strukturellen Gewalt“ und der Kritik daran: Michael Riekenberg, Auf dem Holzweg? Über Johan Galtungs Begriff der „strukturellen Gewalt“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 5 (2008), S. 172-177.

Szeneausstieg publizierten Autobiographie von regelmäßigen, alkoholbedingten Gewalttätigkeiten seines alkoholkranken Vaters gegen die Mutter während seiner Kindheit. Nach dieser Darstellung musste Rochow, der damals selbst noch keine zehn Jahre alt gewesen sein kann, in solchen Situationen wiederholt zum Schutz der Mutter eingreifen. Diese Erlebnisse belasteten demnach sein Verhältnis zum Vater und erweckten in ihm Verzweiflung. In der Folge trennten sich die Eltern, als Rochow erst neun Jahre alt war. Der väterliche Zweig der Familie brach daraufhin den Kontakt zu Rochow und seinem Bruder ab. Die Trennung der Eltern erzeugte bei Rochow erst ein Gefühl der „Befreiung“, dann aber der „Leere“⁸¹. Er vermisste seinen Vater noch Jahre später. Als der Vater gute zwei Jahre nach der Trennung bei einem Unfall starb, betrauerte Rochow ihn noch lange.⁸² Obwohl diese Kindheitserfahrungen, die nicht zuletzt auf der suchtbedingten Gewalttätigkeit des Vaters basierten, auf den sehr jungen Rochow traumatisch gewirkt haben müssen, zählen sie nach seiner Darstellung nicht zu den Gründen für seinen Einstieg in den Rechtsextremismus wenige Jahre später ab ca. 1990. Vielmehr beschreibt er hierfür ganz andere Faktoren als ursächlich⁸³, behauptet in diesem Zusammenhang sogar ausdrücklich: „Ich komme aus keinem zerrütteten Elternhaus.“⁸⁴ Dieser subjektiven Einschätzung vermag der unvoreingenommene Leser angesichts der nur ein paar Seiten zuvor von Rochow selbst geschilderten, u. a. gewaltbelasteten Familienverhältnissen nur schwer zu folgen. Andererseits ist es angesichts dieser widersprüchlichen Darstellung schwierig bis unmöglich, allein auf Grundlage von Rochows Autobiographie eine Aussage darüber zu treffen, ob und wenn ja welche Rolle seine innerfamiliären passiven Gewalterfahrungen bei seinem späteren Szeneeinstieg gespielt haben könnten. Dasselbe gilt für die politisch motivierten Gewalttaten (u. a. gegen ein Asylbewerberheim und gegen ein von Punks besetztes Gebäude), an denen sich Rochow nach eigenen Angaben in seiner Anfangszeit als Rechtsextremist aktiv und intensiv beteiligte (O-Ton Rochow: „Gewalt ist in dieser Zeit auch für mich Dreh- und Angelpunkt meines

⁸¹ Stefan Rochow, *Gesucht Geirrt Gefunden*. Ein NPD Funktionär [sic!] findet zu Christus, Bad Schussenried 2013, S. 26.

⁸² Vgl. ebenda, S. 25-27.

⁸³ Vgl. ebenda, S. 55-65.

⁸⁴ Ebenda, S. 60.

Handelns.“)⁸⁵. In wieweit die passiven Gewalterfahrungen seiner Kindheit zu den Ursachen seiner eigenen späteren politisch motivierten Gewalttätigkeit zu zählen sind, bleibt unklar.

Umgekehrt können passive Gewalterfahrungen aber auch Deradikalisierungs- bis hin zu Ausstiegsprozessen kurz- wie langfristig auslösen bzw. begünstigen, insbesondere wenn diese Erfahrungen mit bisherigen Gesinnungsgenossen gemacht werden.

Grundsätzlich gilt, dass passive Gewalterfahrungen Gewöhnungs- und Abstumpfungseffekte nach sich ziehen können, so dass Gewalt – ob im politisch-ideologischen oder einem anderen Kontext – als etwas „Normales“ und als „Lösungsmöglichkeit“ wahrgenommen wird. Solche Effekte treten ein, wenn man beispielsweise wiederholt die Erfahrung macht, dass der gewalttätige Vater oder Kameradschaftsführer seinen Willen, seine Interessen in der Familie bzw. in der neonazistischen „Kameradschaft“ mit im Wortsinne „harter Hand“ durchzusetzen versteht.

3. Einstellung zur Gewalt

Bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach dem von der zu analysierenden Person möglicherweise ausgehenden Gewalt-, im Extremfall sogar Terrorismuspotenzial ist die Beantwortung der Frage nach ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Gewalt von zentraler Bedeutung. U. a. ist es in diesem Kontext von großem Interesse, Informationen darüber zu erlangen, ob sich die zu analysierende Person im regionalen oder gar überregionalen Rahmen an eventuellen Gewaltdiskursen ihrer jeweiligen extremistischen Szene beteiligt – und wenn ja – welche Positionen sie dabei vertritt. Akzeptiert sie „Gewalt als kulturelle Praxis“, etwa als Teil eines szeneeigenen Initiationsritus oder zur Statussicherung innerhalb der eigenen extremistischen Gruppe? Oder befürwortet sie (auch) „Gewalt als Mittel“, z. B. um – wie beispielsweise das rechtsterroristische „Freikorps Havelland“ 2003 und 2004 in Brandenburg⁸⁶ – Migranten aus der „eigenen“ Region oder gleich aus ganz Deutschland zu vertreiben?⁸⁷

⁸⁵ Ebenda, S. 67.

⁸⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine „Braune Armee Fraktion“? Entwicklung und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus in Deutschland, in:

Generell ist es in der Verfassungsschutzarbeit unverzichtbar, die Gewaltdiskurse der jeweiligen extremistischen Szenen – nicht nur einzelner Extremisten – aufmerksam zu beobachten und zu analysieren, kann sich daraus doch ein differenziertes Bild der jeweiligen Gewalt- oder sogar Terrorismusaffinität ergeben. Beispielsweise erschien 2004 in der „Deutschen Stimme“ ein Artikel, worin sich Jürgen Schwab (Jahrgang 1967), ein szeneeintern relativ bedeutender rechtsextremistischer Ideologe und Publizist⁸⁸, intensiv mit dem Thema „Gewalt“ auseinandersetzte. Die Grundaussage des Artikels bestand darin, die moralische Verwerflichkeit von Gewalt im Allgemeinen und von rechtsextremistisch motivierter Gewalt im Speziellen stark zu relativieren und in letzter Konsequenz sogar ganz in Abrede zu stellen. Zu diesem Zweck definierte Schwab „Gewalt“ als einen vielschichtigen, moralisch an sich wertneutralen Begriff. Wo Gewalt oder einzelne Gewalttaten dennoch auf Ablehnung oder Befürwortung stießen, so Schwab weiter, geschehe dies meist auf der Basis moralischer Kategorien. Moral jedoch sei eine subjektive, den weltanschaulichen Vorlieben des Einzelnen unterworfenen Größe, die keine universelle Allgemeinverbindlichkeit für sich in Anspruch nehmen könne und damit letztlich zur Beurteilung von Gewalt untauglich sei. Daher lehnte Schwab Gewaltanwendung zur Durchsetzung rechtsextremistischer Ziele zwar aus rein pragmatisch-taktischen Opportunitätserwägungen (vor allem aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten), nicht aber aufgrund prinzipiell-moralischer Überzeugungen ab. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem „revolutionären Utilitarismus“. Gleichzeitig jedoch

Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt 2007, S. 147-162, hier S. 153f.

⁸⁷ Vgl. zu „Gewalt als kulturelle Praxis“ und „Gewalt als Mittel“: Michael Kohlstruck, Rechtsextremistische Milieus und Gewalt, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus. Ein Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz 4. Oktober 2004, Köln 2005, S. 4-12, hier S. 9.

⁸⁸ Vgl. Eckhard Jesse, Von den Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003, S. 261-288. Armin Pfahl-Traughber, Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 383-397.

deutete Schwab seinen Lesern Voraussetzungen zumindest an, unter denen aus seiner Sicht solche Gewalt – bis hin zum militärischen Staatsstreich/Bürgerkrieg samt Einsatz von Panzerdivisionen – als vermeintlich opportun, da als Erfolg versprechend zu befürworten sei. Wichtigste Voraussetzung wäre für Schwab dabei offensichtlich das Vorhandensein einer realistischen Chance, mit Hilfe dieser Gewalt die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland durch die rechtsextremistische „Volksgemeinschaft“ eines neuen „Deutschen Reiches“ zu ersetzen. Das Ziel, vor allem aber die jeweiligen Erfolgsaussichten können also aus Schwabs Sicht durchaus auch den Einsatz physischer, kriegerischer, selbst terroristischer Gewalt rechtfertigen.⁸⁹ 2007 flossen weite Passagen dieses Artikels im Wesentlichen wörtlich in Schwabs „Die ‚Westliche Werte-Gemeinschaft‘: Abrechnungen - Alternativen“ ein.⁹⁰

Mancher Extremist gibt seine persönliche Einstellung zur Gewalt auch verklausulierter oder in Form einer literarischen Aufbereitung einem breiteren Publikum zur Kenntnis. So erschien 2013 der rechtsextremistische „Zukunftsroman“ „Das Kreuz des Südens – Exodus aus Europa“. Der Autor des Romans nennt sich „Johannes Scharf“. Dabei handelt es sich um ein Pseudonym, das dieser Autor auch bei anderen Szenepublikationen verwendet und hinter dem sich ein baden-württembergischer Rechtsextremist verbirgt. In diesem Roman werden wiederholt Szenen geschildert, in denen rundum positiv dargestellte Protagonisten Tötungsdelikte an bestimmten, konsequent negativ dargestellten Migranten verüben, wobei diese Tötungen als positiv und moralisch gerechtfertigt hingestellt werden. Beispielsweise beobachtet gegen Ende des Romans einer dieser positiv dargestellten Protagonisten, „Roland Häberle“, ein alter Mann aus einem Ort bei Pforzheim, wie „eine etwa achtköpfige Gruppe junger Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika“ vor seiner Haustür Autos anzündet. „Häberle“ greift umgehend zur Waffe, eröffnet nach der vergeblichen Aufforderung an die jungen Männer, stehen zu bleiben, das Feu-

⁸⁹ Jürgen Schwab, Politische Grundbegriffe: Befreiungsnationalismus und Gewaltfrage – Mit der Begriffskette ‚Gewalt - Verbrechen - Moral‘ läßt sich höchst erfolgreich Herrschaft ausüben, in: Deutsche Stimme Nr. 3/4 vom März 2004, S. 20.

⁹⁰ Ders., Die „Westliche Werte-Gemeinschaft“: Abrechnungen - Alternativen, Tübingen 2007, S. 66-73.

er und wird von den Migranten daraufhin selbst erschossen. Die Art, in der „Scharf“ diese Szene – und andere, ähnliche, teils noch drastischere – schildert, lässt seine Sympathien ebenso klar erkennen wie seine Einstellung zur notfalls auch tödlichen Gewalt gegen bestimmte Migrantengruppen: „Er verfolgte mit den Augen, wie sein zuletzt abgefeuertes Geschöß einem dieser üblen Subjekte, als die er sie betrachtete, einen Teil der Visage wegriß, worauf er dessen zunehmend verschwimmenden Umriß stürzen und zuletzt zuckend am Boden liegen sah. Drei hatte er niedergestreckt. Dann sank er – durchsiebt von Kugeln – auf den warmen Asphalt, roch den Gestank der brennenden Fahrzeuge, fühlte die Rechtschaffenheit seiner Tat und war glücklich. ... Dann starb er – mit einem zufriedenen Lächeln auf seinem Gesicht.“⁹¹ Im Gesamtkontext des Romans wird der Eindruck erweckt, dass „Häberle“, der zu alt ist, um noch – wie viele andere Autochthone – aus einem an Zuwanderung und daraus resultierender Kriminalität zugrunde gehenden Deutschland und Europa auszuwandern, mit dieser Tat seinem Leben und seinem Sterben einen letzten, sich selbst opfernden, dadurch aber auch vollendenden Sinn verleiht. „Häberle“ wird – wie andere Protagonisten in diesem Roman – nicht zuletzt durch seine Bereitschaft, Migranten zu töten und koste es das eigene Leben, zum soldatischen Helden und Vorbild stilisiert.

4. Gelegenheitsstrukturen

Last but not least ist es zur Beantwortung der Frage nach dem von der zu analysierenden Person möglicherweise ausgehenden Gewalt-, im Extremfall sogar Terrorismuspotenzial essentiell, die ganz praktischen Gelegenheitsstrukturen, also Fähigkeiten, Gelegenheiten und Mittel auszuloten, auf die die Person grundsätzlich zugreifen könnte, um Gewalttaten zu begehen.

Es wäre in diesem Zusammenhang danach zu fragen, ob die Person eine Ausbildung an Waffen erhalten hat, beispielsweise im Rahmen des Wehrdienstes, oder ob sie durch entsprechende Freizeitaktivitäten, z. B. als Mitglied in einem Schützen- oder Kampfsportverein, an Waffen oder im physischen Kampf geübt ist. Weiter wäre zu erheben, ob

⁹¹ Johannes Scharf, *Das Kreuz des Südens – Exodus aus Europa. Ein Zukunftsroman*, Gröditz 2013, S. 142f.

die Person Zugang zu Waffen oder Sprengstoff hat, sei es direkt, beispielsweise weil sie selbst legal über eine Waffe (Waffenbesitzkarte oder Waffenschein) verfügt, oder indirekt, z. B. weil sie mit einem Waffenbesitzer zusammenwohnt. Von Interesse wären hier auch eventuelle Kontakte der Person in gewaltbereit-extremistische Milieus oder auch in allgemeinkriminelle Kreise, aus denen die Person Waffen oder Sprengstoff beziehen könnte. Zudem wäre es von Relevanz, wenn bei der Person bereits einmal der illegale Besitz von Waffen oder Sprengstoff festgestellt worden wäre.

Schließlich bedarf es der Erkenntnisse darüber, ob die Person Zugang zu potenziellen Opfern oder Tatorten hat. Zu denken wäre hier beispielsweise an den gewaltbereiten, womöglich über Waffen oder Sprengstoff verfügenden Rechtsextremisten, der als Mitarbeiter einer Security-Firma in einem Flüchtlingsheim tätig ist. Als ein konkretes historisches Beispiel lässt sich die ursprünglich als Entführung geplante Ermordung des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Jürgen Pontos (1923-1977), durch Mitglieder der RAF am 30. Juli 1977 im hessischen Oberursel anführen: Drei RAF-Mitglieder wurden am Tag nur deshalb arglos in das Haus der Pontos hineingelassen, weil die Familie einer der drei, nämlich von Susanne Albrecht (Jahrgang 1951), mit der des Vorstandssprechers eng befreundet und über gegenseitige Kindertaufpatenschaften verbunden war, so dass Albrechts Besuch vorher sogar unverdächtig avisiert werden konnte. Zudem war den Pontos zu diesem Zeitpunkt zwar Albrechts politische Gesinnung im Grundsatz bekannt, nicht jedoch, dass sie seit kurzem RAF-Mitglied war.⁹² Somit war Albrecht aus Sicht der RAF an jenem 30. Juli 1977 bei den Pontos „ein wunderbarer Türöffner“.⁹³

6. Das Analysekriterium „Wirkung“

Das fünfte und letzte Analysekriterium zielt darauf ab, möglichst aussagefähig auf die Frage zu werden, ob die zu analysierende Person

⁹² Vgl. Peters (Anm. 78), S. 386-393.

⁹³ Zitiert bei: ebenda, S. 388. Peters belegt leider nicht, woher und von wem aus der RAF oder deren Umfeld dieses Zitat stammen soll. Nichtsdestotrotz beschreibt der Begriff „Türöffner“ Albrechts Rolle bei der Ermordung Pontos relativ genau – zumindest wenn man sich das Attribut „wunderbarer“ wegdenkt.

über das soziale Potenzial verfügt, ihre extremistischen oder gar terroristischen Vorstellungen einerseits in der jeweiligen extremistischen Szene, andererseits in der Gesellschaft erfolgreich zu propagieren, beispielsweise weitere Befürworter dieser Positionen zu gewinnen. Mit anderen Worten: Kann die Person – innerhalb (interne Kommunikation) oder außerhalb (externe Kommunikation) ihrer extremistischen Szene – als potenzieller Multiplikator extremistischer bzw. terroristischer Positionen, in letzter Konsequenz vielleicht sogar als Initiator daraus abgeleiteter entsprechender Handlungen eingestuft werden?

Dazu muss überprüft werden, ob stichhaltige Informationen über das Image, über das soziale Prestige vorliegen, über das die Person in ihrer jeweiligen extremistischen Szene bzw. in der Gesellschaft verfügt. Ein hohes soziales Prestige, hohe Sympathiewerte können damit einhergehen, dass der Person Authentizität, Glaubwürdigkeit, Vorbildcharakter, Überzeugungskraft oder gar Charisma zugeschrieben werden. Als Anhaltspunkte für ein hohes soziales Prestige und hohe Sympathiewerte und daraus resultierenden Einfluss der Person beispielsweise in der Gesellschaft kann u. a. gewertet werden, wenn die Person, obwohl ihre extremistische Gesinnung allgemein bekannt ist, nicht nur im Vereinsleben ihres Heimatortes sehr aktiv ist, sondern auch von den anderen, nichtextremistischen Vereinsmitgliedern in führende Funktionen gewählt wird oder wenn die Person als Unternehmer vor Ort sehr erfolgreich ist.

Ein wohl besonders aussagekräftiges Beispiel für die Rolle und potenzielle Bedeutung von Charisma in extremistischen Kontexten ist der bereits erwähnte Manfred Roeder. Sein Charisma spielte eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und für das Agieren der „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) 1979/80. Nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Bernhard Rabert war er „durch seine charismatische Persönlichkeit die alle politischen Überlegungen der Vereinigung dominierende Gestalt.“⁹⁴ Sein Charisma scheint u. a. auf seinen rhetorischen und – gleichwohl offenbar überschaubaren – intellektuellen Fähigkeiten beruht zu haben, traf bei seinen Mittätern, die ihn bewunderten und verehrten, allerdings auch auf ein erhebliches Maß an Naivität und intellektuellen Defiziten. Sein hoher, wenn auch inhaltlich primitiver ideologischer Fanatisierungsgrad, der schon Jahre vor

⁹⁴ Rabert (Anm. 37), S. 287.

Gründung der DA mit „einem Zustand von Realitätsverlust und Größenwahn“⁹⁵ einherging, schadete seinem Image in der Gruppe offenbar nicht, im Gegenteil: Ein weibliches DA-Mitglied durchlief nicht zuletzt unter seinem Einfluss einen rasanten Radikalisierungsprozess und ließ sich nach kürzester Zeit in ein Liebesverhältnis mit dem verheirateten Roeder ein, so dass sie schließlich in einem geistigen und sexuellen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stand. Schließlich verehrte sie ihn als einen neuen Siegfried bzw. Armin, den Cherusker, dem sie eine liebende Thusnelda sein wollte, während Roeder das Verhältnis zu der gut 27 Jahre jüngeren Frau und den damit verbundenen Betrug seiner Ehefrau dadurch vor sich zu rechtfertigen versuchte, dass er sich mit Hitler und Martin Luther verglich⁹⁶. Der Rechtsterrorismus der DA kostete zwei Menschenleben.⁹⁷

Genießt die Person hingegen in ihrer extremistischen Szene bzw. in der Gesellschaft ein eher geringes soziales Prestige, gilt sie beispielsweise als soziale Randexistenz mit zweifelhaftem Image, z. B. aufgrund von Vorstrafen im Bereich der Allgemeinkriminalität, hat dies fast zwangsläufig geringe Sympathiewerte, wenig Glaubwürdigkeit und erst recht keine Zuschreibung von Vorbildcharakter oder gar Charisma zur Folge. Dementsprechend gering dürfte ihr Einfluss auf Gesinnungsgenossen bzw. auf Personen, die nicht ihrem extremistischen Milieu zuzurechnen sind, zu veranschlagen sein. Szeneintern kann zudem ein sehr hoher Fanatisierungsgrad, das vehement-kompromisslose Vertreten von Extrempositionen auch Gesinnungsgenossen abschrecken, von potenziell noch zu rekrutierenden, also bislang nicht der Szene zuzurechnenden Personen ganz zu schweigen.

Für die Beurteilung der Wirkung einer extremistischen Person konkret auf die Gesellschaft ist die Klärung zweier Eingangsfragen von Erkenntniswert. Einmal geht es um die Frage, ob die Person überhaupt (noch) über ein nichtextremistisches engeres soziales Umfeld verfügt, auf das sie propagierend einwirken könnte. So kann gerade ein besonders hoher Fanatisierungsgrad dazu führen, dass ein Extremist Kontakte in Kreise, die nicht seiner jeweiligen extremistischen Szene zuzurechnen sind, abbricht oder gar nicht erst aufbaut. Ein solcher Kon-

⁹⁵ Ebenda, S. 276.

⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 283f. und 288. Thusnelda war die Frau Armins.

⁹⁷ Vgl. zur Geschichte der DA: ebenda, S. 273-288.

taktabbruch mag selbst das engste soziale Nahfeld, beispielsweise die Eltern, betreffen. Die Meidung von Kontakten in ein nicht- bzw. in ein anderes extremistisches Umfeld kann soweit gehen, dass selbst und gerade Liebesbeziehungen nur mit Gesinnungsgenossinnen bzw. -genossen gesucht und unterhalten, im Falle der politisch-ideologischen Apostasie des Partners/der Partnerin hingegen umgehend beendet werden. Die zweite Frage lautet, ob die Person sich der externen Kommunikation ihrer extremistischen Szene oder Organisation mit der Gesellschaft überhaupt offiziell zur Verfügung stellt (z. B. als Wahlkämpfer, Wahlkandidat, Demonstrationsredner). Wenn das nicht der Fall ist, kann dies nicht zuletzt bei manchen Rechtsextremisten den Hintergrund haben, dass sie ihre Gesinnung aus Angst vor eventuellen negativen Folgen selbst dem engeren bis engsten privaten oder beruflichen Umfeld möglichst verheimlichen wollen. Zudem kursierten gerade innerhalb der rechtsextremistischen Szene zumindest in der jüngeren Vergangenheit Ratschläge, in der externen Kommunikation mit Menschen, die man erst noch von den eigenen Positionen überzeugen will, sich nicht immer sofort als – gesellschaftlich relativ stigmatisierter – Rechtsextremist, beispielsweise als Mitglied einer einschlägigen rechtsextremistischen Organisation erkennen zu geben, um nicht die eigenen Positionen von vornherein mit dem Stigma des Rechtsextremistischen zu kontaminieren und damit jede Kommunikation gleich im Ansatz zu gefährden.

Selbst in einer Broschüre, die der NPD-Parteivorstand 2008 veröffentlichte, um die Parteimitglieder in „Wortergreifungen“⁹⁸ anzuleiten, wird dazu geraten, auf szenetypische Kleidung zu verzichten, „um überhaupt ohne Komplikationen die Veranstaltung besuchen zu können.“⁹⁹ Auch beim eigentlichen Akt des „Wortergreifens“ solle demnach zumindest im ersten Moment der eigene NPD-Bezug verschwiegen und auf szenetypisches Vokabular sogar ganz verzichtet werden. Auch allzu spezifisch rechtsextremistische Aussagen, so wird vorsichtig angedeutet, gelte es demnach zu unterlassen: „Die öffentliche Wor-

⁹⁸ Vgl. zur „Wortergreifungsstrategie“: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007, Stuttgart 2008, S. 179-184.

⁹⁹ NPD-Parteivorstand, Amt für Organisation (Hrsg.), Schweigespirale durchbrechen! Erfolgreiche nationale Wortergreifungen durchführen, Berlin, 1. Auflage, Mai 2008, S. 11.

tergreifung sollte gleich der NPD zugeordnet werden. Um ein Ausreden zu ermöglichen, sollte die eigene Verbindung zur NPD jedoch nicht zu früh, sondern eher am Ende des Wortbeitrages erwähnt werden. ... Vermeidet tunlichst esoterisch klingende Fremdwörter in der politischen Debatte. Begriffe wie ‚Reeducation‘, ‚Nationaler Sozialismus‘, Volksgemeinschaft und Reich sind zwar uns geläufig, aber nicht dem Durchschnittsbürger. Schlimmstenfalls werden negative Assoziationen geweckt und bekannte Klischees ungewollt erfüllt. Auch inhaltlich muß der nationale Widerstand nicht über jedes Stöckchen springen, das ihm politische Gegner hinhalten.“¹⁰⁰

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Diese Untersuchung hat mit dem OIBGW-Schema den Entwurf für ein Schema zur Analyse extremistischer Einzelpersonen vorgelegt und stellt es hiermit zur Diskussion. Das OIBGW-Schema erhebt den Anspruch, extremistische Einzelpersonen einerseits und primär auf ihre Extremismusintensität, andererseits aber auch auf das von ihnen möglicherweise ausgehende Gewalt-, im Extremfall sogar Terrorismuspotenzial hin zu analysieren. Ob es diesem Anspruch gerecht wird, kann nur die weitere Diskussion und eine eventuelle Umsetzung erweisen. In einem übergeordneten Sinne möchte dieser Beitrag aber auch als ein (weiterer) nachdrücklicher Appell für mehr Analyse und überhaupt Analysefähigkeit in der Verfassungsschutzarbeit verstanden werden.

Wenn hier von einem Schema die Rede ist, soll jedoch keinesfalls einem Schematismus das Wort geredet werden. In der Erarbeitungsphase wurde der Autorin und dem Autoren dieses Beitrages zuweilen vorgehalten, dass es doch besser, da aussagekräftiger wäre, wenn man die jeweiligen Analyseergebnisse nicht nur in Worten, sondern auch in Zahlen ausdrücken könnte, wenn also beispielsweise sich die Extremismusintensität einer Person auf einer Skala von 1 bis 10 abbilden ließe. Darauf wurde hier jedoch bewusst verzichtet, würde doch eine solche Vorgehensweise nur trügerische, da mathematische Exaktheit lediglich vortäuschende „Gewissheit“ schaffen. Dafür spielt mit dem Analyseobjekt „Mensch“ ein doch sehr subjektiver und individueller Faktor eine zu zentrale Rolle.

¹⁰⁰Ebenda, S. 17f.

Wie alles hat auch ein Analyseschema seine heuristischen Grenzen: Das OIBGW-Schema hilft vor allem, die einzelnen Informationen, die zu einer entsprechend priorisierten Person vorliegen, systematisch, strukturiert und analytisch zusammenzuführen, um zu einem möglichst lückenlosen Gesamtbild und weiterführenden Schlussfolgerungen zu gelangen. Das ersetzt aber kein vertieftes Fachwissen: Wer mit dem Begriff „Ethnopluralismus“¹⁰¹ nichts anzufangen weiß, wird nur schwer oder gar nicht verstehen, was es bedeutet, wenn ein Extremist sich auf dieses Konzept beruft. Wer Richard Wagner nur als bedeutenden Komponisten kennt, nicht jedoch auch als Antisemiten¹⁰², wird leicht die ganze ideologische Dimension verkennen, welche die Bewunderung eines Rechtsextremisten für den Schöpfer des „Rings“ haben kann. Wer sich zudem in der Geschichte des deutschen wie internationalen Rechtsextremismus, zumal in den Bereichen, die heutzutage in der breiten Öffentlichkeit ohnehin weitgehend in Vergessenheit geraten sind, in der rechtsextremistischen Szene aber durchaus als Bezugspunkt dienen können, selbst nicht oder nur lückenhaft auskennt, wird auch nicht wirklich einschätzen können, was ein positiver Rekurs auf diese historischen Vorgängerphänomene durch einen aktuellen Rechtsextremisten¹⁰³ zu bedeuten hat. Dann hilft ein Analyseschema wenig. Hier bedarf es des fachlichen Interesses als wichtigsten Vorbedingung und beständigen Motors sowie der (berufs)lebenslangen Fortbildung.

¹⁰¹Vgl. Wolfgang Gessenharter, Im Spannungsfeld. Intellektuelle Neue Rechte und demokratische Verfassung, in: Ders./Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden 2004, S. 31-49, hier S. 40f.

¹⁰²Vgl. Dieter Borchmeyer, Richard Wagners Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63. Jahrgang 21-23/2013 vom 21. Mai 2013, S. 23-29.

¹⁰³Vgl. Walter Jung, Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus. Über einen Aspekt rechtsextremistischer Traditionspflege und seine historisch-ideologischen Hintergründe, in: Pfahl-Traugher (Hrsg.) (Anm. 3), S. 134-179.

„Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter rechtsextremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken

Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Michael Adelmund/Ingmar Struck

1. Einleitung und Fragestellung

Politische Diskurse sind in sozialen Netzwerken weit verbreitet: Gesamtgesellschaftliche und internationale Konflikte, die Art der Regierungsführung einzelner Staatsoberhäupter, der islamistische Terrorismus oder Themen wie „Zuwanderung“ und „Integration“ bestimmen inhaltlich eine Vielzahl von Beiträgen und Kommentaren in den „neuen“ Medien. Der Verbreitung solcher politischen Inhalte ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Sie kann sich auf Wahlkämpfe oder Volksentscheide auswirken, Haltungen in der Gesellschaft beeinflussen, Menschen unterbewusst manipulieren und Radikalisierungseffekte in ihnen auslösen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die auf Algorithmen basierenden Verteilungsprozesse Bedrohungsszenarien von Feindbildern zeichnen und dadurch Ängste vor „Ungläubigen“, „Kapitalisten“, „Nazis“, „Asylbetrügern“ oder „Weltverschwörern“ schüren.

Die Interaktionen von Nutzern – wie z. B. „Gefällt mir“-Markierungen, „Teilungen“ oder „Kommentare“ – nehmen in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle ein, denn sie sorgen dafür, dass solche Beiträge verteilt werden und verbinden die Beteiligten miteinander. Darüber hinaus verstärken Polarisations- und Solidarisierungseffekte die Vernetzung von Gleichgesinnten. Dies führt – wie „selbsterfüllende Prophezeiungen“ – in den virtuellen Realitäten der Nutzer zu einer Verdichtung sich entsprechender Informationen bzw. Haltungen.

Aus diesen latent-manipulierenden Einflüssen erwachsen Gefahren für die Gesellschaft, die eine besondere Herausforderung darstellen, vor allem für Sicherheitsbehörden. Innerhalb dieser informellen Netzwerke wird es zunehmend schwieriger, Manipulationen durch gezielte Desinformationskampagnen aufzudecken, die – meist anonymen – Nutzerprofile zu identifizieren, die andere zu politisieren versuchen

oder auch diejenigen herauszufiltern, die unter diesem Einfluss in kürzester Zeit radikalisiert werden. Polizei und Verfassungsschutz gelangen in diesem Zusammenhang mit ihren klassischen Methoden der Auswertung und Analyse an ihre Belastungsgrenzen. Die wachsende Zahl von Kleinstgruppen und Einzeltätern bindet in diesem Sektor zunehmend Ressourcen. Betroffen sind davon alle Phänomenbereiche.

Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen dieser Entwicklung als „Rechtsruck“ in der Gesellschaft, an der wachsenden Akzeptanz fremdenfeindlicher Positionierungen oder an dem Mobilisierungspotential, das auch von Rechtsextremisten inzwischen über soziale Medien generiert werden kann. Unter Verdeckung ihrer Szenebezüge und mit subtiler Propaganda gelingt es diesen in sozialen Netzwerken zunehmend, andere Menschen anzusprechen und sich in heterogenen Spektren zu vernetzen. Dabei sind sie bestrebt, vor allem solche Themenfelder propagandistisch zu bedienen, von denen sie sich breiten gesellschaftlichen Rückhalt versprechen. Sie knüpfen an den Erfolg populistischer Agitation an und suchen nach Kooperationen in bürgerlich-konservativen Bereichen. Demokratie- und menschenfeindliche Weltbilder definieren sich in diesem Zusammenhang immer weniger durch die Geschlossenheit und Überzeugungskraft ihrer Ideologie als vielmehr durch ihre gemeinsamen Feindbilder.¹ Die hieraus erwachsenen Folgen, entstehen auf verschiedenen Ebenen und zeigen sich beispielsweise in Form von Straftaten einer steigenden Zahl radikalisierter Einzeltäter oder Kleinstgruppen², den erhöhten Veranstaltungszahlen in diesem Phänomenbereich oder in den Zustimmungswerten populistisch agitierender Parteien.

Um wirksam die hieraus resultierenden Gefahren bekämpfen zu können, wird im Folgenden untersucht, ob und inwiefern sich die speziel-

¹ Vgl. Rudolf van Hüllen, Extremismus als „Schalenmodell“. Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2015/16 (I), Brühl 2016, S. 9-30, hier S. 10.

² Die Anzahl von Straftaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte hatte sich im Jahr 2015 mit 1.031 Straftaten gegenüber dem Vorjahr mehr als verfünffacht. Ein Großteil der Täter war zuvor nicht mit politisch motivierter Kriminalität sicherheitsbehördlich in Erscheinung getreten; vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.), Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2016, Wiesbaden 2017, S.39.

len Methoden der empirischen Sozialforschung aus dem Bereich „Computational Social Science“ dazu eignen, die latenten manipulativen Einflüsse auf die Nutzer virtueller Communities quantitativ zu erfassen und dadurch visualisieren zu können. Aus der Messung interaktiver Beteiligungsverhältnisse von Rechtsextremisten oder der linguistischen Analyse von Beiträgen auf Wortindikatoren für diffamierende Stereotypenbilder, sollten wichtige Ansätze für die Entwicklung wirksamer Gegenstrategien und einer adäquaten Aufklärungsarbeit hervorgehen.

2. „Frühwarnsystem“ – Auswirkungen des sicherheitsbehördlichen Aufklärungseffekts auf extremistische Bestrebungen

Warum dieser angestrebte Zweck so wichtig ist, zeigt sich an der beobachtbaren Wirkung, die „offene“ rechtsextremistische Impulse nach sich ziehen. Mit Parolen wie „Ausländer raus!“ oder „Deutschland den Deutschen!“ können die Protagonisten dieses Spektrums kaum mehr erwarten, breite gesellschaftliche Zustimmung zu generieren. Solche Impulse wirken abschreckend und werden im öffentlichen Diskurs vielmehr einer Organisation oder Initiative in ihrer Gesamtheit zum Vorwurf gemacht und schlagen damit ins Gegenteil um. Daraus erwachsen auf verschiedenen Ebenen Konsequenzen.

Deutlich wird dies am Beispiel der Aufklärungswirkung, die sicherheitsbehördliche Bewertungen entfalten: Der Verfassungsschutz kann bei begründetem Verdacht Prüfverfahren einleiten, um festzustellen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vorliegen.³ Liegen ausreichende Anhaltspunkte dafür vor, so wird eine Einstufung durch den Verfassungsschutz vorgenommen. In der Folge können nachrichtendienstliche Mittel zum Einsatz kommen, die dazu beitragen sollen, die aus der jeweiligen Bestrebung erwachsende Gefahr für die Demokratie abzuwehren. Adäquate Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sollen dann das gesellschaftliche Bewusstsein stärken und dadurch beispielsweise das Rekrutierungspoten-

³ §§ 3, 4 (1) BVerfSchG; Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2473) geändert worden ist, S.3.

tial von Rechtsextremisten verringern.⁴ Interessenten solcher Organisationen werden auf diese Weise möglichst früh gewarnt. Dennoch ist „Extremismus“ nicht illegitim, denn auch extremistische Positionierungen fallen unter den grundrechtlich garantierten Schutz der freien Meinungsäußerung. Unterstützer rechtsextremistischer Bestrebungen müssen sodann allerdings in Kauf nehmen, dass ihre Unterstützungshandlung gleichzeitig die Bewertung „Rechtsextremist“ mit sich bringt, was auf beruflicher und privater Ebene mit Konsequenzen verbunden sein kann.

Es ist denkbar, dass durch eine solche Bewertung innerhalb von Gruppierungen ein interner Streit angestoßen wird. Das kann eine politische Organisation oder Initiative deutlich schwächen und letztendlich ihre Auflösung nach sich ziehen. So ein Richtungsstreit offenbart dann, wie dünn das „Eis der Zivilisation“ ist und dass Anhänger solcher Personenzusammenschlüsse möglicherweise Rechtsextremisten „auf den Leim“ gegangen sind, die sich unter dem Mantel des „Patriotismus“ verstecken.

Verschiedene Faktoren wirken also begünstigend darauf hin, dass Rechtsextremisten subtil agitieren. Für den Erfolg der „gemeinsamen Sache“ ist es darüber hinaus nicht nur aus Perspektive der Rechtsextremisten, sondern auch für das von ihnen beeinflusste Umfeld wichtig, dass deren menschenverachtende Ideologiemerkmale nach außen möglichst unerkant bleiben. Der Erfolg des politischen Engagements könnte durch das Bekanntwerden der Beteiligung bekannter Rechtsextremisten und dem damit einhergehenden öffentlichen Druck scheitern. Darüber hinaus begrenzt auch eine Vielzahl weiterer Faktoren, wie z. B. die begriffliche Unschärfe des Konstrukts „Extremismus“ mit seinen soziologischen, politologischen oder juristischen Facetten, die Möglichkeit einer trennscharfen Abgrenzung.

⁴ §1 Zweck des Verfassungsschutzes; Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz - BremVerfSchG) vom 17. Dezember 2013 (Brem.GBl. 2013, 769; 2014, 228), zuletzt § 28 geändert sowie § 28a eingefügt durch Gesetz vom 20. März 2018 (Brem.GBl. S. 53)

3. Neue Analyse-Instrumente für neue Phänomene

Soziale Netzwerke sind für Extremisten interessant. Sie bieten ihnen die Möglichkeit, sich informell zu vernetzen, an breit angelegten Kampagnen oder Initiativen zu beteiligen, andere Nutzer zu politisieren oder potentielle Interessenten zu rekrutieren. Dadurch verändern sich zunehmend die Strukturen der Phänomenbereiche. Während in der Vergangenheit - beispielsweise im Rechtsextremismus - klassische Organisationen, getragen von geschlossenen ideologischen Weltbildern, dominierten, bieten die informellen Netzwerke heterogener Spektren in Communities oder Gruppen schnellere und größere „Erfolge“. Die Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, ist dabei vor allem für Rechtsextremisten von oberster Priorität. Das funktioniert besonders gut, wenn Beiträge populistisch aufbereitet werden, z. B. durch simplifizierende Schuldzuweisungen. Die angestoßene „Lawine“ von Beiträgen über die Kriminalität von Migranten, die drohende „Islamisierung“ und den unmittelbar bevorstehenden „Ethnozid am deutschen Volk“, erreicht dann im Schneeballverfahren Tausende und bildet den Nährboden für Hass. Auf der Ebene des Individuums verfestigen sich virtuelle Bilder, die von rechtstaatlicher Ohnmacht bis hin zu einer von langer Hand geplanten imperialistischen Verschwörung reichen.

„Computational Social Science“ (CSS) ist ein Forschungsfeld, das sich mit Analysemethoden befasst, die es ermöglichen, die Daten aus den Communities sozialer Medien so zu strukturieren, dass sich daraus „latente“ Informationen über Zusammenhänge, Einflussnahmen, Beteiligungsverhältnisse oder Inhalte visualisieren lassen. Darunter fallen spezielle Verfahren der empirischen Sozialforschung, die sowohl zur Analyse und Verarbeitung von strukturierten Daten (z.B. Interaktionszahlen, Uhrzeiten oder Beitragstypen) als auch unstrukturierten (textuellen) Daten dienen. Auf diese Weise lassen sich „versteckte Muster bzw. Strukturen“ erkennen, um daraus, je nach Forschungsziel, „Wissen zur Weiterverarbeitung“ zu extrahieren.⁵

Unter bestimmten Voraussetzungen können so – auch aus sicherheitsbehördlicher Perspektive – Entscheidungen auf der Grundlage kom-

⁵ Universität Bremen, Data Mining für Sozialwissenschaften (VAK: 08-29-4-FEM-1-c; Dozent: M. Sc Suat Can), www.uni-bremen.de (gelesen am 10. Juli 2017).

plexer, wissensbasierter Zusammenhänge getroffen werden, für welche ansonsten nur "sub-optimale" Methoden vorliegen. Dafür bedarf es eines Datenbestandes, der dem jeweiligen sozialwissenschaftlichen Problem angemessen ist und die für die Zielsetzung relevanten Indikatoren enthält.⁶ Solche Verfahren sind - weitgehend unbemerkt - längst Teil unseres Alltags geworden. Diese generieren Produktempfehlungen, die uns auf Internetseiten begegnen, werden für die Marktsegmentierung eingesetzt, für die Virenerkennung von Computern und Mobiltelefonen oder für das automatisierte Verschieben von „Spam“-Mails in einen dafür vorgesehenen „Spam-Ordner“.

Wie wichtig eine sicherheitsbehördliche Befassung mit dieser Thematik ist, wurde vor allem im Zusammenhang mit dem „Facebook-Skandal“ um „Cambridge Analytica“ deutlich. Hier hatte sich gezeigt, welche Vor- und Nachteile damit verbunden sein können, wenn Menschen Informationen über sich und andere preisgeben, die von Dritten für marktwirtschaftliche Zwecke oder zur Manipulation von politischen Meinungsbildungsprozessen genutzt werden.

Innerhalb dieser Fallstudie wird auf abstrakter Ebene untersucht, welche Informationen sich aus den Communities sozialer Medien extrahieren lassen und inwieweit mit Hilfe von CSS adäquate Instrumente entwickelt werden können, um den aus der geschilderten Problemstellung erwachsenden Gefahren zu begegnen und erfolgversprechende Ansätze für wirksame Präventionskonzepte zu erarbeiten.

4. Definition eines geeigneten Untersuchungsgegenstands und Auswahl des Messinstrumentariums

Um den Rahmen dieser Ausarbeitung nicht zu sprengen, galt es zunächst, einen geeigneten Untersuchungsgegenstand zu definieren, der die wissenschaftliche Problemstellung erfasst und exemplarisch aufzeigt, welche Empirie sich aus den Communities sozialer Medien gewinnen lässt und welche relevanten Indikatoren hieraus erschlossen werden können.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) erschien in dieser Hinsicht als geeignetes Forschungsobjekt. Sie hat sich in den letzten Jahren von

⁶ Roland M. Müller/Hans J. Lenz, Business Intelligence, Berlin, 2013, S.81.

ihrem ursprünglichen Fokus auf einen reinen „Anti-Euro“-Kurs abgewandt und bedient mit vorwiegend populistisch aufbereiteter Propaganda zunehmend Themenfelder, die auch innerhalb rechtsextremistischer Spektren von zentraler Bedeutung sind. Neben dem Gesamtkomplex „Globalisierung“ hat sich die Partei vermehrt Themen wie „Zuwanderung“, „Ausländerkriminalität“, „islamistischer Terrorismus“ oder „gewaltbereiter Linksextremismus“ auf die Fahne geschrieben und weist damit deutlich größere gemeinsame Schnittmengen zu der Propaganda von Rechtsextremisten auf, als es in den ersten Jahren ihrer Gründungsphase der Fall war.⁷ Dem mit dieser Entwicklung einhergehenden Vorwurf einer möglichen rechtsextremistischen Ausrichtung der Partei, ihrer Teilorgane oder einzelner Mitglieder begegnete die AfD schon auf ihrem Bundesparteitag 2015 in Bremen mit einer „Unvereinbarkeitsliste“, auf der sämtliche Beobachtungsobjekte der bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden aufgelistet wurden. Für diese galt es sodann, dass „ein Engagement in ihnen“ mit einer AfD-Mitgliedschaft „unvereinbar“ sei.⁸

Warum eine solche Distanzierung für die AfD so wichtig ist, wurde u. a. im Januar 2017 am Beispiel der Diskussion um ihren Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke deutlich. Dieser hatte in Dresden eine umstrittene Rede unter Bezug auf das „Holocaust-Mahnmal“ in Berlin gehalten und damit einen innerparteilichen Diskurs in Gang gesetzt. Auch die Bezüge zur „Identitären Bewegung“ von Mitgliedern der Jugendorganisation der AfD, der „Jungen Alternative für Deutschland“ (JA), führten an mehreren Stellen zu öffentlicher Kritik. Die AfD erscheint daher besonders geeignet, um die sozialwissenschaftliche Problemstellung der Aufdeckung latenter Einflussnahme oder Beteiligung von Rechtsextremisten mit Hilfe der speziellen empirischen Forschungsmethoden aus dem Bereich „Computational Social Science“ zu untersuchen.

Grundlegende Prämisse für deren Einsatz bildet eine angemessene Datenbasis, die sich beispielsweise aus den öffentlich einsehbaren Bei-

⁷ „Seit Mitte 2015 gewannen national-konservative Positionen gegenüber liberal-konservativen an Gewicht“; Torsten Oppeland, Alternative für Deutschland (5. Juni 2017), in: www.bpb.de (gelesen am 10. Juli 2017).

⁸ Alternative für Deutschland, Schlagwort Unvereinbarkeitsliste (24. April 2015), in: www.afd-nb.de (gelesen am 10. Juli 2017).

trägen sozialer Netzwerke generieren lässt. Die Betreiber solcher Plattformen stellen Web-Entwicklern u. a. zu marktwirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Zwecken API-Schnittstellen⁹ zur Verfügung, mit denen sich öffentlich einsehbare Informationen auf Organisationsprofilen oder Gruppen und die darauf erfolgten Interaktionen analysieren lassen. Die Nutzer erklären sich im Rahmen der Zustimmung zu den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ hiermit einverstanden. Der Schutz der Privatsphäre bleibt davon unberührt. Es lassen sich lediglich Informationen abrufen, die „öffentlich“ getätigt wurden. Im „Facebook“, dem mitgliederstärksten der sozialen Netzwerke, beschränkt sich die Möglichkeit solcher Abfragen daher inzwischen auf die Profile von Organisationen, Gruppen oder vergleichbaren öffentlichen Communities.¹⁰ Seit Bestehen des Netzwerks wurden die Möglichkeiten der automatisierten Datenabfrage mehrfach geändert und immer weiter begrenzt.¹¹

Da Rechtsextremisten das Ziel verfolgen, eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen und weite Teile der Gesellschaft zu erreichen, erfolgt die Untersuchung auf der Grundlage des Facebookprofils des Bundesverbands der AfD.¹² Auch wenn die Partei mit ihren Landes- und Kreisverbänden über zahlreiche Profile auf verschiedenen sozialen Netzwerken verfügt, so ist von diesem Profil, als das „öffentlichkeitswirksamste“¹³, ein mehr als ausreichender Datenrückhalt für diese exemplarische Fallanalyse zu erwarten.

Für die Analyse von Netzwerkprofilen wird inzwischen eine Vielzahl potentieller Messinstrumentarien angeboten. Sie bieten Nutzern z. B.

⁹ Unter API versteht man eine Programmierschnittstelle, welche einer Software die Anbindung an ein anderes System ermöglicht. In dieser Arbeit wird mithilfe dieser Schnittstelle eine Verbindung zwischen dem Statistik-Programm R und Facebook aufgebaut.

¹⁰ Facebook verfügt allein in Deutschland über 28 Mio. Nutzer. Offizielle Facebook Nutzerzahlen für Deutschland (2017), in: <http://allfacebook.de> (gelesen am 10. Juli 2017).

¹¹ Die exemplarische Untersuchung erfolgte auf der Grundlage der im Januar 2018 über die Facebook-API zur Verfügung gestellten Informationen.

¹² Facebookprofil der Alternative für Deutschland, in: www.facebook.com (gelesen am 10. Juli 2017).

¹³ Das Profil verfügt zum Zeitpunkt der Messung über 309.075 sogenannte „Follower“.

die Möglichkeit, Profile mit vorgefertigten Abfragen zu untersuchen oder auch eigene Aktivitäten darin zu recherchieren. Da die Komplexität sozialwissenschaftlicher Fragestellungen allerdings eine Flexibilität hinsichtlich des Einsatzes solcher Instrumentarien erfordert, eignet sich die für statistische Zwecke entwickelte Open-Source-Programmierungsumgebung „R“ besonders gut hierfür. „R“ ermöglicht es durch das Programmieren eigener Funktionen, angepasste Abfragen zu konkreten Problemstellungen durchzuführen. Die methodischen Grundlagen dafür lassen sich verhältnismäßig schnell aus „Packages“ erschließen. Diese enthalten „Funktionspakete“, die es auch „Nicht-Programmierern“ erlauben, aus einfachen Basis-Abfragen neues Wissen zu extrahieren. Ein Package mit umfänglichen Funktionen für die Analyse in sozialen Netzwerken ist „RFacebook“.¹⁴

5. Die Ursprungsdaten des AfD-Profiles und die Gewinnung geeigneter Indikatoren am Beispiel von Referenzprofilen

In der 1. Kalenderwoche 2018 erfolgte eine Vollerhebung der auf dem Profil der AfD eingestellten und öffentlich einsehbaren Informationen mittels der „getPage“-Funktion des „RFacebook“-Packages. Diese Daten belaufen sich auf 2.957 Beiträge, die von der AfD auf ihrem Profil im Zeitraum von März 2013 bis Januar 2018 veröffentlicht wurden und weisen über den jeweiligen Beitragstext, dessen Identifikationsnummer (ID) oder einen implizierten Link hinaus u. a. die Zahl der Interaktionen („Gefällt mir“-Markierungen, „Facebook-Reactions“, „Kommentierungen“, „geteilte Inhalte“), die Beitragstypen oder das jeweilige Erstelldatum aus.

from_name	message	created_time	type	link	id
4 AfD	+++Bitte teilen!+++ Weniger ist mehr. Das gilt besond...	2017-06-19T06:55:22+0000	photo	https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos...	540404695989874_15342583391
4 AfD	"Es gibt Dinge, die wirken derart prägend auf die Gesch...	2017-06-18T13:21:10+0000	photo	https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen/ph...	540404695989874_15333584431
4 AfD	Livestream: Wahlkampföffnung in Rheinfelden Mit Wo...	2017-06-17T17:13:14+0000	video	https://www.facebook.com/alternativfuerde/videos/...	540404695989874_15324092131
4 AfD	#Nichtmituns? Das nahm man in Köln scheinbar wörtlic...	2017-06-17T14:05:26+0000	photo	https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos...	540404695989874_15322677801
4 AfD	NA	2017-06-17T06:27:34+0000	photo	https://www.facebook.com/Dr.Frauke.Petry/photos/a...	540404695989874_15319135361
4 AfD	NA	2017-06-16T21:25:21+0000	photo	https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos...	540404695989874_15314732061
4 AfD	Unsere Spitzenkandidatin Alice Weidel konnte innerh...	2017-06-16T19:04:32+0000	photo	https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.106...	540404695989874_15313734201
4 AfD	Altkanzler Helmut Kohl ist im Alter von 87 Jahren verst...	2017-06-16T16:10:42+0000	photo	https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos...	540404695989874_15312198161
4 AfD	Das allgemein vermittelte Bild eines "Flüchtlings" in Deu...	2017-06-16T10:42:09+0000	photo	https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos...	540404695989874_15309457861

Abbildung 1: Exemplarischer Auszug („Screenshot“ einer im Arbeitsspeicher befindlichen Ergebnistabelle, die mit der „getPage“-Funktion des „RFacebook“-Packages gewonnen wurde und zu analytischen Zwecken in „RStudio“ eingesehen werden kann).

¹⁴ Pablo Barbera et al., Package „RFacebook“ (24. Mai 2017), in: <https://cran.r-project.org> (gelesen am 10. Juli 2017).

Um aus diesen Daten Anhaltspunkte für eine mögliche rechtsextremistische Einflussnahme oder Beteiligung gewinnen zu können, gilt es zunächst, diese zu analysieren – also in ihre Variablen zu zerlegen und diese so anzuordnen, dass sich daraus ein Erkenntnisgewinn im Sinne der Problemstellung extrahieren lässt.

Einen geeigneten Indikator für die Visualisierung rechtsextremistischer Einflussnahme oder Beteiligungsformen stellen die „Interaktionen“ auf dem Profil dar. Sie bilden den „Motor“ zur Informationsverbreitung in sozialen Netzwerken. Durch das Markieren eines Beitrags mit „Gefällt mir“, dessen „Kommentierung“ oder „Teilung“ wird dieser nicht nur an verbundene Entitäten, also beispielsweise die „Freunde von Freunden“ eines Nutzers, seine Familie oder andere Mitglieder einer gemeinsamen Gruppe übermittelt. Darüber hinaus können Interaktionen auch Informationen enthalten, die auf eine „Anhängerschaft“ hindeuten, weil sich Personen beispielsweise zu einer Partei, einer Organisation oder einer Initiative bekennen – und das auch, ohne über eine formelle Mitgliedschaft zu verfügen. Das Bundesverfassungsgericht machte es in seinen Ausführungen zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im Januar 2017 deutlich: „Anhänger sind alle Personen, die sich für eine Partei einsetzen und sich zu ihr bekennen, auch wenn sie nicht Mitglied der Partei sind.“¹⁵

Insbesondere auf den Profilen rechtsextremistischer Organisationen sind also diese vermeintlich harmlosen „Klicks“ mit möglichen Konsequenzen verbunden. Eine „Gefällt mir“-Markierung wird häufig lediglich als „Sympathiebekundung“ mit einem „Daumen hoch“ verstanden. Faktisch nimmt ein sogenanntes „Like“ jedoch eine ganz entscheidende Rolle in den Prozessabläufen der Informationsverbreitung ein: Eine „Gefällt mir“-Markierung funktioniert wie eine virtueller „Flyer“-Verteilung durch den Nutzer, der einen Beitrag „öffentlich“ an eine unbestimmte Vielzahl von Nutzern weiterleitet.¹⁶ Würden Personen durch die Fußgängerzone in der Innenstadt laufen und dabei

¹⁵ Bundesverfassungsgericht (Hrsg.), Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele, Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17. Januar 2017, in: www.bundesverfassungsgericht.de (gelesen am 10. April 2018); (Urteil vom 17. Januar 2017; 2 BvB 1/13).

¹⁶ Diese Weiterleitung ist nicht von dauerhafter Art.

Flyer der NPD verteilen, dann stünde für jedermann außer Frage, dass die Verteiler als „Unterstützer“ für eine extremistische Organisation unterwegs sind. Völlig unabhängig vom jeweiligen Inhalt, also ob darin auf die „Volksgemeinschaft“ abgestellt würde oder lediglich Weihnachtsgrüße des aktuellen Parteivorsitzenden übermittelt würden. Außerdem dürften diese Verteiler kaum auf Menschen treffen, die bereit sind, diese „Flyer“ anzunehmen. In sozialen Netzwerken müssten Nutzer zunächst erst einmal Personen oder Inhalte identifizieren, um diese „blocken“ und sich davor „schützen“ zu können. Darüber hinaus verbleibt so eine „Gefällt mir“-Markierung – wie eine werbende Unterschrift – mit dem jeweiligen Profilnamen des „Unterzeichners“ unter dem Beitrag des Ursprungsprofils. Der propagandistische Effekt des öffentlichen „Teilens“ von Inhalten lässt sich zusätzlich mit einer Plakatierung auf einer „Litfaßsäule“ vergleichen, die der „Teilende“ virtuell quasi „vor seinem Wohnsitz“ oder „in seinem Vorgarten“ für jedermann einsehbar anbringt. Der Inhalt wird im Gegensatz zur „Gefällt mir“-Markierung dabei dauerhaft auf dem Profil des „teilenden“ Nutzers veröffentlicht. Weitere Formen der Interaktionen in sozialen Netzwerken rufen ähnliche Effekte hervor, so z. B. „Kommentare“, die sich negativ oder positiv auf einen Beitrag und die damit verbundene Organisation oder Person beziehen.

Interaktionen lassen sich nicht nur als Indikatoren für eine Anhängerschaft durch die Bekennung zu einer extremistischen Organisation heranziehen. Sie können auch als Beleg für deren nachdrückliche Unterstützung dienen, wenn z.B. die Propaganda einer vom Verfassungsschutz eingestuften Bestrebung verbreitet und dadurch an eine Vielzahl von Adressaten weitergeleitet wird. Darüber hinaus können sich bei strafrechtlicher Relevanz, vor allem im Zusammenhang mit sogenannten Propagandadelikten, wenn die Symbolik verfassungsfeindlicher Organisationen verwendet wird oder der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist, auch Fragen nach einer potentiellen „Mittäterschaft“, „Beihilfe“ oder „Anstiftung“ ergeben. Darüber hinaus gehen mit solchen Interaktionen Wechselwirkungsprozesse einher, die nicht nur in „einschlägigen“ Communities zu beobachten sind: Überall dort, wo konfrontative Feindbilder aufeinanderprallen, kann sich sehr schnell Hass entladen.

Auch wenn die „Gefällt mir“-Markierungen auf den Beiträgen der AfD im konkreten Fall keinen Indikator für Rechtsextremismus darstellen, denn es liegen zum Zeitpunkt dieser Untersuchung keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine solche Bewertung der Partei durch die Verfassungsschutzbehörden vor, so können die rechtsextremistischen Beteiligungsformen oder Einflussnahmen auf dem Profil in Form von Schnittmengenanalysen aufgezeigt werden. Dafür muss untersucht werden, ob sich die auf dem AfD-Profil aktiven Nutzer zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt oder diese bei der Verbreitung ihrer Propaganda unterstützt haben. Dies ist beispielsweise durch Messungen von Interaktionen auf rechtsextremistischen Vergleichsprofilen möglich. Unabhängig von qualitativen Einzelfallprüfungen für personenorientierte Ermittlungen können so auf der Basis von „Gefällt mir“-Markierungen, Kommentaren oder Teilungen abstrakte Anhaltspunkte im Sinne der zu untersuchenden Aufgabenstellung operationalisiert werden. Die Untersuchung dieser Interaktionen erfolgt hier am Beispiel der „Gefällt mir“-Markierungen.¹⁷

Für eine erfolgreiche Schnittmengenanalyse gilt es zunächst, adäquate Referenzprofile zu bestimmen. Die Profile der NPD und der „Identitären Bewegung“ (IB)¹⁸ bieten sich hierfür an. Inhaltlich decken sie sowohl den „klassischen“ parteipolitischen als auch den außerparlamentarischen, informell organisierten „modernen“ Rechtsextremismus ab. Recherchen zu den Suchbegriffen „AfD“, „NPD“ und „IB“ liefern

¹⁷ Im Rahmen der durchgeführten Untersuchungen führten auch die Analysen zu „Reactions“ und „Kommentaren“ zu vergleichbaren Ergebnissen.

¹⁸ Die „Identitäre Bewegung“ (IB) wurde zum Zeitpunkt der erfolgten Datenerhebung in den Verfassungsschutzberichten von elf Bundesländern ausgewiesen. In weiteren Ländern wurde sie als „Verdachts“- oder „Prüffall“ bearbeitet, so auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Vorbehaltlich des Erfolgs einer zum Zeitpunkt dieser Beitragsfertigung anhängigen Unterlassungsklage der IB ist die Gruppierung im Rahmen dieser Fallstudie aufgrund ihrer besonderen Bedeutung hinsichtlich der informellen Vernetzung und der medialen Inszenierung von Rechtsextremisten in sozialen Netzwerken als „rechtsextrem*“ – im sozialwissenschaftlichen Sinne – zu verstehen und wird daher im Rahmen von Abbildungen in die mit einem „*“ markierten Messergebnisse einbezogen.

zahlreiche Hinweise über mögliche Verbindungen.¹⁹ Analog zur Verfahrensweise bei der Erhebung der AfD-Datenbasis wird das gleiche Messverfahren auf die Bundesprofile von NPD und IB angewandt.

Auf dem Profil der NPD lassen sich seit Januar 2010 insgesamt 4.621 Beiträge, auf dem der IB seit April 2013 2.696, erheben. Diese bilden die analytische Basis der Referenzprofile.²⁰

6. Die Analyse der Interaktionen

Für die weitere Untersuchung der einzelnen Beiträge auf den betroffenen Facebookprofilen bietet „RFacebook“ die Möglichkeit, mit der Funktion „getPost“, eine Liste der Interaktionäre²¹ zu ausgewählten Beiträgen zu erstellen. Weitergehende Analysen erfolgen auf der Grundlage verschiedener „Schleifen“-Funktionen, mit denen sich die relevanten Interaktionäre zu sämtlichen Beiträgen aus der erfolgten Messung extrahieren lassen.²² Dieser Vorgang ließe sich für jedermann, der nicht besonders „Computer“-affin ist, realisieren, indem „händisch“ jeder einzelne Beitrag auf den benannten Profilen angeklickt und eine Strichliste zu den darauf erfolgten Interaktionen erstellt würde. Auf dieser Grundlage lassen sich gemeinsame Schnittmengen bestimmen. Anhand der exemplarischen Stichprobe von insgesamt 10,88 Mio. Interaktionen²³ kann so aufgezeigt werden, dass

¹⁹ Exemplarisch: Julian Feldmann, Chronik: Rechtsextreme Vorfälle in der AfD 2016 (20. Dezember 2016), in: <http://daserste.ndr.de> (gelesen am 10. Juli 2017).

²⁰ Die Zeiträume beider Vollerhebungen unterscheiden sich aufgrund der Anzahl der öffentlich einsehbaren Beiträge. Sie wurden zur Begrenzung des Datenvolumens beim Abruf der „getPost“-Funktion auf den 1. Januar 2010 begrenzt.

²¹ Die Untersuchung der Interaktionen erfolgte lediglich am Beispiel der „Gefällt mir“-Markierungen. Im Folgenden sind demnach unter Interaktionären die „Gefällt mir“-Markierenden zu verstehen.

²² Vielen Dank für die freundliche Unterstützung von Suat Can, dem Seminarleiter und wissenschaftlichem Mitarbeiter des Methodenzentrums der Universität Bremen.

²³ Auf diesen Profilen wurden von Facebook insgesamt 10,88 Mio Interaktionen zu den Profilbeiträgen ausgewiesen: 7.500.614 (AfD); 673.632 (IBD), 2.702.037 (NPD), abzgl. der inzwischen erfolgten Löschungen oder Veränderungen der Privatsphäre-Einstellungen ließen sich zum Zeitpunkt der Erhebung fast 3 Mio. „öffentliche“ Interaktionen verifizieren und jeweils aktiven

sich 11,89 Prozent der Interaktionäre auf dem Profil der AfD auch mittels Interaktionen zur NPD bekannt, sie in der Verbreitung ihrer Propaganda unterstützt und für die rechtsextremistische Partei gewonnen haben.²⁴ Am Beispiel des Profils der IBD zeigt sich, dass diese 10,09 Prozent der erfassten Interaktionäre auf dem Profil der AfD ausmachen, welche 22,92 Prozent der Interaktionen auf dem Profil der AfD vorgenommen haben.²⁵ Zum Vergleich: Die gemeinsamen Schnittmengen von Interaktionären der „Christdemokratischen Union“ (CDU) und der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) fielen mit etwa 6 Prozent (CDU) und 4 Prozent (SPD) verhältnismäßig gering aus.²⁶ Die Interaktionäre auf dem AfD-Profil rekrutieren sich insofern nur zu geringen Teilen aus Anhängern der beiden großen Volksparteien. Durch das Kumulieren der Interaktionäre von NPD und IBD, abzüglich der „doppelten“ Profile darunter, lässt sich der Grad rechtsextremistischer Beteiligung quantifizieren. 19,59 Prozent der Interaktionäre weisen demnach in der Gesamtbetrachtung Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund auf.

Die Beteiligung virtueller Aktivisten aus dem rechtsextremistischen Spektrum lässt sich noch genauer verifizieren, indem deren gemeinsame Schnittmengen analysiert werden. Im Einzelnen betrachtet, lassen sich dadurch sogar besondere Affinitäten in Communities herausstellen, z. B. ein hoher Beteiligungsgrad von subkulturell geprägten Rechtsextremisten oder eine besondere Nähe zu „Outlaw Motorcycle Gangs“, „Hooligans“, zu „Kampfsport“ oder „Waffen“. Dafür muss diese Vorgehensweise lediglich auf entsprechende Szeneprofile projiziert werden, um dann mit Hilfe adäquater Datengrundlagen entsprechende Berechnungen durchzuführen.

Personenprofilen zuordnen (1,42 Mio. Interaktionen von 228.199 Personenprofilen bei der AfD ; 1,08 Mio. Interaktionen von 187.181 Personenprofilen bei der NPD und 455.506 Interaktionen von 55.152 Personenprofilen bei der IBD).

²⁴ Diese haben 15,94 Prozent der „Gefällt mir“-Markierungen auf dem Profil der AfD und 31,91 Prozent der „Gefällt mir“-Markierungen auf der Facebookseite der NPD vorgenommen.

²⁵ Diese Personenprofile haben 67,97 Prozent der „Gefällt mir“-Markierungen auf der Facebookseite der IBD gesetzt.

²⁶ Auf den Vergleichsprofilen SPD und CDU konnten 4718 sowie 3920 Beiträge erhoben werden.

Für die analytische Betrachtung steht eine Vielzahl von Anpassungsoptionen zur Verfügung. Es kann z. B. eine Mindestzahl von Interaktionen auf extremistischen Profilen vorausgesetzt werden, um der gesetzlichen Tatbestandsmäßigkeit einer „nachdrücklichen“ Unterstützung²⁷ oder einer „Anhängerschaft“ durch „Bekennung“ zu einer extremistischen Bestrebung Rechnung zu tragen. Eine „Nachdrücklichkeit“ könnte bereits darin bestehen, dass Profilnutzer die Propaganda rechtsextremistischer Organisationen beispielsweise mit nur einer Interaktion sofort Tausenden zugänglich machen oder aber diese mehrfach tätigen und dadurch stetig einem bestimmbareren Adressatenkreis anbieten kann. Ebenso ist es möglich zwischen der Art der Interaktionen zu unterscheiden, „Teilungen“ einen größeren propagandistischen Effekt einzuräumen oder vor allem solche Profile in analytische Bewertungen einzubeziehen, die Emotionen wie „Ärger“, „Wut“ oder „Zorn“ hervorrufen, die sich z.B. durch „Angry“-Markierungen zeigen.

Im Rahmen dieser Ausarbeitung sollen zunächst „Gefällt mir“-Markierungen als Indikatoren für rechtsextremistische Interaktionäre ausreichen, weil hier zur methodischen Darstellung lediglich zwei Referenzprofile in die Schnittmengenanalyse einbezogen werden. In der kumulierten Darstellung werden diese zur Vereinfachung im Folgenden als *Rechtsextremisten** oder *REX** gekennzeichnet. Hinsichtlich der Berechnungsmodalitäten können z. B. Mindestzahlen für Interaktionen oder Datumsgrenzen für die rechtsextremistischen Referenzprofile definiert werden.²⁸ Es lassen sich auch multiple Vergleiche anstellen oder quantitative Hinweise auf personelle Radikalisierungsprozesse durch die Analyse von Interaktionsverläufen gewinnen. Darauf wurde im Rahmen dieser exemplarischen Untersuchung verzichtet.

²⁷ §4(1) BVerfSchG Begriffsbestimmungen: Für einen Personenzusammenchluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt.

²⁸ Die Behörden des Verfassungsschutzes haben in verschiedenen Jahren in ihren jeweiligen Verfassungsschutzberichten vor den unterschiedlichen rechtsextremistischen Gruppierungen gewarnt. Eine Zurechenbarkeit von nachdrücklichen Unterstützungshandlungen könnte insofern von dem Datum einer Einstufung zum Beobachtungsobjekt abhängig gemacht werden. Andererseits ermöglichen soziale Medien inzwischen auch eine nachträgliche Löschung von Interaktionen über das Aktivitätenprotokoll.

Mittels einer anteiligen Berechnung der betroffenen Personenprofile unter den NPD- und IBD-Schnittmengen, die überdurchschnittlich viele Interaktionen durchgeführt haben, konnten mögliche Ergebnisverzerrungen aufgrund von „Bots“ oder „Trolls“ ausgeschlossen werden.²⁹ Insofern eignen sich die Methoden aus dem Bereich „Computational Social Science“ dafür, solche Nutzerprofile zu identifizieren, die quantitativ besonders in Erscheinung treten. Auffällig hohe Interaktionszahlen können als Indikatoren für eine auffällig hohe propagandistische Aktivität für eine Organisation oder Community herangezogen werden und ermöglichen es, solche Profile zu identifizieren, die sich an gezielten Desinformationskampagnen zur Manipulation politischer Meinungsbildungsprozesse beteiligen.

Welches analytische Potential durch diese speziellen Methoden der empirischen Sozialforschung entfaltet werden kann, lässt sich exemplarisch besonders gut anhand einer zeitlichen Unterteilung der erhobenen Daten aufzeigen. Eine Betrachtung der Beiträge unter Bezug auf das jeweilige Kalenderjahr ermöglicht eine Darstellung der Entwicklung der jeweiligen Beteiligungsgrade im Überblick:

²⁹ Der Anteil der hierfür relevanten Personenprofile aus der gemeinsamen Schnittmenge lag bei der NPD bei unter 0,2 Prozent. Demgegenüber ließen sich auf der Seite der AfD 1,74 Prozent der Personenprofile identifizieren, die überdurchschnittlich viele „Gefällt mir“-Markierungen gesetzt haben.

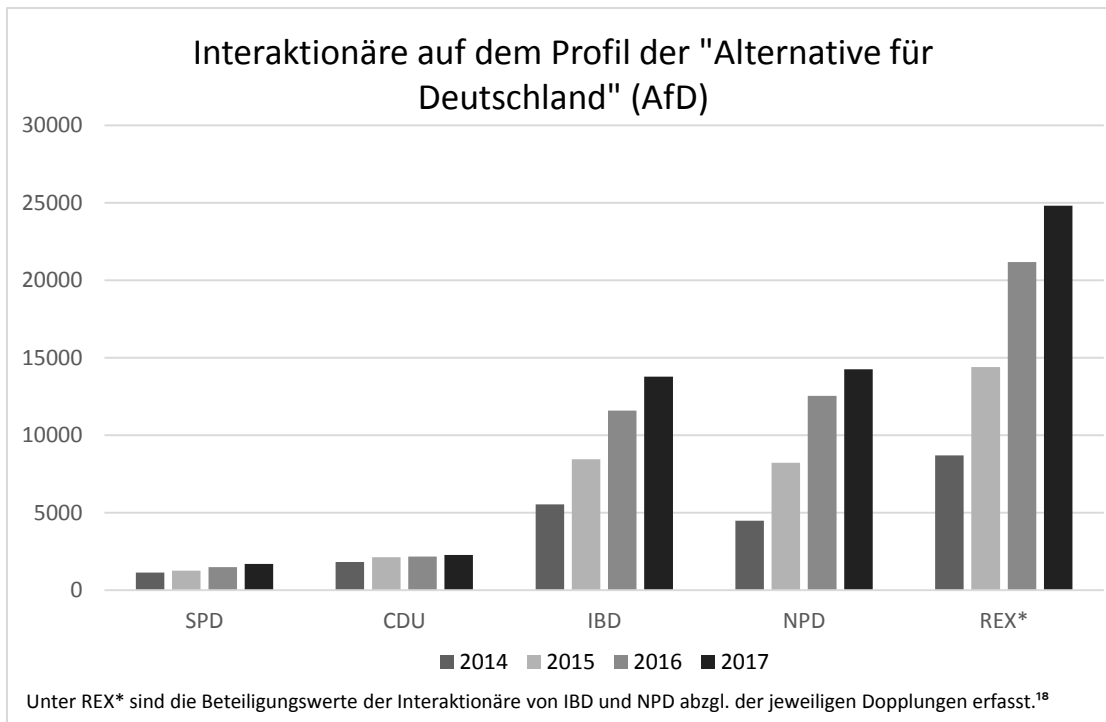


Abbildung 2: Jährliche Entwicklung der Beteiligung von Interaktionären der Referenzprofile von NPD und IBD auf dem Facebookprofil der AfD.

Insgesamt nahm die Zahl der Personen, die sowohl auf den dargestellten Parteien-Profilen als auch auf dem der AfD aktiv waren, kontinuierlich zu.

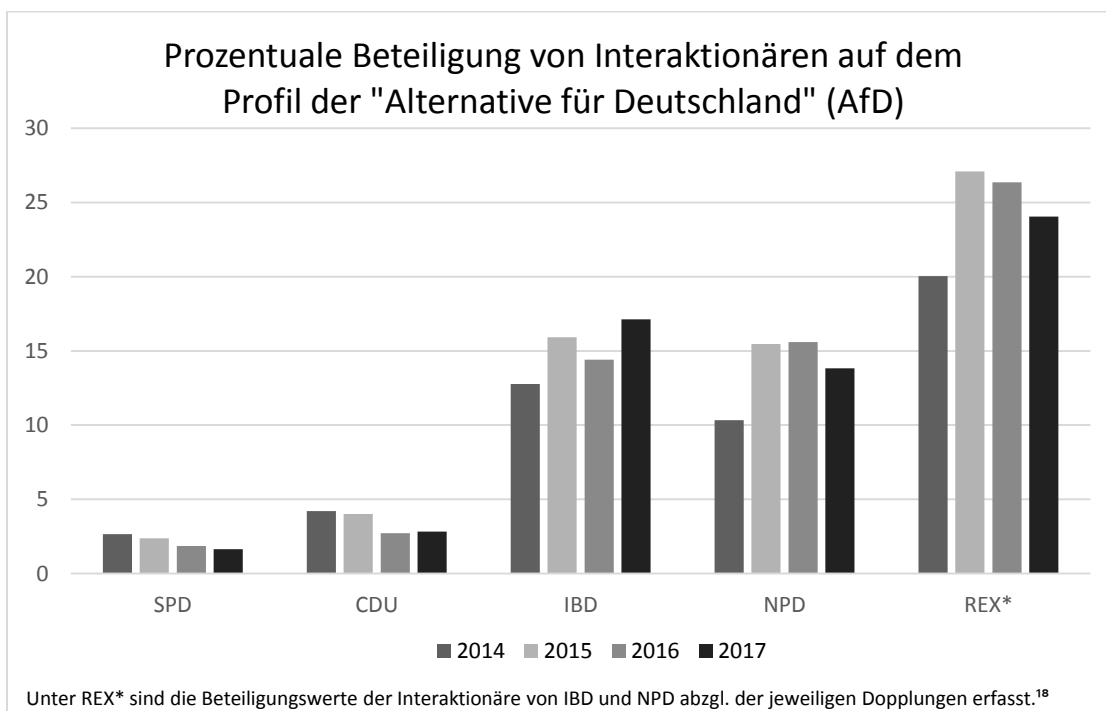


Abbildung 2: Jährliche Entwicklung der prozentualen Beteiligung von Interaktionären der Referenzprofile von NPD und IBD auf dem Facebookprofil der AfD.

Während die prozentualen Anteile der gemeinsamen Schnittmengen von Interaktionären mit der SPD und der CDU im Trend über die Jahre 2014 bis 2017 auf geringem Niveau stagnierten, erzielte die AfD auf ihrem Facebookprofil vor allem seitens der Anteile von NPD und IBD-Interaktionären wachsende Zustimmungswerte, wobei der zum Teil sinkende prozentuale Anteil mit höherer Gesamtbeteiligung einhergeht.

Mittels einer monatlichen Unterteilung der Schnittmengen lassen sich die Beteiligungsverhältnisse der Interaktionäre auf dem Facebookprofil der AfD noch weiter konkretisieren und in einer Chronologie im direkten Vergleich visualisieren (Abbildung 4).

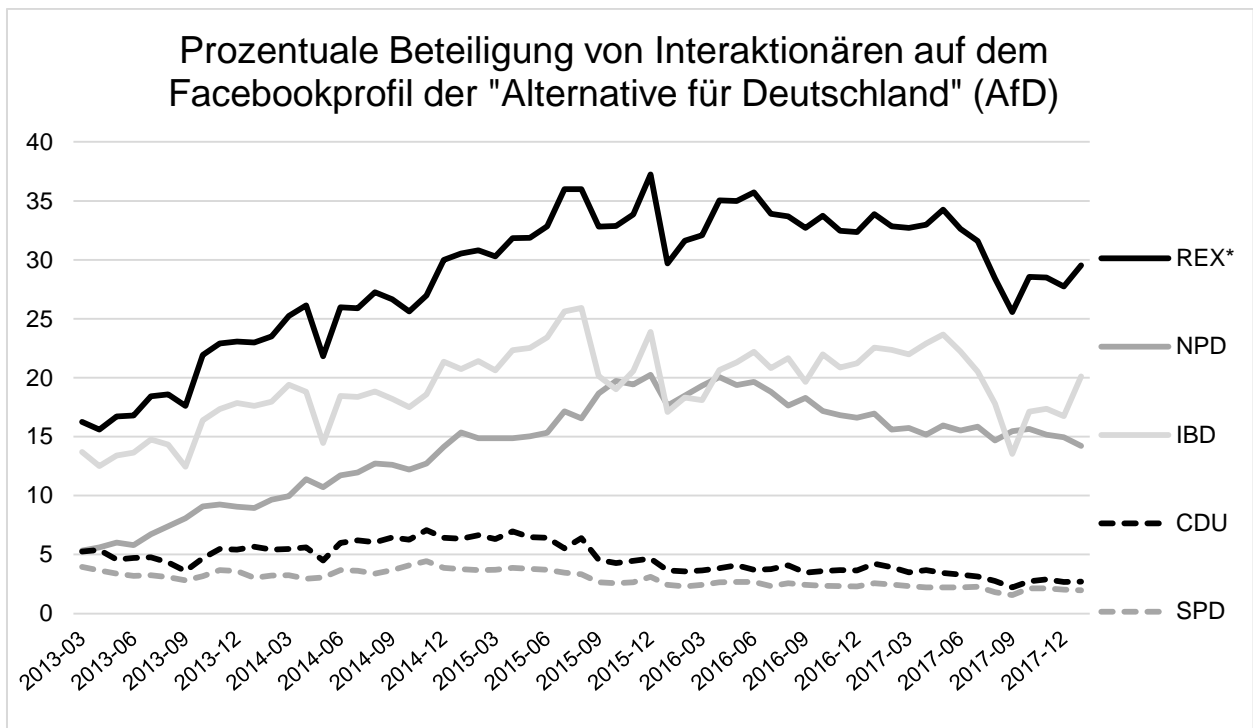


Abbildung 4: Entwicklung der monatlichen Beteiligung von "Gefällt mir"-Markierern der jeweiligen Referenzprofile auf dem Facebookprofil der AfD (Unter REX sind die Beteiligungswerte der Interaktionäre von IBD und NPD abzgl. der jeweiligen Dopplungen erfasst.)*

Das Ergebnis zeigt, wie sich am Beispiel des Anteils der NPD-Interaktionäre auf dem Profil der AfD über die letzten Jahre eine wachsende gemeinsame Schnittmenge aufgebaut hat. Ihren Höhepunkt wies diese Ende 2015 auf und sank dann kurz ab, um bis zu den Verhandlungstagen des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht im März 2016 wieder anzusteigen. Seitdem sank der prozentuale Anteil der gemeinsamen Schnittmenge im Trend. Diese

Entwicklung geht insgesamt mit wachsenden absoluten Zahlen einher. Im Dezember 2017 haben insgesamt 3589 Personenprofile „Gefällt mir“-Markierungen auf dem AfD-Profil gesetzt, die sich gleichermaßen zu NPD-Beiträgen bekannt und für diese geworben haben.

Mittels eines Vergleichs der Erstelltdaten der markierten Beiträge lässt sich ermitteln, dass 48,7 Prozent der Interaktionäre aus dieser gemeinsamen Schnittmenge innerhalb des gesamten Erhebungszeitraums zunächst auf dem Profil der AfD und erst später auf dem Profil der NPD Aktivitäten entfaltet haben. Hier scheinen im Vergleich relativ ausgeglichene Anziehungskräfte auf die Anhänger beider Parteiprofile zu bestehen.³⁰ Für die NPD-Interaktionäre stellte möglicherweise der vermeintliche Erfolg der AfD und eine gesellschaftlich höhere Akzeptanz ein Attraktivitätskriterium dar, dass sich vor allem innerhalb des Zeitraums der Verbostprüfung durch das Bundesverfassungsgericht zeigte. Umgekehrt ist auch denkbar, dass ein Wechsel ehemaliger AfD-Interaktionäre auf das NPD-Profil das Resultat durchlaufener Radikalisierungsprozesse widerspiegelt. Solcherlei Thesen ließen sich durch weitere zeitliche Unterteilungen und Abgleiche gemeinsamer Interaktionärsbeteiligungen verifizieren.

Im Vergleich zur NPD fiel der Anteil von „Identitären“, die auf dem Profil der AfD aktiv waren, von Anfang an hoch aus. 69,76 Prozent aus dieser gemeinsamen Schnittmenge haben zuerst auf dem Profil der „Identitären“ interagiert und sind danach auf dem AfD-Profil in Erscheinung getreten. Auffällig erscheint bei der prozentualen Beteiligung „Identitärer“ der starke Rückgang ab August 2015, der nicht nur bei der NPD, sondern insgesamt mit wachsender Zustimmung auf dem Profil der AfD einherging. Die scheinbare Stagnation ab dem Frühjahr 2016 ist auf eine wachsende monatliche Beteiligung der Gesamtzahl der Interaktionäre auf dem AfD-Profil zurückzuführen.

³⁰ Diese Berechnung erfolgte bereits in der ersten Jahreshälfte 2017.

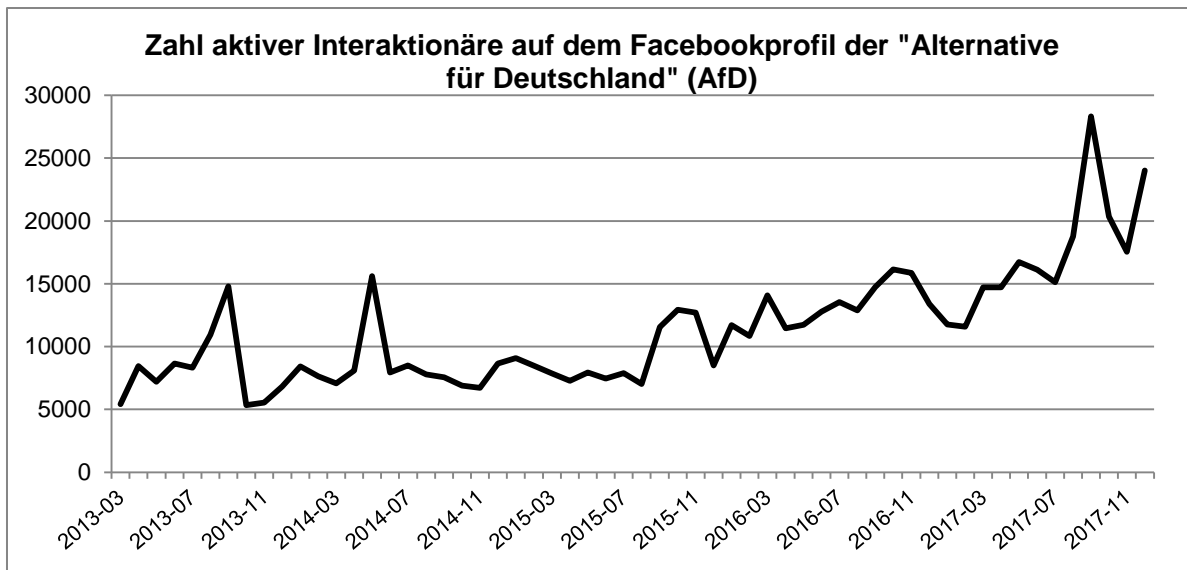


Abbildung 5: Entwicklung der Zahl der monatlich aktiven Interaktionäre auf dem Facebookprofil der AfD

Unabhängig von den Beteiligungsverhältnissen von Rechtsextremisten lassen sich mittels Gesamtzahl der monatlichen Interaktionen Trends abbilden, die ebenfalls zu weiteren Fragestellungen hinzugezogen werden können. Für solche Zwecke wird aus den Datenextrakten mittels eines monatlichen Abgleichs der jeweiligen Interaktionäre (durch Kumulation der vorherigen und Subtraktion der Beteiligten des aktuellen Monats) die Zahl „neuer“ Interaktionäre festgestellt.

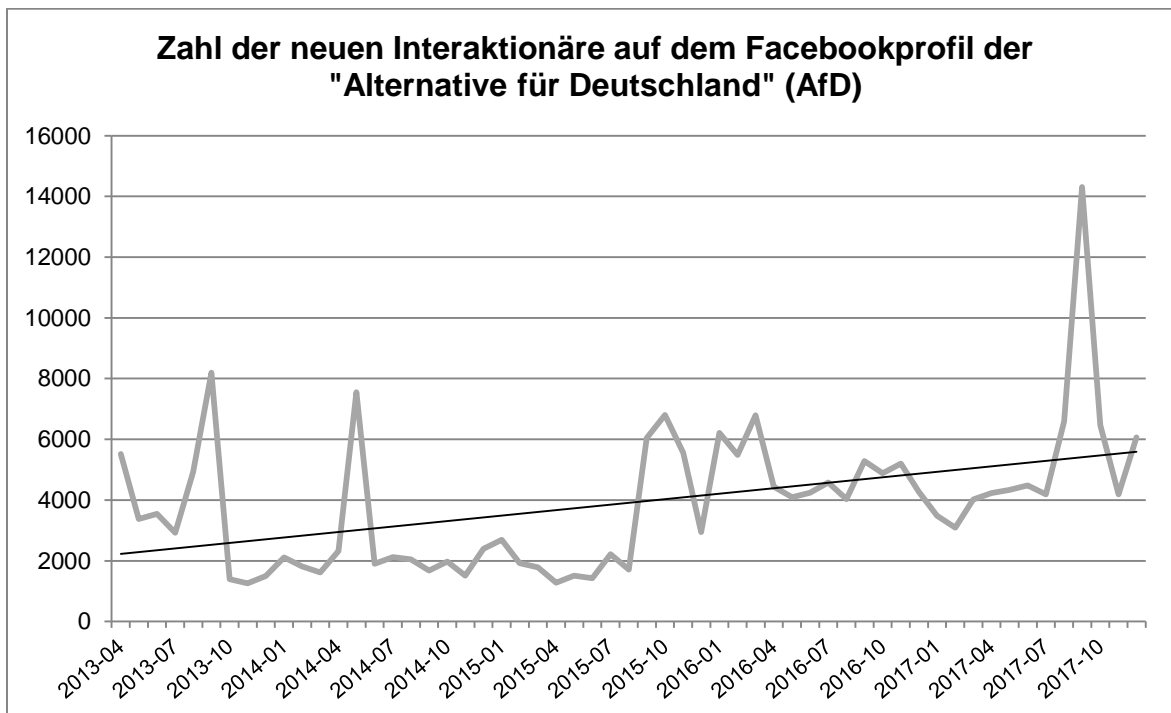


Abbildung 6: Entwicklung der Zahl der „neuen“ monatlich aktiven Interaktionäre auf dem Facebookprofil der AfD

Diese Zahl „neuer“ Interaktionäre (Abbildung 6) war zum größten Teil auf die gesteigerte Zahl von Beiträgen auf dem AfD-Profil anlässlich von Wahlkämpfen zur letzten Bundestagswahl, zu den Wahlen der Landesparlamente oder des Europäischen Parlaments zurückzuführen. Aus der Relation zur Beitragszahl lassen sich Zustimmungswerte genauer verifizieren, unabhängig von der erhöhten Beitragsfrequenz (Abbildung 7).

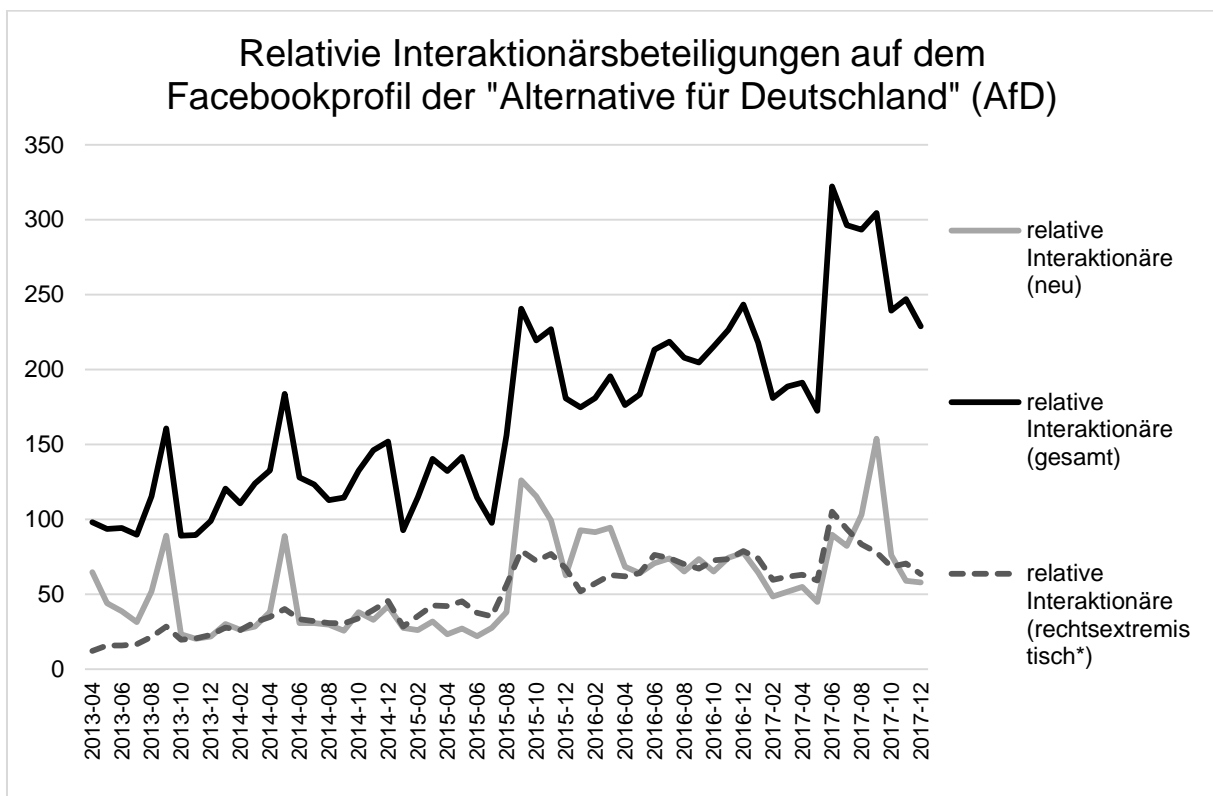


Abbildung 7: Entwicklung der monatlich aktiven Interaktionäre auf dem Facebookprofil der AfD in Relation zur Beitragszahl. (Unter rechtsextremistisch* sind die Beteiligungswerte der Interaktionäre von IBD und NPD abzgl. der jeweiligen Dopplungen erfasst.^{1 8)})

Hier war im Trend, insbesondere ab Juli 2015 – nach der Wahl von Frauke Petry und Jörg Meuthen als Parteivorsitzende der AfD – eine Steigerung der Interaktionärsbeteiligungen festzustellen. So hatte sich die Zahl „neuer“ Interaktionäre pro Beitrag von Juli 2015 (27,41) bis Dezember 2017 (63,42) mehr als verdoppelt und erreichte zwischenzeitlich zur Bundestagswahl im September einen Spitzenwert von 153,87. Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Interaktionäre pro Beitrag von NPD und IBD, die im Vergleichszeitraum von 35,07 auf 63,43 angestiegen sind.

Durch das Visualisieren der Interaktionen lassen sich verschiedene neue Ansätze gewinnen, mit denen auch multikausale Zusammenhänge empirisch untersucht werden können. Die eingehenden Ausführungen über die Entwicklung der Ausrichtung der AfD, wachsende thematischen Schnittmengen zum Rechtsextremismus und die Auswirkungen des öffentlichen Diskurses zu diesem Thema lassen sich insofern durch die Anwendung von „Computational Social Science“ am Beispiel strukturierter Daten, in diesem Fall anhand der gemessenen Interaktionswerte, adäquat untersuchen.

Auch wenn nicht jede dieser insgesamt fast 11 Mio. Interaktionen qualitativ erfasst wurde und andererseits die AfD nicht für jede Form von Interaktion eines Rechtsextremisten auf ihrem Facebookprofil in die Verantwortung gezogen werden kann, so eignet sich die quantitative Betrachtung der Interaktionswerte jedoch, um den Grad der virtuellen Verschmelzung, wechselwirkende Bezüge zu Rechtsextremisten, Anziehungskräfte und Trends abzubilden.

Im bundesweiten Vergleich lassen sich dadurch Anhaltspunkte für besonders auffällige Beteiligungsgrade von Rechtsextremisten gewinnen, nach denen etwa Präventionskonzepte ausgerichtet werden können. Dafür erscheinen z. B. die Profile der Landesverbände der Jugendorganisation der AfD, der „Jungen Alternative“ (JA), als besonders relevant, denn gerade junge Menschen mit ihren sozialen Ängsten und Sorgen und ihrer Affinität zu sozialen Netzwerken laufen darin Gefahr, der subtilen Propaganda von Rechtsextremisten – die sich nach außen einen „patriotischen Anstrich“ verpasst haben – auf den Leim zu gehen. Eine exemplarische Erweiterung des Rahmens zu untersuchender Profile eröffnet die Möglichkeit eines bundesweiten Vergleichs ihrer Zusammensetzung. Mittels einer Vollerhebung der jeweiligen Profile lassen sich so die prozentualen Beteiligungsgrade auf den Profelseiten der Landesverbände der JA bestimmen, sowie deren Anteile von NPD- und IBD-Anhängern in absteigender Reihenfolge sortieren.

Bundesland	Gesamt	NPD	IBD	REX*	Prozent
Bremen	280	56	157	175	62,50
Mecklenburg-Vorpommern	538	108	260	299	55,58
Sachsen-Anhalt	1734	371	729	898	51,79
Thüringen	2347	469	949	1166	49,68
Berlin	2613	429	1071	1272	48,68
Brandenburg	2615	502	1019	1268	48,49
Sachsen	2259	393	891	1070	47,37
Saarland	719	114	289	336	46,73
Niedersachsen	1352	194	544	615	45,49
Hessen	2764	513	978	1243	44,97
Schleswig-Holstein	837	126	316	372	44,44
Hamburg	858	109	337	377	43,94
Rheinland-Pfalz	1228	183	433	505	41,12
Bayern	5282	892	1697	2166	41,01
Nordrhein-Westfalen	11730	1863	3466	4489	38,27
Baden-Württemberg	4124	554	1177	1476	35,79

Tabelle: Zahl der Interaktionäre auf den jeweiligen Profilen mit den Anteilen von NPD, IBD oder REX*(Darunter sind die Beteiligungswerte der Interaktionäre von IBD und NPD abzgl. der jeweiligen Dopplungen erfasst.)

Das Facebookprofil der JA³¹ in Bremen weist zwar mit 280 Interaktionären insgesamt die geringste Gesamtzahl auf, verfügt aber mit 213 Interaktionären (inkl. Dopplungen), die sich auch zur NPD oder der IBD bekannt und für deren Beiträge geworben haben, darunter im bundesweiten Vergleich über den höchsten prozentualen Anteil (62,5 Prozent bei 175 Interaktionären abzgl. Dopplungen). Die besonders hohen Beteiligungswerte unterstreichen die Dringlichkeit, gerade junge Menschen über die rechtsextremistische Einflussnahme in den Communities sozialer Netzwerke aufzuklären (Abbildung 8).

³¹ www.facebook.com/jungealternativehb



Abbildung 8: Beteiligungsgrade rechtsextremistischer Interaktionäre auf den Länderprofilen der „Jungen Alternative für Deutschland“ (JA), darunter sind die Beteiligungswerte der Interaktionäre von IBD und NPD abzgl. der jeweiligen Dopplungen erfasst.)*

Die aufgezeigten Verfahren der Interaktions-Analyse bieten damit grundsätzlich eine Möglichkeit, mittels objektiv nachvollziehbarer und valider Datenextraktion aus den Interaktionen geeignete Anhaltspunkte für rechtsextremistische Einflussnahme oder Beteiligungsformen auf Profilen in sozialen Medien zu gewinnen.

Je mehr Daten z. B. in Form von weiteren Untersuchungsprofilen aber auch von weiteren Referenzprofilen aus der rechtsextremistischen Szene in solche Analysen einbezogen werden, desto detaillierter sind entsprechende Verifizierungen. Wichtig erscheinen in diesem Zusammenhang vor allem die Transparenz und das Verinnerlichen der exakten Bedeutung einzelner Verfahrensschritte, um dem Risiko von Fehlinterpretationen angemessen zu begegnen. Von entscheidender inhaltlicher Bedeutung für die Bewertung von Indikatoren für Rechts-

extremismus ist das Bewusstsein über die Funktionalität angebotener Interaktionsmöglichkeiten auf der jeweiligen Plattform. Im Falle einer funktionalen Unterstützung rechtsextremistischer Organisationen dürfen solche Interaktionen auf keinen Fall bagatellisiert werden. Um eine „konsequente Rechtsdurchsetzung“³² in sozialen Netzwerken zu ermöglichen, könnte an dieser Stelle die Transparenz der Interaktionswirkung von entscheidender Bedeutung sein. Nutzer sollten darüber informiert werden, dass sie ggf. Propaganda einer extremistischen Organisation verteilen, genauso wie sie bereits darüber informiert werden, dass sie ggf. gegen das Urheberrecht verstoßen, wenn sie Videos oder Musik veröffentlichen. Hieraus könnte ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein hinsichtlich der Verbreitung (rechts-) extremistischer „Hass“-Propaganda generiert werden.

7. „Computational Social Science“ für die Inhaltsanalyse

„Computational Social Science“ bietet neben der Auswertung strukturierter Informationen – wie an den Beispielen der Interaktionsanalyse dargestellt – auch die Möglichkeit, unstrukturierte Textinformationen zu untersuchen. Im Rahmen dieser Fallanalyse soll deren analytisches Potential exemplarisch auf die Darstellung von „Wortfrequenzanalysen“ und „Clusterdendrogramme“ begrenzt werden.

Wortfrequenzanalysen ermöglichen es, mittels Häufigkeitsauszählungen solche Wörter zu identifizieren, die von besonderer inhaltlicher Bedeutung in den zu untersuchenden Beiträgen sind. Am Beispiel der AfD, der NPD und der IBD ergeben sich daraus Indikatoren für inhaltliche Schwerpunkte und deren Schnittmengen aus den unstrukturierten Textinformationen. Die absoluten Häufigkeiten lassen sich nicht miteinander vergleichen, denn die 3.568 Beiträge der AfD werden entsprechend seltener den Begriff „Deutsche“ enthalten als die 12.301 Beiträge auf dem Profil der NPD. Durch die Relation solcher „Top-Wörter“ zu der jeweiligen Gesamtwortzahl lassen sich inhaltliche

³² Gesetzentwurf der Bundesregierung: „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken“ Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), beschlossen am 5. April 2017. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 2017.

Schwerpunktsetzungen erschließen, die miteinander verglichen werden können.

Die Abbildung 9 zeigt exemplarisch die „Top15“-Wörter³³ der Facebookprofile von AfD und NPD und deren gemeinsamen Schnittmengen sowie relativen Häufigkeiten auf.³⁴ Die „TOP15“-Wörter der AfD sind hierbei dunkelgrau dargestellt, während die gemeinsame Schnittmenge mit den Vergleichswörtern der NPD hellgrau abgebildet ist. Die schwarzen Balken zeigen die relativen Häufigkeiten der übrigen „TOP15“-Wörter der NPD an.

³³ Abzgl. sogenannter „Stopwords“, wie Konjunktionen, Artikel oder Präpositionen, deren Häufigkeiten für solche Analysen keinen inhaltlichen Mehrwert implizieren.

³⁴ Diese Wörter wurden in den folgenden Beispielen u. a. bereinigt um sogenannte „Stopwords“ (z.B. Artikel, Präpositionen, Konjunktionen usw.), die Namen von Parteien und einzelne Personen sowie Zahlen und Satzzeichen.

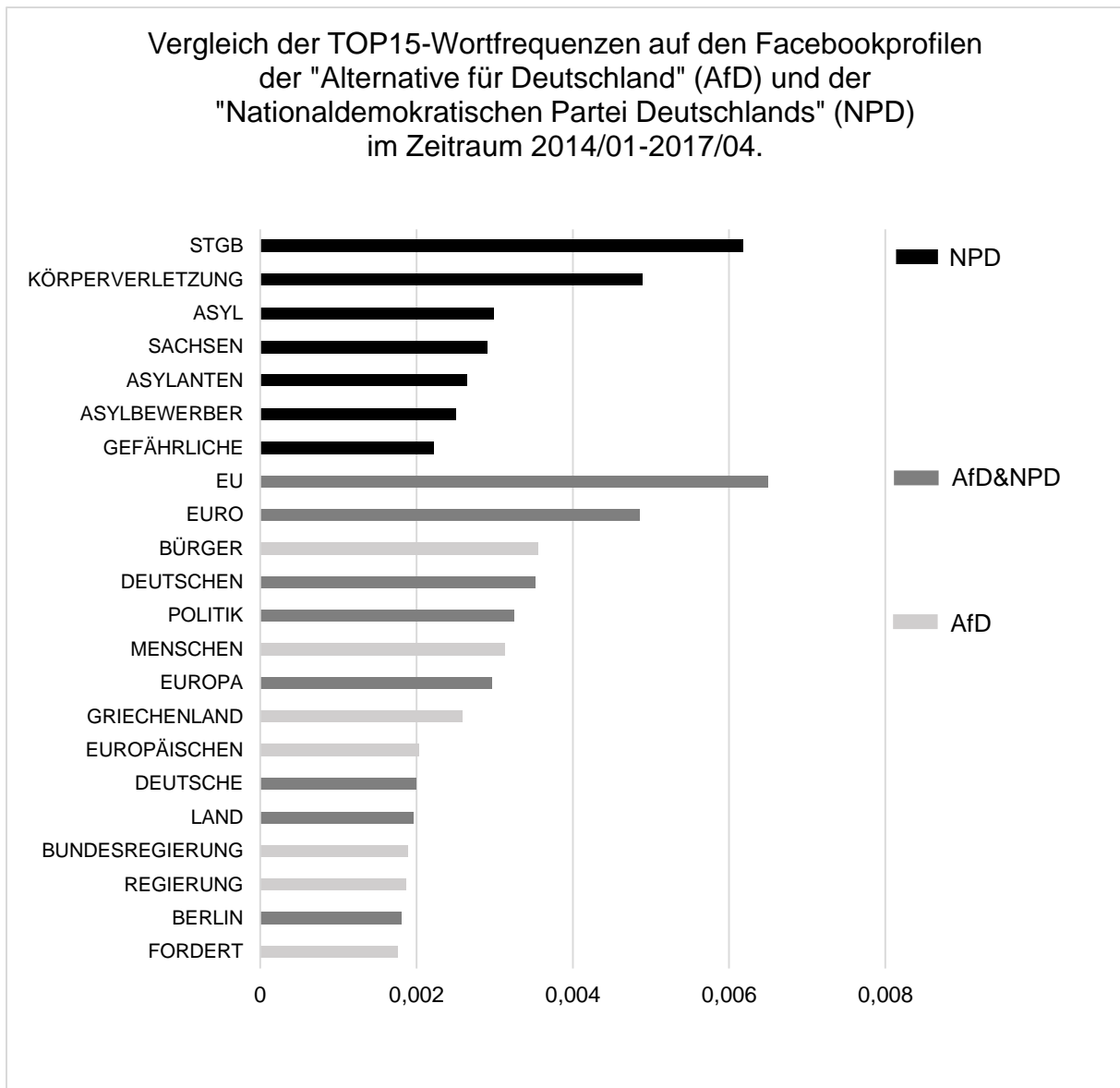


Abbildung 9: TOP15-Wortfrequenzvergleich der Facebookprofile von AfD und NPD

Auf diese Weise lassen sich nicht nur Entwicklungen ablesen, sondern mit Hilfe von zeitlichen Unterteilungen auch direkte Vergleiche mit anderen Organisationen vornehmen. Eine Begrenzung der in eine Wortfrequenzanalyse zur IBD einfließenden Beiträge auf das Jahr 2014 zeigt, dass die Termini „EU“, „Partei“ und „Mitglieder“ die gemeinsame Schnittmenge der jeweiligen TOP20-Wörter bildeten.³⁵

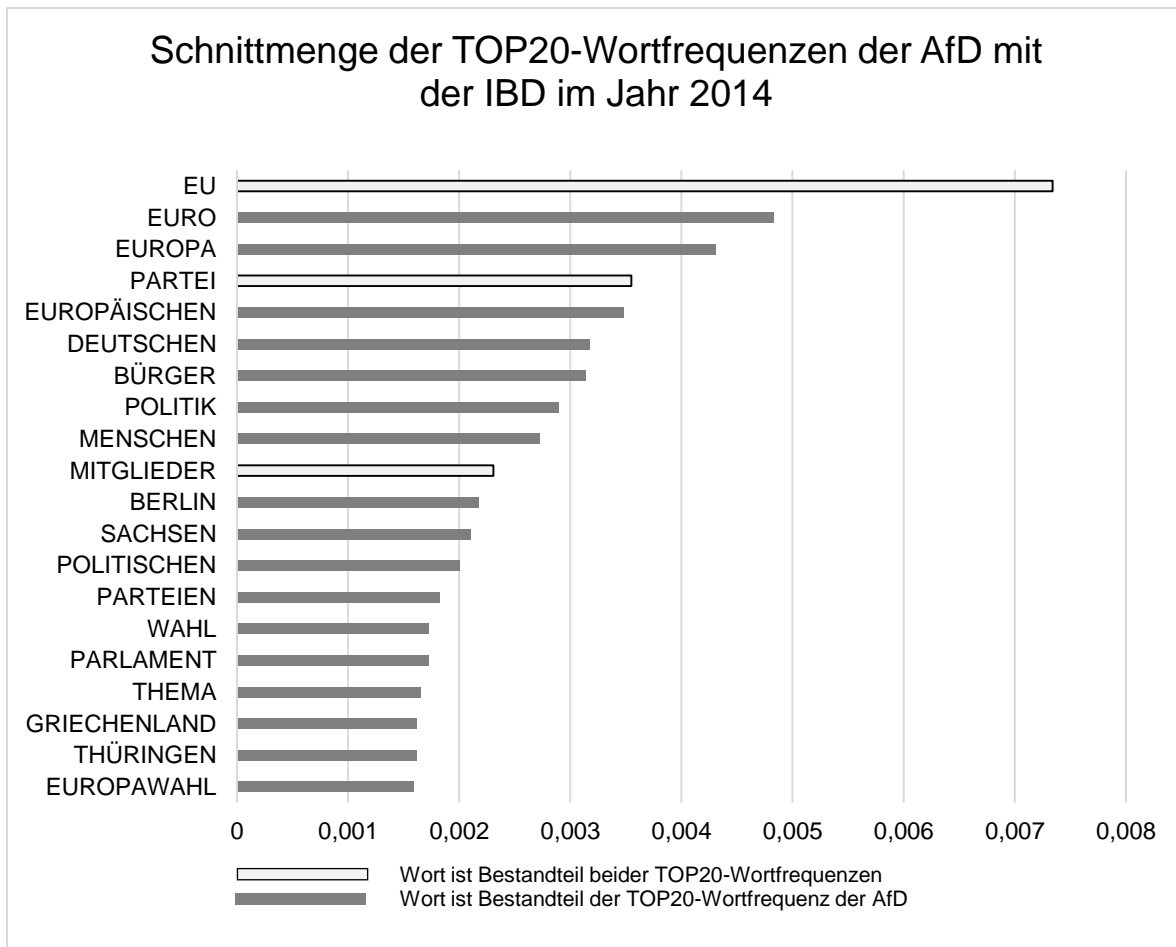


Abbildung 10: TOP20-Wortfrequenzvergleich (2014) der Facebookprofile von AfD und IBD

Ein Vergleich mit der Schnittmenge der letzten 12 Monate weist hier deutlich mehr textuelle Parallelen auf:

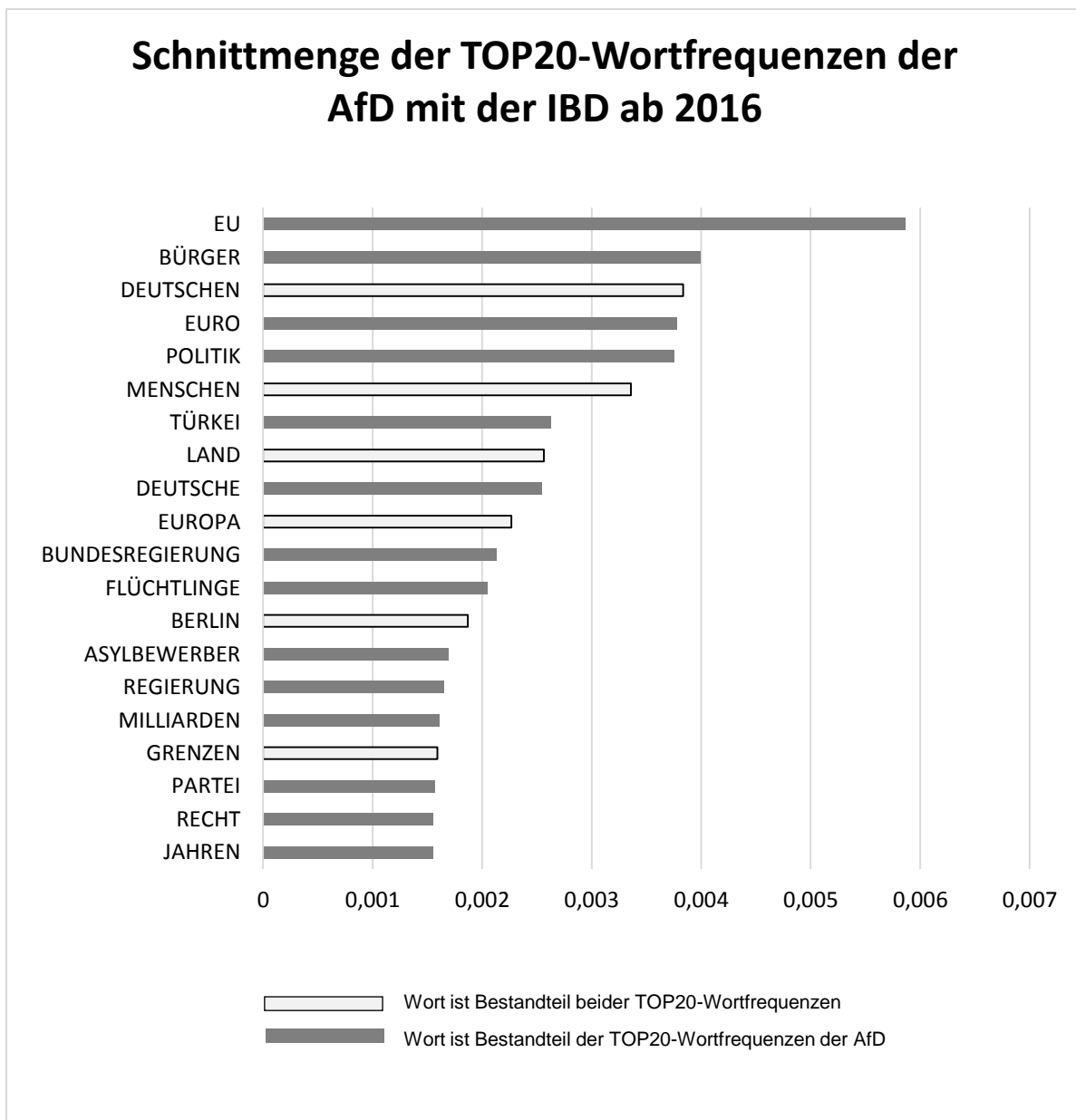


Abbildung 11: TOP20-Wortfrequenzvergleich (2017) der Facebookprofile von AfD und IBD

Wie am Beispiel der Entwicklungen der Interaktions-Schnittmengen zwischen AfD und NPD dargelegt können auch Wortfrequenzanalysen verwendet werden, um die inhaltlichen Schnittmengen im chronologischen Vergleich darzustellen. Dazu erfolgt eine mathematische Berechnung der relativen Wortfrequenzen der zu vergleichenden Profile innerhalb eines Monats. Diese gemeinsamen Schnittmengen sind in diesem Beispiel begrenzt auf die jeweiligen „TOP1000“-Wörter der jeweiligen Monate.

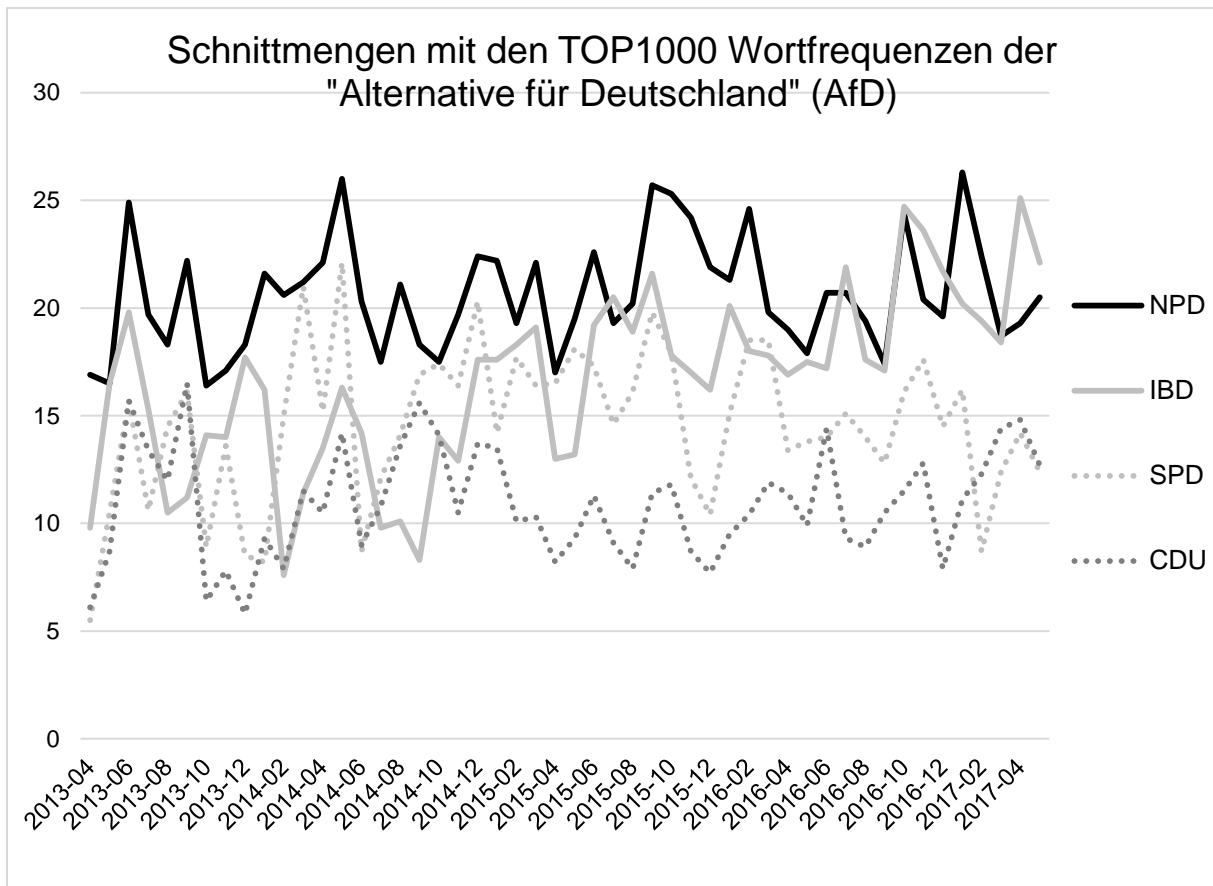


Abbildung 12: Entwicklung der Schnittmengen mit den TOP-1000 Wortfrequenzen der AfD (in Prozent der Summe der relativen Worthäufigkeiten)

Dargestellt in Abbildung 11 ist der prozentuale Anteil der relativen Worthäufigkeiten. Während sich die textuellen Schnittmengen mit der NPD auf einem gleichbleibend hohen Niveau abzeichneten, wird hinsichtlich der IBD deutlich, dass über den gesamten Erhebungszeitraum eine stetige Angleichung der Wortfrequenzen auf beiden Facebookprofilen festzustellen ist.

In diese Art der Berechnung sind lediglich die Summen aus den gemeinsamen Schnittmengen der Wörter eingeflossen. D. h. das Wort „Euro“ ist, sofern es auf beiden Profilen unter den „Top-1000 Wörtern“ zu finden war, genauso oft in die Berechnung eingeflossen wie der Begriff „Asyl“. In diesem Zusammenhang lassen sich durchaus differenzierte Berechnungen mittels verschiedener Gewichtungsmodelle vornehmen, indem beispielsweise den gemeinsamen TOP10-Wörtern ein höherer Stellenwert beigemessen wird als denen auf den Plätzen 500-1000. Hierbei muss angemerkt werden, dass die relative Häufigkeit eines Begriffes außer einer hohen Wahrscheinlichkeit für

eine herausragende politische Bedeutung auch noch keine Positionierung zum jeweiligen Begriff impliziert. Bestimmte Termini wie „Euro“ oder „Flüchtlinge“ lassen sich quantitativ mit Hilfe von „Sentiment-Analysen“ hinsichtlich einer positiven oder negativen Konnotation untersuchen und gewichten. Dafür müssen korrelierende Wörter auf Gewichtungsindikatoren überprüft werden.³⁶ Mit Hilfe von „Kookkurrenzplots“ lassen sich Positionierungen zu einem bestimmten Terminus visualisieren, indem die Wörter, die textuell am häufigsten mit einem Begriff in Verbindung stehen in einer grafischen Beziehung abgebildet werden.³⁷

Bezüglich der Textanalyse eröffnet „Computational Social Science“ eine Vielzahl analytischer Möglichkeiten. Die automatisierte Texterkennung kann z. B. mittels „Topic Modelling“-Verfahren oder „Klassifikationsalgorithmen“ erfolgen. Aus Gründen der Überschaubarkeit soll an dieser Stelle aufbauend auf den Ausführungen zu Wortfrequenzanalysen lediglich auf das Beispiel der „Clusteranalyse“ eingegangen werden. Darunter ist ein spezielles analytisches Verfahren zu verstehen, mit dem sich unstrukturierte textuelle Informationen in eine Ordnung bringen und visualisieren lassen. Dabei werden die Wörter nicht nur nach Häufigkeiten ausgezählt und sortiert, sondern auch durch ihr gemeinsames Aufkommen über verschiedene, individuell bestimmbare, mathematische Berechnungsverfahren untereinander in Verbindung gebracht, also „geclustert“. Die graphische Darstellung der textuellen Bezüge erfolgt daraufhin in „Clusterdendrogrammen“ (siehe Abbildungen 13 und 14).

Aus diesem automatisierten Verfahren lässt sich u. a. die inhaltliche Schwerpunktsetzung der AfD zum Thema „Euro“ im Jahr 2013 ablesen. Diese Wörter werden im Rahmen von Wortfrequenzanalysen in den oberen Tabellenbereichen abgebildet, je nachdem, in welcher Tiefe die Gruppierung vorgenommen wird.

³⁶ An der Universität Leipzig wurden dazu sogenannte „SentiWS“-Dateien für die deutsche Sprache erstellt. Diese Dateien enthalten polarisierende Wörter mit entsprechender Gewichtung (siehe hierzu <http://wortschatz.uni-leipzig.de>)

³⁷ Abgeleitet vom englischen Begriff „co-occure“ = miteinander erscheinen.

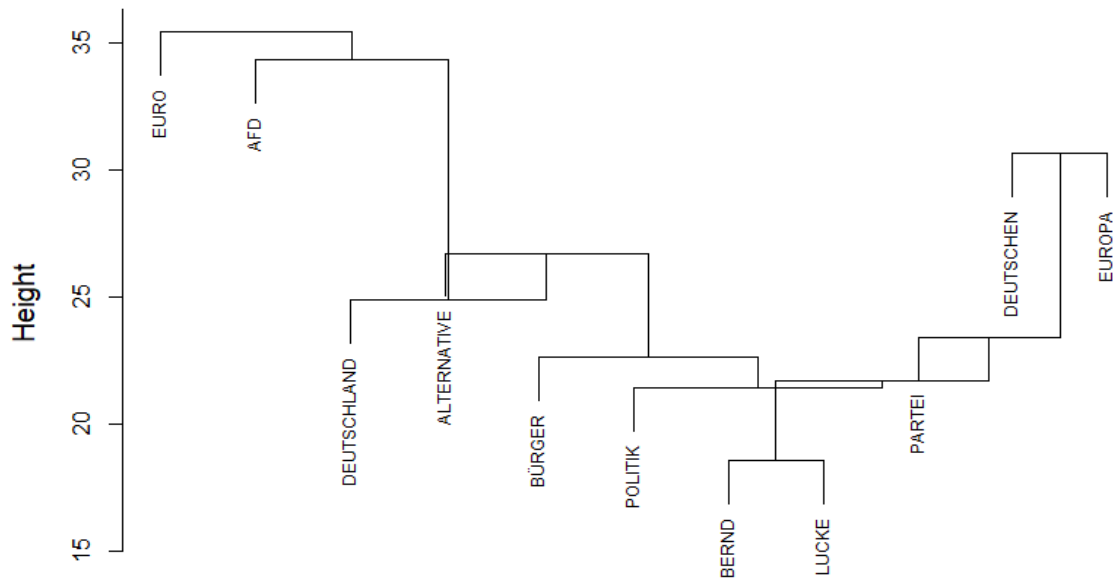


Abbildung 13: "Clusterdendrogramm" zu den Beiträgen der AfD (Jahr: 2013, Methode: Euclidian)

Die textuellen Schwerpunkte der „Identitären“ konzentrierten sich im Jahr 2013 in Anlehnung an die französische „Generation Identitaire“ vor allem darauf, den Begriff „Identität“ in Deutschland für sich „neu“ zu besetzen und ihre ethnopluralistische Positionierung zu propagieren (Abbildung 14).

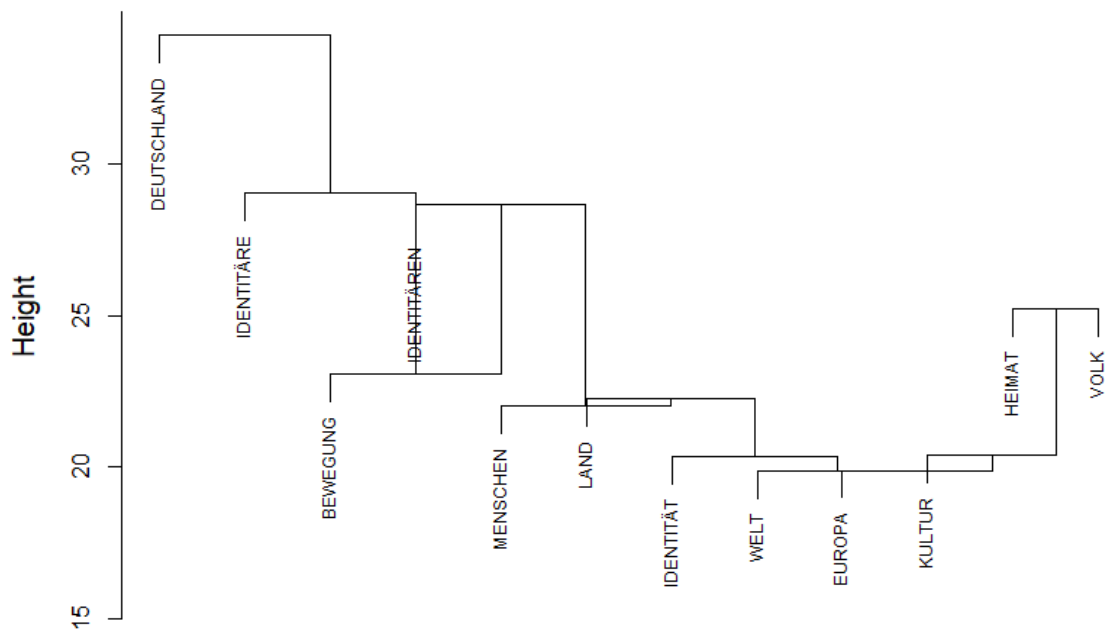


Abbildung 14: "Clusterdendrogramm" zu den Beiträgen der IBD (Jahr: 2013, Methode: Euclidian)

Die „Clusterdendrogramme“ aus dem Jahr 2017 zeigen im Vergleich, wie sich die thematischen Schwerpunkte auf den beiden Facebookprofilen verändert haben:

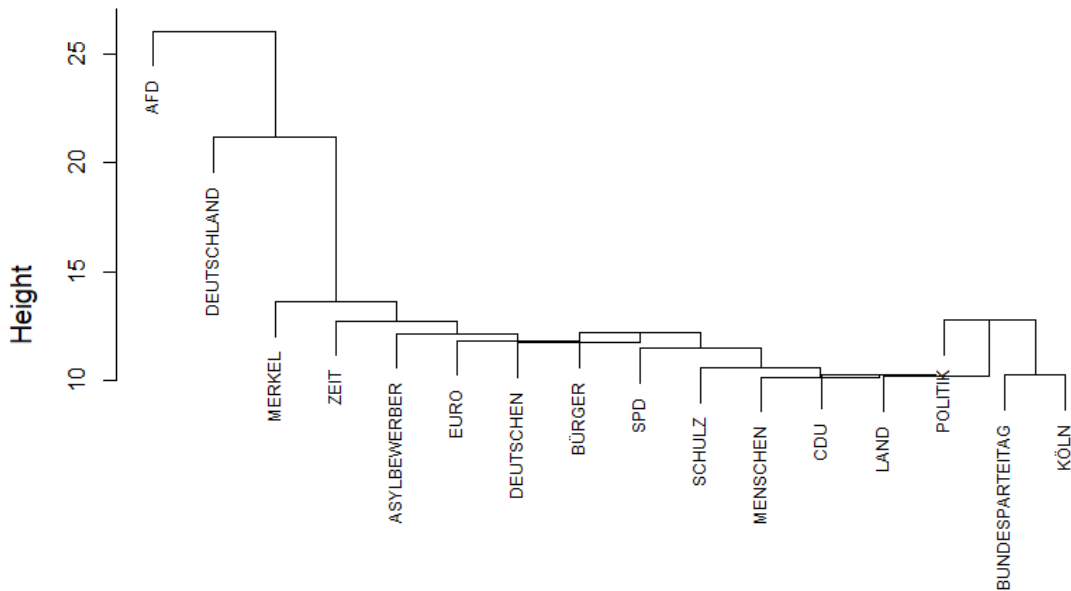


Abbildung 15: "Clusterdendrogramm" zu den Beiträgen der AfD (Jahr: 2017, Methode: Euclidian)

Bei der AfD ist das Thema „Asylbewerber“ in den Vordergrund geraten, während „Europa“ und „Bernd Lucke“ an Bedeutung verloren.

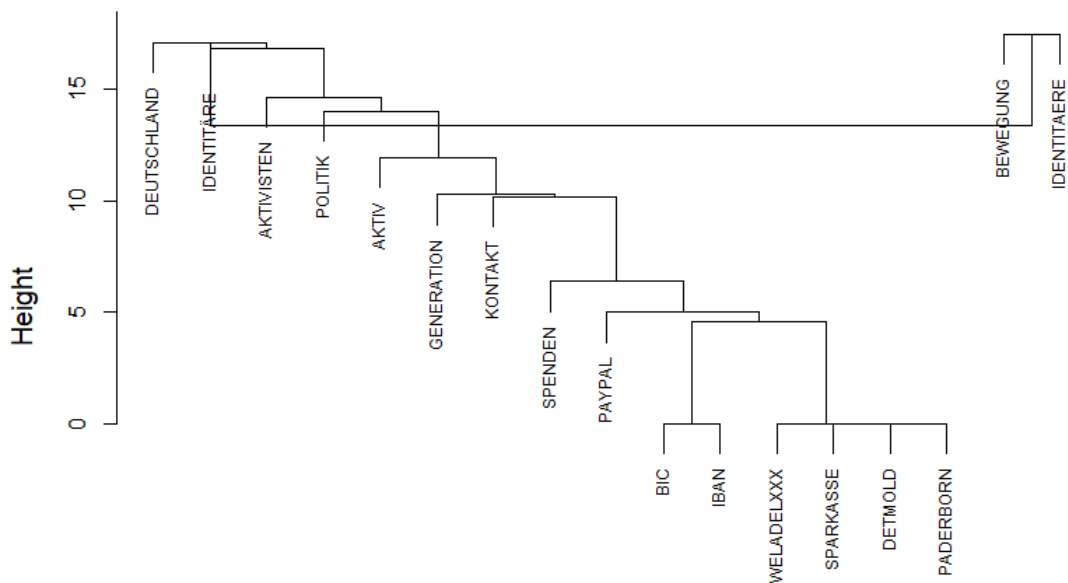


Abbildung 3: "Clusterdendrogramm" zu den Beiträgen der IBD (Jahr: 2017, Methode: Euclidian)

Bei den „Identitären“ zeichnet das Clusterdendrogramm aus dem Jahr 2017 im Vergleich zu dem aus dem Jahr 2013 ein Bild, das weniger von politischer Positionierung, durch Begriffe wie „Heimat“, „Kultur“, „Volk“ oder „Europa“ gekennzeichnet war. Vielmehr waren wohl die Beiträge aus dem Jahr 2017 begrifflich davon geprägt, politischen Aktivismus zu vermarkten (Abbildung 15). Das zeigt sich auch bei einer genaueren Betrachtung der Videos der „Identitären“: Die meist mehrere Minuten andauernden Clips zeigen häufig „spannende“ Kletteraktionen, die gut vorbereitet sind, professionell wirken und mit Musik untermalt werden. So ein 10-Minuten-Video weist gern mal lediglich 4-Sekunden „politischen Inhalt“ auf, der sich dann nur auf den Namen einer „Kampagne“ bezieht, wie z. B. „Festung Europa“ oder der „große Austausch“. An diesem Beispiel wird deutlich, wie schwer es für die Nutzer solcher Plattformen ist, zu erkennen, welche Folgen ihre Interaktionen auf ein solches Video haben und ob sie ggf. eine extremistische Organisation dabei unterstützen, deren Propaganda zu verbreiten und für diese zu werben.

Die Beispiele vermitteln einen ersten Eindruck davon, wie es mit Hilfe von „Cluster“-Analysen möglich ist, sehr schnell und relativ unkompliziert, thematische Schwerpunkte aus einer Vielzahl unstrukturierter Textbeiträge überschaubar darzustellen. Sie sollen an dieser Stelle den Abschluss der exemplarischen Anwendung von „Computational Social Science“ für die Textanalyse bilden. Auf weitergehende Messungen von Wortkorrelationen bzw. Assoziationen zu bestimmten Zielbegriffen und deren Visualisierung in „Kookkurrenzplots“ wird an dieser Stelle verzichtet.

Die verschiedenen Verfahren der Textanalyse lassen sich auch mit den Strukturdaten der Interaktionsanalyse verbinden und auf der Basis von Regressionsanalysen überprüfen. Mittels einer linearen Regression kann so beispielsweise nachgewiesen werden, dass sich die thematische Annäherung von AfD und NPD³⁸ signifikant auf die Anzahl der

³⁸ Dargelegt am Beispiel der gemeinsamen Schnittmenge von Wortfrequenzen im Jahr 2015.

Interaktionäre³⁹ oder die Zahl der „angry“-Markierungen⁴⁰ auf dem AfD-Profil ausgewirkt hat. Die Auswahl von „R“ als Instrument zur Vornahme der Messungen hat sich insofern nicht nur hinsichtlich der flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf die verschiedenen sozialwissenschaftlichen Problemstellungen als günstig erwiesen. Ein weiterer Vorteil, den die Nutzung dieser – für statistische Analysen entwickelten – Programmierumgebung mit sich bringt, ist die Möglichkeit, deskriptiv- oder inferenzstatistische Standardverfahren ohne weiteren Datentransfer direkt auf die gewonnenen Erkenntnisse anwenden und damit schnellstmögliche Ergebnisse liefern zu können.

³⁹**Lineare Regression mit der Abhängigen Variable Gesamtzahl der Interaktionäre**

	Koeffizient	Standardfehler
UV: Schnittmengen der TOP 25 Wortfrequenzen NPD	121.7 *	40.0109
UV: Schnittmengen der Top 25 Wortfrequenzen IBD	133.8 *	49.1898
Konstante	-2652.4886 .	1340.1145
R ² : 0.7142		
Adj. R ² : 0.6507		
F-Test: 11.25** ; p-Wert: 0.003 **		
Signifikanzniveaus wie folgt: *** < 0.001; **< 0.01; * < 0.05; . < 0.1		

⁴⁰**Lineare Regression mit Anzahl der standardisierten „Angry“-Markierungen auf dem AfD-Profil**

	Koeffizient	Standardfehler
UV: Schnittmengen der Top 100 Wortfrequenzen NPD	0.045 **	0.018
UV: Schnittmengen der Top 100 Wortfrequenzen IBD	0.02	0.023
Konstante	-1.463 *	0.503
R ² : 0.5697		
Adj. R ² : 0.474		
F-Test: 5.957; p-Wert: 0.0225 *		
Signifikanzniveaus wie folgt: *** < 0.001; **< 0.01; * < 0.05; . < 0.1		

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Die durchgeführten Untersuchungen haben explorativ aufgezeigt, dass die speziellen Methoden der empirischen Sozialforschung verschiedene Möglichkeiten bieten, um eine Vielzahl von Daten je nach Bedarf so zu strukturieren, dass sich daraus neue Erkenntnisse für komplexe sozialwissenschaftliche Problemstellungen extrahieren lassen. Am Beispiel des AfD-Profiles konnten mittels Interaktions- und Inhaltsanalysen Informationen über personelle Beteiligungsverhältnisse, „latente“ rechtsextremistische Einflussnahmen, Trends, Themenschwerpunkte oder Kausalitäten gewonnen und visualisiert werden. Besonders deutlich wurde dies an der Zusammensetzung der Interaktionäre, die trotz der geringen Zahl der in die Berechnung eingeflossenen Profile zum Teil erhebliche gemeinsame Schnittmengen aufwiesen.

Die Methoden der „Computational Social Science“ ermöglichen es nicht nur, die inhaltliche Annäherung an rechtsextremistische Spektren oder die Verwendung populistisch aufbereiteter Feindbilder quantitativ zu erfassen und in ihrer Entwicklung darzustellen. Sie konnten darüber hinaus die konkreten Auswirkungen einer inkonsequenten oder gar fehlenden Durchsetzung des Unvereinbarkeitsbeschlusses am Beispiel der „Jungen Alternative Bremen“ empirisch erfassen und damit einen wichtigen Hinweis für präventive Ansätze liefern.

Das sich mit der Verwendung simplifizierender Propaganda in sozialen Medien hohe Zustimmungswerte generieren lassen, die mit einer heterogenen Vernetzung und damit auch einer anziehenden Wirkung auf Extremisten einhergehen, erscheint nicht verwunderlich. Umso wichtiger sollte es in derartigen Fällen sein, dass die Betreiber solcher Communities Verantwortung übernehmen, sich konsequent und wirksam von Extremismus distanzieren und dafür sorgen, dass aus der Gesamtheit der Beiträge keine pauschalisierenden Stereotypenbilder hervorgehen, die sich beispielsweise gegen die Menschenwürde richten könnten, weil sie bestimmte Gruppen oder Teile der Bevölkerung diffamieren und dadurch Hass schüren.

„Computational Social Science“ bietet geeignete Instrumente, um die komplexen Fragestellungen zu den Formen „latenter“ rechtsextremistischer Einflussnahme oder Beteiligungsverhältnisse aus der Anonymität unüberschaubarer „Datenberge“ extrahieren und visualisieren zu können. Mit ihrer Hilfe können zudem gezielte Desinformationskam-

pagnen oder gar die Manipulation von Wahlkämpfen oder Volksscheiden festgestellt werden. Nur wer macht das? Wessen Aufgabe ist es, solche Prozesse zu analysieren, sie auszuwerten und hierüber zu informieren? Kann den nach Gewinn strebenden Betreibern entsprechender Plattformen eine solche Selbstkontrolle auferlegt werden, wenn sie durch das „Zensieren“ von Beiträgen oder Löschen von Profilen politische Meinungsbildungsprozesse begrenzen und dadurch ihre eigenen Einnahmen mindern würden? Geht es nicht vielmehr darum, die Nutzer sozialer Medien auch passiv davor zu schützen, sich eine möglichst neutrale Meinung bilden zu können, unbeeinflusst von Algorithmen, Extremisten oder ausländischen Diensten?

Insofern deutet sich an dieser Stelle ein Paradigmenwechsel an: Während George Orwell noch ein Szenario totaler staatlicher Überwachung zeichnete, so wird vielmehr deutlich, dass es Netzwerke aus privaten Unternehmen sind, die ihre Nutzer kontrollieren, Persönlichkeitsprofile über sie erstellen, Datensätze von Menschen kaufen oder verkaufen und sämtliche persönlichen Informationen dafür nutzen, ihren Gewinn zu maximieren. Staatliche Kontrolle sollte zunehmend darauf ausgerichtet werden, die Nutzer sozialer Medien vor manipulativen Einflüssen zu schützen, sie zu informieren, die Datenströme der Netzbetreiber und die Umsetzung etwaiger Auflagen zu prüfen und zu kontrollieren sowie ggf. Radikalisierungsprozesse oder daraus resultierende Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu identifizieren. Insofern müssen die gesetzlichen Aufträge der Sicherheitsbehörden an die veränderten Rahmenbedingungen im Zeitalter der Digitalisierung angepasst werden. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür werden stetig weiterentwickelt. Darüber hinaus bedarf es der Entwicklung von Standards und der interdisziplinären Auseinandersetzung mit verschiedenen Fragestellungen. Wie lässt sich effektiv vor (rechts-) extremistischen Profilen und gezielten Desinformationskampagnen warnen? Wie können die Sicherheitsbehörden konkret hierüber aufklären und notwendige Warneffekte hervorrufen? Ist die Benennung in einem Verfassungsschutzbericht noch ausreichend, um den Nutzern sozialer Medien klarzumachen, dass sie durch ihre Interaktionen ggf. rechtsextremistische Bestrebungen unterstützen? In welcher Form müssen Behörden mit den Betreibern sozialer Netzwerke kommunizieren? Welche Möglichkeiten sollen ihnen

eingerräumt werden, damit sie über das notwendige „Handwerksmaterial“ verfügen, um ihre gesetzlichen Aufträge erfüllen zu können?

Hinsichtlich der Beteiligung von Rechtsextremisten auf „nicht-extremistischen“ Organisations- oder Gruppenprofilen stellt sich die Frage, wie solche standardisierten Indikatoren, z. B. in Form von Interaktionszahlen oder bestimmten relativen Wortfrequenzen, als Anhaltspunkte zur Einleitung eines Prüfverfahrens durch die Behörden des Verfassungsschutzes beitragen können. Weiterhin ist zu klären, inwiefern die Betreiber eines Profils dafür Verantwortung zu übernehmen haben, wenn Extremisten dieses faktisch als ein öffentliches Forum zur Vernetzung, Propagandaverbreitung und Rekrutierung nutzen.

Die Analyseergebnisse zum Profil der AfD zeigen exemplarisch auf, wie sich Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien gestalten könnte. Den Profilnutzern würden solche Informationen dazu dienen, sich selbst ein Bild davon zu verschaffen, inwieweit ihre virtuelle Realität von Extremisten beeinflusst wird, dass sie ggf. einer Flut gleichgelagerter Informationen unterliegen, die in ihnen unterbewusst Ängste auslösen. Anhänger oder Interessenten der AfD haben auf diese Weise selbst die Möglichkeit, zu entscheiden, ob sie sich den aufgezeigten Einflüssen fortwährend aussetzen und die Partei und ihre Anhänger weiterhin unterstützen wollen oder nicht. Den Nutzern sollten also umfängliche Möglichkeiten eingeräumt werden, um die auf sie wirkenden Einflüsse transparent zu machen und sich bewusst darüber zu informieren, ob in ihrer Atmosphäre pauschalisierender Hass gegenüber islamistischen Terroristen, „ausländischen Vergewaltigern“ oder „Asylbetrügern“ entstehen kann.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass noch viele Fragen zu klären sind. Die Methoden der „Computational Social Science“ stellen eine vielversprechende Grundlage dar, mit der sich den Herausforderungen begegnen lässt, die sich aus der Massenkommunikation in sozialen Medien ergeben. Die Konflikte, die aus unsachlichen Auseinandersetzungen zu politischen Problemstellungen in sozialen Netzwerken resultieren, polarisieren und rufen zusätzliche Solidarisierungseffekte hervor. Virtuelle Atmosphären gehen dabei mit realen Wechselwirkungen einher, wobei an beiden Enden entgegengesetzter politischer Lager die Gefahr besteht, dass ober-

flächliche oder einseitige Bewertungen sich gegenseitig „hochschaukeln“ und dadurch auch legitime demokratische Kritik kriminalisiert wird. Auf der anderen Seite darf diese Argumentation nicht als „Freifahrtschein“ für die Verbreitung (rechts-) extremistischer Propaganda oder pauschalisierender Diffamierungen verstanden werden.

Wenn menschenverachtende Ideologie „populistisch verpackt“ ist und für den eigenen politischen Erfolg die „Kooperation mit Extremisten“, das „Schüren von Hass“ und damit die „Eskalation von Gewalt“ in Kauf genommen wird, dann muss das Konsequenzen nach sich ziehen. Das wird an den Auswirkungen der Hetze in sozialen Netzwerken deutlich. Dies gilt nicht nur im Phänomenbereich Rechtsextremismus. Die Analyse der Empirie sozialer Netzwerke ist unabdingbar, um den aus diesem Medium erwachsenden gesellschaftlichen Problemen auch begegnen zu können.

Rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen: Die Entwicklung von 2011 bis 2016 im bundesweiten Vergleich

Sebastian Gräfe

1. Einleitung und Fragestellung

„Brauner Dreck“¹, „brauner Sumpf“² oder „Dunkeldeutschland“³ sind nur einige Wendungen und Begrifflichkeiten, die Politiker und Medien in den letzten Jahren in Verbindung mit Sachsen gebracht haben. Die Anlässe hierfür waren unterschiedlicher Natur: Der NSU und mögliche Verbindungen zur NPD, die teils gewalttätigen Ausschreitungen im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen in Heidenau sowie die wöchentlichen Demonstrationen von PEGIDA in Dresden.

Die Extremismusforschung weist kaum Lücken auf im Bereich der Organisationsforschung (Parteien).⁴ Ein Desiderat sind genuine Gewaltstudien, die nicht weniger praxisrelevant sind. Besonders die Beschreibung und der Vergleich verschiedener Formen politisch motivierter Gewalthandlungen, deren Quantität sowie Intensitätsgrade müssen mehr Berücksichtigung finden, geht es hier doch um akute Gefahrenlagen (für Leib und Leben). Die Untersuchung bedient sich im Rahmen der Auswertung von Statistiken der Sicherheitsbehörden

¹ So der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich am Rande einer Ehrung von Feuerwehrleuten, die den von Beate Zschäpe verursachten Brand in der Zwickauer Frühlingsstraße löschten. Vgl. ohne Autor, Umgang mit Rechtsextremismus (19. April 2017), in: www.mdr.de/ (gelesen am 1. Mai 2017).

² So die Leipziger Volkszeitung mit Berufung auf die Ausschreitungen in Heidenau im Sommer 2015, als hunderte Asyl-Gegner die Zufahrt zu einer Flüchtlingsunterkunft über zwei Tage lang blockiert hatten und es zu teils gewalttätigen Ausschreitungen gekommen war. Vgl. Jörg Schurig, Brauner Sumpf in Sachsen (19. April 2017), in: www.lvz.de/ (gelesen am 1. Mai 2017).

³ So der SPD-Bundestagsabgeordnete Uli Grötsch in einer Debatte zu den Vorfällen in Claußnitz. Vgl. ohne Autor, Bundestagsdebatte zu Claußnitz (24. Februar 2016), in: <http://www.deutschlandfunk.de/> (gelesen am 1. Mai 2017).

⁴ Im Folgenden vgl. Tom Mannewitz, Ein Vierteljahrhundert nach dem „Ende der Geschichte“. Stand und Perspektiven der empirischen Extremismusforschung, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Band 7, Brühl/Rheinland 2013, S. 3-30, hier S. 18-20.

einer quantitativen Methode. Die Analyse will ein Beitrag zur Schließung einer Forschungslücke sein: die Entwicklung der Qualität, Quantität und Intensität rechtsmotivierter Gewalt. Die normative Extremismusforschung hat gegenüber der Kriminalistik, der Psychologie oder der Soziologie den Vorteil, dass Analysen unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten erfolgen. Im Bereich der inneren Sicherheit kann sie zudem wertvolle Beiträge zur Untersuchung des aktionsorientierten Milieus bieten, da sie über die Beschreibung von Einzelfällen und „Karriereverläufen“ hinausgeht.

Obwohl die Zahl der rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten besonders im Zuge der Anti-Asylproteste deutschlandweit stark angestiegen ist, gelten die neuen Bundesländer als Illustration der Ausbreitung bzw. des Wiederauflebens rechtsextremistischer Einstellungs- und Verhaltensmuster.⁵ Sachsen diene in jüngster Vergangenheit als „Paradeland“⁶ für diese Entwicklung. Zahlreiche Anschläge und Gewalttaten gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte in den östlichen Bundesländern und konkret in Sachsen seien ein Indiz dafür.⁷ Aufgrund der Angriffe auf Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte sowie der zahlreichen Anti-Asylproteste formieren sich Gegenstimmen, nicht selten unter Mitwirkung der linksextremistischen Szene. Demonstrationen und Gegenveranstaltungen avancierten vielfach zur Bühne gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten (Konfrontationsgewalt).

Die leitende Frage lautet: Wie hat sich die rechtsmotivierte Gewalt in Sachsen im deutschlandweiten Vergleich von 2011 bis 2016 entwi-

⁵ Zu den Anti-Asyl-Protesten während der „Flüchtlingskrise“ vgl. Tom Manne-witz, Rechtsextreme Anti-Asyl-Proteste auf dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“: Sachsen im interregionalen Vergleich, in: Totalitarismus und Demokratie, 15 (2018), S. 27-45.

⁶ Gert Pickel/Oliver Decker: Einleitung – Extremismus in Sachsen, in: dies., Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Leipzig 2016, S. 8-15, hier: S. 10.

⁷ Zu der Entwicklung der Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte vgl. u.a. Sebastian Gräfe, Fremdenfeindliche Anschläge gegen Asylbewerber (-unterkünfte) in Deutschland, in: Dirk Dalberg (Hrsg.): Migration und Asyl. Moralischer Anspruch und praktische Bewältigung, Rothenburg/OL 2016, S. 163-190.

ckelt?⁸ Für die Analyse von Deliktbesonderheiten, regionaler Spezifika und Radikalisierungsfaktoren ergeben sich untergeordnete Fragestellungen: Haben sich Verdichtungsräume und Ballungszentren rechter Gewalt herauskristallisiert und was sind ggf. die Gründe dafür? Wie verliefen die zwei quantitativ schwerwiegendsten Kategorien der rechtsmotivierten Gewalttaten – die Konfrontationsgewalt und die Hassgewalt⁹? Hier schließt sich die Frage an: Ist Gewalt gegen Personen mit Migrationshintergrund (Hassgewalt) seit dem stärkeren Zuzug von Asylbewerbern in den Vordergrund gerückt und hat die Gewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten (Konfrontationsgewalt) an Bedeutung verloren? Und schließlich: Welche ideologischen und umfeldspezifischen Radikalisierungsfaktoren haben die Entwicklung rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen beeinflusst?

2. Rechtsmotivierte Gewalt als Teil der politisch motivierten Kriminalität

Die Wahrnehmung von Kriminalität ist wie bei allen sozialen Phänomenen in hohem Maße definitionsabhängig. In den 1990er Jahren reagierte Politik und Sicherheitsbehörden auf die steigende Zahl frem-

⁸ Die in der Untersuchung verwendeten Begrifflichkeiten folgen dem polizeilichen Erfassungssystem Politisch motivierte Kriminalität (PMK). Politisch motivierte Kriminalität umfasst alle Straftaten, denen eine oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte zu Grunde liegen (u.a. § 80-83, 84-86a, 87-91, 94-100a, 129a-b StGB), selbst wenn im Einzelfall keine pol. Motivation festgestellt werden kann. Ebenso werden Straftaten der Allgemeinkriminalität über das PMK-Erfassungssystem registriert, wenn diese u.a. den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen bzw. wenn sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen eine Person aufgrund ihrer Nationalität, Religion, sexuellen Orientierung, Weltanschauung, Herkunft etc. richten. Eine ausführliche Darstellung des PMK-Modells findet sich in: Bundesministerium des Innern, Politisch motivierte Kriminalität (ohne Datum), in: <http://www.bmi.bund.de/> (gelesen am 15. Mai 2017). Vgl. zudem Kapitel 2. Lediglich aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in der Untersuchung mitunter die Umschreibung rechte Gewalt statt „politisch motivierte Gewalt – rechts“ oder „rechtsmotivierter Gewalt“ verwendet.

⁹ Vgl. Kapitel 2.

denfeindlicher Ausschreitungen in Deutschland.¹⁰ Die damals verstärkt in den Blickpunkt geratene Deliktform der fremdenfeindlichen Straf- bzw. Gewalttat bedurfte einer adäquaten Beobachtung und statistischer Erfassung. Das vorangegangene Erfassungssystem litt unter einem ungenügenden Begriffsdesign, problematischer Fallzuordnung und unzureichender Vergleichbarkeit. Die polizeiliche Kriminalstatistik zur „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) wurde nach der Gewaltwelle Anfang der 1990er im Jahr 2001 eingeführt. Das polizeiliche PMK-Erfassungssystem registriert nicht ausschließlich Straftaten mit extremistischem Hintergrund, die nachweislich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind (Staatsschutzdelikte), „Rechte“ (Gewalt-)Straftaten, die zwar – wie etwa beim „Hassverbrechen“ – die Menschenwürde der Opfer verletzen, jedoch nicht auf die Abschaffung oder Außerkraftsetzung (eines Elements) der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen (extremistische Taten), können anhand des ausdifferenzierten Erfassungssystems in ihrer Gesamtheit registriert werden.¹¹ Die Chancen einer detaillierten Auswertung und Lagedarstellung politisch motivierter Kriminalität für präventive und repressive Konzepte bzw. Gegenstrategien liegen auf der Hand. Der polizeilich verwendete Begriff „links“ entspricht hingegen nicht den „linksextremistischen Bestrebungen“, auf die sich die Beobachtung des Verfassungsschutzes richtet. Dessen Beobachtungen beziehen sich auf die Intention einer Tat/Bestrebung und auf die Frage, ob damit die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einhergeht. Der empirische Charakter der Untersuchung legt die Verwendung der polizeilich registrierten Straftaten nahe.

Das mehrdimensionale PMK-Modell zielt einerseits auf den gesellschaftlichen Status des Opfers ab, der bei der Erfassung einer politisch motivierten Tat im Vordergrund steht. Andererseits ist es täterorientiert, insofern der Umstand Berücksichtigung findet, dass eine Person aufgrund eines (gruppenbezogenen) Vorurteils, das als Ausschlusskri-

¹⁰ Im Folgenden vgl. Mario Bachmann/Sebastian Presse, Fremdenfeindliche Straftaten und ihre statistische Erfassung – Eine Zwischenbilanz, in: Neue Kriminalpolitik 22 (2010), 3, S. 98-102, hier: S. 98 f.

¹¹ Vgl. Uwe Backes u.a., Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, S. 53.

terium eines anderen Kollektivs dient, zum Opfer politisch motivierter Kriminalität werden kann.¹² Fremdheit ist im Kontext von hasskriminellen Handlungen ein Zeichen der Nichtzugehörigkeit (zum eigenen Kollektiv).¹³ Das dem amerikanischen „Hate-Crime“ Modell entlehnte Konzept unterscheidet sich durch eine Erweiterung des ursprünglichen Ansatzes. Im deutschsprachigen Raum sollte besser von vorurteilsgeleiteter Kriminalität gesprochen werden, welche die Zuschreibung Hasskriminalität einzufangen versucht.¹⁴

Hasskriminalität ist eines der zentralen Themenfelder im PMK-Modell, das sich wiederum in weitere Unterthemen, etwa die fremdenfeindliche Straftat, gliedert.¹⁵ Es handelt sich dabei um den Teil der Hasskriminalität, der „aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft des Opfers verübt wird.“¹⁶ Erfolgt ein Gewaltdelikt aus den genannten Gründen, handelt es sich um (politisch motivierte) *Hassgewalt*, die einen Großteil der rechtsextremistischen Gewaltkriminalität ausmacht. Der Anstieg der Angriffe auf Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünfte war einer der schwerwiegendsten Faktoren in jüngster Vergangenheit, der nach der Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre zum erneuten Anstieg der rechtsmotivierten Hassgewalt beitrug.

¹² Vgl. Marc Coester, Das Konzept Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland, Frankfurt am Main 2008. Auf die Schwächen des Hass-Begriffes in der Debatte verweist Kati Lang, Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Straftaten und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Baden-Baden 2014.

¹³ Vgl. Marwan Abou-Taam/Dorothee Dienstbühl, Hasskriminalität. Eine Herausforderung an die moderne Gesellschaft, in: Die Kriminalpolizei 29 (2012), 3, S. 4-8, hier S. 4.

¹⁴ Kati Lang erläutert, warum der Begriff Vorurteilskriminalität besser geeignet wäre als der Begriff Hasskriminalität und warum sich letzterer aber international etabliert hat und in Deutschland zur Anwendung kommt. Vgl. K. Lang (Anm. 12).

¹⁵ Zum PMK-Modell vgl. Dorina Feldmann u.a., Klassifikation politisch rechter Tötungsdelikte – Berlin 1990 bis 2008, Berlin 2018, S. 24-36.

¹⁶ Michael Reichard, Die Behandlung fremdenfeindlicher Straftaten im deutschen Strafrecht: Eine tatbestands- und strafzumessungsbezogene Analyse, Hamburg 2009, S. 8.

Gewaltstatistiken wie sie aus dem PMK-Modell hervorgehen, bleiben in ihrer Aussagekraft begrenzt. Kritiker bemängeln unter anderem den unkalkulierbaren subjektiven Faktor bei der Registrierung PMK-verdächtiger Straftaten, da die Kategorisierung durch die entsprechenden Beamten in einer sehr frühen Ermittlungsphase erfolgen muss. Machen die Täter zudem keine Aussagen zum Tatgeschehen, lassen sich Rückschlüsse zur Motivation allenfalls aus äußeren Tatumständen erschließen.¹⁷ Zudem kommen Abgrenzungsschwierigkeiten zu anderen Definitionskriterien hinzu, was wiederum die Vergleichbarkeit einschränkt.¹⁸ Nicht weniger problematisch ist das durch die Statistik nicht beeinflussbare Dunkelfeld der Deliktzahlen. Der Stellenwert der Fallzahlen ist insofern auch relativ, da eine Straftat anlässlich größerer Straßenkrawalle häufig nur einmal gezählt wird.¹⁹ Weitere bekannte Einschränkungen der polizeilichen Statistik betreffen das problematische Aussage- und Anzeigeverhalten, zwischenbehördliche Differenzen, Zuordnungsschwierigkeiten sowie die fehlende Opferstatistik. Zwischen Erwartungshaltung und Leitungsfähigkeit der polizeilichen Statistik liegt nicht selten ein Missverhältnis vor.

Neben der vorurteilsgeleiteten Gewalt gegen Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund oder gegen Personen mit anderer Konfession oder sexueller Orientierung, ist die Gewalt gegen den politischen Gegner und die Polizei ein Hauptbestandteil der rechtsmotivierten Gewalt. *Konfrontationsgewalt* ist der Teil der PMK, der, so der Extremismusforscher Uwe Backes, „in direktem Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Gruppen sowie den Sicherheitskräften begangen wird.“²⁰ Die Deliktspezifik der Konfrontationsgewalt „Rechts gegen Links“ unterscheidet sich von anderen rechtsextremistischen Gewaltmustern. Auseinandersetzungen zwischen dem links- und rechtsextremistischen Lager gehen in der Regel Vorbereitungshandlungen voraus, sie erfolgen meist aus Demonstrati-

¹⁷ Vgl. M. Bachmann/S. Presse (Anm. 10), S. 100.

¹⁸ Vgl. M. Abou-Taam/D. Dienstbühl (Anm. 13), S. 5.

¹⁹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 308.

²⁰ Uwe Backes, Zwischen Hasskriminalität und Terrorismus, in: Totalitarismus und Demokratie 10 (2013), 2, S. 325-349, hier S. 344.

onsgeschehen heraus.²¹ Die Polizei wird in diesem Konfliktfeld oftmals selbst zum Opfer der Gewalt und der Gruppentäteranteil ist bei der Konfrontationsgewalt deutlich höher als bei der Hassgewalt.²²

3. Datenlage-Deutschland: Tat- und Tätermodalitäten

Um den Größenanteil der PMK-rechts allgemein und den Anteil der Hasskriminalität darin einordnen zu können, verdeutlicht Tabelle 1 zunächst die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Deutschland allgemein.

Tabelle 1: Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Deutschland 2011- 2016

Jahr	PMK-rechts (davon Gewalttaten)	PMK-links (davon Gewalttaten)	PM-Ausländerkriminalität	PMK-Sonstige	Gesamt
2011	16.873 (828)	8.687 (1.809)	1.010	3.646	30.216
2012	17.616 (842)	6.191 (1.291)	868	2.765	27.440
2013	17.042 (837)	8.673 (1.659)	874	5.056	31.645
2014	17.020 (1.029)	8.113 (1.029)	2.549	5.018	32.700
2015	22.960 (1.485)	9.605 (2.246)	2.025	4.391	38.981
2016	23.555 (1.698)	9.389 (1.702)	3.372	5.233	41.549

Quelle: Bundesministerium des Innern: PKS und Politisch motivierte Kriminalität – Bundesweite Fallzahlen 2011-2016.

²¹ Im Folgenden vgl. ebd. S. 344-346 sowie ders., Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention. 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010 in Erfurt, Erfurt 2011, S. 49-66, hier S. 54-65.

²² In der Realität ist für die Polizeibeamten – und zudem für die Ersterfassung – im konkreten Fall oft nur schwer ersichtlich, ob es sich um konfrontative Delikte oder um Hassstraftaten handelt. Eine daraus resultierende Fehlerquote innerhalb der Polizeistatistik muss bei deren Auswertung einkalkuliert werden.

Die Fälle politisch motivierter Kriminalität stiegen seit dem Jahr 2012 kontinuierlich an. Der Phänomenbereich der rechtsmotivierten Kriminalität macht mehr als die Hälfte der gesamten politisch motivierten Kriminalität aus. Von 22.960 Deliktsfällen im Bereich PMK-rechts im Jahr 2015 entfielen mehr als die Hälfte auf Propagandadelikte (53 Prozent). 2015 waren 1.485 Gewaltstraftaten für etwa 6 Prozent der gesamten politisch motivierten Kriminalität - rechts verantwortlich, 2016 waren es 7 Prozent. Der Großteil der Gewaltstraftaten waren Körperverletzungen (2015: 1.177 von 1.485; 2016: 1.393 von 1.698).

Bereits Anfang der 1990er Jahre kam es im Zuge der verstärkten Migration nach Deutschland nach dem Migrationsforscher Klaus J. Bade zur „gefährlichen Begegnung von politischer Ratlosigkeit und sozialer Angst“²³, die in Fremdenfeindlichkeit und Gewalt umschlug. Rechtsmotivierte Gewalt erlebte zu der Zeit im bundesweiten Rahmen einen Höchststand, wobei der Wert zwischen 2001 und 2011 auf hohem Niveau stagnierte.²⁴ Seit den Jahren 2011/12 ist erneut ein stetiger Anstieg der Hasskriminalität und speziell der Hassgewaltstraftaten zu

²³ Klaus J. Bade, *Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992, S. 401.

²⁴ Im Folgenden vgl. Bundesministerium des Innern, Übersicht „Hasskriminalität“ – Entwicklung der Fallzahlen 2001 – 2016. Die Jahre 2001 und 2006 fallen auf, da hier eine vergleichsweise hohe Zahl an (Gewalt-) Straftaten im Bereich PMK-rechts zu verzeichnen ist. Im Jahr 2001 steckte das PMK-Erfassungssystem noch in den Kinderschuhen und es wurden höchstwahrscheinlich nicht eindeutig politisch motivierte Straftaten mit erfasst. Im Jahr 2006 führte die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland zu einem starken Anstieg der Hasskriminalität im Bereich PMK-rechts. Zu der Gewalteruption Anfang der 1990er Jahre vgl. Helmut Willems u.a., *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen*, Opladen 1993 sowie Klaus Wahl (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*, Berlin 2001.

verzeichnen. Die Entwicklung auf Bundesebene ist in Tabelle 2 verdeutlicht:

Tab. 2: Entwicklung der Hasskriminalität und der Hassgewaltstraftaten in Deutschland 2011-2016

Jahr	Hass-Kriminalität innerhalb PMK-rechts	davon fremden- feindlich motiviert	Hass- Gewaltstraftaten innerhalb PMK- rechts	davon fremden- feindlich motiviert
2011	3.554	2.423	392	362
2012	4.112	2.822	450	401
2013	4.305	3.149	522	478
2014	4.983	3.727	549	520
2015	9.426	8.209	980	934
2016	9.696	8.530	1252	1.213

Quelle: Bundesministerium des Innern: Übersicht „Hasskriminalität“ – Entwicklung der Fallzahlen 2001 – 2016.

Die fremdenfeindlich motivierten Straf- und Gewalttaten im Bereich PMK-rechts machen den größten Anteil im Phänomenbereich Hasskriminalität aus.²⁵ Die Ursache für diese Entwicklung sind insbesondere die gestiegenen Zahlen der Angriffe auf Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte: 199 Straf- und 26 Gewaltdelikte im Jahr 2014, 923 Straf- und 155 Gewaltdelikte im Jahr 2015 und 929 Straf- und 157 Gewaltdelikte im Jahr 2016. Nach einem starken Anstieg im Jahr 2015 und einem Höchststand Anfang 2016 ist die Anzahl der Straftaten in dem Bereich seitdem wieder rückläufig.

Machte der Anteil der Hassgewalt auf Bundesebene im Jahr 2011 noch 47 Prozent aller Gewaltstraftaten im Bereich PMK-rechts aus, so waren es im Jahr 2015 bereits 66 Prozent, im Jahr 2016 schon 73 Prozent. Seit 2011 ist ein Großteil der Hassgewaltstraftaten fremdenfeindlich motiviert, gegen Ende des Untersuchungszeitraumes tendierte dieser Wert gegen 100 Prozent (2014: 94 Prozent; 2015: 95 Prozent; 2016: 97 Prozent).

²⁵ Es folgen antisemitisch und rassistisch motivierte Straftaten. Allein bei den Kategorien „fremdenfeindlich“ und „rassistisch“ fallen mögliche Mehrfachnennungen ins Auge.

Etwa zwei Drittel der Straftäter, die Delikte im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften verübten, waren politisch wenig organisiert, sind vorher polizeilich nicht in Erscheinung getreten und stammen in den meisten Fällen aus dem Ort, in dem die Taten begangen wurden. BKA-Chef Holger Münch erkennt darin folgende Tendenz: Rechtsextreme Agitatoren konnten bis dahin unauffällige Bürger soweit für rechtsextremistische Positionen gewinnen, sodass zahlreiche Personen zur Gewaltanwendung gegen Asylbewerber(-unterkünfte) übergegangen sind.²⁶

4. Datenlage-Sachsen: Tat- und Tätermodalitäten

Tabelle 3 veranschaulicht den Verlauf der politisch motivierten Kriminalität in Sachsen von 2011 bis 2016.

Tabelle 3: Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in Sachsen 2011-2016

Jahr	PMK-Rechts (davon Gewalttaten)	PMK-Links (davon Gewalttaten)	PM-Ausländerkriminalität	PMK-Sonstige	Gesamt
2011	1.692 (84)	869	1	232	2.794
2012	1.602 (54)	396 (82)	3	190	2.191
2013	1.635 (67)	582 (162)	3	462	2.682
2014	1.710 (83)	821 (154)	20	574	3.125
2015	2.234 (201)	977 (283)	32	835	4.078
2016	2.380 (145)	578 (102)	54	600	3.612

Quelle: VSB Sachsen 2011-2016.

Wie im bundesweiten Vergleich kam es auch in Sachsen – nach einem kurzfristigen Rückgang 2012 – zu einem kontinuierlichen Anstieg rechter Straftaten. Ein Großteil des rechtsextremistischen Straftatenaufkommens in Sachsen liegt im Bereich der Volksverhetzung- und Propagandadelikte (2016: 70,3 Prozent). Knapp 17 Prozent sind Ge-

²⁶ Vgl. Holger Münch, Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland. Aktuelle Lage, Entwicklungen und Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, in: Ralf Altenhof/Sarah Bunk/Melanie Piepensneider (Hrsg.), Politischer Extremismus im Vergleich, Berlin/Münster 2017, S. 27-44, hier: S. 36 f.

waltdelikte wie Sachbeschädigungen und Körperverletzungen.²⁷ Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der rechtsmotivierten Gewaltstraftaten in Sachsen.

Tabelle 4: Entwicklung der rechtsextremen Gewaltstraftaten in Sachsen 2011-2016

Jahr	fremdenfeindlich (Hassgewalt)	gegen den pol. Gegner	gegen die Polizei	Rechtsextreme Gewaltstraftaten gesamt
2011	23	45	19	84
2012	22	23	5	54
2013	36	22	4	67
2014	63	14	4	83
2015	121	44	36	201
2016	99	19	22	145

Quelle: VSB Sachsen 2011-2016.

Im Freistaat ist eine ähnliche Entwicklung wie auf Bundesebene zu erkennen. Der sächsische Verfassungsschutz untergliedert rechtsextremistische Gewalt in Gewaltdelikte gegen die Polizei, gegen den politischen Gegner und fremdenfeindlich motivierte Gewaltstraften.²⁸ Ein wesentlicher Unterschied zum Bundesdurchschnitt ist das Größenverhältnis der Konfrontationsgewalt zur (fremdenfeindlich motivierten) Hassgewalt.²⁹ Hasskriminalität im Allgemeinen und der An-

²⁷ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016, Dresden 2017, S. 169.

²⁸ In einigen Fällen wie etwa im Jahr 2011 übersteigen die Delikte der drei Kategorien die absolute Zahl von 84. Dies ist auf Gewaltdelikte zurückzuführen, die gleichzeitig mehreren Kategorien zugeordnet werden (beispielsweise ist im Bereich der Konfrontationsgewalt häufig die Polizei und der politische Gegner gleichzeitig Ziel des Angriffes). In den Jahren, in denen die drei Kategorien nicht auf einhundert Prozent des absoluten Wertes kommen, liegen wahrscheinlich darüber hinaus weitere Gewalttaten aus dem Bereich Hasskriminalität vor (antisemitisch, gegen sexuelle Orientierung etc.). Vom Wert der Kategorie „fremdenfeindlich motivierte Gewalttat“ kann mit geringen Abstrichen auf den Wert der „Hassgewalt“ geschlossen werden, da fast alle Hassgewalttaten fremdenfeindlich motiviert sind.

²⁹ Vgl. hierzu und allgemein zur Entwicklung der rechtsmotivierten Hassgewalt in Sachsen: Uwe Backes u.a., Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends, Radikalisierung, Prävention, im Erscheinen.

teil der Hassgewaltstraftaten nahmen in Sachsen, mit Ausnahme des Jahres 2012, von 2011 bis 2015 kontinuierlich zu. In den Jahren 2011 und 2012 war der Anteil der Konfrontationsgewalt noch größer als der Anteil der Hassgewalt am Gesamtaufkommen. Anschließend kam es zu einem erheblichen Anstieg der Hassgewalt und einem vergleichsweise leichten Anstieg der Konfrontationsgewalt. Auf dem Höhepunkt der fremdenfeindlich motivierten Gewalt stieg die Konfrontationsgewalt erneut an (2015), was für eine interaktive Verklammerung beider Szenen spricht.

Besonders die Zahlen zum Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ fallen auf: Im Jahr 2015 wurden in Sachsen 13 Prozent aller rechtsmotivierten Gewaltstraftaten in Deutschland begangen. Damit folgt das östliche Bundesland auf Nordrhein-Westfalen mit der höchsten Rate von 288.³⁰ Berlin mit 132 rechtsmotivierten Hassgewaltstraftaten reiht sich hinter Sachsen ein. In dem östlichen Bundesland wurden pro 100 000 Einwohner beinahe dreimal so viele rechte Gewalttaten begangen wie auf Bundesebene. Andere neue Bundesländer weisen allerdings ähnliche Zahlen auf: Sachsen 5,2, Thüringen 4,3, der Bundeswert ist 1,8. Die absoluten Zahlen lassen eine Vervierfachung der rechtsmotivierten Gewaltstraftaten im Freistaat von 2012 bis 2015 erkennen. Wie auch im deutschlandweiten Trend liegt eine wesentliche Ursache in der Entwicklung der Angriffe auf Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte (2013: 15; 2014: 44; 2015: 118; 2016: 117). Im Jahr 2016 waren diese Fallzahlen wieder leicht rückläufig.

Der Anteil der fremdenfeindlich motivierten Gewaltstraftaten macht in Sachsen seit dem Jahr 2013 über die Hälfte der Gewaltdelikte im Bereich PMK-rechts aus. Der Wert liegt damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. In Sachsen spielt die Konfrontationsgewalt im Rahmen von Demonstrationsgeschehen eine größere Rolle im Vergleich zu anderen Bundesländern.³¹ Besonders die „linke

³⁰ Vgl. BKA-Statistik, Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten mit rechts- bzw. linksextremistischem Hintergrund in Deutschland im Jahr 2015 nach Bundesländern (ohne Datum), in: www.de.statista.com/ (gelesen am 1. Mai 2017)

³¹ Diese Entwicklung reiht sich in die Werte der vorangegangenen Jahre ein. Backes stellt für die Jahre 2004 bis 2011 fest, dass in Sachsen – im Gegensatz

Hochburg“ Leipzig war häufig Schauplatz von Zusammenstößen der links- und rechtsextremistischen Szene.³²

Der Großteil der rechtmotivierten Gewaltdelikte in den Jahren 2012 bis 2014 fand in den urbanen Ballungsgebieten Dresden und Leipzig statt, was hauptsächlich der hohen Zahl konfrontativer Zusammenstöße geschuldet war. Seit dem Jahr 2015 verteilten sich die Gewaltstraftaten mehr in der Fläche, da Delikte mit Asylbezug in der Stadt und auf dem Land zunahmen.³³ Neben den beiden Großstädten wurde im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge eine Vielzahl asylbezogener Straftaten verübt. Zusammen mit Dresden war der Landkreis für knapp 36 Prozent aller fremdenfeindlichen Straftaten in Sachsen verantwortlich. Seit 2015 fand eine deutliche Verschiebung hin zu fremdenfeindlich motivierten Delikten in Sachsen statt. Trotz eines Rückgangs im Jahr 2016 haben fast 70 Prozent aller in Sachsen begangenen rechtsextremistischen Gewalttaten einen fremdenfeindlichen Bezug.³⁴

Die Tatmodalitäten weisen Analogien zum bundesweiten Vergleich auf. Das für politisch motivierte Straftaten in Sachsen bis 2017 verantwortliche Operative Abwehrzentrum der Polizei bestätigt: Über die Hälfte der Straftaten im Zusammenhang mit Asylbewerberheimen werden von Personen begangen, die vorher polizeilich nicht in Erscheinung getreten sind und die zusätzlich meist noch aus der direkten Nachbarschaft kommen.³⁵ Es handelt sich in vielen Fällen um radikalisierte Einzeltäter, die nur selten auf ein organisiertes Unterstützer-

zur bundesweiten Entwicklung – die Konfrontationsgewalt quantitativ vor der Hassgewalt rangierte. Vgl. U. Backes u.a. (Anm. 11), S. 58.

³² Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015, Dresden 2016, S. 214-236.

³³ Im Folgenden vgl. Ann-Christin Wegener, Geistige Brandstiftung oder strategische Alternative? Zum Zusammenhang zwischen Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (I), Brühl/Rheinland 2016, S. 61-90, hier S. 71-75.

³⁴ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Anm. 27), S. 169.

³⁵ Vgl. Interview des MDR mit Bernd Merbitz (Leiter OAZ), in: ohne Autor, Anschlag in Schlettau (ohne Datum), in: www.mdr.de/ (gelesen am 7. Mai 2017).

umfeld bauen können.³⁶ Nur in wenigen Fällen war es die gewaltbereite neonationalsozialistische Szene, die für die zahlreichen Übergriffe auf Asylunterkünfte verantwortlich war.³⁷ Beruhigen kann dies nicht, denn es unterstreicht die nur kaum prognostizierbare Entwicklung im militanten Rechtsextremismus. Radikalisierte bzw. emotionalisierte Einzeltäter sind nur schwer in rationalen Kategorien zu fassen. Zudem bewegen sie sich meist unterhalb des „Radarschirms“ der Sicherheitsbehörden.

4. Erklärungsansätze für ein (un-)typisch sächsisches Phänomen?

Eines sei bei der Fülle an deliktbezogenen Daten und den aufgezeigten Entwicklungen vorangestellt: Deutschland ist im internationalen Vergleich einer der sichersten Staaten der Welt. Dennoch: Mit Blick auf die innerdeutsche Verteilung rechtsmotivierter Kriminalität ist Sachsen überproportional stark vertreten. Was sind die Gründe hierfür?

Mindestens drei Erklärungsfaktoren spielen eine Rolle, die zum einen die Einstellungs- und zum anderen die Handlungsebene betreffen:

1. Historisch-politische Aspekte,
2. Kulturelle und soziale Einstellungsmuster sowie
3. aktuell-situative Besonderheiten.

Die drei Dimensionen des folgenden Erklärungsansatzes verschwimmen teilweise in der Realität, dennoch seien sie hier zur besseren Kontextualisierung idealtypisch getrennt. Rechtsextremistische Kräfte fanden nach der deutschen Einheit eine *historische* Situation vor, deren Vorzeichen für einen Auf- und Ausbau rechtsextremistischer Strukturen günstig standen. Die Transformationsforschung weist auf die Umbruchphase nach der deutschen Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern hin, die durch soziale und wirtschaftliche Verwer-

³⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Auflage, München 2006, S. 77.

³⁷ Vgl. Sebastian Gräfe, *Zwischen Parteistruktur und Subkultur. Neonationalsozialisten in Sachsen und Nordrhein-Westfalen im Vergleich*, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 15 (2018), S. 73-97.

fungen gekennzeichnet war.³⁸ Für Rechtsextremisten bot diese Konstellation Anknüpfungspunkte für politische Agitation gegen das demokratische System sowie gegen Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund, die für Verwerfungen verantwortlich gemacht wurden. Die autoritäre Tradition in der DDR konnte nach 1990 nicht auf die Schnelle „abgeschüttelt“ werden. Im Westteil des Landes erfolgte dieser Wandel der politischen Kultur bereits in den 1960er und 1970er Jahren. Diese Anpassung, darüber hinaus auch die Adaption demokratischer Strukturen und Verfahrensweisen, waren im Ostteil des Landes neu und mussten innerhalb kürzester Zeit „erlernt“ werden. Eine demokratische Kultur existierte in der DDR nicht. Für zahlreiche „Wendeverlierer“ führte der politische und soziale Abstieg zu einem generellen Misstrauen gegenüber demokratischen Verfahrensweisen. Dies sind historische Ursachen, die antidemokratischen Strömungen zumindest Vorschub leisten konnten, die jedoch für alle neuen Bundesländer zutrafen.

In Sachsen existierte schon vor der deutschen Einheit eine ausgeprägte Szenekultur (Maler, Künstler, Musiker), die sich in gesellschaftlichen Nischen ausbreiteten oder gar als Opposition gegen die DDR-Führung auftraten.³⁹ Im Freistaat ist man stolz auf die Rolle der Zivilgesellschaft innerhalb der Friedlichen Revolution.⁴⁰ Dennoch trägt auch diese Entwicklung noch heute zur Skepsis gegenüber der politischen Führung in Berlin bei, zumal viele Bürger die im Zuge der Wiedervereinigung gemachten Versprechen der Regierung nicht eingelöst sehen.

³⁸ Vgl. Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2013, S. 305-329.

³⁹ Zur Szenekultur in der DDR und ihrer politischen Vorreiterrolle vgl. Paul Kaiser, Boheme in der DDR. Kunst und Gegenkultur im Staatssozialismus, Dresden 2016, etwa S. 377-384 zur Künstlergruppe und Galerie „Clara Mosch“ in Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz); Petra Jacoby, Kollektivierung der Phantasie? Künstlergruppen in der DDR zwischen Vereinnahmung und Erfindungsgeist, Bielefeld 2007, S. 54-62.

⁴⁰ Zur Rolle der Zivilgesellschaft im Zuge der friedlichen Revolution 1989/90 in der DDR vgl. Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hrsg.), Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, Köln 2009, S. 25-45 sowie S. 121-137; Michael Richter (Hrsg.), Die Revolution in der Provinz – Sachsen zum Beispiel sowie Rainer Eckert, Der 9. Oktober. Tag der Entscheidung in Leipzig, jeweils in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, S. 198-212 sowie S. 213-223.

Hinzu kommen regionale Besonderheiten innerhalb des Bundeslandes. Einige Wissenschaftler sehen besonders in Dresden eine historische Wesensart der Stadt, die im Zusammenspiel von barocken Bau- und Kulturelementen und der dazugehörigen monarchischen Vergangenheit stärker prägend wirken als die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen sowie interkulturelle Einflüsse der jüngsten Vergangenheit.⁴¹ Besonders Hofstaat und Residenz hemmten in Dresden die Entwicklung eines liberalen Bürgertums. Das konservative Klima in Sachsen sehen Historiker unter anderem in der Erosion der Sozialdemokratie begründet, die bis auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückgeht und bis heute nachwirkt. Selbst in dem „antifaschistischen“ Staat der DDR waren Ausländer – zumeist Gastarbeiter aus anderen sozialistischen Staaten – oft in der Peripherie untergebracht, was einer rigiden Segregation entsprach.⁴² Fehlende Kontakte mit den zuletzt etwa 160.000 ausländischen Arbeitnehmern in der DDR sowie auch der anschließende minimale Zuzug von Migranten in die östlichen Bundesländer spielen mitunter eine Rolle bei der Suche nach Gründen für die überproportionale Zunahme fremdenfeindlicher Übergriffe.⁴³

Anhand einiger, zum Teil für ganz Deutschland gültiger, *Einstellungsmuster* ist die Skepsis gegenüber einzelnen Elementen der parlamentarischen Demokratie ersichtlich. Sachsen unterscheidet sich hier nur in Nuancen von anderen Bundesländern. Am deutlichsten ist die Skepsis an der Politikverdrossenheit ablesbar. Die Abstrafung der etablierten Politiker und Parteien zeigt sich nicht nur am immer schlechteren Abschneiden der großen Volksparteien, sondern noch stärker an der niedrigen Wahlbeteiligung. Teile der Bevölkerung haben das Gefühl, dass zwischen „den Politikern“ und ihnen eine un-

⁴¹ Vgl. Karlheinz Blaschke, Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kultur in der Landeshauptstadt Dresden 1871-1914, in: *Dresdner Hefte*, 7 (1989), 5, S. 4-12, hier: S. 4-7.

⁴² Vgl. Franz Walter u.a., Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren (19. Mai 2017), in: http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/studie-rechtsextremismus-in-ostdeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=16 (zuletzt gelesen am 26. Mai 2017).

⁴³ Vgl. K. Bade (Anm. 23), S. 401.

überwindbare Kluft bestehe (Repräsentationslücke).⁴⁴ Die Diagnose, die Probleme der „einfachen Leute“ nicht zu kennen, löst mitunter Wut aus und macht Teile der Bevölkerung empfänglich für extremistische Positionen. Die Wahlerfolge der NPD bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 waren nicht zuletzt der sozialpolitischen Ausrichtung der Partei geschuldet, die mit Forderungen (Abschaffung von Hartz IV) Programmpunkte der „Linkspartei“ übernahm.⁴⁵

Der NPD in Sachsen gelang es seit der Jahrtausendwende verstärkt auch gewaltbereites Potential an sich zu binden, für die sie sich seit dem Amtsantritt von Udo Voigts (1996) als Bundesvorsitzender geöffnet hatte. Bekennende Antidemokraten verhalfen der rechtsextremistischen Partei etwa durch Wahlkampfunterstützung zum Einzug in den Landtag.⁴⁶ Bereits 2009 verlor die NPD wieder deutlich an Boden, zog aber dennoch mit 5,6 Prozent der Wählerstimmen in den Dresdner Landtag ein. Der auch in finanzieller Hinsicht stetige Abwärtstrend war dennoch nicht mehr aufzuhalten, zumal die Aufdeckung der rechtsterroristischen Gruppierung NSU und dubiose Seilschaften einzelner Parteigänger zu dem Trio schädigend wirkten.⁴⁷ Es entstand quasi ein machtpolitisches Vakuum rechts neben den Volksparteien, in das während der Debatte um die Krise der Europäischen Union und die Bewältigung des Flüchtlingszustroms rechtspopulistische Kräfte wie PEGIDA und die AfD stießen. Die emotional aufgeladene Debatte um die vermeintliche Realitätsferne der Politik nutzten die Initiatoren von PEGIDA um Lutz Bachmann aus, um daran anknüpfend weitere „Schieflagen“ aufzuzeigen. Tabelle 5 zeigt politische Einstellungswerte zur Demokratie, Einwanderung und relativer Deprivation auf, die

⁴⁴ Im Folgenden vgl. Joachim Klose/Werner J. Patzelt, PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 42 f.

⁴⁵ Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2006, S. 36.

⁴⁶ Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010.

⁴⁷ Zum NSU vgl. Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017, S. 203-221.

aus unterschiedlichen Befragungen hervorgegangen sind:

Tab. 5: Einstellungen zur Demokratie, Einwanderung und relativer Deprivation

	Vertrauen in Politiker (ESS 2012/14)	Wie demokratisch ist Deutschland (ESS 2012/14)	Erhalte gerechten Anteil am Lebensstandard (Allbus 2010/14)	Auswirkungen von Immigranten auf Leben (ESS 2014)
Baden-Württ.	4,1	7,2	54	5,7
Bayern	3,9	7,2	59	5,3
Bremen	3,4	7,8	-	5,8
Hamburg	4	7,3	61	6
Hessen	4,2	7,5	62	5,4
Niedersachsen	4,1	7,5	56	5,7
NRW	4	7,5	58	5,6
Rheinland-Pf.	4,4	7,3	59	5,4
Schl.-Holst.	4,4	6,9	51	5,7
Berlin	3,7	7,2	49	6,1
Brandenburg	3,3	6,6	34	4,7
Meck-VP	3,3	6,4	30	4,8
Sachsen	3,5	6	39	4,9
Sachs.-Anhalt	3,4	6,1	34	4,5
Thüringen	3,5	6,2	36	4,5
Westdeutschland	4	7,4	57	5,6
Ostdeutschland	3,4	6,3	35	4,9

Quelle: ESS 2012/14 (n=5977; Westdeutschland n=3971; Ostdeutschland n=2006), Vertrauen in Politiker = Mittelwert einer Skala von 0 (gar kein Vertrauen) bis 10 (hohes Vertrauen); Wie demokratisch ist Deutschland = Mittelwert einer Skala von 0 (funktioniert nicht) bis 10 (funktioniert sehr gut); Allbus 2010/14 sind Werte für zustimmende Haltung zu „erhalte gerechten Anteil“ in Prozent, Allbus 2010 und 2014 sind kumulierte Werte; ESS 2014 (n=3045; Westdeutschland n=2044; Ostdeutschland n= 1001), Mittelwert einer Skala von 0 (Immigranten machen aus dem Land einen schlechteren Ort zum Leben) bis 10 (Immigranten machen aus dem Land einen besseren Ort zum Leben). Vgl. Gert Pickel, Eine sächsische politische Kultur des Extremismus? in: ders./Oliver Decker, Extremismus in Sachsen, Leipzig 2016, S. 16-26.

Weder in Sachsen noch in einem anderen Bundesland liegt eine mehrheitliche Ablehnung der Demokratie vor.⁴⁸ Prodemokratische Einstellungen sind in der sächsischen Bevölkerung, wie in anderen östlichen Bundesländern, etwas weniger verbreitet. Demokratie wird allen anderen Herrschaftssystemen vorgezogen, jedoch verspüren viele Bürger – so auch in Sachsen – eine Unzufriedenheit mit deren Ausgestaltung. Weniger als die Hälfte der Sachsen ist zufrieden mit der Demokratie, wie sie derzeit besteht. Dies schlägt sich in einem keineswegs neuen Befund nieder – der hohen Parteien- und Politikverdrossenheit, die in allen Teilen Deutschland zu erkennen ist. Bundesweite Studien zeigen: Zwei Drittel der Bürger schätzen Politiker als nicht glaubwürdig ein bzw. nicht an den Interessen der Bürger interessiert. Besonders in Krisensituationen machen sich fehlendes Vertrauen und wenig Rückhalt in der Bevölkerung bemerkbar. Politikverdrossenheit äußert sich in ostdeutschen Bundesländern etwas stärker als in Westdeutschland, Sachsen sticht hier aber keineswegs hervor. Andere Studien wie vom Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz verweisen auf die auffällig hohe Skepsis der Sachsen gegenüber den Prinzipien des Rechtsstaates.⁴⁹ Demnach besteht bei fast einem Viertel die generelle Bereitschaft zu einem Bruch mit der bestehenden Demokratie.

Ein weiterer wichtiger Faktor der politischen Kultur in Sachsen ist eine durch Selbst- und Traditionsbewusstsein geprägte Identitätserhöhung, ein ethnokultureller Zentrismus, den das Dresdner Forscherteam um den Politikwissenschaftler Hans Vorländer gar als „sächsischen Chauvinismus“⁵⁰ deutet. In Sachsen findet eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt stärkere identitätsbegründete Abgrenzung statt. Historische Elemente wie die Rolle Sachsens als Fürstenstaat, die

⁴⁸ Im Folgenden vgl. Gert Pickel, Eine sächsische politische Kultur des Extremismus. Politische Einstellungen in Sachsen im Bundesländervergleich und ihre politikwissenschaftliche Einordnung, in: O. Decker/G. Pickel. (Hrsg.), (Anm. 6) S. 16-26, hier: S. 18-24.

⁴⁹ Vgl. Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015, S. 259 ff.

⁵⁰ Maik Herold/Steven Schäller/Hans Vorländer, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016, S. 144.

„Vorreiterrolle“⁵¹ Sachsen bei den Protesten gegen die DDR-Führung im Herbst 1989 und kulturelle Errungenschaften leisten dem Vor-schub. Die 2014 einsetzende Flüchtlings- und Asylbewerberwelle löste in Teilen der sächsischen Bevölkerung eine Angst vor der Bedrohung der eigenen (vor allem sächsischen) Kultur aus. Der Islam wurde in diesem Zug mit Verrohung und Rückfall in alte Zeiten assoziiert und mit Gewalt und Rückständigkeit gleichgesetzt. Die PEGIDA-Demonstranten setzten dem das Modell eines idealisierten christlichen Abendlandes entgegen, wobei die Begriffe bei genauerer inhaltlicher Betrachtung schwammig blieben.⁵² Da viele der Asylbewerber aus dem islamischen Kulturkreis stammten, konnten die Demonstranten ihre Ressentiments nahtlos auf die Ankommenden übertragen. Innerhalb der Kritik verschwammen mitunter Begriffe und Schwerpunkte: Die geradezu inflationär vertauschten Zuschreibungen Asylbewerber und „Wirtschaftsflüchtling“ deuten nicht nur auf die „Überfremdungsangst“ der Demonstranten, sondern auch auf deren „Sozialneid“ hin.⁵³ Der Zustrom der Flüchtlinge stellte in den Augen einiger Asyl-Gegner „Etabliertenvorrechte“ in Frage.⁵⁴ Die in der Gesellschaft stark verbreitete Ablehnung der Muslime in Sachsen wie in anderen ostdeutschen Bundesländern führen Wissenschaftler auf zwei wesentliche Faktoren zurück: Die hohe Ablehnungsrate von Muslimen korreliert negativ mit deren Präsenz. Hinzu kommen Deprivationsängste, deren Werte in den ostdeutschen Bundesländern höher liegen als im Bundesdurchschnitt.⁵⁵ Zuwanderer und Muslime werden zunehmend für

⁵¹ Eckhard Jesse, Sachsen als Vorreiter, in: ders.: Diktaturen in Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 501-516, hier: S. 503. Jesse verweist auf zwei Elemente, die mit dieser Kennzeichnung einhergehen: Sachsen als „Speerspitze der aufrührerischen Bewegung“ 1989 und die „vorwärtstreibenden Vorgänge“ in Sachsen auf dem Weg zur deutschen Einheit.

⁵² Vgl. M. Herold/S. Schäller/H. Vorländer (Anm. 50), S. 137.

⁵³ Vgl. ebd. S. 103.

⁵⁴ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main 2012, S. 15-41.

⁵⁵ Vgl. Alexander Yendell, Islamfeindlichkeit und negative Haltungen gegenüber Muslimen, dort wo kaum Muslime leben – einige Fakten und Erklärungsversuche, in: O. Decker/G. Pickel, (Anm. 4), S. 119-129, hier: S. 127-129.

(die Angst vor einem) sozialen Abstieg verantwortlich gemacht. Der kulturelle Konflikt steht im Freistaat jedoch im Mittelpunkt.⁵⁶

Des Weiteren spielen *aktuell-situative* Faktoren eine wichtige Rolle bei der Suche nach Ursachen rechtsmotivierter Gewalt in Sachsen. Die Asyl- und EU-kritischen Organisatoren von PEGIDA in Dresden und LEGIDA in Leipzig haben es geschafft, ein in Teilen der Bevölkerung vorhandenes Gefühl der Distanz zwischen ihnen und den politischen Eliten zu artikulieren. Die Redner gerierten sich als die wahre Zivilgesellschaft, wobei sie PEGIDA mitunter direkt in eine Reihe mit den Protesten der beginnenden Friedlichen Revolution stellten („Wir sind das Volk“). Die Kritik an der massenhaften Einwanderung, die Forderung nach dem Austritt aus der Währungsunion und dem Stopp der Vertiefung des EU-Integrationsprozesses bot Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten.

Untersuchungen des erwähnten Forscherteams um Vorländer haben gezeigt, dass PEGIDA besonders zwei Entwicklungen angestoßen hat, die für den hier gesetzten Rahmen eine Rolle spielen. Erstens: Es kam zu einer Enthemmung bzw. Verrohung des politischen Diskurses um den Umgang mit Flüchtlingen und die Rolle führender Politiker im Zuge dieses Prozesses.⁵⁷ Bilder von mitgeführten Galgen für bundesdeutsche Politiker und rechtsextremistische Spruchbänder und Aussagen (insbesondere auch im Internet) gingen durch die bundesdeutschen Medien. Zweitens: Die Teilnahme von Rechtsextremisten an den wöchentlichen Kundgebungen und einzelne Straf- und Gewalttaten gegenüber Medienvertretern und Gegendemonstranten führten zur Mobilisierung der gewaltaffinen linksextremistischen Szene.⁵⁸ Immer häufiger kam es zu konfrontativen Zusammenstößen, zumal Linksautonome PEGIDA und LEGIDA für die ausufernde Gewalt gegen Flüchtlinge verantwortlich machten.⁵⁹ Solche Eskalationen hatten wie-

⁵⁶ Vgl. Uwe Backes u.a. (Anm. 29).

⁵⁷ Vgl. M. Herold/S. Schäller/H. Vorländer (Anm. 50), S. 146.

⁵⁸ Zu rechtsmotivierten Straftaten im Zusammenhang mit PEGIDA-Demonstrationen vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 18/4068, Berlin 2015, S. 8-10. Zu den gewalttätigen Gegenprotesten von Linksextremisten vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Anm. 32), S. 189-197.

⁵⁹ Vgl. Stine Marg u.a., NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2016, S. 28-31.

derum rechtsextremistische Gewalttaten zur Folge, wie am 11. Januar 2016, als etwa 200 bis 300 militante Rechtsextremisten und Hooligans durch Leipzig-Connewitz zogen und Teile des als linksalternativ geltenden Stadtteils verwüsteten.⁶⁰ Rechtsextremistische Kräfte aus ganz Sachsen und anderen Bundesländern sowie Hooligangruppierungen verschiedener Fußballvereine waren angereist. Militante Extremisten beider Seiten waren für eine gefährliche Gewaltspirale verantwortlich, die sich erst im Jahr 2016 wieder rückläufig entwickelte.

Durch die bereits in der Vergangenheit „eingeübten“, überregionalen Zusammenkünfte von Rechtsextremisten wie beim jährlichen Gedenkmarsh zur Bombardierung Dresdens am 13. Februar erschien einigen Beobachter der Freistaat bereits in den 1990er Jahren als ein „Hort des Extremismus“.⁶¹ Das Agitationsfeld Zuwanderung und Asyl überdeckt hingegen Konfliktlinien zwischen Rechtsextremisten, der Hooligan-, Rocker- und Türsteherszene, die in den letzten drei Berichtsjahren scheinbar problemlos zusammenfanden. Auch wenn sich die Gewalttaten im Rahmen der Anti-Asylproteste 2016 wieder rückläufig gestalteten, haben sich in den vergangenen Jahren dennoch Strukturen etabliert, die es der rechtsextremistischen Szene ermöglichen, innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Kräfte zu mobilisieren.

Generell gilt: Veränderte Gelegenheitsstrukturen (Vielzahl an Asylunterkünften) und Akteurskonstellationen (rechtsextremistische Agitatoren im Internet und bei Anti-Asyl-Kundgebungen) waren zentrale Bedingungsfaktoren für den Anstieg fremdenfeindlicher Gewalt.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Rechtsextremismus ist kein typisch sächsisches Phänomen, es ist eher von einer ostdeutschen Besonderheit zu sprechen. Zugleich muss gesagt werden: Rechtsextremistische Einstellungsmuster liegen in den verschiedenen Regionen Deutschlands eng beieinander und demokra-

⁶⁰ Vgl. Pressemitteilung der Polizei Sachsen vom 12.01.2016 „Versammlungsgeschehen um Legida“ (28. April 2017), in: <https://www.polizei.sachsen.de/> (zuletzt gelesen am 06.06.2017).

⁶¹ Vgl. Oliver Decker/Gert Pickel, Fazit – Sachsen vor der Herausforderung der extremistischen Polarisierung, in: dies. (Hrsg.) (Anm. 6), S. 140-144, hier: S. 143.

tieskeptische Haltungen, die als Nährboden für Extremisten jeglicher Couleur dienen (können), ähneln sich.⁶² Besonders bei Diskussionen um die politische Kultur und demokratiefeindliche Bestrebungen wird häufig eine Ost-West-Typologie bemüht, obwohl dieser Erklärungsansatz nachweislich zu kurz greift.⁶³ Sachsen ist nicht die alleinige Hochburg des Rechtsextremismus. Richtig ist: Gewaltbereite Rechtsextremisten sind in den östlichen Bundesländern und auch in Sachsen überrepräsentiert, rechtsmotivierte Straft- und Gewalttaten liegen mitunter deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im bundesweiten Vergleich ragt der hohe Anteil der Konfrontationsgewalt in Sachsen hervor, der in einer solch starken Ausprägung sonst nur in größeren urbanen Ballungszentren und Stadtstaaten wie Berlin oder Hamburg zu finden ist.⁶⁴

Folgende Punkte bestimmten das Lagebild (rechts-)extremistischer Gewalt in Sachsen besonders in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes: Hassgewaltstraftaten auf Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte, linksextremistische Vergeltungsaktionen in Form von konfrontativer Gewalt gegen – vermeintlich – politische Gegner (mit erneuten Gegenreaktionen) sowie Radikalisierungs- und Gewaltenthemmungsfaktoren im Zuge der Anti-Asylproteste in den urbanen Zentren Leipzig und Dresden sowie im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge. Wie im Bundesdurchschnitt gehen in Sachsen über die Hälfte der Anschläge auf Asylbewerberheime auf emotionalisierte Einzeltäter ohne polizeiliche Vorerkenntnisse zurück, die sich mitunter durch rechtsextremistische Agitation radikalisiert haben.

⁶² Vgl. T. Mannewitz (Anm. 49), S. 436-442. Mannewitz schlussfolgert, dass aufgrund einer heterogenen Ursachenlage kein monokausaler Erklärungsansatz für unterschiedliche politische Kulturen in Ost- und Westdeutschland in Frage kommt. Vielmehr sei von verschiedenen Regionalkulturen auszugehen, die sich nicht entlang von Ländergrenzen entwickelt haben.

⁶³ Vgl. ebd. S. 403-406. Neben dem institutionalistischen Ansatz zur Erklärung politisch-kultureller Verwerfungen seien mindestens noch der sozioökonomische Status einer Region sowie deren religiöse Prägung relevant, wobei auch hier die unterschiedlichen Grade der Bedeutungsrelevanz zu beachten seien.

⁶⁴ Vgl. die Berliner Studien 2003-2008 und 2009-2013 zur linken Gewalt, zuletzt: Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Verfassungsschutz (Hrsg.), Linke Gewalt in Berlin, Berlin 2015.

Rechtsextremistische Einstellungsmuster fallen nicht vom Himmel. Neben soziobiographischen- und milieuspezifischen Aspekten spielen allgemeine Einstellungsmuster in der Bevölkerung und die Frage der politischen Kultur eine wichtige Rolle. Die Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern weist eine überdurchschnittlich hohe Skepsis gegenüber der Vertrauenswürdigkeit von Politikern auf. Soziale Abstiegsängste werden in Sachsen und den anderen neuen Bundesländern in höherem Maße mit der Zuwanderung von (muslimisch geprägten) Asylbewerbern in Verbindung gebracht. Aus der Skepsis gegenüber der Berliner „Zentralregierung“ entstand in Sachsen eine durch kulturelle und historische Errungenschaften geprägte, in Teilen überhöhte Identitätsbildung. Vermeintliche „Etabliertenvorrechte“ verteidigen die Sachsen stärker als die Bevölkerung in anderen Bundesländern. Dies bietet Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Einstellungsmuster.

Die mediale Berichterstattung über rechtspopulistische Erscheinungen in Sachsen verdeckt mitunter zivilgesellschaftliche Gegenanstrengungen. Besonders bei großen Demonstrationen von PEGIDA- und LEGIDA, zumal auf kamerafreundlichen Plätzen wie dem Theaterplatz vor der Dresdner Semperoper, blieben friedliche Gegenproteste häufig unerwähnt. Dies hatte zur Folge, dass ganz Sachsen schnell in eine mediale Schiefelage geriet, durch die sich Demonstranten in Leipzig und Dresden – zwar unter umgekehrten Vorzeichen, aber dennoch – in ihrer überspitzten Medienkritik bestätigt sahen („Lügenpresse“). Besonders im Jahr 2015 setzte hier eine selbsterfüllende Prophezeiung ein. Eine der größten Gefahren für die politische Kultur besteht in der Polarisierung der Bevölkerung. Im schlimmsten Falle kristallisieren sich zwei Lager heraus, die sich unversöhnlich gegenüber stehen. Bei komplizierten Problemkonstellationen wie einer vernünftigen Flüchtlingspolitik verhindert dieses „Lagerdenken“ die notwendige Kompromissfähigkeit.

Die Zerschlagung der „Gruppe Freital“ im Jahr 2015 sowie die Verurteilung der überregional organisierten, rechtsterroristischen Vereinigung „Old School Society“ (OSS) im März 2016 zeigen: Die besonders im Zuge der Anti-Asylproteste entstandenen Strukturen, die für Sicherheitsbehörden heute eine der größten Gefahren im Bereich Rechtsextremismus ausmachen, beschränken sich nicht auf ein Bun-

desland. Zwar entstanden in den letzten Jahren neue Netzwerke um Rechtsextremisten, die teils erfolgreich um Anschluss an das Rocker-, Hooligan- und Türstehermilieu warben, dennoch geht die größte Gefahr von schweren Anschlägen zumeist von zersplitterten Kleinstgruppen oder durch (das Internet) radikalisierte Einzeltäter aus. Dafür benötigt es kein großes Sympathisantenumfeld oder umfangreiche Unterstützungsleistungen. Trotz unverkennbar hoher Zahlen an rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten in Sachsen würde der exklusive Verweis auf den Rechtsextremismus in dem östlichen Bundesland die bundesweite Gefahrenlage verkennen.

Eine neue Neue Rechte?

Analyse der Traditionen und Innovationen einer rechtsextremistischen Denkströmung

Von Jürgen P. Lang

1. Einleitung und Fragestellung

Vor 25 Jahren – zwei Jahre nach der Wiedervereinigung – wagte der neurechte Intellektuelle Karlheinz Weißmann die Prognose, „die langdauernde Phase innerstaatlicher Entspannung samt libertären Visionen“ werde „relativ rasch erledigt sein“.¹ So sehr damals die Euphorie über die angeblich gestiegenen Chancen „konservativer“ – unter dieses Rubrum fasst die Neue Rechte ihre eigenen Vorstellungen – Politik unerfüllte Erwartungen schürte, so sehr müssen wir heute erkennen: Die Neue Rechte legt selbst die Axt an Werte und Prinzipien der liberalen Demokratie. Und sie scheint damit erfolgreicher zu sein als der harte, NS-stimulierte Rechtsextremismus der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) oder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) oder weichere Varianten wie die „Republikaner“ (REP) in der Geschichte der Bundesrepublik nie gekommen. Anders als diese hat die Neue Rechte das Reich der Fachliteratur verlassen und eine anhaltende Präsenz in der Berichterstattung der Massenmedien erobert. Das war weder nach der „Tendenzwende“ 1973/74 noch beim Aufkommen der REP als neurechter Wunschformation Ende der 1980er Jahre der Fall. Der aktuelle Hype ist erstaunlich für ein politisches Phänomen, das, anders als in Frankreich, hierzulande zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd politische Relevanz erlangt hatte.

Die jüngsten Veröffentlichungen zum Thema machen die Ursache in der 2013 gegründeten „Alternative für Deutschland“ (AfD) aus², dem

¹ Karlheinz Weißmann, Jahre der Entscheidung, in: Criticón, 22. Jg., Nr. 134 vom November/Dezember 1992, S. 269-272, hier S. 270.

² Vgl. Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017; Melanie Amann, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017; Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des

ersten (bislang) erfolgreichen Versuch, in Deutschland – auch in diesem Punkt eine verspätete Nation – eine rechtspopulistische Partei zu etablieren. Frühere Anläufe scheiterten, weil sie der saturierten Bundesrepublik eine „Krise“ lediglich an die Wand malen konnten. Die AfD profitierte dagegen von manifesten Krisen wie der Flüchtlingswelle und, damit in Zusammenhang gebracht, dem islamistischen Terrorismus in Europa. Heutzutage versucht das politisch-publizistische Netzwerk im Umfeld der Partei, Ressentiments gegenüber einer „Islamisierung“ Deutschlands zu wecken. Die populistische Strategie ist nur an der Oberfläche Sache der Neuen Rechten. Wer tiefer geht, stößt jedoch schnell auf ideologische Kongruenzen, die sich grob auf den Nenner eines antidemokratischen Nationalismus bringen lassen. Es sieht so aus, als seien Rechtspopulismus und Neue Rechte ein symbiotisches Verhältnis eingegangen, ein Verhältnis, das allerdings dem einen Phänomen auf Dauer schaden und damit bei dem anderen lediglich ein Strohfeuer entfachen wird.

Die Feststellung des Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse vor Augen, es führe „offenkundig nicht weiter, den sperrigen Begriff der Neuen Rechten sinnvoll einzugrenzen“,³ hält sich dieser Beitrag nicht mit Definitionsversuchen auf und subsumiert unter dem Begriff Neue Rechte alle, die sich positiv auf die Denker der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik beziehen bzw. in deren Tradition sehen. Eine solche Eingrenzung ist relevant. So schreibt Götz Kubitschek, der heute als „der wichtigste Vordenker der AfD“⁴ gilt und gleichzeitig der „Identitären Bewegung“ (IB) in Deutschland „Leben eingehaucht“⁵ hat: „Die sogenannte Konservative Revolution von 1918 bis 1932 hat bis heute ihre Strahlkraft ... nicht verloren, weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromisslos war“.⁶ Kubitschek, Herausgeber der Zeitschrift „Sezession“ und Leiter des „In-

Abendlandes, Stuttgart 2017; Andreas Speit, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte, Zürich 2016.

³ Eckhard Jesse, Von der Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003, S. 261-288, hier S. 269.

⁴ Amann (Anm. 2), S. 95.

⁵ Ebd., S. 96.

⁶ Götz Kubitschek, Die Strahlkraft der KR, in: Sezession, 9. Jg., Nr. 44 vom Oktober 2011, S. 8-13, hier S. 10.

stituts für Staatspolitik“ ist vorläufiges Ende einer Denktradition, die 1918 ihren Ausgang nimmt. Dieser Beitrag beschränkt sich auf den von Karlheinz Weißmann so genannten „Kernbereich“⁷ der Konservativen Revolution, die Jungkonservativen wie Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung, Max Hildebert Böhm, Oswald Spengler und Carl Schmitt. Andere rechtsextremistische Strömungen der Weimarer Republik spielten für die Neue Rechte nach dem Zweiten Weltkrieg kaum eine Rolle – mit Ausnahme des Nationalsozialismus, wenn gleich in negativem Sinne.

Die Abgrenzung der Konservativen Revolution zur Bewegung und zum Regime Hitlers kostete die bundesrepublikanische Neue Rechte, mitsamt dem Nationalsozialismus in die Rolle des Parias gedrängt, (zu)viel argumentative Energie. „Die Mehrheit der überlebenden deutschen Konservativen hat nach der Katastrophe von 1945 das konservativrevolutionäre Gedankengut als lästige und kompromittierende Last an Straßenrand zurückgelassen“.⁸ Dass Armin Mohler, neben „Criticón“-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing der wichtigste neurechte Missionar in der Zeit bis zur Wiedervereinigung, 1945 (und nicht 1933) eine Katastrophe nennt, spricht Bände. Mohler erwies sich als Agitator gegen die seiner Meinung nach fremdbestimmte Vergangenheitsbewältigung und im eigenen, „konservativen“ Lager als scharfer Gegner liberaler Anwendlungen und aller Neigungen zum – angeblich ebenfalls fremdbestimmten – westdeutschen Verfassungspatriotismus. Die Versuche, an dessen Stelle eine „deutsche“ Identität zu bestimmen, blieben indes defensiv. Die „Entwicklung der deutschen Rechten seit 1945“ stehe „im Banne von Auschwitz“, beklagte einst Mohler. „Was sie tat und dachte, hatte vielmehr den einzigen Zweck, die behauptete Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu widerlegen.“⁹ Erst in jüngster Zeit, Jahrzehnte nach Mohler, stellen Kubitschek, die IB und Teile der AfD die Frage „Was ist deutsch?“, die

⁷ Karlheinz Weißmann, Gab es eine konservative Revolution? Zur Auseinandersetzung um das neue Buch von Stefan Breuer, in: Criticón, 23. Jg. Nr. 138 vom Juli/August 1993, S. 173-176, hier S. 173.

⁸ Armin Mohler, Wir feinen Konservativen. Was lehrt uns die französische „Neue Rechte“?, in: Criticón, 9. Jg., Nr. 54, S.171-175, hier S. 172.

⁹ Armin Mohler, Brief an einen italienischen Freund. Die deutsche Rechte seit 1946, in: Criticón, 2. Jg., Nr. 12 vom Juli/August 1972, S. 151-154, hier S. 151.

bereits die Konservative Revolution in den Mittelpunkt gerückt hatte, wieder offensiver.

Kubitschek, Martin Lichtmesz und die IB, inspiriert von der revolutionären Strategie Alain de Benoists und der Nouvelle Droite, repräsentieren heute den radikalen Flügel der Neuen Rechten, während Karlheinz Weißmann und die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ einen gemäßigten Kurs steuern. Beide Lager projizieren unterschiedliche Vorstellungen auf die AfD. Auf die Seite der Radikalen haben sich Jürgen Elsässer und sein Magazin „Compact“ geschlagen. Aggressiv, zynisch, polarisierend und boulevardesk mischt es verschwörungstheoretische Zutaten in die neurechte Agitation. Wer die jüngeren Ausgaben von „Compact“ oder Elsässers Weblog liest, erfährt unter anderem, dass Europa von Afrikanern – „jung, männlich, aggressiv und geil“¹⁰ – überschwemmt wird. Man begegnet aber auch einer undifferenzierten Apologie des Putin-Regimes, dem Wunsch nach einer die extremistische Linke und die extremistische Rechte vereinenden Querfront und einem für autoritär eingestellte Rechte ungewöhnlichen Plädoyer für mehr Volksentscheide. Diese Dispositionen scheinen neu zu sein für die Neue Rechte, als deren Brandbeschleuniger „Compact“ auftritt. Ob sie aber die Denkströmung grundlegend verändern? Dieser Beitrag möchte die Frage nach Kontinuität und Wandel der gegenwärtigen Neuen Rechten beantworten: Inwieweit steht sie tatsächlich in der Tradition der Konservativen Revolution, inwieweit hebt sie sich von ihr ab? Sind Innovationen zu verzeichnen, die es rechtfertigen, von einer *neuen* Neuen Rechten zu sprechen?

2. Konservative Revolution und Nationalsozialismus: Abgrenzungen und Eingrenzungen

Die Konservative Revolution stellte nur einer von vielen Playern innerhalb der extremistischen, gegen die Werte und Prinzipien Weimars gerichteten Rechten dar. In ihrer Wahrnehmung war die Demokratie den Deutschen nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918 aufgenötigt worden; sie galt als etwas Fremdes und

¹⁰ Jürgen Elsässer, Jung, männlich, aggressiv und geil: 20 Millionen Afrikaner auf dem Weg nach Europa, in: Elsässers Blog vom 6. Oktober 2016 (gelesen am 10. Oktober 2016).

Undeutsches. „Die deutsche Demokratie musste nach dem neunten November wollen, was unsere Feinde wollten. Das war ihr selbstverschuldetes Schicksal“,¹¹ schrieb Moeller in seinem Schlüsselwerk „Das dritte Reich“. Und Oswald Spengler ergänzte, ein Volk könne „in Wirklichkeit niemals zwischen verschiedenen Staatsformen wählen. ... Wählen lässt sich nur die Verkleidung, nicht aber der Geist“.¹² Diese Auffassung war Essential der Konservativen Revolution, aber kaum ihr Alleinstellungsmerkmal. So kam die Neue Rechte der Nachkriegszeit nicht umhin zu konzedieren: „Schnittmengen zwischen Konservativer Revolution und Nationalsozialismus hat es immer gegeben.“¹³ Das war ideologisch gemeint, kann aber auch biographisch gedeutet werden.

Das Beispiel Werner Best zeigt: Anhänger konservativ-revolutionärer Ideen machten eine steile Karriere in der SS – eine der wenigen Möglichkeiten, sich selbst in einem Regime, das wesentlich auf die Mobilisierung der anonymen Volksmassen setzte, als Angehöriger einer Elite zu fühlen. Für Edgar Julius Jung konnte, wie der Historiker Ulrich Herbert schreibt, „der Rückgriff auf die Massen ... nicht Ziel der nationalen Erhebung sein. Vielmehr werde dem Zeitalter der Massen dasjenige der ‚Volkheit‘ folgen, repräsentiert durch ihre geistigen Führer; an die Stelle ‚mechanischer Organisiertheit‘ werde eine ‚erlesene Minderheit‘ treten“.¹⁴ Angesichts dieses elitären Bewusstseins greift die unter anderem von dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke vertretene Auffassung zu kurz, die Konservativen Revolutionäre seien reine „Steigbügelhalter“¹⁵ Hitlers gewesen. Allerdings, darauf weist Weißmann hin, gab es durchaus die Vorstellung, „erst müsse ein

¹¹ Arthur Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, 3. Aufl., Hamburg 1941, S. 105.

¹² Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus (1919), Berlin 2016, S. 19.

¹³ Karlheinz Weißmann, Edgar J. Jung, in: Criticón, 17. Jg., Nr. 104 vom November/Dezember 1987, S. 245-249, hier S. 249.

¹⁴ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, München 2016, S. 116.

¹⁵ Hans-Gerd Jaschke, Nationalismus und Ethnopluralismus. Zum Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution“, in: Anneliese Thomas (Hrsg.), Jahrbuch zur Konservativen Revolution 1994, Köln 1994, S. 197-213, hier S. 200.

Volkstribun wie Hitler den Weg bereiten, bevor die Konservative Revolution an den Aufbau eines organischen Staates denken könne.“¹⁶

Der Zurückweisung einer „mechanischen Organisiertheit“, des von oben durchgesetzten nationalsozialistischen Totalitarismus, entsprach die Ablehnung des rationalen „Biologismus“ einer Rassengemeinschaft. Ihm stellten die Konservativen Revolutionäre die Vorstellung einer geistigen Gesinnungsgemeinschaft entgegen, die durch Identifikation mit dem eigenen Volk zusammengehalten werde. „Deutscher ist nicht nur, wer deutsch spricht, wer aus Deutschland stammt oder gar, wer dessen Staatsbürgerschaft besitzt. Land und Leute sind die natürlichen Grundlagen einer Nation, aber ihre geschichtliche Eigentümlichkeit empfängt sie von der Art, wie ihr das Leben von Menschen ihres Blutes im Geiste vorgewertet wird. Leben im Bewusstsein seiner Nation heißt Leben im Bewusstsein seiner Werte.“¹⁷ Während die Nationalsozialisten die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse als alleiniges Kriterium einer völkischen Gemeinschaft gelten ließen, war für Moeller und Jung der „Volkscharakter“¹⁸ ausschlaggebend. Entsprechend spielte der Antisemitismus im Vergleich zum Nationalsozialismus keine kardinale Rolle. Nicht die Juden waren der primäre Gegner, sondern der Individualismus der demokratischen Gesellschaft: Es müsse „abgelehnt werden, den Kampf um die innere Erneuerung des Deutschtums nur als einen Kampf ‚reinblütiger‘ Deutscher gegen die Juden aufzufassen. Dass in diesem Kampfe die Juden überwiegend das Lager des Individualismus bevölkern, mag rassistisch bestimmt sein. Wissenschaftlich beweisen lässt sich das kaum.“¹⁹

Indem die Neue Rechte der Nachkriegszeit diese Unterschiede herausstrich, wollte sie einer pauschalen Mithaftung der Konservativen Revolution für die genozidalen Exzesse in der Spätphase des NS-Regimes begegnen. Aus Sicht der Extremismusforschung sind freilich nur Nuancen zweier Varianten einer fundamental antidemokratischen Ideologie zu vermerken. Das Bemühen, namentlich Moeller, Jung und

¹⁶ Karlheinz Weißmann, *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933*, München 1988, S. 288.

¹⁷ Moeller van den Bruck (Anm. 11), S. 231.

¹⁸ Edgar Julius Jung, *Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung*, Berlin 1927, S. 58.

¹⁹ Ebd., S. 50.

Schmitt aus der Schusslinie der Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu nehmen, war zwar aufrichtig und weitgehend historisch korrekt. Sie als Demokraten reinzuwaschen gelang angesichts des antiextremistischen Grundkonsenses der Bundesrepublik freilich nicht.

Moeller nahm sich 1925 das Leben, sein visionäres Buch „Das dritte Reich“ erfuhr jedoch noch 1941 eine Neuauflage. Zwar lieferte es dem Hitlerregime einen griffigen Slogan, hatte für den Historiker Volker Weiß mit der Realität des NS-Staates aber nur wenig zu tun: „Fest steht, dass die NSDAP Moeller zwar als geistigen Vorkämpfer akzeptierte, seinen Beitrag aber kleinzuhalten bemüht war.“²⁰ Anders erging es Jungs Hauptwerk „Die Herrschaft der Minderwertigen“, das nach der „Machtergreifung“ nicht mehr erscheinen durfte. Jung selbst wurde 1934 auf Weisung Himmlers ermordet, weil er für Franz von Papen eine gegen die NSDAP und ihr Regime gerichtete Rede verfasst hatte. Jung kam – mehr noch als Moeller – der Neuen Rechten wie gerufen, konnte man ihn doch, wie Götz Kubitschek es tat, als Widerstandskämpfer hinstellen.²¹ Schwieriger war der Umgang mit dem Staatstheoretiker Carl Schmitt, der nach 1933 seine bisherige Rechtsauffassung revidierte und ausschließlich danach trachtete, der Herrschaft Hitlers juristische Legitimation zu verschaffen – für den Historiker Reinhard Mehring allerdings mehr aus Opportunismus denn aus Überzeugung: „Es ist heute weitgehend gesichert, dass Schmitt eine Machtübergabe oder ‚Machtergreifung‘ Hitlers ablehnte und verhindern wollte. Er optierte vor 1933 nicht für den ‚totalen Führerstaat‘.“²² Als Märzgefallener entschloss er sich, „den neuen Boden zu akzeptieren und mit den Wölfen zu heulen.“²³ Den Worten Mehrings schließt sich Götz Kubitschek an: „Dass die ‚großen Gesänge‘ nicht von Herzen kamen, sondern dem angestimmten Lied nur nachempfunden waren, durchschauten die waschechten Parteigänger ... sofort.“²⁴ In der Tat wurde das NSDAP-Mitglied Schmitt als Katholik und „Judenfreund“ denunziert und aus seinen politischen Ämtern gedrängt.

²⁰ Volker Weiß, *Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus*, Paderborn 2012, S. 299.

²¹ Vgl. Kubitschek (Anm. 6), S. 12.

²² Reinhard Mehring, *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall*, München 2009, S. 301.

²³ Ebd., S. 307.

²⁴ Götz Kubitschek, 1932, 1933, 1936, in: *Sezession*, 9. Jg., Nr. 42 vom Juni 2011, S. 2-6, hier S. 5.

3. Antiliberalismus als ideologisches Fundament von Konservativer Revolution und Neuer Rechter

Der ideologische Kern der Konservativen Revolution ist keineswegs exklusiv. In der Negativdefinition ist es die rigide Ablehnung des „Liberalismus“ – ein zur Feindideologie übertriebener Sammelbegriff, der alle Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates umfasst. Der „Liberalismus“ gilt der Neuen Rechten noch immer als Antithese ihrer eigenen Vorstellungen. Zum Beispiel fasst ihn die IB neben „Globalisierung“ und „Konsumismus“ als Feindbild.²⁵ „Liberalismus“ firmiert damals wie heute als Synonym der Zersetzung homogener Gesellschaften. Moeller van den Bruck schrieb: „Er hat den höherwertigen Menschen verfehlt, der die Werte, die er schafft, ursprünglich aus dem Volke empfängt und sie dem Volke gestaltet zurückgibt. ... Der Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die sich aus den minderwertigen Bestandteilen des Volkes zusammensetzt.“²⁶ Er „hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit.“²⁷

Nicht weit davon entfernt sind Äußerungen Weißmanns: Eine „konsequent liberalisierte Nation scheint vollends unfähig zu sein, die Grundlagen zu reproduzieren, auf denen sie beruht. ... Während man sich betreuend irgendwelchen Minderheiten zuwendet, verrottet jenes Allgemeine, das der Staat ist.“²⁸ Den nach 1918 zweiten angeblichen Import des „Liberalismus“ 1945 verachtete die Neue Rechte ebenfalls als undeutsch, als eine „Bürde“²⁹, aufgeladen von fremden Mächten. In seiner Polemik „Der Nasenring“ schreibt Mohler, die „Bewohner der von den Westmächten besetzten deutschen Provinzen“ hätten es 1945 für das Beste gehalten, mit der oktroyierten Vergangenheitsbewältigung gleich die liberale „Weltanschauung der Sieger zu über-

²⁵ Vgl. Identitäre Sommerakademie, Von Karl Martell bis Charles de Gaulle, Manuskript o. D. (2015), (Archiv des Verfassers).

²⁶ Moeller (Anm. 11), S. 42.

²⁷ Ebd., S. 84.

²⁸ Karlheinz Weißmann, Ein paar einfache Wahrheiten. Über die notwendige Renaissance des konservativen Denkens, in: Criticón, 22. Jg., Nr. 130 vom März/April 1992, S. 61-64, hier S. 63.

²⁹ Martin Lichtmesz, Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate. 5. Aufl., Schnellroda 2016, S. 13.

nehmen, und zwar als ‚Paket‘, voll und ganz.“³⁰ Den Verrat „deutscher“ Weltanschauung an eine liberale Demokratie, den die Konservative Revolution im Jahr 1918 erblickte, münzte Mohler auf 1945 um. Allerdings waren die Weimarer Agitatoren dem Mainstream des damaligen Zeitgeistes näher als der krasse Außenseiter Mohler dem der demokratiestabilen Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Partikularismus versus Universalismus, Kollektivismus versus Individualismus, Monismus versus Pluralismus – diese drei Gegensatzpaare kennzeichnen den grundsätzlichen Unterschied neurechten Denkens zu einer freiheitlichen Demokratie. Die Neue Rechte ist *antiuniversalistisch*. So wie einst Mohler vor „universalen Weltdeutungssystemen“³¹ warnte, sieht heute IB-Frontmann Martin Sellner die „deutsche Identität als Defensive gegen einen universalistischen Anspruch“.³² Die Neue Rechte gesteht die Legitimität von Werten nur dem eigenen Volk zu. Dieses ist die höchste denkbare rechtliche, politische und moralische Instanz. Deshalb wird die Allgemeingültigkeit etwa der Menschenrechte über die eigene Nation hinaus bestritten. Ein Autor der „Jungen Freiheit“ schrieb: „Die Grundwerte sind in vielen Demokratien in positives Recht umgesetzt, sie gelten in Großbritannien genauso wie in Japan. Warum diese Werte ausgerechnet die Raison d’être Deutschlands darstellen können, bleibt damit im dunkeln.“³³ AfD-Rechtsausleger Björn Höcke fabuliert von der „große(n) Gleichschaltung im Menschenrechts- und Religionsextremismus“³⁴, andere Neue Rechte von einem neuartigen „Imperialismus“ der „antinationalen“³⁵ Menschenrechte. Abgelehnt werden folgerichtig übergeordnete Instanzen, die sich in die Belange der eigenen Nation einmischen könnten. Früher waren das unter anderem der Völkerbund und die Re-

³⁰ Armin Mohler, *Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer*, München 1991, S. 206.

³¹ Ders., *Gegen die Liberalen*, Schnellroda 2010, S. 68.

³² Martin Sellner, *Ethnozentrismus – Ethnopluralismus – Universalismus* (19. April 2017), in: www.sezession.de (gelesen am 21. April 2017).

³³ Jost Bauch, *Deutschland als „Wertegemeinschaft“? Nation ist viel konkreter*, in: *Junge Freiheit*, Nr. 15 vom 7. April 2017, S. 18.

³⁴ Zit. n. Amann (Anm. 2), S. 142.

³⁵ Benedikt Kaiser, *Die offenen Flanken des Antiimperialismus*, in: *Sezession*, 14. Jg., Nr. 71 vom April 2016, S. 14-17, hier S. 16.

ligionen, heute sind es die EU, die UNO, die globalen Finanzmärkte oder ganz allgemein die Globalisierung.

Die Neue Rechte ist *antiindividualistisch*. Sämtliche Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte – werden auf das Volkskollektiv bezogen. Nation oder Volk sind deshalb auch die kleinste legitime Einheit: „An Stelle der Selbstsucht des Einzelnen tritt die des Volkes; das Freiheitsideal, ursprünglich für die Einzelpersonlichkeit aufgestellt, wird auf das Volk übertragen.“³⁶ Dahinter steht ein Menschenbild, das die Existenz von Einzelinteressen von vornherein als wider-natürlich und ordnungsfeindlich³⁷ negiert. Deshalb sind in einer solchen Gesellschaft keine Institutionen und Regeln – zum Beispiel Parlamente, Wahlen, das Mehrheitsprinzip oder Minderheitenschutz – vorgesehen, um Interessen in Kompromisse und Entscheidungen umzuwandeln. Menschenrechte werden also nicht nur in ihrer Universalität, sondern in ihrer Gültigkeit schlechthin bestritten – gemäß dem Diktum Jungs: „Denn selbstverständlich hat der Einzelne für sich alleine betrachtet überhaupt keine Rechtssphäre“.³⁸ Die Neue Rechte geht wie alle Rechtsextremisten von der Ungleichheit der Menschen aus – wobei sie die Verwendung des vielschichtigen Gleichheitsbegriffs nicht reflektiert.³⁹ Es wäre ehrlicher und konkreter, von Ungleichwertigkeit zu sprechen. Wie von vornherein ungleiche Individuen aber im Dienste einer homogenen Gemeinwesens von sich aus gleiche Interessen hervorbringen sollen, bleibt als Paradox stehen.

Schließlich ist die Ideologie der Neuen Rechten *antipluralistisch*. Widerstreitende Interessen gefährdeten den Zusammenhalt einer Gemeinschaft ebenso wie jede (ethnische, kulturelle, religiöse) Diversität außerhalb eines engen Wertekorsetts. Carl Schmitt geißelte den Pluralismus als „bloßes Produkt des Ausgleichs mehrerer kämpfender Gruppen.“⁴⁰ Das Parlament sei lediglich „ein Schauplatz pluralisti-

³⁶ Jung (Anm. 18), S. 27.

³⁷ Vgl. Hans-Christof Kraus, Aufklärung, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), Lexikon des Konservatismus, Graz/Stuttgart 1996, S. 42.

³⁸ Jung (Anm. 18), S. 64.

³⁹ Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Schöpferischer Konservatismus und Konservative Aktion heute, in: Criticón, 3. Jg., Nr. 20 vom November/Dezember 1973, S. 247-256, hier S. 249.

⁴⁰ Zit. n. Thor von Waldstein, Antipluralistisches Denken im Werk Carl Schmitts, in: Thomas (Anm. 15), S. 215-230, hier S. 219.

scher Aufteilung der organisierten gesellschaftlichen Mächte“.⁴¹ Schmitt war noch nicht direkt mit Zuwanderung und multikulturellen Gesellschaften konfrontiert. In der Nachkriegszeit schwächte die Neue Rechte die antikonstitutionelle Stoßrichtung des Antipluralismus zugunsten einer scharfen Kritik pluriethnischer Gemeinschaften ab: So schrieb Weißmann, die „Pluralisierung der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung“ habe „jede Vorstellung von einem ‚Ganzen‘ ungeheuer erschwert.“⁴² Letztlich sei „Pluralismus“ nur eine besonders geschickte Form der Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen.“⁴³ Solche Aussagen bahnen Verschwörungstheorien den Weg, die von einer gezielte Zersetzung der Nationen durch Zuwanderung und kulturelle Vielfalt orakeln.

4. Volk – Souveränität – Identität: Kardinalbegriffe im Wandel

Die Protagonisten der Konservativen Revolution dachten völkisch. Allerdings meinten sie anders als die Nationalsozialisten keinen allein „auf dem Rassegedanken begründeten Nationalismus“⁴⁴ und wären auch nicht in die Verlegenheit gekommen, pseudowissenschaftlich nach einem germanischen „Ahnenerbe“ zu forschen. Das (deutsche) Volk stellten sie sich vielmehr metaphorisch als Organismus vor, der im transzendentalen Sinne Herders einen gemeinsamen National- oder Volksgeist besitzt. Der mit dem Anspruch naturwissenschaftlicher Bestimmbarkeit versehene Rassebegriff war nicht der ausschlaggebende Faktor. „Keinesfalls deckt sich jedoch der Begriff des Volkes mit dem der Rasse. Reinrassige Großvölker gibt es nicht“⁴⁵, konstatierte Jung. Gleichwohl waren die Konservativen Revolutionäre überzeugt von der Höherwertigkeit des deutschen Volkes bzw. der deutschen Nation – beide Begriffe setzten sie in eins.

Nach 1945 hielt sich die Neue Rechte jahrzehntelang damit zurück, in Bezug auf die Deutschen von „Volk“ zu sprechen. Das hatte nicht nur

⁴¹ Zit. n. ebd., S. 226.

⁴² Karlheinz Weißmann, Smends Integrationslehre, in: Sezession, 8. Jg., Nr. 39 vom Dezember 2010, S. 8-11, hier S. 10.

⁴³ Ders., Die konservative Option. Vorschläge für eine andere Politik, in: Criticón, 19. Jg., Nr. 113 vom Mai/Juni 1989, S. 129-133, hier S. 131.

⁴⁴ Art. Völkisch, in: Der große Brockhaus, Bd. S-Z, Leipzig 1938, S. 606.

⁴⁵ Jung (Anm. 18), S. 50.

mit der Diskreditierung des Begriffs zu tun, sondern auch mit den Umständen des Ost-West-Konflikts. Die Frage der (beschränkten) Souveränität Deutschlands rückte zunächst in den Mittelpunkt, und erst ab Anfang der 1970er Jahre die Wiedergewinnung eines nationalen Selbstbewusstseins, respektive, wie der neurechte Politikwissenschaftler Bernard Willms es formulierte, um „das Bemühen um politische Identität des Deutschen als Deutsche“.⁴⁶ Dieses „Bemühen“ manifestierte sich allein aus einer Antihaltung, einerseits gegen die auch im konservativen Lager festgezurrte Westbindung, andererseits gegen den als undemokratisch empfundenen Konstitutionalismus der Bundesrepublik: „Criticón“-Autor Robert Pflüger postulierte entsprechend: „Nicht am Volkswillen legitimiert sich das Grundgesetz“.⁴⁷ Eine positive, „gesamtdeutsche“ Aufhebung westdeutschen Verfassungspatriotismus‘ und „bundesrepublikanische(r) Identität“⁴⁸ verlor sich allerdings in nebulösen Formeln: „Immer noch gibt es vieles, was ‚deutsch‘ ist – wenn man es deutsch interpretiert; was die Substanz der Nation sein könnte – wenn die Deutschen es wollten. Nationalbewusstsein ist eine Frage des Selbst-Verständnisses“.⁴⁹ Mohler „stellte den Deutschen die Franzosen als Vorbild für ein unverkrampftes Nationalgefühl dar und versuchte, den auf den Antikommunismus fixierten Nachkriegskonservatismus der Bundesrepublik ‚gaullistisch‘ zu unterwandern“.⁵⁰ Den von den USA geteilten Antikommunismus nahm die Neue Rechte unter Liberalismusverdacht.

Rückblickend begrüßte Weißmann die „Tendenzwende“ – die Deutsche Frage sei seitdem „nicht mehr unter dem Aspekt ... einer pro-atlantischen bzw. pro-europäischen Integration diskutiert“⁵¹ worden. Doch seine Euphorie schlug sich in der politischen Realität so gut wie nicht nieder. „Die seltsame Wiederkehr des einmal in Bausch und Bo-

⁴⁶ Bernard Willms, Die sieben Todsünden gegen die deutsche Identität, in: Criticón, Jg. 13, Nr. 78 vom Juli/August 1983, S. 157-161, hier S. 159.

⁴⁷ Robert Pflüger, Identitär als Oktroi. Deutschland im Normenkäfig, in: Criticón, 10. Jg., Nr. 60/61 vom Juli-Oktober 1980, S. 213-216, hier S. 213.

⁴⁸ Karlheinz Weißmann, Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme, in: Criticón, 16. Jg., Nr. 96 vom Juli/August 1986, S. 176-179, hier S. 178.

⁴⁹ Pflüger (Anm. 47), S. 214 f.

⁵⁰ Karlheinz Weißmann, Armin Mohler, in: Schrenk-Notzing (Anm. 37), S. 382.

⁵¹ Ders. (Anm. 43), S. 130.

gen Verworfenen, die aktuellen Diskussionen über Religion und Mythos, Heimat und Identität, Begabung und Elite⁵² korrigierte den öffentlichen Diskurs nicht grundsätzlich. Dies erklärt, warum die ohnehin lediglich als Zwischenziel avisierte Wiedervereinigung an der Neuen Rechten mehr oder weniger spurlos vorüberging. Die Westbindung blieb bestehen, der antiextremistische Konsens weichte nur von links her auf. Die Rückkehr zu den völkischen Ansichten der Konservativen Revolution fand erst wesentlich später statt, und sie erfasste keinesfalls die gesamte Neue Rechte.

2012 definierte die „Junge Freiheit“ in ihrem von Globalisierungskritik und der Zuwanderungsfrage geprägten Manifest „Was sich ändern muss“ Deutschland als „Staat der Deutschen“. Wer seine „Auflösung ... in einem europäischen ‚Superstaat‘ betreibt und ihn zur Zahldrohne von unkontrollierbaren Kollektiven und Finanzmärkten macht, zerstört die Einigkeit. Die Einheit der Nation beruht auf dem Bewusstsein der Nation als Sprach-, Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft.“ Auch hier wird der Volksbegriff vermieden. Im Zentrum steht nicht die Abstammung, sondern das nationale „Bewusstsein“. Entsprechend verlangte das Manifest von „Neuankömmlingen“, sich „ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren.“⁵³ Dem steht die radikale, völkische Position gegenüber, wie sie zuletzt IB, „Sezession“ und „Compact“ vertreten. Anders als die „Junge Freiheit“ misst Sellner „Volk und Kultur ... einen grundlegenden Wert“ (zu, der Autor), „der aus ihrer Einzigartigkeit wächst. Diese ethnokulturelle Einzigartigkeit ergibt sich notwendig aus der Abgrenzung zu anderen, ebenso einzigartigen und eigentlichen Lebenswelten.“⁵⁴

Der Forderung einer Abgrenzung nach außen entspricht die alarmistische Warnung vor einer Vermischung mit anderen Ethnien im Inneren. Diesen Gedanken formulierte der französische Schriftsteller Renaud Camus in seiner Kampfschrift „Der große Austausch“, deren Titel die IB zum Claim erkor. „Ganze Völker“, schreibt Camus, „können sich ... nicht ohne weiteres mit anderen Völkern, Zivilisationen und anderen Formen des Lebens und Denkens vermischen; sie können

⁵² Ders. (Anm. 48), S. 178.

⁵³ Michael Paulwitz, Was sich ändern muss, in: Junge Freiheit, Nr. 42 vom 12. Oktober 2012, S. 3.

⁵⁴ Sellner (Anm. 32).

diese Vermischung nicht einmal wollen, es sei denn, sie wollen tatsächlich ihre Identität aufgeben.“⁵⁵ Camus und die IB denken allerdings nicht biologisch – sie meinen keine Rassenvermischung im nationalsozialistischen Sinne –, sondern demoskopisch. Sie wännen eine „Machtelite“⁵⁶ am Werk, die nur eines im Sinne hat: die „ethnische Substitution“⁵⁷ der „europäischen Stammvölker“⁵⁸ durch eine gezielte Zuwanderung: „Wir wissen genau, dass die Masseneinwanderung Teil eines globalen Verschwörungsfeldzugs gegen alle Völker und Kulturen ist.“⁵⁹

Camus‘ krude Schrift arbeitet freilich mit Behauptungen statt Begründungen. Dass er alle aus Afrika oder dem Nahen Osten stammenden Ausländern pauschal als kulturell unterentwickelt und kriminell abwertet, weist ihn als Rassisten aus. Das in den europäischen Ländern vorherrschende „antirassistische Dogma hat keinen anderen Zweck als die Existenz der Schikanen, Belästigungen und Verbrechen unter dem Vorzeichen des Großen Austausches zu leugnen.“⁶⁰ Auch Jürgen Elsässer deutet die Zuwanderung völkisch. Nach einem für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wenig schmeichelhaften Ergebnis notierte er in seinem Weblog in kaum kaschierter Anspielung auf den Migrationshintergrund einiger Spieler: „Kein Volk ist schlechter als das andere. Aber absolut tödlich ist das Vermischen: Wenn den Deutschen ihr Fleiß und ihre Kampfkraft ausgetrieben werden soll“.⁶¹

Die IB bezeichnet die „ethnokulturelle Identität der europäischen Völker“ als Kernwert ihres „metaphysischen Kampfes“.⁶² Hans-Gerd Jaschke hat den Begriff dieses Ethnopluralismus auf den Punkt gebracht: Er behaupte „die anthropologisch angeblich erwiesene Homo-

⁵⁵ Renaud Camus, *Der Große Austausch oder: Die Auflösung der Völker*, in: Ders., *Revolte gegen den großen Austausch*. Schnellroda 2016, S. 46 f.

⁵⁶ Martin Sellner, *Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis*, in: Ebd., S. 194.

⁵⁷ Camus (Anm. 55), S. 88.

⁵⁸ Martin Lichtmesz, *Der Schriftsteller Renaud Camus und der Große Austausch*, in: Camus (Anm. 55), S. 8.

⁵⁹ Sellner (Anm. 56), S. 192.

⁶⁰ Camus (Anm. 55), S. 102.

⁶¹ Jürgen Elsässer, 4:4 nach 4:0 – Deutschland schafft sich ab, in: Elsässers Blog vom 17. Oktober 2012 (gelesen am 13. Mai 2016).

⁶² *Identitäre Sommerakademie* (Anm. 25).

genität der Völker und die Unverantwortlichkeit der ethnischen „melting pots“.⁶³ Wer von Ethnopluralismus spreche, stelle die „kulturellen Eigenarten und rassischen Besonderheiten über das demokratische Essential der universalistischen Menschenrechte.“⁶⁴ Diese Vorstellung ist keineswegs neu. Am Ende der Weimarer Republik propagierte der Soziologe und Konservative Revolutionär Max Hildebert Boehm die Idee von der „Eigenständigkeit der Völker“. „Die Welt, in der das Volk seinen Ort hat, ist uns deshalb durch einen Pluralismus ... bestimmt.“⁶⁵ Auch Carl Schmitt sprach mit Blick auf die Nationen von einem „Pluriversum“, nicht von einem Universum, und betonte so das Trennende. Die von der IB propagierte Abgrenzung ist ein verkappter Rassismus. Sie behauptet die Gleichwertigkeit der Völker nur innerhalb Europas. In die Tat umgesetzt, liefe Ethnopluralismus – die Entmischung der Völker folgt auf dem Fuße – auf die Ausweisung weiter Teile der Bevölkerung hinaus.

5. Konservativ oder revolutionär? Der Strategiestreit der Neuen Rechten

Ihre Strategie der Provokation, des „Infokriegs“ und der „Umwertung aller Werte“ (Jung) kopierte die IB von der französischen Nouvelle Droite, die bereits auf die deutsche Neue Rechte der alten Bundesrepublik – allerdings nur theoretischen – Einfluss ausgeübt hatte. Heutzutage liefert Benoists Schlüsselwerk „Kulturrevolution von rechts“ eine praktische Handlungsanleitung. Es rekurriert auf den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Dieser entwickelte für die Nouvelle Droite nichts weniger als eine Anleitung zur modernen Revolution: „Nach Gramscis Ansicht lässt sich der ‚Übergang zum Sozialismus‘ in einer entwickelten Gesellschaft weder über einen Putsch noch über die direkte Auseinandersetzung, wohl aber durch die Transformation der allgemeinen Vorstellungen bewerkstelligen, die mit einer langsamen Umformung der Geister gleichbedeutend ist. Und der

⁶³ Jaschke (Anm. 15), S. 208.

⁶⁴ Ebd., S. 207.

⁶⁵ Max Hildebert Boehm, Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften, Göttingen 1932, S. 39.

Einsatz in diesem Stellungskrieg ist die Kultur, die als die Befehls- und Ausgabestelle für die Werte und die Ideen betrachtet wird.“⁶⁶

Offene, freiheitliche Gesellschaften böten für eine solche revolutionäre Strategie ideale Voraussetzungen. Sie begünstigten „sehr oft jenen Prozess der Substitution der Werte, dessen Opfer sie letzten Endes“⁶⁷ würden. „So vollzieht sich unter der Mitwirkung der kulturellen Macht die Umkehrung der ideologischen Mehrheit.“ Diese Strategie versucht die IB heute eins zu eins umzusetzen. In Martin Sellners Worten bekommt die Theorie praktische Relevanz: „Echte politische Arbeit setzt ... als Subversion bei der herrschenden Ideologie an. ... Fällt die Kulturhegemonie des Refugees welcome, werden die Grenzöffnungen, der Asylheim-Bauwahn und die Remigrationsverweigerung als das wahrgenommen, was sie ... sind: Verbrechen. ... Die Idee der ‚Kulturrevolution von rechts‘, mit der Benoist Gramscis metapolitisches Konzept übernahm, führt konsequent zu einer Strategie der gewaltlosen Aktion. Ist die kulturelle Hegemonie als Hauptproblem erkannt, ist ein gewaltloser Infokrieg die logische Konsequenz.“⁶⁸ „Lügenpresse“, „Systemlinge“, „Demokratatur“, „Meinungsdiktatur“. Diese und andere Begriffe, die uns heute in einschlägigen Publikationen begegnen, sind eine antidemokratische Kampfansage. Und sie beginnen, wenngleich in kleinen Dosen, den alltäglichen Sprachgebrauch zu infiltrieren. Von der „Transformation der allgemeinen Vorstellungen“, der „Substitution der Werte“ ist der „Infokrieg“ allerdings noch fern.

Der radikale Flügel der Neuen Rechten lernte auch von Carl Schmitt, der die „Unterscheidung von Freund und Feind zum Kriterium des Politischen“⁶⁹ erhob und im Krieg gegen diese Feinde die logische, unausweichliche Konsequenz sah. Die IB spricht zwar nicht von Krieg, möchte aber „mit vollem Bewusstsein und voller Kraft an der Aufrechterhaltung und Kultivierung“ (gesellschaftlicher, der Autor) „Spannungen arbeiten. Vor allem muss dazu ein klares Feindbild her-

⁶⁶ Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 51.

⁶⁷ Ebd., S. 46.

⁶⁸ Martin Sellner, Die Macht der Gewaltlosigkeit, in: Sezession, 15. Jg., Nr. 76 vom Februar 2017, S. 40-43, hier S. 43.

⁶⁹ Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1963, S. 26.

ausgearbeitet“, der Gegner „zum Symbol des Scheiterns der multikulturellen Gesellschaft werden“, man müsse ihm „gleichzeitig jede Legitimation und Autorität“⁷⁰ absprechen. Die Überideologisierung der freiheitlichen Demokratie als feindliche Weltanschauung, als „sanften Totalitarismus und Kulturhegemonie eines hypermoralischen Staates“⁷¹ ist im neurechten Denken nicht neu.⁷² Ebenso wenig ist es der Bezug auf Arnold Gehlens Werk „Moral und Hypermoral“, das eine „Übersteigerung des Ethischen“⁷³ im demokratischen Staat anprangert. „Das Humanitätsethos ist das erweiterte Ethos der Großfamilie“.⁷⁴ Diese „Moralhypertrophie“ propagierten „privilegierte Kreise“, „wortführende Teile“ der Gesellschaft, die „Intellektuellen“.⁷⁵ Wer Gehlen mit Schmitt addiert, erhält die Summe einer populistisch leicht entflammaren Diskriminierung aller humanitären Grundsätze als zersetzende Ideologie des Establishments, nicht aber des eigenen Volkes.

Der Strategiestreit zwischen Weißmann und Kubitschek ist nicht nur Ausdruck der momentanen Zweiteilung der Neuen Rechten in einen fundamentalistischen oder radikalen bzw. realistischen oder gemäßigten Flügel. Er verweist auch auf die innere Spannung des Begriffs Konservative Revolution, der das Bewahrende und das Umstürzlerische vereint. Umstürzen wollte man die Weimarer Republik. Die aus der rebellischen, militanten Generation der für Kämpfer des ersten Weltkriegs zu spät geborenen Konservativen Revolutionäre wollten aber nicht zurück hinter 1918, sondern den saturierten Konservatismus des kaiserlichen Establishments hinter sich lassen. Ihre Agitation gegen Weimar verbanden sie mit der Vision einer neuen Ordnung. Das konservative Element – das Bewahren deutscher Werte – sollte erst in dieser künftigen Gemeinschaft zum Ausdruck kommen. „Konservativ ist, Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt“⁷⁶, wird Moeller van den Bruck gern zitiert.

⁷⁰ Martin Sellner, Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen, in: Sezession, 14. Jg., Nr. 70 vom Februar 2016, S.18-22, hier S. 19.

⁷¹ Sellner (Anm. 68).

⁷² Vgl. Friedrich Romig, Hierarchie, in: Schrenck-Notzing (Anm. 37), S. 249.

⁷³ Arnold Gehlen, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, 7. Aufl., Frankfurt am Main/Bonn 2016, S. 147.

⁷⁴ Ebd., S. 147.

⁷⁵ Ebd., S. 151.

⁷⁶ Moeller (Anm. 11), S. 291.

Nach dem Zweiten Weltkrieg existierte keine Generation rechter Revolutionäre mehr. Die *Spin Doctors* Mohler und Schrenck-Notzing setzten beim klassisch-konservativen Milieu an, das sie den Fängen des „Liberalismus“ zu entreißen und auf einen nationalistischen Kurs zu bringen gedachten. Den rechten Flügel von CDU und CSU wollten sie stärken und aus der Union drängen. Aus diesem Lager mit Affinitäten zur Neuen Rechten stammt zum Beispiel der heutige AfD-Funktionär Alexander Gauland. Er war einer der intellektuellen Köpfe des stramm konservativen Berliner Kreises und Autor in „Criticón“. Mohler und Schrenck-Notzing dienten sich weder rechtsextremistischen Parteien wie SRP oder NPD an, noch gründeten sie eigene Organisationen. „Metapolitik“ ist noch heute die Strategie der Neuen Rechten – wenn auch mit anderen Adressaten. Dieser Klientelwechsel markiert den Kernkonflikt zwischen Weißmann und Kubitschek.

Für Weißmann, der die Verbindung zwischen der alten, westdeutschen und der neuen, gesamtdeutschen Neuen Rechten verkörpert, läuft die Strategie der IB, deren Mentor Kubitschek wurde, ins Leere. Eine solche Politik, schreibt Weißmann, „kann nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn sie anschlussfähig ist“.⁷⁷ Und an anderer Stelle: „Eine Symbolpolitik, die sich, wie die der Identitären, an den Aktionsformen der Achtundsechziger orientiert, hat nur dann einen politischen Gehalt, wenn sie ein geeignetes Publikum ... findet. Wenn nicht, dann bleibt eine solche Strategie kontraproduktiv und bindet sinnlos Kräfte.“⁷⁸ Das „geeignete Publikum“ bleibt für Weißmann das demokratisch-konservative – durch den Linksruck der Union mutmaßlich heimatlose – Milieu. Es zu binden, dafür sei die AfD die geeignete Kraft: „Dieser Versuch“ – gemeint ist die AfD – „den gesunden Menschenverstand zu organisieren, setzt auf die Mobilisierung „der ... Mitte, was angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse die einzig denkbare Option für ein anderes politisches Handeln ist.“⁷⁹ Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, pflichtet dem bei: „Die AfD ist so erfolgreich,

⁷⁷ Zit. n. Helmut Kellershohn, AfD-Sondierungen, Teil 2: Die AfD als „Staubsauger“ und „Kantenschere“ – Turbulenzen im jungkonservativen Lager (15. Juni 2014), in: www.diss-duisburg.de (gelesen am 10. Dezember 2016).

⁷⁸ Karlheinz Weißmann: Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: *Sezession*, 11. Jg., Nr. 55 vom August 2013, S. 10-13, hier S. 12.

⁷⁹ Ebd., S. 13.

weil sie keine ‚Rechtspartei‘ ist, sondern ihre Initiatoren aus der bürgerlichen Mitte kommen.“⁸⁰

Kubitschek wirft dagegen eben dieser „Mitte“ vor, sich mit dem System zu arrangieren. „Die bürgerliche Mitte als Türöffner ist das eine. Dass sich hinter dieser Tür der Abgrund befindet, dürfte der J(ungen) F(reiheit) nicht verborgen geblieben sein“.⁸¹ Generell sei „Fundamentalopposition nicht Sache politischer Konservativer von heute“⁸², klagt Kubitschek. Er meint damit genau die Klientel, bei der Weißmann ansetzt. In seinem Schlüsseltext „Provokation!“ agitiert Kubitschek gegen jeden „Konsensdiskurs“ und unterstreicht damit seine fundamentaloppositionelle, revolutionäre Attitüde. „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“⁸³ Die Annäherung der AfD an Positionen der Neuen Rechten scheint ihm Recht zu geben.

6. Neue Rechte und Rechtspopulismus: Ein symbiotisches Verhältnis

Die Erfolgsgeschichte der AfD hatte nicht mit einer – die These vom „großen Austausch“ stimulierenden – Flüchtlingswelle sondern mit der Finanz- und Bankenkrise begonnen. Kubitschek erkannte frühzeitig das Potenzial, das im Anti-Euro-Kurs der ursprünglichen Honoratiorenpartei steckte: „Unsere Themen (Identität, Widerstand, Gender-, Parteien- und Ideologiekritik) kommen hintendreingepoltert“⁸⁴, notierte er damals in einen Blog. Damit war schon frühzeitig die Auseinandersetzung mit dem nationalliberalen Flügel unter Parteichef Bernd Lucke eröffnet. Als dieser zu erstarken drohte, initiierten Björn Höcke und André Poggenburg – die Landeschefs von Thüringen und Sachsen-Anhalt – im März 2015 die „Erfurter Resolution“. Sie forderte ei-

⁸⁰ Dieter Stein, Neues Kräftetrapez der Berliner Republik (14. September 2014), in: www.jungefreiheit.de (gelesen am 5. April 2017).

⁸¹ Götz Kubitschek, Die Spurbreite des schmalen Grats 2000-2016, Schnellroda 2016, S. 121.

⁸² Ders. (Anm. 6), S. 10.

⁸³ Ders., Provokation!, in: Sezession, 4. Jg., Nr. 12 vom Januar 2006, S. 22-24, hier S. 24.

⁸⁴ Zit. n. Amann (Anm. 2), S. 118 f.

ne stärker außerparlamentarische Ausrichtung der AfD und ein Zusammengehen mit Pegida. Im Kräftemessen mit den in Ostdeutschland starken Rechtsauslegern unterlag Lucke schließlich und verließ die Partei. Seine Co-Vorsitzende Frauke Petry, die 2017 so glücklos agierte, bewies damals ein besseres taktisches Geschick. Um Lucke loszuwerden, solidarisierte sie sich mit den Rechtsauslegern. Die Geister, die Petry – stets mehr Strategin als Ideologin – damals rief, wurde sie allerdings nicht mehr los.

Heute verhalten sich Teile der AfD zur IB wie der parteipolitische Arm einer außerparlamentarischen Aktionsgruppe. Die „Patriotische Plattform“ der AfD setzte sich für eine engere Zusammenarbeit ein.⁸⁵ Deren Sprecher Hans-Thomas Tillschneider ließ verlauten, beiden Seiten gehe es „um deutsche Identität“.⁸⁶ Andere in der AfD warnten hingegen vor einer tieferen Zusammenarbeit: „Wir wollen keine Verschmelzung mit Organisationen, die als Auffangbecken für Extremisten fungieren, sie in ihren Reihen dulden oder zumindest ihr Verhältnis zu ihnen nicht eindeutig geklärt haben.“⁸⁷ Der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen ließ westdeutschen Realismus erkennen: „Es ist eine existenzielle Frage, ob es ... gelingt, uns glaubhaft von Extremismus und Antisemitismus abzugrenzen. Schaffen wir es, können wir über 20 Prozent kommen. Schaffen wir es nicht, gehen wir unter.“⁸⁸

Der Wunsch nach Abgrenzung mag ein frommer sein – die Realität spricht eine andere Sprache. Im aktuellen Programm zur Bundestagswahl fordert die AfD neuerdings, den „Trend zur Selbstabschaffung“ der „angestammten Bevölkerung“ mithilfe einer „nationalen Bevölkerungspolitik“⁸⁹ zu stoppen. Die Handschrift der IB ist unverkennbar, den Begriff „Selbstabschaffung“ hat sie im Standardrepertoire. Die AfD driftete in ihrer Geschichte nicht zuletzt wegen Petrys Taktik immer mehr nach rechts, was in der Tat ihre Erfolgsaussichten bei

⁸⁵ Vgl. Vorstand der Patriotischen Plattform, Wir sind identitär!, Manuskript vom 14. Juni 2016 (Archiv des Verfassers).

⁸⁶ Zit. n. Hans Müller, Die AfD auf der Suche nach der rechten Identität, in: Neues Deutschland, Nr. 148 vom 27. Juni 2016, S. 6.

⁸⁷ Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt, Manuskript o. D. (2016). (Archiv des Verfassers).

⁸⁸ Zit. n. dpa vom 10. Juli 2016.

⁸⁹ Alternative für Deutschland, Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, S. 36.

Wahlen schmälerte und am Ende Karlheinz Weißmann Recht geben wird. In der Partei sind Rechtspopulismus und Neue Rechte ein symbiotisches Verhältnis eingegangen. Die AfD führte die Neue Rechte aus der Bedeutungslosigkeit – Armin Mohler hätte davon nur träumen können – und umgekehrt baute die Neue Rechte der Partei ein ideologisches Fundament. Sie lieferte dem rechtspopulistischen Netzwerk um Pegida, AfD, „Compact“ und anderen die theoretische Begründung für fremdenfeindliche Ressentiments.

Jürgen Elsässers Magazin „Compact“ fungiert mittlerweile als publizistische Speerspitze dieser Symbiose, geriert sich als selbsternanntes Sprachrohr der AfD-Fundamentalisten und ist längst auf die Linie der IB eingeschwenkt. Gemünzt auf die Zuwanderung nach Deutschland fragt Elsässer in dem für ihn typischen Zynismus: „Werden sich die Deutschen noch rechtzeitig besinnen, bevor die frustrierten ‚Fachkräfte‘ hierzulande den Arabischen Frühling fortsetzen, der schon ihre Heimatländer in Schutt und Asche gelegt hat?“ Gelte das im Grundgesetz verbriefte Widerstandsrecht „nicht erst recht, wenn nicht nur die Demokratie, sondern sogar das Volk beseitigt und durch ein anderes ersetzt werden soll?“⁹⁰

Elsässer dachte nicht immer so. Der Schwenk des ursprünglich von der rigiden Ideologie der Antideutschen Politisierten von links- nach rechtsaußen mag bizarr erscheinen, weist aber mehr Brücken auf als Brüche.⁹¹ Seine strikte Parteinahme gegen den Zerfall Jugoslawiens und für die Sache der Serben kombinierte ab Mitte der 1990er Jahre Restbestände seines alten Bekenntnisses mit einem unterschwellig schon immer vorhandenen Antiamerikanismus. Dieser verstärkte sich unter dem Eindruck des G8-Gipfels in Genua 2001 und dem Krieg gegen den Irak im Jahr darauf. Der Nationalismus des nun zum Leninisten gewendeten Globalisierungsgegners und Antiimperialisten bekam angesichts der Finanzkrise nach und nach eine völkische Wendung – bei fließenden Übergängen. Das Bekenntnis zur Nation ist das stabile Element im politischen Wandel Elsässers, ein Begriff, den er

⁹⁰ Jürgen Elsässer, Widerstand in Hippie-Land, in: Compact, 5. Jg., Nr. 10 vom Oktober 2015, S. 3.

⁹¹ Vgl. Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer, in: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 225–240.

nur beizeiten unterschiedlich operationalisierte: funktional (als Bollwerk gegen Separatismus), leninistisch (als Bollwerk gegen Imperialismus und Finanzkapital) – und schließlich rechtspopulistisch (als Bollwerk gegen die „Auflösung Deutschlands“). Dabei bewies der Apologet der Neuen Rechten, dass sich beide letztgenannte Ausdeutungen keineswegs ausschließen müssen: „Im globalisierten Kapitalismus sind die Flüchtlinge tatsächlich nicht nur Opfer, sondern können auch eine Waffe der Veränderung sein – allerdings nicht im Interesse der Emanzipation, sondern für die Zwecke des Kapitals.“ Multinationale Konzerne instrumentalisierten „diejenigen, die aus den Elendszonen des Neoliberalismus fliehen, zum Angriff auf das Lohnniveau und den Sozialstaat in den Metropolen.“⁹²

Solche Behauptungen legen den Grundstein zum Verschwörungsgedanken. Man kann bei Elsässer von einem modifizierten Revival einer alten großen Verschwörungstheorie sprechen. Kultivierten einst die Nationalsozialisten das Hirngespinnst einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, sind es heute konspirative Mächte hinter der US-Politik, die monokausal die Globalschuld an praktisch allen tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohungen bekommen, egal ob Flüchtlingskrise oder Finanzkrise. Elsässer kam dazu wie viele andere auch durch die terroristischen Anschläge vom 11. September. Sie holten Verschwörungstheorien zunächst in den USA aus ihrem Randdasein, in das sie zwischenzeitlich gerutscht waren. Gerade die extremistische Linke – noch gehörte Elsässer zu diesem Spektrum – rührte in dem Verschwörungsbrei kräftig mit und wurde nicht müde, auf US-amerikanische Öl- und Waffen-Interessen zu verweisen: Das Attentat sei von einer mächtigen Wirtschaftslobby geplant und von US-Geheimdiensten ausgeführt worden. Auch bei Elsässer verfiel dieses Konstrukt sofort: „Beim 11. September ist es einfach Fakt, dass von den amerikanischen Diensten eine Elefantenspur hinterlassen wurde ... Ich stieß darauf, dass dieser aufgebaute Popanz von der islamischen Weltverschwörung am 11. September nicht mit Tatsachen zu belegen war, sondern dass es Hinweise darauf gab, dass dieses Ereignis-

⁹² Jürgen Elsässer, Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg, Bonn 2007, S. 50.

nis von Teilen der US-Geheimdienste inszeniert worden ist.“⁹³ Noch immer versucht Elsässer akribisch nachzuweisen, dass die Drahtzieher in den USA den islamistischen Terrorismus fördern.

In populistischen, der Neuen Rechten nahestehenden Medien wie „Compact“ sind nicht mehr die Verschwörungstheorien des 19. und 20. Jahrhunderts virulent, die geheime, *gegen* die Herrschenden gerichtete Zirkel, am Werk sehen. (Umgekehrt sind es auch nicht die Herrschenden, die wie einst die Nationalsozialisten das Volk mittels einer Verschwörungstheorie steuerten.) Verschwörungstheoretiker gehen heute davon aus, dass der Staat selbst, eine Politikerkaste oder – wie die frühere Tagesschau-Sprecherin Eva Herman sagte – „eine bestimmte Gruppe von Machtmenschen des globalen Finanzsystems, mit einem geheimen Plan sich die Welt untertan machen“.⁹⁴ Diese Verschwörungstheorien sind heterodox. Das heißt, eine gesellschaftliche Minderheit wendet sich gegen den behaupteten vorherrschenden Diskurs. Diese Minderheit fühlt sich von einem angeblich von Verschwörern inszenierten, sogenannten politischen Mainstream bedroht. Um diese mobilisierende Opferrolle aufrecht zu erhalten, dürfen sich Verschwörungstheorien nicht bewahrheiten. Sie werden mit mehr oder weniger nebulösen Indizien befeuert, aber eine stringente Beweisführung, nach der jede normale Theorie strebt, ist ihnen abträglich. Würden sie Teil des mehrheitlich anerkannten Diskurses, verlören Verschwörungstheorien ihre mobilisierende Funktion. Elsässer sieht sie explizit als Mittel, die Opposition gegen „Globalismus“ und die „Weltdiktatur des Finanzkapitals“⁹⁵ zu einen. Mit Bedauern stellte er fest, die im Zuge der Verschwörungen um die Anschläge vom 11. September in den USA entstandene sogenannte Truthther-Bewegung zersplitterte zu sehr, als dass sie Wirkungsmacht entfalten könne.

An Verschwörungstheorien docken die perhorreszierenden Vorstellungen der radikalen Neuen Rechten, etwa vom „Großen Austausch“,

⁹³ Ausgedeutet. Ein Gespräch über Vergangenheit und Gegenwart der anti-deutschen Bewegung. Interview mit Jürgen Elsässer, in: Jungle World, Nr. 49 vom 16. November 2005, S. 4.

⁹⁴ Eva Herman, Einwanderungs-Chaos: Was ist der Plan (August 2015), in: www.wissensmanufaktur.net (gelesen am 5. Oktober 2016).

⁹⁵ Jürgen Elsässer, Der Zerfall der Truthther-Bewegung, in: Elsässers Blog vom 7. März 2011 (gelesen am 5. April 2016).

nahtlos an. Die „wichtigste Funktion“ von Konspirationsphantasien ist es laut den Soziologen Andreas Anton, Michael Schetsche und Michael Walter, „bestimmte Ereignisse oder Prozesse, die sich ansonsten nur schwer einordnen ließen, sinnhaft zu deuten“.⁹⁶ Verschwörungstheoretiker instrumentalisieren das Verlangen nach einfachen Erklärungen komplexer Entwicklungen und nach Orientierung in Phasen des Umbruchs und des subjektiv empfundenen Chaos. Rechtspopulisten und Neue Rechte kalkulieren mit diesem Angstfaktor, wobei Verschwörungstheorien gerade nicht wie ein Sedativum wirken sollen, sondern im Gegenteil Ängste schüren. Ein Teufelskreislauf: Wenn Jürgen Elsässer oder Björn Höcke über das mutmaßliche Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern fabulieren, generieren sie eine Angst, die sich zusammen mit der dahinterstehenden Verschwörungstheorie von der ferngesteuerten Flüchtlingsinvasion aufschaukelt. Dieser Effekt verstärkt eine weitere Funktion – die Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates, der schon allein dadurch zum Ausdruck kommt, dass Elsässer den von ihm favorisierten Staatsmodellen Wladimir Putins oder Viktor Orbáns keine Verschwörungsabsichten unterstellt. Er sieht allein in freiheitlichen Gesellschaften Verschwörer am Werk.

7. Ostbindung und Querfront: Neue Ansätze oder Wiederkehr alter Ideen?

Die Präferenz für die Autokratie in Russland gründet nicht nur in der antiwestlichen Attitüde Putins. Die Ostorientierung hat in der Neuen Rechten eine lange Tradition, die bis zur Konservativen Revolution zurückreicht. Schon Arthur Moeller van den Bruck sah „Deutschlands Zukunft im Osten und propagierte die radikale Ablösung des Reichs von der westlichen Kulturtradition“,⁹⁷ eine Vision, die seiner Meinung nach auf Gegenseitigkeit beruhte: „Die Völker des Ostens ... nehmen an Werten auf, was aus Deutschland zu ihnen herüberkommt und

⁹⁶ Andreas Anton, Michael Schetsche, Michael Walter, Einleitung: Wirklichkeitskonstruktion zwischen Orthodoxie und Heterodoxie – zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien, in: Dies. (Hrsg.), *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*, Wiesbaden 2014, S. 9-25, hier S. 15.

⁹⁷ Weiß (Anm. 2), S. 183.

ihnen nützen kann.“⁹⁸ Den Bolschewismus begrüßte er nicht zu Unrecht als russischen Nationalismus, und damit indirekt als Gleichgesinnten. Auf diese Weise setzte sich Moeller von der später von Adolf Hitler und Alfred Rosenberg formulierten nationalsozialistischen Generallinie ab, die die Sowjetunion als Teil einer jüdischen Weltverschwörung denunzierte. Der deutsche Sonderweg des NS-Regimes „zwischen dem kapitalistischen ‚Westen‘ mit seiner Bindungslosigkeit und seinem Individualismus einerseits und dem bolschewistischen ‚Osten‘ mit seinem Kollektivismus und seiner ‚Barbarei‘ andererseits“⁹⁹ setzte sich nach 1945 unter völlig anderen Vorzeichen fort.

Versuche, die Westbindung der Bundesrepublik zu kappen, führten die Neue Rechte vor 1990 in nationalneutralistische Positionen – also ein blockfreies Deutschland zwischen den Hemisphären. Weißmann gab zwar der liberalen Hegemonie bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung die Schuld: „Was sich hier ankündigte, war die allgemeine Absage an die Vorstellung des früher so oft beschworenen ‚deutschen Weges‘.“¹⁰⁰ Doch auch die unerwünschte Hegemonie des Antikommunismus im konservativen Lager verhinderte eine Ostorientierung. Mohlers überzogene Hoffnungen verwiesen auf ein Desiderat: „Zur heutigen politischen Situation der Bundesrepublik gehört – auch wenn man es nicht offen zugeben will – ein tief hinunter reichender, nur teilweise bewusst werdender Antiamerikanismus. Ein Antiamerikanismus, dem erstaunlicherweise kein vergleichbarer Affekt gegen die andere Siegermacht gegenübersteht“¹⁰¹ Aber nach der Implosion der Sowjetunion lebte die konservativ-revolutionäre Vision einer Ostbindung allenfalls zögerlich auf.

Karlheinz Weißmann hielt nach der Wende an seiner in den 1980er Jahren entwickelten Mitteleuropa-Theorie fest, quasi die geographisch erweiterte Vorstellung eines deutschen Sonderwegs. Sie besagte, dass

⁹⁸ Moeller von den Bruck (Anm. 11), S. 244.

⁹⁹ Weißmann (Anm. 16), S. 15.

¹⁰⁰ Ders., Der „Westen“ in der deutschen Historiographie nach 1945, in: Rainer Zitelmann, Ders., Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt am Main/Berlin 1993, S. 343-363, hier S. 345.

¹⁰¹ Armin Mohler, Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren, in: Criticón, 11. Jg., Nr. 68 vom November/Dezember 1981, S. 303-307, hier S. 304.

„nur in einer kerneuropäischen Perspektive ... ein europäisches Selbstbewusstsein entwickelt werden“¹⁰² könne. Das bedeutete eine Absage an West- und Ostbindung gleichermaßen. Die liberale Jelzin-Ära in Russland trug sicherlich zu Vorbehalten gegenüber Moskau bei. Aber auch die spätere Faszination für das autoritäre Putin-System schlug nicht in eine nachhaltige Option für eine Ostbindung um. Putins von dem Rechtsextremisten Alexander Dugin gespeiste Vorstellung eines „euro-asiatische(n) Kontinentalbündnis(es) unter russischer Führung“¹⁰³ begrüßten neurechte Publizisten zwar als „multipolaren Gegenentwurf zum angloamerikanischen Suprematieanspruch“.¹⁰⁴ Überwiegend herrschte jedoch Skepsis gegenüber Dugins verstiegenen Theorien¹⁰⁵, obwohl dieser „ausdrücklichen Bezug auf die Konservative Revolution“¹⁰⁶ nahm und dieselbe Denkweise offenbarte: Dugins Neoeurasianismus erblickte „Individualismus, Säkularisierung und liberale Demokratie ... als Fremdkörper im russischen Volk.“¹⁰⁷ Mit ihrer mehr oder weniger vorbehaltlosen Zustimmung zu Dugin stand die IB allein da. Wie der russische Suprematieanspruch Dugins mit dem Ethnopluralismus der IB zusammenpassen soll, ist allerdings ein Rätsel.

Mit der skrupulösen Ostorientierung der Neuen Rechten hängt der Begriff der sogenannten Querfront zusammen. Gemeint ist ein gegen die Demokratie gerichtetes Bündnis der extremistischen Rechten und der extremistischen Linken. Weißmann schreibt: „Der Gedanke, dass die bis dahin feindlichen Prinzipien Nationalismus und Sozialismus zu einer neuen Synthese verbunden werde müssten, wurde in den entwickelten europäischen Staaten spätestens seit der Jahrhundertwende

¹⁰² Bernard Willms, Deutsches Nationalbewusstsein und Mitteleuropa, in: *Criticón*, 17. Jg., Nr. 102 vom Juli/August 1987, S. 163-165, hier S. 165.

¹⁰³ Weiß (Anm. 2), S. 181.

¹⁰⁴ Michael Paulwitz, Positionen und Begriffe im Ukraine-Konflikt, in: *Sezession*, 12. Jg., Nr. 60 vom Juni 2014, S. 2-3, hier S. 3. Vgl. Ders., Geographie ist Schicksal, in: *Junge Freiheit*, Nr. 38 vom 12. September 2014, S. 1.

¹⁰⁵ Vgl. Martin Lichtmesz, Alexander Dugin – Der postmoderne Antimoderne (22. Juli 2014), in: www.sezession.de (gelesen am 30. April 2017).

¹⁰⁶ Claus Leggewie: *Anti-Europäer*. Brevik, Dugin, al-Suri & Co., Berlin 2016, S. 62.

¹⁰⁷ Ebd., S. 65.

diskutiert.“¹⁰⁸ Oswald Spengler schwebte ein „deutscher Sozialismus“ vor, der nicht wie der Marxismus in der Arbeiterklasse, sondern im ganzen Volk das revolutionäre Subjekt sah. „Der Sozialismus als Daseinsform steht an seinem Anfang, der Sozialismus als Sonderbewegung des deutschen Proletariats aber ist zu Ende.“¹⁰⁹ Der Blick in die Geschichte offenbart jedoch, dass der rechte und der linke politische Rand meist nur darauf aus waren, einander zu instrumentalisieren, also den ideologischen Gegner auf die eigene Seite zu ziehen. Spenglers Ansatz wollte die Linksextremisten mithilfe der Gegnerschaft zum Kapitalismus bekehren, den in der Tat beide Pole als Produkt des westlichen Liberalismus verteufelten: Der Sinn des Sozialismus ist ... Freiheit von der wirtschaftlichen Willkür des Einzelnen.“¹¹⁰ Umgekehrt versuchte die äußerste Linke, die Rechtsextremisten mit nationalistischen Positionen zu überzeugen. Beides funktionierte nur in Einzelfällen.

Karlheinz Weißmann hat in seinem Buch über den „Nationalen Sozialismus“ akribisch alle historischen Versuche aufgegriffen, linke und rechte Positionen zu synthetisieren. Er wollte nachweisen, dass Imperialismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Nationalismus keineswegs exklusiv rechts sind. Weißmann erblickte wie praktisch alle Neuen Rechten einst und heute in Benito Mussolinis faschistischer Bewegung das Ideal einer Querfront. „Der Versuch, sozialistische und nationalistische, eher ‚linke‘ und eher ‚rechte‘ Elemente in seiner Weltanschauung zu verschmelzen, blieb für den Faschismus typisch“.¹¹¹ Diese Einschätzung ist durchaus gerechtfertigt. Wahr ist aber auch, dass vom frühen Mussolini einmal abgesehen, die Querfront ein Gedankenspiel blieb. Das trifft auf die aktuelle Situation gleichermaßen zu: Was theoretisch nahe liegt, ist praktisch nicht zustande gekommen, auch wenn Elsässer und „Compact“ sich als Verkörperung einer solchen Querfront gerieren. Nur bei den Montagsmahnwachen auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise 2014 fanden

¹⁰⁸ Weißmann (Anm. 16), S. 110.

¹⁰⁹ Spengler (Anm. 12), S. 100.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Karlheinz Weißmann, Faschismus. Eine Klarstellung, Schnellroda 2009, S. 29.

Rechte und Linke in ihrer entschiedenen Pro-Moskau-Attitüde zusammen.

Aktuell verbindet beide Seiten immerhin eine Krisenidentität, die sich an einer gemeinsamen prorussischen und antiglobalistischen Haltung manifestiert. Gegen die „herrschende Finanzoligarchie“ zu wettern, gehört sowohl in der Neuen Rechten bzw. der AfD als auch in der Partei „Die Linke“ zum guten Ton. Frauke Petry und Sahra Wagenknecht galten als Sinnbild einer imaginierten, populistischen Querfront. Wagenknecht machte mit Äußerungen zu Flüchtlingen und der Flüchtlingspolitik auf sich aufmerksam, die auch von Petry hätten stammen können. Dass die Fraktionsvorsitzende der „Linken“ deshalb nach rechts gerückt ist, ist allerdings ein Trugschluss.¹¹² Wagenknecht hat aber erkannt, dass ihre Partei direkt mit der AfD um die Protest- und Nichtwähler konkurriert, und sie hat diesen Kampf aufgenommen. Der AfD das Wasser abzugraben, ist eine Sache, ein Bündnis zwischen extremistischer Rechter und extremistischer Linker eine ganz andere. Ein solches dürften nicht nur die massiven ideologischen Vorbehalte aufseiten der „Linken“ verhindern, sondern auch die wirtschaftsliberale Grundton der AfD-Programmatik, die einem gemeinsamen Antikapitalismus von vornherein den Boden entzieht.

8. Direkte Demokratie und Islamfeindschaft: Neurechte Mobilisierungen

Nicht jeder, der mehr direkte Demokratie fordert, hat mehr Demokratie im Sinn. Es mag paradox erscheinen, dass ausgerechnet Gegner einer freiheitlichen Demokratie und Populisten an den politischen Rändern sich für Volksgesetzgebung einsetzen. Die Gründe dafür liegen nicht so sehr darin, dass sie damit „offensichtlich vielen Bürgern aus der Seele“¹¹³ sprächen, sondern in der Feindstellung gegenüber dem Parlamentarismus. Dahinter steht eine Auffassung, die Interessenkonflikte und Kompromisse grundsätzlich als undemokratisch ablehnt und

¹¹² Jürgen P. Lang, Sahra Wagenknecht. Links oder rechts? Populistisch oder ideologisch? Demokratisch oder extremistisch? (1. März 2017), in: www.txt.extremismus.com/wagenknecht (gelesen am 1. März 2017).

¹¹³ Frank Decker, *Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift*, Bonn 2016, S. 38.

wahre Demokratie ausschließlich in einer homogenen Nation verwirklicht sieht. Volksabstimmungen können die demokratischen Institutionen schwächen, die der Volkssouveränität in der Tat gerade dort Grenzen setzen, wo Grundwerte in Gefahr sind. Das ist das eine. Die Protagonisten der Konservativen Revolution sprachen der repräsentativen Demokratie zudem ab, „Eliten hervorzubringen“ und träumten von einer „Verbindung aus charismatischer Herrschaft und plebiszitärer Legitimation“.¹¹⁴ Ein organisch aus dem Volk erwachsener „Führer“ erhält durch ein Plebiszit „demokratische“ Weihen. Als Vorbild galten und gelten der Neuen Rechten die Herrschaft Mussolinis, Napoleon Bonapartes, Napoleons III. oder der Jakobiner.

Karlheinz Weißmann macht zwei weitere Funktionen direkter Demokratie aus: „Die Mobilisierung des Volkes durch den Mythos Napoleon war ... ebenso wichtig wie die Möglichkeit, den nationalen Konsens mit Hilfe des Plebiszits herzustellen.“¹¹⁵ Dieser Volkswille gälte dann als ewiggültige Berufungsinstanz für alle Streitfragen und schlösse alle aus, die anderer Meinung sind. Wer den Kontrollmechanismus des Parlamentarismus durch direkte Demokratie zerstören will, kann einer Diktatur den Weg bahnen. Das gilt nicht nur bei Plebisziten über eine Herrschaft, sondern auch bei Abstimmungen über Themen, die bei komplexen Sachverhalten meist auf ein bloßes Pro und Contra hinauslaufen. Das macht anfällig für Manipulationen. Man denke an die Brexit-Abstimmung in Großbritannien, bei der nicht die beste Argumentation, sondern die beste Agitation gewonnen zu haben scheint. Die Gefahr, dass Entscheidungen aufgrund falscher Behauptungen herbeigeführt werden, ist bei Volksabstimmungen besonders groß. Wenn ein Autor der „Sezession“ schreibt, „das Volk kann in anonymen Abstimmungen eine Meinung kundtun, die im Alltag oft gar nicht mehr ausgesprochen werden darf“,¹¹⁶ kommt das verschwörungstheoretische Denken zum Vorschein, das unterstellt, das Volk wolle eigentlich etwas anders als es die angebliche „Meinungsdiktatur“ zulässt.

¹¹⁴ Karlheinz Weißmann, Elite, in: Schrenck-Notzing (Anm. 37), S. 154.

¹¹⁵ Ders. (Anm. 16), S. 64.

¹¹⁶ Volker Mohr, Die direkte Demokratie in der Schweiz, in: Sezession, 12. Jg., Nr. 60 vom Juni 2014, S. 24-26, hier S. 26.

Ein Thema massiver Mobilisierung am rechten Rand ist – nach dem Euro und den Flüchtlingen – heutzutage der Islam. Im Grundsatzprogramm der AfD, so bringt es die „Spiegel“-Redakteurin Melanie Amann auf den Punkt, „werden Muslime kaum verklausuliert für ungültig erklärt.“¹¹⁷ Die Partei bekennt sich einerseits zur Religionsfreiheit, postuliert andererseits, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.¹¹⁸ Der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz weist darauf hin, dass sich „die radikal antiislamische Propaganda der heutigen Völkischen in und außerhalb der AfD inzwischen der historischen radikal antijüdischen Propaganda der völkischen Bewegung der Weimarer Republik“¹¹⁹ bis in die Wortwahl gleicht. Man könnte den Eindruck gewinnen, der Kampf gegen Islam und Islamisierung der Gesellschaft sei heute das zentrale ideologische Motiv der Neuen Rechten. Der Eindruck entsteht deshalb, weil die Neue Rechte die antiislamische Attitüde zur Zeit gemeinsam mit den Rechtspopulisten ausschlachtet. Ideologiebildend ist sie aber nicht, im Gegenteil.

Viele Indizien legen nahe, dass die Islamfeindschaft nur einer momentanen Konjunktur folgt. Im Europawahlprogramm der AfD war der Islam zum Beispiel noch kein Thema. Die IB weist der Islamfeindschaft (ganz im Gegensatz zum Kampf gegen den Liberalismus) in ihren Strategiepapieren explizit eine untergeordnete Rolle zu – obwohl die Anti-Islam-Agitation ihre Propaganda vom „Großen Austausch“ befeuert. In der „Compact“-Nullnummer 2010 wandte sich Elsässer gegen Thilo Sarrazin, der in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ – es gilt als Tabubrecher der AfD – von einer Islamisierung der Bundesrepublik gewarnt hatte. „Die Stoßtruppen für die Auflösung Deutschlands sind nicht die Muslime, sondern die Achtundsechziger“¹²⁰, schrieb Elsässer seinerzeit. Heute entwirft „Compact“ ein wahres Schreckensszenario der Islamisierung. Und auch Björn Höcke,

¹¹⁷ Amann (Anm. 2), S. 232.

¹¹⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Die AfD – eine Partei mit problematischen Positionen. Kritische Anmerkungen zum ersten Programm, in: Freiheit und Recht, November 2016, S. 14.

¹¹⁹ Steffen Kailitz, Freiheit, in: Gereon Flümman (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus, Bonn 2017, S. 125-146, hier S. 141.

¹²⁰ Jürgen Elsässer, Rechtspartei oder Volkspartei?, in: Compact, Nullnummer, Dezember 2010, S. 11.

auf den sich Kailitz‘ oben erwähntes Zitat bezieht, sagte im Mai 2016 in Erfurt: „Der Islam ist nicht mein Feind. Mein Feind ist etwas ganz anderes. Unser größter Feind ist unsere eigene Dekadenz.“¹²¹

Im Grunde steht die Neue Rechte dem Islam indifferent gegenüber. „Sezession“-Redakteur Martin Lichtmesz modifiziert Moellers geflügeltes Wort: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde, nicht am Islam!“¹²² Die „Islamisierung sei nur die Sekundärinfektion eines Systems, das seine eigenen Grundlagen aushöhlt und zerstört.“¹²³ Islamfeindschaft führe nur zu „Surrogat-Identitäten wie die liberalen Allgemeinheiten oder blindes USA- und Israel-Partisanentum“.¹²⁴ Auch Karlheinz Weißmann kritisiert die Islamfeindschaft: Sie sei „im Grunde unpolitisch ..., weil“ (sie, der Autor) „eine Feinderklärung gegen eine Größe richtet, die als solche gar nicht existiert: der Islam. Feind kann nur sein, wer, mit Carl Schmitt, als eine ‚der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen‘ auftritt. ... Und das ist nicht der Fall.“¹²⁵

9. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Konservative Revolution geriet nie in die Verlegenheit, sich aktiv vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Das erledigte die Neue Rechte unfreiwillig nachträglich. War jene Teil einer starken, rechtsextremistischen Strömung der Weimarer Republik, musste diese in der Bundesrepublik gegen den Strom schwimmen. Der Abstand zur NS-Ideologie war indes aus extremismustheoretischer Sicht weder hier noch dort allzu groß. Wer sich auf die Konservative Revolution beruft, disqualifiziert sich als Demokrat. Daran ändert eine noch so schlüssige Distanzierung zu anderen Varianten des Rechtsextremismus nichts. Auch wer die Konservative Revolution mit den hier verhandelten Vertretern der Neuen Rechten vergleicht, stößt auf keine wesentlichen

¹²¹ Video vom 18. Mai 2016, in: www.youtube.com/watch?v=MRmftBet-1l (gesehen am 22. Juni 2017).

¹²² Zit. n. Weiß (Anm. 2), S. 19.

¹²³ Martin Lichtmesz, Weißmann, Stürzenberger und das Elend der Islamkritik (9. Oktober 2012), in: www.sezession.de (gelesen am 10. Juni 2016).

¹²⁴ Zit. n. Weiß (Anm. 2), S. 222.

¹²⁵ Karlheinz Weißmann, Islamkritik – Leitideen und Einwände, in: Sezession, 10. Jg., Nr. 51 vom Dezember 2012, S. 24-27, hier S. 27.

Unterschiede. Die ideologischen Grundlinien bleiben unangetastet. Mögliche Innovationen erweisen sich meist als gescheiterte Formen alten Denkens: Die Ostbindung bekam trotz aller Putin-Apologie nicht mehr die Relevanz wie zu Weimarer Zeiten. Die rechtslinke Querfront blieb weitgehend ein historisch nur mühsam zu unterfütternder Wunschtraum. Einzig die Forderung nach mehr direkter Demokratie manifestiert sich heute nicht mehr in der Vorstellung eines Führer-Plebizits. Doch das dahinterstehende Demokratieverständnis ist ebenso gleich geblieben wie die systemoppositionellen Absichten.

Die anti-islamischen Attitüden verharrten gänzlich an der Oberfläche und dürften sich als vorübergehendes Phänomen erweisen. Sie sind Auswuchs der Symbiose mit AfD und Medien wie „Compact“. Vor allem der radikale Flügel der Neuen Rechten hat personell und ideologisch mehr als nur einen Fuß in der Tür rechtspopulistischer Netzwerke. Die verschwörungstheoretische Argumentation und der aggressive Ton von „Compact“ fungieren als Katalysator neurechter Ideen. Das IB-Konzept des Infokriegs, der Umwertung der Werte, erhält so ihre Plattformen. Die angebliche „Bewegung“ mag personell schwach sein und sich elitär abschotten. Aber die „alternativen“, eine Gegenöffentlichkeit inszenierenden Medien fungieren gerade im Internet als Brandbeschleuniger ihrer Ideen. Die Parolen der Neuen Rechten sind dabei, in den Alltagsdiskurs einzusickern. Davon geht gesamtgesellschaftlich eine größere Gefahr aus als von militanten Neonationalsozialisten. Der demokratische Verfassungsstaat muss Wege finden, sich gegen seine Delegitimierung zu wehren. Der Populismus ist indes keineswegs nur ein Vehikel für die Neue Rechte. Bereits Moeller und Jung integrierten ihn *avant la lettre* in ihr Denken. Die Behauptung des einen, Parlamentarismus sei „gleichbedeutend ... mit politischer Ämterbesetzung und Postenverteilung“¹²⁶, oder des anderen, „Macht verleiht Geld und Geld verleiht wieder Macht“¹²⁷, kommen uns bekannt vor.

Die größte Differenz zwischen einst und heute lag lange Zeit in der Auffassung vom (deutschen) Volk. Die völkische Nation und Ethnie in eins setzende Weltanschauung der Konservativen stellte der biologisch fixierten NS-Ideologie eine multikausale Manifestation eines

¹²⁶ Moeller (Anm. 11), S. 115.

¹²⁷ Jung (Anm. 18), S. 111.

integrierenden „Volksgeistes“ gegenüber. Nach 1945 verwandten Angehörigen der Neuen Rechten den Volksbegriff nurmehr vereinzelt. Forderungen nach gesamtdeutschem Selbstbewusstsein kamen weitgehend ohne ethnische Diskurse aus. Das änderte sich erst in den letzten Jahren angesichts der verstärkten Zuwanderung nach Europa. Während die Finanzkrise allenfalls das Nationalbewusstsein befeuern konnte, öffnete die Flüchtlingskrise die Tür zum völkischen Denken. Der Kulturrassismus der IB ist Ausdruck dieser Rückkehr zu Weimarer Zeiten. Dass Stichwortgeber wie Renaud Camus dabei keineswegs die Rolle des Vorreiters für sich beanspruchen können, zeigt ein Blick in die bundesdeutsche Geschichte. Das von Universitätsprofessoren veröffentlichte „Heidelberger Manifest“, das bereits 1981 prognostizierte: „Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.“¹²⁸ Die IB muss sich heute die Frage gefallen lassen, wo seitdem die „ethnischen Katastrophen“ geblieben sind.

Wohin geht die Neue Rechte? Die Spaltung in eine „Realo“- und einen „Fundi“-Fraktion nimmt möglicherweise den Niedergang vorweg. Das rechtspopulistische Doping putschte bislang allein den radikalen Flügel auf. Ausgerechnet dessen Einfluss auf die AfD dürfte aber zum Niedergang der Partei beitragen. Ostentativ rechtsextremistische Positionen werden vom Wähler nicht goutiert.¹²⁹ Wer für Protest optiert, wählt auf Dauer keine Ideologiepartei. Von einer solchen ist die AfD freilich noch weit entfernt, aber ihre Abgrenzung nach rechts außen ist nicht konsequent. Und es gibt an der Parteibasis starken Rückhalt für radikale Kräfte, die inzwischen die politischen Inhalte maßgeblich mitbestimmen. Dies mindert die Wählbarkeit der AfD und wird am Ende die radikale Neue Rechte auf die Straße treiben, bevor ihr Hype verpufft. Der medienwirksame außerparlamentarische Protest der IB hat inzwischen das rechtsextremistische Spektrum verändert. Die neonazistische Szene organisierte sich zum Teil in strafferen Organisationen wie die Parteien „Der III. Weg“ oder „Die Rechte“, die mehr

¹²⁸ Heidelberger Manifest, Manuskript, 17. Juni 1981 (Archiv des Verfassers).

¹²⁹ Vgl. Thomas Petersen, Am Rand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Mai 2017, S. 8.

Schlagkraft versprechen. Die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist freilich noch nicht abzuschätzen.

Diskurse der Neuen Rechten in dem Publikationsorgan „Sezession“

Eine extremismus- und ideologietheoretische Analyse der Zeitschrift

Armin Pfahl-Traugber

1. Einleitung und Fragestellung

Bezogen auf den Rechtsextremismus in Deutschland kursieren diverse Fehlwahrnehmungen. Zwei weit verbreitete Annahmen dieser Art sind, dass es dort keine Intellektuellen geben und dass es sich allgemein um Neonationalsozialisten handeln würde. Doch dem ist in beiden Fällen nicht so, wenngleich ein „wahrer Kern“ bei solchen Vorurteilen vorhanden ist: Es mangelt in dem politischen Lager durchaus an ideologischen Köpfen, auch spielt die Entwicklung einer stringenten Theorie keine so große Rolle. Gleichwohl gab und gibt es dort Denker, die sich als geistige Wegweiser verstehen. Man findet sie indes weniger unter den Anhängern des historischen Nationalsozialismus, die den deutschen Rechtsextremismus stark prägen. Eher neigen die Gemeinten anderen ideengeschichtlichen Vorbildern zu. Für Deutschland ist dies insbesondere die „Konservative Revolution“ der Weimarer Republik. Deren damaligen geistigen und politischen Anhängern ging es um die Etablierung einer autoritären Ordnung und die Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates.

Genau diese Absicht macht ihre heutigen Nachfolger auch zu Rechtsextremisten. Die Ablehnung der Grundlagen einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft wird dabei nicht in aller Offenheit und Schärfe vorgetragen, besteht doch in der Bundesrepublik Deutschland eine andere politische Rahmensituation als in der Weimarer Republik. Gleichwohl macht der genaue Blick eine entsprechende Frontstellung in den Grundpositionen der damit gemeinten „Neuen Rechten“ deutlich. Dies soll hier anhand einer Analyse der Diskurse in dem Publikationsorgan „Sezession“ aufgezeigt werden. Dabei handelt es sich um die vom „Institut für Staatspolitik“ herausgegebene Theoriezeitschrift, die kontinuierlich Beiträge zu inhaltlichen und strategischen Themen veröffentlicht. Sie sollen sowohl einer extremismus- wie ideologietheoretischen Untersuchung ausgesetzt werden. Es geht demnach erstens

um die Frage „Handelt es sich um ein extremistisches Projekt?“ und zweitens um die Frage „Welche ideengeschichtliche Einordnung kann dazu vorgenommen werden?“

Um darauf Antworten geben zu können, wird wie folgt vorgegangen: Zunächst bedarf es einer Definition von „Neue Rechte“ als Arbeitsbegriff (2.) und einiger Grundinformationen über das „Institut für Staatspolitik“ und die „Sezession“ (3) als Untersuchungsobjekt. Danach geht es um die Darstellung und Einschätzung von Diskursen zu unterschiedlichen Themen: „Rechts“ (4.), „Provokation“ (5.), „Faschismus“ (6.), „Konservative Revolution“ (7.), „Carl Schmitt“ (8.), „Strategie“ (9.), „Widerstand“ (10.) und „Fundamentalopposition“ (11.). Dem schließen sich Einschätzungen zur Einstellung zu Faschismus und Nationalsozialismus (12.) und zur „Konservativen Revolution“ (13.) an. Besonders das Bekenntnis zu der letztgenannten Denkströmung erlaubt eine Einschätzung als rechtsextremistisches Phänomen. Dazu bedarf es aber auch einer Auseinandersetzung mit gegenteiligen Einwänden (14.). Und schließlich macht diese Bewertung eine Erörterung der Einforderungen von „Umsturz“, „Umwälzungen“ und „Widerstand“ (15.) in der Zeitschrift verständlich.

2. Definition „Neue Rechte“ als Arbeitsbegriff

Bevor auf die Beiträge und Diskurse in dem Publikationsorgan „Sezession“ detaillierter eingegangen werden kann, bedarf es hier noch einiger Erläuterungen zu dem mit „Neue Rechte“ gemeintem Phänomen. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich, weil der Terminus in Öffentlichkeit und Wissenschaft unterschiedlich verstanden wird. Um demnach Kommunikationsprobleme zu vermeiden, soll der hier genutzte Arbeitsbegriff genauer erläutert werden. Zunächst aber folgen einige Anmerkungen dazu, was erklärtermaßen damit nicht gemeint ist: Häufig kursiert die Bezeichnung „neue Rechte“, dann aber in der Kleinschreibung des ersten Wortes, für zeitlich neue Phänomene im politischen Raum. So wurden beispielsweise als rechtspopulistisch geltende Parteien wie die „Front National“ in Frankreich oder die „Freiheitliche Partei Österreichs“ bereits seit Beginn der 1990er Jahre so bezeichnet. Gleiches galt dann ab Mitte der 2010er Jahre angesichts deren Aufkommens gegenüber der „Alternative für Deutschland“ oder der „Pegida“-Bewegung.

Genau darum soll es hier nicht gehen, ist mit „Neue Rechte“ doch eher eine Selbstbezeichnung gemeint. Sie wird von einer Intellektuellengruppe genutzt, welche eine Fixierung auf bestimmte historische Bewegungen, Parteien oder Systeme ablehnt. Dies gilt insbesondere für den Hitlerschen Nationalsozialismus. Gleichzeitig berufen sich die Gemeinten aber sehr wohl auf geschichtliche Phänomene. Damit angesprochen sind die Denker der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, wozu Arthur Moeller van den Bruck und Edgar Julius Jung, Martin Heidegger und Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler zählten. Diese standen in grundsätzlicher Ablehnung dem damaligen demokratischen Verfassungsstaat gegenüber. Er sollte durch eine autoritäre Diktatur, die erst wieder Dinge schaffen würde, welche es zu erhalten lohne, ersetzt werden.¹ Insofern repräsentierten die gemeinten Autoren mit das „antidemokratische Denken in der Weimarer Republik“², was bedeutsam für die Einschätzung ihrer heutigen Nachfolger wäre.

Neben diesem ideologischen bzw. ideengeschichtlichen Aspekt ist für die hier gemeinte Auffassung von „Neue Rechte“ noch eine handlungsbezogene bzw. strategische Komponente relevant. Es geht um eine Intellektuellengruppe, also nicht um eine Partei, eine Organisation, einen Verein oder eine Zelle. Die Bezeichnung „Gruppe“ bezieht sich hier auf einen ideologischen Grundkonsens, schließt aber nicht in Detailfragen bestehende Unterschiede oder Widersprüche aus. Daher darf man nicht an einen festen Block denken. Es handelt sich vielmehr um einzelne Autoren, die mehr durch persönliche Kontakte und gemeinsame Publikationsorte miteinander verbunden sind. Eine feste Organisationsstruktur besteht nicht. Den Gemeinten geht es um einen „Kampf um die Köpfe“, eine „Kulturrevolution von rechts“ und um das Handlungsfeld „Metapolitik“. Demnach wollen sie geistig über den politischen Dingen stehend wirken, um dadurch auf das intellek-

¹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998, S. 47-106. Darüber hinaus finden die Anhänger der Neuen Rechten auch in intellektuellen Sympathisanten des italienischen Faschismus ein politisches Vorbild, vgl. ebenda, S. 105-128.

² Vgl. Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1983.

tuelle Meinungsklima im Sinne von grundlegenden Veränderungen einzuwirken.

3. Das „Institut für Staatspolitik“ und die Zeitschrift „Sezession“

Die gegenwärtig bedeutsamste Einrichtung der „Neuen Rechten“ ist das „Institut für Staatspolitik“ mit dem Publikationsorgan „Sezession“. Die Einrichtung wurde 2000 gegründet und gilt als „Denkfabrik“ des gemeinten Intellektuellenlagers. Dabei handelt es sich um eine private Institution, die nicht an eine Universität angeschlossen ist. Da die Bezeichnung so etwas nahelegen könnte, bedarf es dieser inhaltlichen Klarstellung. Das IfS hat auf dem Rittergut Schnellroda in Steigra in Sachsen-Anhalt seinen Sitz. Dort finden regelmäßig politische Bildungsveranstaltungen in Form von Seminaren und Vorträgen statt, welche der Ideologisierung bzw. Schulung im genannten Sinne dienen.³ Darüber hinaus gehören zu dem Komplex der Internetblog „Sezession“, der aktuelle Kommentare präsentiert, und der Verlag „Antaios“, der regelmäßig einschlägige Monographien veröffentlicht. Geschäftsführer ist als alleiniger IfS-Leiter seit 2014 der promovierte Philosoph Erik Lehnert, die „Sezession“ wird hauptverantwortlich herausgegeben von Götz Kubitschek.

Da ihm besondere Bedeutung für das Publikationsorgan zukommt, folgen hier kurze Informationen zu seiner Person: Der 1970 Geborene studierte Germanistik, Geographie und Philosophie und arbeitet seit 2002 als selbständiger Verleger. Er gehörte der „Deutschen Gildenschaft“ als Student an und war zwischen 1995 und 1997 Redakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Das IfS gründete Kubitschek zusammen mit Karlheinz Weißmann. Nachdem die Pegida-Bewegung aufgekommen war, sprach er 2015 mehrmals als Hauptredner in Dresden wie bei dem Ableger in Leipzig. Der erwähnte Weißmann war bis 2014 für das IfS als „wissenschaftlicher Leiter“ wie für die „Sezessi-

³ An Darstellungen zum IfS mangelt es, vgl. als eine Ausnahme mit vielen Informationen: Helmut Kellershohn, Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 439-467. Andere Aufsätze des Autors zum IfS sind meist weitgehend deckungsgleich mit diesem Text.

on“ als Redakteur und Stammautor wichtig. Daher folgen auch zu ihm kurz biographische Daten: Der 1959 Geborene studierte Geschichte und evangelische Theologie, ist promovierter Historiker und arbeitet als Lehrer für Geschichte an einem Gymnasium. Auch er gehörte als Student der „Deutschen Gildenschaft“ an und war Stammautor der konservativen Theoriezeitschrift „Criticon“.

Der formale Aufbau dieses früheren Publikationsorgans ähnelt wohl nicht zufällig der „Sezession“. Ende 2016 erschien deren 75. Ausgabe, worin sich ein Rückblick auf das Wirken findet. In dieser „Chronik“, die aus dem Selbstverständnis heraus eine Übersicht liefert, heißt es für 2002: „Ein Förderer des drei Jahre zuvor gegründeten Institutes für Staatspolitik (IfS) stellt Ende des Jahres einen Betrag zur Verfügung, Ziel: Aufbau einer metapolitischen Theoriezeitschrift, Titelvorschläge: Zitadelle, Räson, Sezession ...“⁴ Angaben über den Finanzier wurden nicht gemacht. Der Charakter ist mit „Theoriezeitschrift“ treffend umschrieben. Die Ausgaben erscheinen in Broschürenform, haben eine Größe von 30 x 18 cm und einen Umfang von 64 Seiten bzw. seit 2017 72 Seiten. Darin findet man nach dem Editorial häufig ein Autorenportrait, dann Abhandlungen von vier bis sechs Seiten, dem folgend kürzere Beiträge von zwei Seiten sowie ein Rezensionsteil. Es gibt Ausgaben mit einem inhaltlichen Schwerpunkt ebenso wie offene Hefte ohne ein solches Thema.

4. Diskursthema „Rechts“: Abgrenzung von „links“ und Forderung der „Umwälzung“

Dass man sich als politisch „rechts“ verstand, hat die „Sezession“ zu keinem Zeitpunkt verschwiegen. Doch was damit in einem engeren oder weiteren Sinne gemeint sein sollte, blieb in den einzelnen Heften häufig etwas unklar. Die Bekenntnisse bezogen sich entweder auf eine Bejahung einzelner Normen oder eine Frontstellung gegen „linke“ Prinzipien. Gleichwohl wurde der Klärung des Selbstverständnisses eigentlich ein hoher Stellenwert eingeräumt. Daher erschien auch die Nr. 3 im Oktober 2003 zu „Rechts“, worin bereits im Editorial an der

⁴ 75 x Sezession – eine Chronik, in: Sezession, 14. Jg., Nr. 75 vom Dezember 2016, nicht paginiert (S. 1). Die Chronik findet sich im Mittelteil zwischen S. 30 und 31.

Links-rechts-Unterscheidung festgehalten werden sollte. Der dafür zuständige Autor Karlheinz Weißmann hob darin offen die politische Notwendigkeit eines entsprechenden Selbstverständnisses hervor, bedürfe es doch eines Gegengewichts zur angeblich dominanten Linken: „Das kann nicht geschaffen werden ohne neue Klärung der Begriffe links und rechts, und diese Klärung ist selbstverständlich ein politischer Akt; Goethe notierte in *Maximen und Reflexionen*: ‚Wer klare Begriffe hat, kann befehlen.‘“⁵

Damit machte der Autor über ein Klassiker-Zitat deutlich, worum es ihm in der Politik geht. Weißmann steuerte auch den Grundsatzbeitrag „Das rechte Prinzip“ bei. Darin umschrieb er in Abgrenzung von „Links“ die eigene Position. Es hieß: „Man empfindet Gleichheit als Gleichförmigkeit, als Uniformität und die als ästhetisch störend.“ Denn: „Für die Rechte ist die Hierarchie schön und mit ihr der liturgische Ausdruck. Es rührt aus dieser Wahrnehmung auch die Sympathie für authentische Volkskulturen einerseits und die Ablehnung des Multikulturalismus andererseits.“ Und weiter bemerkte Weißmann noch: „Die Betonung der Differenz geht einher mit der Neigung zum Konkreten und begründet die Fremdheit der Rechten gegenüber systematischen Weltdeutungen.“⁶ Derart entwickelte Ansätze in Form einer politischen Theorie findet man denn auch weder allgemein bei den Autoren der „Sezession“, noch bei dem als Kopf der „Neuen Rechten“ geltenden Weißmann selbst. Die Hierarchie und das Konkrete sind indessen eher diffuse Termini.

In der gleichen Ausgabe erschien von dem Publizisten André F. Lichtschlag ein Plädoyer „Für die libertär-konservative Sezession“⁷, das eine Reaktion von Götz Kubitschek auslöste. Da dieser der hauptverantwortliche Herausgeber ist, kommt der darin enthaltenen Selbstzuschreibung ein hoher Stellenwert zu. Er betonte zunächst einige Gemeinsamkeiten, um dann seine grundlegende Skepsis gegenüber dessen Vorstellungen zu verdeutlichen. Dabei bekannte Kubitschek, „volkskonservativ“ zu sein. Die gemeinten Auffassungen, die dann

⁵ Karlheinz Weißmann, Editorial, in: *Sezession*, 1. Jg., Nr. 3 vom Oktober 2003, S. 3.

⁶ Karlheinz Weißmann, *Das rechte Prinzip*, in: ebenda, S. 2-6, hier S. 3.

⁷ André F. Lichtschlag, *Für die libertär-konservative Sezession*, in: ebenda, S. 36-40.

aber nicht genauer erläutert wurden, entstammten der Weimarer Republik. Gemeint war die „Konservative Revolution“, ohne sie aber ausdrücklich zu nennen. Man habe damals nicht zurück zu einer alten Ordnung gewollt: „Vielmehr nahmen die Volkskonservativen das Volk in seiner Gesamtheit als politische Größe ernst und konzipierten eine Umwälzung der Umwälzung, also eine neue Ordnung ... Um eine Umwälzung der Umwälzung muss es auch heute gehen, darin sind sich Lichtschlag und ich einig.“⁸

5. Diskursthema Strategie (I): „Provokation“: Mittel für „Umwälzungen“

Nach der Einschätzung in der erwähnten „Chronik“ erschien in Nr. 12 vom Januar 2006 „Kubitscheks Schlüsseltext der deutschsprachigen Neuen Rechten“⁹. Gemeint ist damit der Beitrag „Provokation“ des verantwortlichen Leiters. Auch wenn eher Eigenlob diese Einschätzung motiviert haben mag, wird im Selbstverständnis der Stellenwert des Textes durch diese Wertung hervorgehoben. Dabei handelt es sich lediglich um drei Seiten, worin kaum etwas zur Ideologie und nur wenig zur Strategie steht. Es geht dem Autor in diesem Heft, das der „Krise“ als Thema gewidmet ist, um deren Nutzung für politische Veränderungen. Den Ausgangspunkt dafür bildet das Beklagen von Gegebenheiten, wobei der politischen Führung über dreißigjährige Verantwortungslosigkeit attestiert und dem „sitzenden Schimpfer“ mangelnde Widerstandsbereitschaft unterstellt wird. Kubitschek meinte, „angesichts dieser Lage ... sollte vor einer Umwälzung der Verhältnisse keine Angst herrschen“, es sei denn, das Volk habe „keine Kraft mehr zu einer Umwälzung“.

Gleich durch die zweifache Formulierung hintereinander wird somit klar gemacht, dass es nicht um Kritik oder Reformen, sondern um eine „Umwälzung“ gehen soll. Was damit genau gemeint ist, bleibt indes inhaltlich unklar. Der Autor beklagte zwar später die fehlende Eindeutigkeit von Positionen, die in Konsensrunden in Talkshows auszumachen sei. Er selbst lies eine solche für sich selbst nicht nur

⁸ Götz Kubitschek, Verfügungsräume – Antwort auf Lichtschlags Angebot, in: ebenda, S.42-45, hier S. 45.

⁹ 75 x Sezession – eine Chronik (Anm.), nicht paginiert) (S. 2).

hier ebenfalls vermissen. Kubitschek ging es aber auch mehr um Feindbestimmung und Strategie: „... weil wir also einen Gegner haben, ist es an uns, die Krise als Chance zu nutzen, die Begriffe zuzuspitzen und den Gegner zu kennzeichnen. Provokation ist dafür das geeignete Mittel.“ Darüber hinaus heißt es: „Angesichts des Zustands unseres Lands ist praktisch jedes Mittel legitim, das zu Veränderungen führt. Provokation muß, wenn sie der Auftakt zu Umwälzungen sein will, als Baustein innerhalb einer Strategie ihren Platz haben.“ Aber auch hier finden sich keine genaueren Angaben über Formen, Gelegenheiten und Zielsetzungen.

Kubitschek betonte indessen die Frontstellung gegen einen öffentlichen Konsens, der eben durch Provokationen überwunden werden soll. Als einziges konkretes Beispiel nannte er eine Kritik an Jürgen Habermas. Dem Sozialphilosophen könne öffentlich Verachtung entgegen schlagen. Habermas müsse mit dem konfrontiert werden, was er für Deutschland vor 30 Jahren forderte. Er solle gestört und verunsichert werden. Dafür sei es Zeit. Aber auch hier wurde Kubitschek weder formal noch inhaltlich konkreter. Er formulierte indessen: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“¹⁰ Demnach sah er seine Auffassung nicht innerhalb, sondern außerhalb von Diskurs und System verankert. Kubitschek bekundete nicht nur eine grundlegende Negierung, sondern auch eine erhoffte Umwälzung. Aufmerksamkeit und Konfrontation sollten nach außen, Mobilisierung und Rekrutierung nach innen den Provokationen folgen.

6. Diskursthema „Faschismus“: Latente Faszination für ein Phänomen

Als Nr. 34 erschien im Februar 2010 ein ganzes Themenheft zum „Faschismus“ womit insbesondere der historische Faschismus in Italien, aber auch faschistische Bewegungen in anderen Ländern gemeint waren. Der deutsche Nationalsozialismus spielte dabei keine Rolle. Dafür könnte es auch nachvollziehbare Begründungen geben, wird er doch

¹⁰ Götz Kubitschek, Provokation!, in: Sezession, 4. Jg., Nr. 12 vom Januar 2016, S. 22-24, hier S. 22-24.

in der Forschung aufgrund des Holocaust mitunter nicht dieser Sammelbezeichnung zugeordnet. Derartige Argumente kommen in dem Heft indessen gar nicht vor, erscheint bezogen auf den Faschismus in diesem Kontext doch der deutsche Nationalsozialismus als wesensfremd. Davon kann aber angesichts einer Fülle von Gemeinsamkeiten keineswegs gesprochen werden. Auffällig ist aber nicht nur das Fehlen des Nationalsozialismus, sondern auch die Präsenz eines Symbols. Ein Schildkrötenlogo zierte das „Sezession“-Titelblatt. Dabei handelt es sich um das Erkennungszeichen einer faschistischen Jugendbewegung, die als „Casa Pound“ in Italien durch provokatives Wirken auf sich aufmerksam gemacht hatte.

Im Editorial kritisierte Weißmann, dass Faschismus allzu sehr durch eine linke Sicht wahrgenommen werde. Demgegenüber meinte er: „Es ist Zeit, diese anti-faschistische Deutung durch eine a-faschistische zu ersetzen.“¹¹ Die Formulierung deutet einen Gegensatz an, welcher in den Beiträgen des Heftes indessen nicht näher umschrieben wurde. Es gab zwar Artikel zum Faschismus an der Macht, zu faschistischer Ideologie, zu Faschismus und Avantgarde und zum außereuropäischen Faschismus. Darin können aber weder affirmative Bekenntnisse noch kritische Erörterungen ausgemacht werden. Die Autoren bleiben meist auf einer beschreibenden Ebene stehen, welche in der Gesamtschau dann doch zumindest unkritisch und wohlwollend wirkt. Ansonsten ist kaum erklärbar, warum man Beiträge zum Faschismus noch dazu in einem Schwerpunktheft zum Thema druckt. Auch durchaus nachvollziehbare Distanzierungen zu dessen Gewaltverständnis, Handlungsfixierung oder Ideologiedesinteresse finden sich nur in vorsichtigem und zaghaftem Tonfall.

Ein Artikel zur erwähnten „Casa Pound“, der mit Martin Lichtmesz von einem Stammautor verfasst wurde, beschrieb das gemeinte Phänomen wie in dessen Selbstverständnis. Besonders betonte der Autor, dass die Bewegung mit ihrer aktiven „Solidarität mit den sozial Unterprivilegierten“ in den „ureigenen Gewässern“ der Linken fische. Geprägt sei sie vom „Vorrang des Aktivismus vor ideologischer Ge-

¹¹ Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession, 8. Jg., Nr. 34 vom Februar 2010, S. 1

geschlossenheit.“¹² Damit blendete der Beitrag ebenso Kritikwürdiges aus wie die anderen Texte. Dass die affirmative Dimension kein Zufall war, wurde in der Ausgabe Nr. 55 vom August 2013 deutlich. Dort fand sich ein Artikel „Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI)“ von einem Adriano Scianca. Das Autorenverzeichnis erläutert, er sei „Verantwortlicher für den Sektor Kultur bei CasaPound Italia auf nationaler Ebene“¹³. Daher kann nicht verwundern, dass „die Bezugnahme auf den Faschismus als Hauptquelle der Inspiration für CPI“¹⁴ nicht einer kritischen Erörterung hinsichtlich dessen historisch-politischer Folgen als Repressionsregime ausgesetzt wurde.

7. Diskursthema „Konservative Revolution“: das ideologische Vorbild

Angesichts der Ausrichtung der „Neuen Rechten“ an der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik kann nicht verwundern, dass auch eine Schwerpunktausgabe zu diesem Thema erschien. Die damit gemeinte Nr. 44 vom Oktober 2011 präsentierte zunächst Portraitbilder auf der Titelseite: Gottfried Benn und Friedrich Nietzsche, Martin Heidegger und Ernst Jünger, Carl Schmitt und Armin Mohler, Stefan George und Oswald Spengler. Die Aufmachung entsprach dabei dem Band zur „Konservativen Revolution“, der auf die Doktorarbeit von Armin Mohler zurückgeht.¹⁵ Dieser hatte deren Ideen in den 1960er und 1970er Jahren als Publizist sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie in Frankreich im konservativen bzw. rechten Lager bekannt gemacht. Im Editorial schrieb Weißmann¹⁶: „Wer nicht behaupten will, daß die Krise ein Phantom ist oder eine vorübergehende Formschwäche, der sieht sich gezwungen, nach den tieferen Ursachen

¹² Martin Lichtmesz, Casa Pound, in: Sezession, 8. Jg., Nr. 45 vom Februar 2010, S. 22-26, hier S. 25.

¹³ Autoren dieses Heftes, in: Sezession, 11. Jg., Nr. 55 vom August 2013, S. 33.

¹⁴ Adriano Scianca, Der Faschismus der CasaPound Italia (CPI), in: ebenda, S. 34-37, hier S. 35.

¹⁵ Vgl. Armin Mohler, Die Konservative Revolution. Ein Handbuch, Darmstadt 1989.

¹⁶ Die aktualisierte Ausgabe von Mohlers Buch nach dessen Tod wurde von Weißmann herausgegeben, vgl. Armin Mohler/Karlheinz Weißmann, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 6. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Graz 2005.

zu fragen, und er wird über kurz oder lang zu Einschätzungen kommen, die denen der KR entsprechen.“¹⁷

Ein derartiges Bekenntnis zu der Intellektuellenströmung formulierte auch Kubitschek in seinem Beitrag „Die Strahlkraft der KR“, wobei der Gegenwart-Vergangenheit-Vergleich interessant ist. Bedauernd formulierte er zunächst: „Fundamentalopposition ist nicht die Sache politischer Konservativer von heute“. Dahingehend sei es bei der gemeinten Intellektuellengruppe in der Weimarer Republik anders gewesen: „Die sogenannte Konservative Revolution von 1918 bis 1932 hat bis heute ihre Strahlkraft auch deshalb nicht verloren, weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromißlos war, so ganz und gar bereit für etwas Neues, einen dritten Weg, einen Umsturz, eine Reconquista, einen revolutionären, deutschen Gang in die Moderne.“ Und weiter hieß es bei Kubitschek: „Die erste KR strahlt in ihrer kurzen, reichen Blüte bis heute aus, weil ihr Personal in seinen Haupt- und Nebenrollen durchgespielt hat, was an innerer und äußerer Mobilmachung, totaler Mobilmachung für eine kommende Auseinandersetzung möglich und notwendig war.“¹⁸

Demnach hat man es hier mit einem eindeutigen Bekenntnis zur „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik zu tun. Bekanntlich richtete sich diese intellektuelle Bewegung nicht nur gegen kritikwürdige Entwicklungen im, sondern gegen die politischen Grundlagen des ersten deutschen demokratischen Verfassungsstaates. Gerade diese Frontstellung vermisste Kubitschek bei heutigen Konservativen, sieht sie aber für sein politisches Lager als notwendig an. Dies ist bei der Berufung auf die „Konservative Revolution“ eine in sich schlüssige Konsequenz für politische Positionen. Denn eine kritische Auseinandersetzung mit dem extremistischen Gedankengut der damaligen Protagonisten findet bei den Stammautoren der „Sezession“ nicht statt. Anmerkungen von Erik Lehnert, der in seinem Beitrag „Lebensreform und Politik“ auf Lebensfremdheit, Sterilität und Verstiegenheiten verwies, können schwerlich so verstanden werden.¹⁹ Es

¹⁷ Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession, 9. Jg., Nr 44 vom Oktober 2011, S. 3.

¹⁸ Götz Kubitschek, Die Strahlkraft der KR, in: ebenda, S. 8-13, hier S. 9, 10 und 13.

¹⁹ Vgl. Erik Lehnert, Lebensreform und Politik, in: ebenda, S. 14-16, hier S. 16.

handelte sich um Einwände gegen den Handlungsstil der „Konservativen Revolution“, aber nicht gegen deren Positionen.

8. Diskursthema „Carl Schmitt“: Deutungen als politischer Klassiker

Da Carl Schmitt als einer der führenden Köpfe der „Konservativen Revolution“ gilt, kann mit der Nr. 42 vom Juni 2011 eine Schwerpunktausgabe zu dem Staatsrechtler nicht verwundern. Dieser wird mit kritischem Blick nicht selten als „Kronjurist des Dritten Reichs“ bezeichnet. Für eine derartige Einschätzung spricht, dass Schmitt in den ersten Jahren der NS-Diktatur eine bedeutende Rolle bei der staatsrechtlichen Legitimation der totalitären Herrschaft spielte. Gegen eine derartige Einschätzung spricht, dass er kein Anhänger des Nationalsozialismus im ideologischen Sinne war. Gleichwohl gehörte der Staatsrechtler sowohl vor wie nach 1933 bzw. 1945 zu den erklärten Gegnern der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates. Bekanntlich hielt Schmitt bereits in der Weimarer Republik eine Diktatur für demokratischer als den Parlamentarismus, um mit der Berufung auf „Demokratie“ den Liberalismus und Pluralismus zu delegitimieren.²⁰ Auch die Aufmerksamkeit für seine Fragestellungen muss diese ideologische Prägung mit berücksichtigen.

Damit einhergehende Differenzierungen findet man in der „Sezession“ aber nicht. Weißmann hob zwar eine „Tendenz zur Selbstverrätselung, eine Neigung zum intellektuellen Spiel“ bei Schmitt mit kritischem Unterton hervor. An einer inhaltlichen Distanzierung mangelte es indessen, feierte er ihn doch als eine Art nonkonformistischen „Meisterdenker“ für das eigenen politische Lager: „Hier geht es ... um eine Reihe von zentralen Einsichten und um das Bereithalten einer Gegenlehre, die geeignet ist, zentrale Annahmen in Frage zu stellen, die bis heute den Lehrplan von Politologie und Volkspädagogik bestimmen.“ Und weiter liest man im Editorial: „Er gehört damit zu jenen Gegenaufklären, die schon wegen der Art ihrer Einsichten für Popularität

²⁰ Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923/1926), Berlin 1991, S. 14 und 22f.

ungeeignet sind.“²¹ Kritikwürdiges wird schnell relativiert, wofür folgende Aussage von Kubitschek steht: „Selbst Schmitts Antisemitismus ... überstieg das nicht, was damals zum Ton eines Intellektuellen dazugehören konnte.“²² Damit wird die Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft einfach zur Seite geschoben.

Besondere Aufmerksamkeit verdient darüber hinaus die distanzlose Bejahung der Demokratiedeutung und Parlamentarismuskritik, wobei es im Kern um die ideologische Legitimation einer diktatorischen Ordnungsvorstellung ging. Alain de Benoist bemerkte: „Schmitt hält dagegen an einer Demokratie des plebiszitären Typus fest, das heißt an einer partizipativen und direkten Demokratie.“²³ Und Thor von Waldstein schrieb, man könne in Schmitts einschlägiger Schrift dazu „nachlesen, warum ... der Parlamentarismus, schon nach dem Ersten Weltkrieg ein ideenpolitischer Ladenhüter der Extraklasse, wenig bis nichts mit Demokratie zu tun hat, jedenfalls einer Demokratie, bei der ... das Volk herrscht und nicht selbsternannte ‚Demokraten‘ ...“²⁴ Nur scheinbar wird hier das plebiszitäre gegen das repräsentative Modell ausgespielt. Denn Demokratie beruhte bei Schmitt auf der Einheit von Regierenden und Regierten, Herrschaftslegitimation auf angeblich direkter Zustimmung. Eine antipluralistische Diktatur mit plebiszitärer Legitimation war sein Ziel.²⁵

9. Diskursthema „Strategie“ (II): Der Bruch Kubitschek / Weißmann

Auseinandersetzungen über strategische Optionen werden auch immer wieder in der „Sezession“ geführt. Meist geht es dabei um die Frage, in welcher inhaltlichen Deutlichkeit oder in welcher organisatorischen Form politische Veränderungen angestrebt werden sollen. Eine derar-

²¹ Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession, 9. Jg., Nr. 42 vom Juni 2011, S. 1.

²² Götz Kubitschek, 1932, 1933, 1936, in: ebenda, S. 2-6, hier S. 3.

²³ Alain de Benoist, Die Aktualität Carl Schmitts, in: ebenda, S. 14-17, hier S. 16.

²⁴ Thor von Waldstein, Schmitt lesen, in: ebenda, S. 8-13, hier S. 12.

²⁵ Vgl. ausführlicher zu dieser Deutung: Armin Pfahl-Traughber, Identitäres Demokratieverständnis als Legitimation von Diktatur. Zur Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt, in: Mut, Nr. 320 vom April 1994, S. 14-21.

tige Debatte eskalierte in einem Konflikt zwischen Kubitschek und Weißmann, wonach man getrennte Wege ging. Am Beginn stand ein Kommentar von dem Erstgenannten, der in der Nr. 52 vom Februar 2013 erschien. Darin sprach er sich gegen eine Fixierung auf „Minimalziele“ aus: Dies sei ein „Programm für Leute ..., die ausgesorgt haben, für letztlich doch Zufriedene, für Antriebsschwache“. Kubitschek nannte dann drei Beispiele von Personen, die sich für ihre Ideale beruflich oder existentiell geopfert hätten. Danach hieß es: „Alles Große dämmert vor sich hin, und selbst die Erinnerung daran schläft ein. Das Radikale ist der Stachel, der wachhält.“ Und weiter: „Die Fähigkeit, immer wieder voraussetzungslos über Tun und Lage nachzudenken ... ist die Grundlage des Widerstands.“²⁶

Weißmann selbst nahm erst in einem bezeichnenderweise „Geduld!“ betitelten Beitrag in der Nr. 55 vom August 2013 zu der zwischenzeitlich begonnenen Kontroverse in „Sezession“ öffentlich Stellung. Er beschrieb zunächst die beiden Auffassungen in abstrakten Formulierungen wie folgt: „Akzeleration, also Beschleunigung der Prozesse in dem Sinn, daß die bisher eingenommene Stellung verschärft und nach radikaleren Lösungswegen gesucht wird“ und „Konzeption, das heißt Aufrechterhaltung der Grundpositionen und deren Fortentwicklung bei dauernder Kritik und Korrektur der getroffenen Vorannahmen in der Erwartung, künftig doch zum Zug zu kommen.“ Mit dem erstgenannten Aspekt waren „Bewegungen“ gemeint, welche aber nur eine Chance in einer Organisation auf dauerhafte Wirkung hätten und noch dazu durch eine natürliche Unreife ihrer Trägergruppen geprägt seien. Als Beispiel für das eigene politische Lager nannte Weißmann die „Identitären“, die von ideologischer Diffusität und strategischem Schwanken geprägt wären.

Demgegenüber könne man in „Abwandlung einer berühmten Formel Max Webers ... sagen ‚Metapolitik ist das langsame, geduldige Bohren dicker Bretter‘“. Die Erfahrung zeige, dass längerfristig Erfolge nur bei begrifflicher Klarheit und gesicherter Faktenbasis und nicht durch ausgeprägte Symbolpolitik und schlichtem Voluntarismus möglich seien. Dafür bedürfe es Geduld und Reflexionen: „‘Erkenne die Lage (Schmitt dixit) ist die erste Forderung, die erfüllen muß, wer

²⁶ Götz Kubitschek, Wir selbst, das Wesentliche und das Magnetische, in: Sezession, 11. Jg., Nr. 52 vom Februar 2013, S. 8-10, hier S. 9f.

Einfluß gewinnen will. Und die Lage, die deutsche Lage, spricht jedenfalls dagegen, daß irgendeine schweigende Mehrheit nur auf die Einrede oder Ermutigung der rechten Minderheit wartet, um endlich zu sagen, was sie immer sagen wollte.“ Es bedürfe einer Ansprache der Mitte, die durch eine Partei mobilisiert werden könnte. In der Gesamtschau müsse man auf den günstigen Moment warten: „Daß Geduld eine konservative Tugend ist, liegt auf der Hand, aber man unterschätze nicht ihr Umsturzpotential.“²⁷ Diese Differenzen führten 2014 mit dazu, dass Weißmann die „Sezession“-Redaktion verließ.

10. Diskursthema „Widerstand“: Forderungen nach einem Regierungsrücktritt

Angesichts der Flüchtlingsentwicklung ab 2015 kam es in der „Neuen Rechten“ zu einem „Widerstands“-Diskurs, was auch mit der Nr. 70 vom Februar 2016 in einem Schwerpunktheft der „Sezession“ zum Thema deutlich wurde. Die Ausgabe hatte auch ein beeindruckendes Titelbild: Es zeigte eine junge Frau, die eine Maschinenpistole in Richtung des Zuschauers hielt. Ein Anspielen auf eine Gewaltanwendung darf daraus ohne Unterstellungsvorwurf abgeleitet werden. Bevor auf einzelne Artikel der Blick fällt, sei hier noch einmal auf das Gemeinte mit „Widerstand“ verwiesen. Denn es geht hier nicht um ein Alltagsverständnis im Sinne des sich Wehrens. Angesprochen ist damit vielmehr eine Auffassung, welche die Einhaltung von Gesetzen und den Verzicht auf Gewalthandlungen aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen aufhebt. Dies gilt in einer Diktatur mit repressiver Praxis oder bei Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Eine derartige Ausgangssituation unterstellten dann „Sezession“-Autoren.

Der studierte Jurist und Politikwissenschaftler Thor von Waldstein legte „Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht“ vor. Darin beschrieb er die damalige Gegenwart aus seiner Sicht wie folgt: „Im Lichte dieser – von der Regierung seit Sommer 2015 sehenden Auges geschaffenen – Fakten kann aus staatsrechtlicher Sicht wenig Zweifel

²⁷ Karlheinz Weißmann, Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: Sezession, 11. Jg., Nr. 55 vom August 2013, S. 10-13, hier S. 11-13.

daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das eigene Volk, einen Putsch von oben handelt.“ Er leitete daraus ab, im Namen des Volkes zu sprechen. Denn: „Als Deutsche erklären wir nunmehr das demokratiezersetzende Bevölkerungsaustauschprojekt für beendet. Unsere Geduld mit der faktisch oppositionslosen Berliner Despotie und mit den Jakobinern in den Staatsmedien ist vollständig erschöpft.“ Gegenüber der gewählten Regierung formulierte von Waldstein: „Wir fordern sie ... auf, unverzüglich von sich aus zurückzutreten, was ihnen bei der späteren strafrechtlichen Würdigung ihres Tuns ... gegebenenfalls im Rahmen der Strafzumessung zugute kommen könnte.“²⁸

Ähnliche Auffassungen vertrat der frühere Professor für Staatsrecht Karl Albrecht Schachtschneider in einer „Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung“. Er betonte dabei, dass hier alle Bürger ein Recht und eine Pflicht zum Widerstand hätten. Dann hieß es: „Aber das Widerstandsrecht gibt auch das Recht auf Suspendierung der Amtswalter von ihren Ämtern, die die schweren systematischen Verstöße gegen den Rechtsstaat zu verantworten haben, nämlich als andere Abhilfe, die ... nur noch das Bundesverfassungsgericht leisten kann, aber auch leisten darf und muß, um die freiheitliche demokratische Grundordnung gegen die Personen zu verteidigen, die diese Ordnung zu beseitigen unternommen haben. Gewaltsamer Widerstand soll so erübrigt werden. Er wäre ein Unglück. Ich würde dafür meine Hand nicht reichen.“²⁹ Da das Scheitern dieser wie übrigens aller anderen vorherigen Verfassungsbeschwerden Schachtschneiders aber absehbar war und ist, läuft seine Auffassung eben objektiv auf die Gewaltlegitimation hinaus.

11. Diskursthema „Strategie“ (III): „Fundamentalopposition“ statt „Selbstverharmlosung“

Die erwähnte Debatte um die richtige Strategie, die zum Bruch von Kubitschek und Weißmann geführt hatte, hing auch mit unterschiedli-

²⁸ Thor von Waldstein, Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht, in: Session, 14. Jg., Nr. 70 vom Februar 2016, S. 30-32, hier S. 31f.

²⁹ Karl Albrecht Schachtschneider, Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung, in: ebenda, S. 33-35, hier S. 35.

chen Optionen zusammen. Dabei stand sich das „Bewegungs“- und das „Partei“-Modell gegenüber. Die erstgenannte Ausrichtung setzte auf eine klare Frontstellung gegen die politischen Gegebenheiten, die in einer „Fundamentalopposition“ münden sollte. Die letztgenannte Ausrichtung wollte Möglichkeiten im Parteiensystem ausloten, welche sich durch die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ergaben. Kubitschek und die „Sezession“ setzten fortan auf die erste, Weißmann und die „Junge Freiheit“ auf die zweite Variante. Dies bedeutete indessen nicht, dass die AfD für Kubitschek und die „Sezession“ kein Thema mehr darstellt. Er selbst ist seit Jahren mit dem Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, der dort den äußersten rechten Flügel repräsentiert, persönlich wie privat befreundet. Und die „Sezession“ veröffentlichte auch einen Beitrag von Marc Jongen, der als „Philosoph der AfD“ gilt.³⁰

Gleichwohl dominiert die Auffassung einer grundlegenden Negation. Dafür plädierte auch Frank Lisson in seinem bezeichnenderweise „Über die ethische Pflicht zur Fundamentalopposition“ betitelten Beitrag in der Nr. 75 vom Dezember 2016. Eine solche bestehe nach dem Autor immer dann, wenn sich Regierungen politischer Verbrechen schuldig machten. Als Beispiele nannte er 1939 im NS-Deutschland und 1953 in der DDR, um danach in der Flüchtlingsentwicklung ab 2015 einen ähnlichen Prozess zu sehen: „Heute steht öffentlich nicht einmal zur Diskussion, ob es ‚moralisch anständiger‘ sei, Millionen vor allem junger Männer aus sogenannten Krisengebieten der Welt nach Europa zu locken ... als sich dafür einzusetzen, die indigenen Europäer vor solchen Umwälzungen und Einschnitten zu bewahren.“ Die damit einhergehende Entwicklung müsste von Gerichten gestoppt werden. „Wo auch dies nicht mehr der Fall ist, wird fundamentaloppositioneller Widerstand für diejenigen zur Pflicht, die sich vor der Geschichte ... nicht schuldig machen wollen.“³¹

Angesichts einer aufstrebenden „Gegenbewegung“, worunter wohl die AfD, Pegida und andere Entwicklungen verstanden werden, warnte Kubitschek in einem auch so überschriebenen Artikel in Nr. 76 vom

³⁰ Vgl. Marc Jongen, Migration und Streßtraining, in: Sezession, 15. Jg., Nr. 76 vom Februar 2017, S. 22-25.

³¹ Frank Lisson, Über die ethische Pflicht zur Fundamentalopposition in: Sezession, 14. Jg., Nr. 75 vom Dezember 2016, S. 10-13, hier S. 11 und 13.

Februar 2017 vor einer „Selbstverharmlosung“ des „Widerstandsmilieu“. Er diskutierte darin verschiedene Methoden einer möglichen Strategie. Dabei spielte Kubitschek häufig auf die AfD an, welche er vor einer bestimmten Vorgehensweise abbringen will: „Die Methode, mit der diese Aufgabe gelöst werden könnte, ist ... ein Vorgang, für den der Begriff ‚Selbstverharmlosung‘ eingeführt werden könnte: Es ist der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, daß nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle.“ Dadurch bestehe aber die Gefahr, dass man längerfristig nicht mehr aus der beschworenen „Harmlosigkeit“ und „Unterschiedslosigkeit“ herausfinde. Die „Selbstverharmlosung“ werde „zur zweiten Haut“.³²

12. Einschätzung: Einstellung zu Faschismus und Nationalsozialismus

Eine extremismustheoretische Einschätzung kann einfacher vorgenommen werden wenn bereits zuvor eine ideologietheoretische Zuordnung erfolgte. Daher soll zunächst nach der Einstellung zu ideen- und realgeschichtlichen Phänomenen in der „Sezession“ gefragt werden. Am Beginn steht dabei der historische Nationalsozialismus. Hierbei fällt zunächst auf, dass es sich nicht durchgängig, aber weitgehend um ein „Nicht-Thema“ handelt. Die Ära der NS-Diktatur wird kaum erwähnt, allenfalls einmal der Zweite Weltkrieg. Auch Antisemitismus und Rassismus, zwei zentrale Bestandteile der nationalsozialistischen Weltanschauung, kommen thematisch in dem dort gemeinten Sinne kaum vor. Dabei müsste es sich doch gerade für ein politisches Projekt wie die „Sezession“ um einen bedeutsamen Stoff für Wertungen handeln. Welche inhaltlichen und strategischen Gründe gibt es für die „Nicht-Wahrnehmung“? Darüber können - angesichts des von Herausgebern und Stammautoren präsenten Schweigens - nur Mutmaßungen und Spekulationen vorgetragen werden:

Angesichts der mit Diktatur und Massenmord verbundenen NS-Praxis lassen sich aus der Thematisierung keine Vorteile ableiten. Durch eine

³² Götz Kubitschek, Selbstverharmlosung, in: Sezession, 15. Jg., Nr. 76 vom Februar 2017, S. 26-28, hier S. 26 und 28.

apologetische Ausrichtung macht man sich angesichts eines Anti-NS-Grundkonsens in der Öffentlichkeit zu angreifbar. Eine gar zu distanzierte oder negative Kommentierung könnte wiederum Leser und Sympathisanten der Zeitschrift verschrecken. Darüber hinaus sei daran erinnert, dass die „Konservative Revolution“ und der Nationalsozialismus zwar viele Übereinstimmungen aufwiesen. Gleichwohl bestanden auch Differenzen hinsichtlich des bevorzugten Handlungsstils, einiger Ideologieelemente und des politischen Selbstverständnisses. Dies gilt auch und gerade für die Gegenwart hinsichtlich des „Neue Rechte“-Neonazi-Verhältnisses. Dabei kommt Differenzen in Habitus und Niveau noch Relevanz zu. Eine begrenzte Distanzierung von der NS-Bewegung ist demnach durchaus glaubwürdig, wenngleich diese nicht notwendigerweise gegen eine Einordnung in den Rechtsextremismus sprechen muss.

Beachtenswert ist darüber hinaus eine latente Begeisterung für den Faschismus, wobei es nicht einmal primär um den italienischen Namensgeber geht. Es sind Anhänger oder Protagonisten eines französischen oder spanischen „Euro-Faschismus“, die damals keine größeren Erfolge verbuchen konnten, gleichwohl positive Rezeptionen in der „Sezession“ erfahren. Auch heutige Erscheinungsformen des Faschismus finden dort eine anerkennende Würdigung. Die erwähnten Artikel über „Casa Pound“ stehen dafür. Bereits bei Armin Mohler, der als geistiger Gründungsvater der Neuen Rechten gilt, konnte man derartige Neigungen ausmachen. Dafür stand nicht nur sein einschlägiger Essay über den faschistischen Stil.³³ Auf die Frage eines Journalisten, ob er sich als Faschist verstehe, hatte er geantwortet: „Ja, im Sinn von José Antonio Primo de Rivera ...“ Und weiter meinte Mohler: „Die Jüngeren kommen jetzt wieder drauf. Es ist der faschistische Stil, der sie anzieht.“³⁴ Dies gilt mitunter latent, mitunter manifest für nicht wenige Stammautoren der Zeitschrift.

³³ Armin Mohler, Der faschistische Stil, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Konservatismus International, Stuttgart 1973, S. 172-198.

³⁴ „Ich bin ein Faschist“ (Interview mit Armin Mohler), in: Leipziger Volkszeitung (Wochenendbeilage) vom 25./26. November 1995. Vgl. auch Armin Pfahl-Traugher, Armin Mohlers offenes Bekenntnis: „Ich bin ein Faschist“, in: Blick nach rechts, 13. Jg., Nr. 13/26. Juni 1996, S. 4f.

13. Einschätzung: Einstellung zur „Konservativer Revolution“

Aufgrund der politischen Belastung des „Faschismus“ im italienischen Sinne und darüber hinaus findet man aber kein offenes Bekenntnis dazu in der „Sezession“. Demgegenüber dominiert die Anlehnung an die Denker der Konservativen Revolution, welche auch als Leitfiguren für unsere Zeit angesehen werden. Dies machten sowohl die erwähnten Aussagen von Kubitschek wie von Weißmann deutlich. Als weiterer Beleg dafür soll folgende Interviewaussage dienen: Der Erstgenannte fragte: „Sind unter den Fraktionen der Konservativen Revolution die Jungkonservativen der konstruktive Teil? In deren Tradition sehen sie sich doch, nicht wahr?“ Und darauf antwortete Weißmann: „Ja, das stimmt.“³⁵ Bei den damit gemeinten Denkern, die von Edgar Julius Jung über Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt bis zu Oswald Spengler reichen, handelte es sich um erklärte Gegner der Grundlagen einer modernen Demokratie. Es ging den genannten Autoren um eine klare Frontstellung gegen und nicht nur um eine Kritik an der Weimarer Republik.

Die „Konservative Revolution“ richtete sich gegen deren Wertefundament: Es gab eine Ablehnung des Rationalismus durch die Negierung der Aufklärung, eine antiliberale Grundhaltung durch die Herabwürdigung von Individualität und Menschenrechten, ein identitäres Demokratieverständnis durch die Entgegensetzung von „organischer“ und repräsentativer Volksherrschaft, ein antipluralistisches Gesellschaftsbild durch die Negierung der Parteien und eine Bejahung autoritärer Staatskonzeptionen durch die Forderung nach einer cäsaristischen Diktatur.³⁶ Damit wies die „Konservative Revolution“ viele Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus auf: Demokratietheoretisch bestanden diese in der fundamentalen Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, ideologietheoretisch in der Höherwertung ethnischer Zugehörigkeit und politiktheoretisch in der Legitimation einer diktatorischen Herrschaft. Eine heutige Berufung auf die genannten Denker kann derartige ideologische Inhalt und strategische Zielsetzungen nicht ignorieren.

³⁵ Karlheinz Weißmann, *Unsere Zeit kommt*. Gespräch mit Götz Kubitschek, Schnellroda 2006, S. 34.

³⁶ Ausführliche Belege für diese Einschätzung der Konservativen Revolution finden sich in: A. Pfahl-Traugher (Anm. 1), S. 66-79.

Der Hinweis darauf, dass einzelne Angehörige der Konservativen Revolution wie Edgar Julius Jung selbst Opfer der NS-Repression wurden, spricht nicht gegen die Betonung der Gemeinsamkeiten. Denn bekanntlich ermordeten Nationalsozialisten auch andere Nationalsozialisten wie etwa Gregor Strasser. Eine Gleichsetzung lässt sich indes nicht vornehmen, gab es doch ideologische und strategische Unterschiede: Der Antisemitismus und Rassismus waren in der „Konservativen Revolution“ geringer ausgeprägt; und man setzte mehr auf die Erfolge eines geistigen Kampfes und nicht wie die NSDAP auf Wahlen. Gerade aber Jung hatte selbst darauf hingewiesen, dass die „geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution ... außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen“³⁷ wurden. Damit hat man es mit einem klaren Bekenntnis zur Rolle bei der Zerstörung des ersten demokratischen Verfassungsstaates zu tun. Nicht nur diese Auswirkung macht die distanzlose Berufung auf derartige Denker heute noch zu einer rechtsextremistischen Position.

14. Einschätzung: Auseinandersetzung mit gegenteiligen Einwänden

Da genau dies aber bei den Hauptautoren und Herausgebern der „Sezession“ feststellbar ist, lässt sich eine damit einhergehende Einschätzung in der Gesamtschau auf das Zeitschriftenprojekt³⁸ übertragen. Dagegen sind einige Einwände vorstellbar, welche hier einer kritischen Betrachtung unterzogen werden sollen. Erstens könnte die Auffassung bestehen, es gelte die genannten Denker für die Gegenwart neu zu interpretieren. Dies mag durchaus der Fall in einem strategischen Sinne sein. Gleichwohl ist nicht erkennbar, dass die Hauptautoren sich von deren extremistischen Positionen distanzieren oder sie auch nur kritisch hinterfragen. Aus dem Ideenarsenal des Konservatismus beruft man sich nur auf derartige Traditionen. Demgegenüber gibt es keine erkennbaren und relevanten Bezüge auf antiextremistische und demokratische Repräsentanten aus diesem politischen Lager. Diese müssten nicht nur eine bedeutsame, sondern eine dominierende

³⁷ Edgar Julius Jung, Neubelebung von Weimar?, in: Deutsche Rundschau, Juni 1932, S.158.

³⁸ Diese Einschätzung muss demnach nicht für jeden Gastautor gelten.

Rolle spielen, wollte man für die „Sezession“ von einer demokratisch-konservativen Zeitschrift sprechen.

Zweitens gab und gibt es immer wieder Berufungen auf „Demokratie“, „Rechtsstaatlichkeit“ oder „Volk“.³⁹ Dabei handelt es sich aber jeweils um eine Deutung im eigenen ideologischen Sinne. Als ein Beispiel dafür können Kubitscheks „Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm“ gelten. Dazu gehören für ihn „die Befreiung des Staates, die Bändigung der Parteien, die Durchsetzung von Recht und Ordnung, der Elitenwechsel, der Vorrang des Eigenen und die Beseitigung des Selbsthasses.“ Mit der erwähnten „Durchsetzung von Recht und Ordnung“ ist aber hauptsächlich die gegenüber Flüchtlingen eingeforderte Grenzschießung gemeint. Der Elitenaustausch sei darüber hinaus „notwendig, weil in Deutschland keine Politik mehr für, sondern gegen unser Land und unser Volk gemacht wird.“⁴⁰ Das sieht bei allem politischen Unmut das reale Volk aber anders. Denn es wählt eben nur zu geringen Anteilen andere und zu großen Anteilen die etablierten Parteien. Kubitschek geht nicht vom empirischen, sondern vom vorgestellten Volkswillen aus.

Und drittens könnte eine doch gemäßigte Formulierung der ideologischen Positionen als potentieller Widerspruch dazu gelten. Dabei wäre zunächst darauf hinzuweisen, dass es sehr wohl deutliche Bekenntnisse auch und gerade hinsichtlich „Umsturz“, „Umwälzung“ und „Widerstand“ gibt. Hierauf wird noch gesondert hingewiesen. Um sich aber nicht durch eindeutige Aussagen in einer als ungünstig geltenden Situation politisch angreifbar zu machen, formuliert man aus strategischen Gründen die eigenen Sichtweisen doppeldeutig oder gemäßigt. Diese Aussage könnte als Mutmaßung oder Unterstellung gelten, würde es dafür nicht einschlägige Bekundungen in Form von Zitaten geben. Kubitschek formulierte 2007, es gehe um den „Drahtseilakt

³⁹ Vgl. als Fallstudie dazu: Armin Pfahl-Traugber, Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 73-94.

⁴⁰ Götz Kubitschek, Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm, in: Sezession, 15. Jg., Nr. 77 vom April 2017, S. 18-21, hier S. 18 und 20.

zwischen notwendiger Offenheit und taktischer Maskierung.⁴¹ Und Weißmann schrieb bereits 1986: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muss entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“⁴²

15. Einschätzung: Die Forderungen nach „Umsturz“, „Umwälzung“ und „Widerstand“

Und schließlich kann noch auf die - bereits häufiger zitierten - Forderungen nach „Umsturz“, „Umwälzung“ und „Widerstand“ verwiesen werden. Diesbezüglich bedarf es zunächst einer grundsätzlichen Anmerkung: In einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft sind - den damit einhergehenden Prinzipien entsprechend - hinsichtlich Politik und Regierung auch grundlegende Veränderungen möglich. Dafür besteht ein mit der Abwahlmöglichkeit existierendes Regelsystem: Es erlaubt den friedlichen Austausch von bestehenden Regierungen durch regelmäßige Wahlen, wonach die politische Macht von einer früheren Opposition eingenommen werden kann. Alle politischen Akteure in einer pluralistischen Gesellschaft sollten sich um deren Fortexistenz willen an derartige Wertvorstellungen halten. Dies erlaubt auch grundlegende Änderungen auf der Basis von Normen und Regeln demokratischer Verfassungsstaaten. Derartige Auffassungen werden von Extremisten allenfalls für die Gegenwart, aber dann doch nicht für die Zukunft geteilt.⁴³

Betrachtet man nun die Artikel in der „Sezession“ zur Strategie, so findet man darin zunächst keine genauen konzeptionellen Überlegungen zu dem gewünschten politischen Wandel. Ganz allgemein geht es den Hauptautoren und Herausgebern um einen „Kampf um die Köpfe“, eine „Kulturrevolution von rechts“ oder „Metapolitik“ durch geistige Wirkung. Es gibt dann Differenzen darüber, inwieweit man dazu mit politischen Parteien oder Protestbewegungen kooperieren sollte.

⁴¹ Götz Kubitschek, Provokation, Schnellroda 2007, S. 48.

⁴² Karlheinz Weißmann, Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme, in: Criticon, 16. Jg., Nr. 96/1986, S. 178-178, hier S. 178.

⁴³ Gemeint ist damit eine Akzeptanz bis zur eigenen Machterlangung, wonach die Möglichkeiten zum Regierungswechsel wieder aufgehoben werden.

Das eigentliche Handlungsfeld besteht indessen im theoretischen Kontext. Dort finden dann Debatten darüber statt, inwieweit man auf einen abrupten und offenen Angriff oder auf langfristige und vermittelnde Wirkung setzen soll. Die genaue Betrachtung der formulierten Positionen macht dabei deutlich: Es geht nicht um Änderungen im Kontext der Normen und Regeln demokratischer Verfassungsstaaten. Denn ansonsten würde man von „Abwahl“ und „Reformen“, nicht aber von „Umsturz“ und „Umwälzungen“ sprechen. Diese Begriffswahl sollte hinsichtlich deren Selbstverständnisses ernst genommen werden.

Auch wenn damit ein besonderes Gehabe mit viel persönlicher Selbstgefälligkeit verbunden sein mag, offenbart sich in derartigen Bekundungen doch die extremistische Gesinnung. Es handelt sich bei den Intellektuellen der „Neuen Rechten“ um gebildete Personen, denen man ein ausgeprägtes Bewusstsein für die gewählten Formulierungen und vorgetragenen Positionierungen schon unterstellen darf. Wenn Kubitschek von einer „Umwälzung der Umwälzung“ oder von einer „Umwälzung der Verhältnisse“ redet dann meint er damit das Gleiche wie mit „Umsturzpotehtial“ bei dem ansonsten gemäßigter formulierenden Weißmann. Eine andere Deutung könnte möglich sein, würde es dazu entsprechende Erklärungen geben. Diese liegen aber nicht vor. Es wird eben nicht von der „Abwahl“, sondern vom „Umsturz“ gesprochen. Die damit einhergehende Absicht steht auch im inhaltlichen Einklang mit den ideologischen Vorbildern. Beides in Kombination miteinander macht aus dem Publikationsorgan „Sezession“ eine rechtsextremistische Zeitschrift.

16. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Redaktion formulierte als Selbstverständnis: „*Sezession* ist eine politisch-kulturelle Zeitschrift. Gebildet, widerborstig und konservativ zu sein, ist das Gebot der Stunde. Wer einigermaßen wachen Auges und Geistes in Deutschland lebt, wird nach rechts blicken, wo verantwortungsbewußt gedacht und argumentiert wird.“⁴⁴ Die politische Ausrichtung ist hier viel zu allgemein als „konservativ“ und „rechts“ beschrieben. Eine genauere Betrachtung der einschlägigen Diskurse

⁴⁴ Programm und Redaktion, in: *Sezession*, Gesamtregister 2003-2012 (Sonderheft), 11. Jg., 2013, S. 61.

zu bestimmten Themen erlaubt eine präzisere Wertung der politischen Zeitschrift: Die Bezüge auf den Konservatismus sind auf die „Konservative Revolution“ der Weimarer Republik gerichtet. Dafür sprechen Ausgaben und Beiträge ebenso wie Berufungen und Problemstellungen. Die bedeutendsten Autoren Kubitschek und Weißmann positionierten sich ebenso wie viele Stammautoren mehrfach in diesem Sinne. Damit wird ein Bekenntnis nicht zu einem demokratischen, sondern zu einem extremistischen Konservatismus deutlich. Dieses gilt eben auch für die Gegenwart und nicht nur für die Vergangenheit.

Eine Bestätigung erfährt die Einschätzung dadurch, dass es in den Beiträgen nicht um eine Einforderung von Reformen geht. „Abwahl“ ist nicht der kursierende Begriff, sondern „Umsturz“. Demnach werden auch politische Änderungen nicht im institutionellen und normativen Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates gesucht. Auch diese Frontstellung macht deutlich, dass es sich um ein extremistisches Publikationsorgan handelt. Dagegen spricht nicht eine personelle Abgrenzung gegenüber dem traditionellen Rechtsextremismus. Sie erklärt sich durch ideologische und strategische Differenzen, die mit einer Anlehnung an die „Konservative Revolution“ und einer Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus und mit einer Ausrichtung am „Kampf um die Köpfe“ statt dem „Kampf um die Straße“ zusammenhängen. Darüber hinaus beansprucht man auf das Bildungsbürgertum als gesellschaftliches Milieu einzuwirken, wobei es sich um eine andere soziale Bezugsgruppe als die des traditionellen Rechtsextremismus handelt.

Die Auflage der „Sezession“ wird für Ende 2016 mit 3.000 angegeben.⁴⁵ Das spricht eigentlich für eine eher geringe Verbreitung. Da dem IfS ab 2015 großes Interesse durch Medienberichte zukam, ist diese niedrige Zahl eher verwunderlich. Gleichwohl wirkt Kubitschek mit seinem Publikationsorgan in die politischen Veränderungen hinein. Zwei Beispiele mögen hier zur Veranschaulichung genügen: Ein von der „Identitären Bewegung Deutschlands“ in das Internet eingestelltes Werbe-Video, das Aussagen von deren Repräsentanten aneinander reiht, enthält Auszüge aus einer von Kubitschek verfassten

⁴⁵ Vgl. 75 x Sezession – eine Chronik (Anm. 4), nicht paginiert (S. 4).

„Sezession“-Veröffentlichung.⁴⁶ Und Björn Höcke, der Thüringer Vorsitzende der AfD, berief sich in einer aufsehenerregenden Rede erklärtermaßen auf das „Fundamentalopposition“-Verständnis aus der „Sezession“.⁴⁷ Diesen aktuellen Entwicklungen will man wohl Ideen geben und Strategien vorschlagen. Gerade diese Absicht macht unabhängig von der Auflagenzahl das kritische Interesse für die „Sezession“ notwendig.

⁴⁶ Vgl. Zukunft für Europa – Identitäre Bewegung (21. Januar 2016), in: youtube.com.

⁴⁷ Björn Höcke AfD zu Gast bei der Jungen Alternative in Dresden (Vortrag am 17. Juni 2017) (17. Juni 2017), in: youtube.com.

Ist die „Alternative für Deutschland“ eine rechtsextremistische Partei?

Eine Erörterung aus politikwissenschaftlicher Perspektive¹

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Wenn Mitglieder der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit Angehörigen rechtsextremistischer Organisationen kooperieren, ist dies immer wieder Gegenstand von kritischen Medienberichten über die Partei. Hierbei wird zumindest indirekt nahegelegt, dass es um verschiedene politische Bereiche geht, welche sich in bestimmten Kontexten berühren oder überschneiden. Die Frage, ob die AfD nicht selbst eine rechtsextremistische Partei ist, stellt man dabei kaum. Auch die kritische Literatur vermeidet derartige Zuordnungen. Da ist mitunter von einer „völkischen“ Ausrichtung die Rede, womit eigentlich die Orientierung am Rassismus gemeint sein müsste. Doch als Bezeichnung nutzen diese Publikationen meist nur „rechtspopulistisch“ als Kategorie, um die AfD als politischen Akteur im Gesamtrahmen des Parteienspektrums einzuordnen.² Damit wird zwar eine allgemeine Einordnung als „rechts“ vorgenommen und der genutzte Politikstil als „populistisch“ bezeichnet. Es erfolgt aber keine demokratietheoretisch orientierte Zuordnung.

Um eine solche soll es in der vorliegenden Abhandlung gehen, welche die Frage „Ist die AfD eine extremistische Partei?“ erörtern will. Die politische Bedeutung dieser Problemstellung bedarf keiner ausführlichen Begründung. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die AfD die aktuell drittstärkste Partei im Bundestag ist, sie Fraktionen in nahezu allen Landtagen hat und laut Umfragen in Ostdeutschland mitunter ein Viertel der Wählerstimmen verbuchen könnte. Dass es sich bei der

¹ Die vorliegende Abhandlung entspricht ausschließlich der Auffassung des Autors, sie ist daher keiner Behörde oder Hochschule zurechenbar. Der Autor nimmt damit lediglich seine Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit wahr. Die Arbeit am Manuskript wurde am 3. Oktober 2018 abgeschlossen.

² Als Beispiel dafür sei folgender Sammelband genannt: Alexander Häusler (Hrsg.), Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018.

AfD um eine „rechte“ Kraft handelt, sieht man bei den dortigen Mitgliedern ebenso. Doch handelt es sich um eine mehr rechtsdemokratische oder um eine mehr rechtsextremistische Partei bzw. in welche Richtung zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Partei? Um eine Bestimmung dieses Ortes soll es fortan gehen. Dabei wird eine demokratietheoretische Blickrichtung eingenommen, womit sich ein normativer Ausgangspunkt zugunsten bestimmter Prinzipien verbindet. Sie können sowohl mit einer „rechten“ politischen Auffassung bejaht wie verneint werden.

Um die Fragestellung zu erörtern, wird wie folgt vorgegangen: Zunächst bedarf es einer Definition von Rechtsextremismus (2.) und Basisinformationen zur Entwicklung der Partei (3.) sowie zu ihren Flügeln (4.). Nach Ausführungen zur Problematik von Verallgemeinerbarkeit und Zuordbarkeit (5.) geht es um die Aberkennung von Individualrechten, Bekundungen von rassistischen Positionen, die Delegitimierung der gewählten Regierung, Forderungen nach einem Systemwechsel, Ethnisierung und Monopalanprüche auf das Volksverständnis, die Negierung gleichrangiger Religionsfreiheit, Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype und die Relativierung der NS-Vergangenheit (6. – 13). Danach folgen Ausführungen zu Verbindungen zu anderen Rechtsextremisten (14.), dem Verhältnis zu den „Identitären“ (15.), Extremismusvorwürfen aus der Partei selbst (16.) und ihrer Bewertung als populistisch (17.). Abschließend werden die Argumente für und gegen eine Einschätzung als rechtsextremistisch diskutiert (18. – 20.).

2. Definition von Rechtsextremismus als Untersuchungskriterium

Eine Definition von Rechtsextremismus ist gerade bei der Erörterung von „Grauzonen“-Fällen von besonderer Relevanz, kursieren dazu doch unterschiedliche Auffassungen und Begriffsbestimmungen, Fehlschlüsse und Unterstellungen. Hier wird von folgender politikwissenschaftlichen Grundauffassung ausgegangen: „Extremismus“ ist allgemein eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Handlungen, die sich gegen die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaften wenden: Dazu gehören die Abwahlmöglichkeit, die Gewaltenverteilung, das Individualitätsprinzip, die Men-

schenrechte, der Pluralismus, die Rechtsstaatlichkeit und die Volkssouveränität. „Rechtsextremismus“ steht in diesem Kontext für eine bestimmte Erscheinungsform, die von der Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und der Ideologie der Ungleichwertigkeit geprägt ist. Als weitere Grundprinzipien kommen der politische Autoritarismus und das identitäre Gesellschaftsbild hinzu, welche dabei inhaltlich in einer „rechten“ Form artikuliert werden.³

Gerade für die Erörterung der Fragestellung bedarf es aber einiger Klarstellungen, um den angedeuteten Fehldeutungen und Missverständnissen zu begegnen. Es geht nicht um eine Abweichung von einer „politischen Mitte“, was im Rahmen eines Pluralismus völlig legitim wäre. Es geht darum, dass die erwähnten Grundprinzipien einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft negiert werden. Dies würde auch eine „rechtsdemokratische“ von einer „rechtsextremistischen“ Position unterscheiden. Dass sich in einer gefestigten Demokratie jede „rechte“ Partei öffentlich eher im erstgenannten Sinne gibt, versteht sich aus strategischen wie taktischen Gründen von selbst. Auch die eindeutig rechtsextremistische NPD bezeichnet sich selbst als „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“. Insofern dürfen einschlägige Bekenntnisse nicht ungeprüft übernommen werden. Darüber hinaus gibt es auch andere Demokratieverständnisse wie „Führerdemokratie“ oder „Volksdemokratie“, die nicht mit der oben definierten modernen Demokratie konform gehen.

Auch muss darauf hingewiesen werden, dass bereits die Negierung von deren Wertprinzipien entsprechende Zuordnungen erlaubt. „Rechtsextremismus“ beginnt nicht erst bei der direkten Systemverneinung. Schon das Absprechen von Grundrechten für Individuen oder die Relativierung der totalitären NS-Diktatur laufen auf eine solche politische Positionierung hinaus. Und schließlich sei noch auf ein weiteres verbreitetes Missverständnis zum Thema aufmerksam gemacht: Auch eine gewaltlose und legalistische Ausrichtung einer politischen Bestrebung steht nicht notwendigerweise für eine demokratische Orientierung, halten sich doch die meisten Extremisten formal an Recht und Gesetz und warten eher auf einen günstigen politischen Moment zu einer gewalttätigen Umorientierung. Und dann gilt noch,

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Wiesbaden 2019, i. E., Kapitel 2 und 3.

dass der Nationalsozialismus nur eine Ideologiefamilie des Rechtsextremismus ist. Auch unter Berufung auf den Deutschnationalismus oder die Konservative Revolution können die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft abgelehnt werden.

3. Entstehung und Entwicklung der Partei

Die AfD wurde 2013 gegründet.⁴ Diesem Akt gingen diverse Entwicklungen voraus. Dazu gehörten insbesondere die Aktivitäten des Ökonomieprofessors Bernd Lucke, der mit einigen Kollegen die von der Bundesregierung mitgetragene EU-Finanz- und Rettungspolitik gegenüber Griechenland vehement kritisiert hatte. Für diesen Kreis brachten frühere Wahlkandidaturen und Vereinsgründungen indessen keine Veränderungen. Daher schlossen sich die Gemeinten mit anderen Personen, die ganz allgemein einer liberal- und nationalkonservativen Richtung zugerechnet werden können, zu einem neuen politischen Projekt zusammen. Man verstand sich als Sammelbewegung für das gemeinte Spektrum. Der Name der Partei spielte dabei auf die angebliche „Alternativlosigkeit“ der kritisierten EU-Politik an, sollte dazu doch die andere Perspektive aufgezeigt werden. Auf dem Gründungsparteitag wurden neben Lucke der bekannte Journalist Konrad Adam und die frühere Unternehmerin Frauke Petry zu gleichberechtigten Parteisprechern gewählt.

Fortan strömten der gerade gegründeten AfD viele neue Mitglieder zu. Nach eigenen Angaben waren es kurz nach der Entstehung bereits 10.000 und am Ende des Gründungsjahres 17.000. 2015 sollen es 22.000 und 2017 29.000 gewesen sein. Diese Entwicklung wurde mit dadurch gefördert, dass Lucke häufig Gast in Fernseh-Talkshows war

⁴ Eine politikwissenschaftliche Darstellung zur Geschichte der Partei liegt noch nicht vor. Die Informationen folgen den Medienberichten über die Zeit. Die bisherige Literatur zum Thema ist mal mehr journalistisch, mal mehr polemisch, mal mehr wissenschaftlich, vgl. als Beispiele dazu: Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt/M. 2018; Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016; Michael Wildt, Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017.

und dadurch seine Partei und seine Positionen öffentlich breiter bekannt machen konnte. Die neuen Anhänger der AfD kamen zwar aus dem erwähnten politischen Spektrum, gleichwohl bildeten sie keine politische Einheit. Darüber hinaus zog die aufstrebende Entwicklung der Partei auch Personen mit persönlichen und politischen Spezifika an, was immer wieder zu erheblichen Konflikten führte und mitunter auch die organisatorische Entwicklung behinderte. Dadurch kam es immer wieder zu internen Auseinandersetzungen, gehörten dazu doch ebenso einzelne Personen mit traditionellen rechtsextremistischen Wertvorstellungen. Gleichwohl gelang es relativ schnell, arbeitsfähige Strukturen zu schaffen.

Sie bildeten die Basis für die folgenden Wahlkandidaturen, die nach einer anfänglichen Flaute zu kontinuierlichen Erfolgen führten. Deren Ausmaß und Regelmäßigkeit konnte so zuvor in der bundesdeutschen Parteiengeschichte nicht ausgemacht werden. Während die AfD 2013 mit 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen und mit 4,1 Prozent bei den hessischen Landtagswahlen noch knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte, konnte sie danach bei allen Kandidaturen in die Parlamente einziehen: 2014 in Brandenburg mit 12,2 Prozent, in Sachsen mit 9,7 Prozent, in Thüringen mit 10,6 Prozent und ins Europa-Parlament mit 7,1 Prozent, 2015 mit 5,5 Prozent in Bremen und 6,1 Prozent in Hamburg. 2016 mit 15,1 Prozent in Baden-Württemberg, 14,2 Prozent in Berlin, 20,8 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, 12,6 Prozent in Rheinland-Pfalz und 24,3 Prozent in Sachsen-Anhalt und 2017 mit 6,2 Prozent in Niedersachsen, 7,4 Prozent in Nordrhein-Westfalen, 6,2 Prozent im Saarland, 5,9 Prozent in Schleswig-Holstein und mit 12,6 Prozent der Stimmen in den Bundestag.

4. Flügel, Führungsstreit und „Rechtsruck“ in der Partei

Bei der AfD handelt es sich nicht um eine ideologisch homogene Partei, lassen sich doch idealtypisch drei Flügel unterscheiden: Dazu gehört der liberalkonservative Flügel, der politisch als gemäßigter gilt und eine wirtschaftsliberale Grundposition vertritt. Ihm lässt sich der Bundessprecher Jörg Meuthen zurechnen. Ein nationalkonservativer Flügel stellt demgegenüber stärker auf die nationale Identität ab, wobei mehr sozialstaatliche Positionen formuliert werden. Ihm gehört der Bundessprecher Alexander Gauland an. Und schließlich wäre noch

der deutschnationale Flügel zu nennen, der eine deutlichere nationalistische Grundauffassung vertritt, aber auch sozialstaatliche Positionen aufweist. Björn Höcke, der Landesvorsitzende von Thüringen, ist hier der bekannteste Repräsentant. Mit den sozialstaatlichen Auffassungen einhergehende Bekundungen müssen nicht der tatsächlichen Programmatik entsprechen. Denn es geht dabei hauptsächlich um die politische Ansprache der „kleinen Leute“, welche der Partei als wichtiges Wählerklientel gelten.

Diese ideologisch bedingten Flügelbildungen erklären nicht allein, aber mit die beiden herausragenden Führungskonflikte in der Partei: Bei dem Parteitag 2015 kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen Lucke und Petry, die der damals als „Gesicht der Partei“ geltende Lucke verlor. Er trat danach mit knapp 20 Prozent der Mitglieder aus der Partei aus. Als Grund gab Lucke an, dass sich die AfD immer weiter nach rechts bewegen würde. Zusammen mit dem Ökonomieprofessor Jörg Meuthen stellte Petry fortan eine Doppelspitze. Auch sie galt fortan als „Gesicht der Partei“ und wurde durch regelmäßige Talkshow-Auftritte einem breiteren Publikum bekannt. Ähnlich wie Lucke zuvor machte sie sich in der Parteiführung aber durch Alleingänge unbeliebt. Dies führte dazu, dass sich ihre dortigen Gegner um den früheren CDU-Politiker und Journalisten Alexander Gauland informell zusammenschlossen. Sie bewarb sich auch nicht um die Spitzenkandidatur bei den Bundestagswahlen 2017 und trat am Tag danach von all ihren Parteiämtern zurück.

Dieser letztgenannte Konflikt macht deutlich, dass es bei dieser Führungskrise nicht nur um ideologische Gründe, sondern ebenso um persönliche Ressentiments und strategische Unterschiede ging. Denn Angehörige aller drei Flügel, hier Gauland, Höcke und Meuthen, kooperierten eng gegen Petry. Sie meinte außerdem, man müsse sich um einer möglichen Koalitionsbeteiligung willen mehr mäßigen. Dagegen vertraten ihre parteiinternen Gegner die Meinung, die AfD müsse als „Protestpartei“ wahrgenommen werden. Beide Führungskonflikte stehen in der Gesamtschau aber auch für einen politischen „Rechtsruck“. Denn die als gemäßigter geltenden Funktionäre verließen jeweils die Partei, womit deren rechter Flügel einen höheren Stellenwert erhielt. Diese Beobachtung spricht indessen zunächst noch nicht zwingend für eine Hinwendung zum Rechtsextremismus. Es kann nur konstatiert

werden, dass die AfD als zwischen NPD und den Unionsparteien positioniert sich durch die erwähnte Entwicklung immer mehr in die erstgenannte Richtung hin bewegt hat.

5. Problematik von Verallgemeinerbarkeit und Zuordbarkeit

Wie die bisherigen Ausführungen zur Entwicklung der Partei verdeutlicht haben, gab und gibt es in der AfD erhebliche Differenzen, Konflikte und Umbrüche. Dies muss auch bei der Erörterung der zu behandelten Problemstellung berücksichtigt werden, stellt sich doch bei bekundeten Auffassungen immer die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit und Zuordbarkeit. Anders formuliert: Woraus ergibt sich, was die AfD eigentlich will? Der Blick ins Parteiprogramm ist hier wichtig, denn es ist als Grundlage für das Selbstverständnis einmal als solches verabschiedet worden. Es gilt aber auch hier im Lichte der erwähnten Problemstellung folgendes zu berücksichtigen: Angesichts einer allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz von moderner Demokratie und offener Gesellschaft vermeiden es extremistische Parteien allgemein, sich in derartigen Grundlagentexten offen zu einer Frontstellung zu den gemeinten Normen und Regeln zu bekennen. Gleichwohl lohnt der Blick in das Programm, er darf aber die Gesamtschau auf die Partei nicht ersetzen.

Dort finden sich meist auch formale Bekenntnisse zur Demokratie oder zum Grundgesetz, wobei sich jedoch immer die Frage stellt, inwieweit der damit gemeinte politische Geist auch die politischen Grundeinstellungen der untersuchten Protagonisten prägt. Insofern soll fortan auch den Aussagen führender AfD-Politiker besonderes Interesse gewidmet werden. Gerade wenn es dabei um Interviewaussagen geht, kommen die eigentlich Positionen noch deutlicher zum Ausdruck. Gleiches gilt in noch weit höherem Maße für öffentliche Redebeiträge. Während bei Interviewaussagen noch ein nachträgliches Redigieren möglich ist, wird in Reden eine ungefilterte Position deutlich. Derartige eindeutige Bekundungen erlauben es dann, eher ambivalent deutbare Erklärungen zu bestimmten Fragen inhaltlich eindeutiger zuzuordnen. Und dann muss noch darauf hingewiesen werden, dass den Aussagen von Führungspersonen und Mandatsträgern der Partei ein größerer Stellenwert zukommt als einfachen Mitgliedern oder kommunalen Repräsentanten.

Ein besonderes Problem hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit und Zuordnung ergibt sich bei der AfD noch aus den erwähnten Flügelbildungen. Immer wieder haben sich bestimmte Landesvorsitzende von den Erklärungen anderer Landesvorsitzender formal distanziert. Dabei wurde manchmal nur eine formale Abgrenzung, manchmal aber auch eine inhaltliche Abgrenzung vorgenommen. Im erstgenannten Fall bedauerte man nur die Schärfe der Wortwahl, im letztgenannten Fall erfolgte auch eine klare Negierung im inhaltlichen Sinne. Mitunter warfen Führungspersonen sogar anderen Führungspersonen eine ideologische Nähe zum historischen Nationalsozialismus vor. Meist wird aber nur von inhaltlichen Missverständnissen durch eine unpassende Wortwahl gesprochen. Dann kommt es zu einer angedeuteten Distanzierung, woraus sich aber keine politischen Folgen ergeben. Und schließlich sei in diesem Kontext noch auf ein anderes Problem verwiesen: Nach Aussteigerberichten wird in der AfD intern viel deutlicher als öffentlich gesprochen.⁵

6. Aberkennung von Individualrechten

Ein bedeutsames Merkmal moderner Demokratie sind Individualrechte, also dem Einzelnen zustehende Grund- und/oder Menschenrechte. Sie erlauben es ihm, auch für Meinungen einzutreten, welche eine Mehrheit, eine Partei, eine Regierung oder der Staat nicht teilen. Einschränkungen kann es hier geben, wenn dabei andere Gruppen oder Personen herabgewürdigt oder Gewaltforderungen oder Hassbotschaften vorgetragen werden. Insofern steht die individuelle Meinungsfreiheit für ein bedeutsames Recht, das auch die Freiheit zu Übertreibungen oder Unsinn gestattet. Wenn demnach Äußerungen von Individuen unter Strafe gestellt oder mit einer Vertreibung verbunden werden sollen, dann handelt es sich demnach um einen erheblichen Eingriff in die Grund- und Menschenrechte. Dafür müsste es schon einer besonderen Begründung hinsichtlich der erwähnten Einschränkungen bedürfen, sollte damit kein inhaltliches Konfliktverhältnis zu den normati-

⁵ Vgl. z.B. Franziska Schneider, Inside AfD. Bericht einer Aussteigerin, München 2018. Ähnliche Berichte liegen von anderen ehemaligen Parteimitgliedern vor, wobei es sich aber nicht um Bücher, sondern meist nur um Interviewausagen handelt.

ven Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates verbunden sein.

Ein Beispiel für eine solche Forderung stammt von Gauland: 2017 kommentierte er Auffassungen zur deutschen „Leitkultur“ der damaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoguz mit den Worten: „Das sagt eine Deutsch-Türkin. Ladet sie mal in Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können“.⁶ Die mediale Empörung über dieses Statement bezog sich meist auf die Forderung nach einem „Entsorgen“. Es geht bei dieser Äußerung aber auch um einen Eingriff in die Grundrechte einer Bundesbürgerin: Ihr sollte offenkundig das Recht auf Meinungsfreiheit abgesprochen und sie des Landes verwiesen werden. Dass Özoguz in der genannten Frage eine andere Position als die AfD vertrat, reichte Gauland offenbar für diese Forderung aus. Er distanzierte sich nach kritischen Anfragen nur von der „Entsorgen“-Wortwahl. Die zweite Spitzenkandidatin im Wahlkampf Alice Weidel sah dies ebenso.

Als weiteres Beispiel sei darauf hingewiesen, wie ein AfD-Politiker in Ausübung des Richteramtes die Wissenschaftsfreiheit einschränken wollte: Die NPD klagte gegen den Politikwissenschaftler Steffen Kailitz, der ihr die Absicht einer millionenfachen Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund vorgeworfen hatte. Für diese Einschätzung lassen sich einfach Belege benennen: Die NPD plädiert für ein rein ethnisches Staatsbürgerschaftsverständnis, welches das „Deutsch-sein“ allen Bürgern mit Migrationshintergrund abspricht. Gleichzeitig plädiert die Partei für ein „Ausländerrückführungsgesetz“, es würde letztendlich für all diese Menschen in einer Vertreibung münden. Der damalige Richter am Landgericht Dresden und heutige AfD-MdB Jens Maier hatte der NPD 2016 hier Recht gegeben. Später hob das Gericht dieses Urteil wieder auf.⁷ Maier handelte hierbei zwar nicht für die Partei, sondern als Richter. Gleichwohl negierte die Haltung des Mandatsträgers die Wissenschaftsfreiheit.

⁶ Gauland zit. nach: Özoguz war schwer geschockt (7. September 2017), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

⁷ Vgl. Bastian Brandau, Zweifel an der juristischen Unabhängigkeit (2. Februar 2017), in: www.deutschlandfunk.de (gelesen am 25. September 2018).

7. Bekundungen von rassistischen Positionen

Rassismus gilt als typisches Merkmal von Rechtsextremismus, wobei ein engeres und weiteres Verständnis unterschieden werden kann. Die erstgenannte Begriffsbestimmung orientiert sich an der biologistisch argumentierenden Konstruktion von „Rasse“ und nimmt darauf bezogen eine abwertende Einteilung unterschiedlicher Menschengruppen vor. Demgegenüber sieht eine weiter gefasste Auffassung auch in kulturell argumentierenden Herabwürdigungen einen Rassismus, ist dann doch von „kulturellem“ oder „Neo-Rassismus“ die Rede. Hier wird erklärtermaßen von einem engeren Verständnis ausgegangen. Dabei geht es fortan aber nicht um die direkte Herabwürdigung aufgrund einer „Rasse“-Zugehörigkeit, sind damit einhergehende Auffassungen durch die Erinnerung an den Nationalsozialismus doch öffentlich weitgehend diskreditiert. Die Beispiele stehen mehr für Diskurse, die mit einer rassistischen Prägung im genannten Sinne verbunden sind. Dazu bedarf es dann genauer Aufmerksamkeit für die Hintergründe bestimmter Positionierungen.

Kurz vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft 2016 äußerte sich Gauland gegenüber Redakteuren einer Zeitung wie folgt über den deutschen Nationalspieler Jerome Boateng: „Die Leute finden ihn als Fußballer gut, aber wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“⁸ Nachdem diese Aussage öffentlich stark beachtet und kritisiert worden war, erfolgten diverse Erklärungen, wonach diese Aussage so nie gefallen, der Name von der Redaktion ins Spiel gebracht und dann das Gesagte falsch verstanden worden sei. Beachtlich soll hier aber nicht das schrittweise Eingeständnis, sondern der Inhalt des Satzes sein. Es stellt sich die Frage, was Gauland mit Hinweis auf „die Leute“ nicht gefiel. Boateng ist in Deutschland geboren und aufgewachsen, spricht die deutsche Sprache und geht einer geregelten Berufstätigkeit mit hohen Steuerzahlungen nach. Es gibt daher nur einen Grund, der für Gauland als störend empfunden werden könnte: Boateng hat eine schwarze Hautfarbe. Dies macht deutlich, dass es hier um eine rassistische Position geht.

⁸ Gauland zit. nach: Markus Wehner/Eckart Lohse, Gauland beleidigt Boateng (29. Mai 2015), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

Eine Argumentationsweise entsprechend des biologistischen Rassismus findet man auch bei Höcke, der bei einer Konferenz des „Instituts für Staatspolitik“ der Neuen Rechten 2015 einen Vortrag hielt. Dort äußerte er sich zu Bevölkerungspolitik und Reproduktionsstrategien wie folgt: „In Afrika herrscht nämlich die sogenannte R-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt. Dort dominiert der sogenannte Ausbreitungstyp. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraums optimal ausnutzen möchte. Hier lebt der Platzhalter-Typ. Die Evolution hat Afrika und Europa vereinfacht gesagt zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert ... Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhalter-Typ.“⁹ Hier werden nicht nur spekulative Auffassungen auf die Menschen- aus der Tierwelt übertragen. Bedeutsam ist bei der zu erörternden Frage die sozialdarwinistische Prägung der vorgetragenen Positionen.

8. Delegitimierung der gewählten Regierung

Bei der Delegitimierung einer gewählten Regierung geht es nicht nur um eine scharfe Kritik an deren Entscheidungen oder Kompetenzen. Dies ist für sich allein ein Ausdruck von Meinungsfreiheit, die auch mit Fehldeutungen und Überspitzungen im Urteil einhergehen kann und erklärtermaßen nicht im Blickfeld der Erörterung und Urteilsfindung steht. Es geht vielmehr um folgendes: In einer Demokratie wird eine Regierung gewählt. Dadurch erhält sie eine Legitimation, was die Folge eines entsprechenden Verfahrens ist. Die Abwahl dieser Regierung kann später nach einer gewissen Zeit erfolgen. Anhand dieser Besonderheit lässt sich nicht nur, aber hauptsächlich eine Demokratie von einer Diktatur unterscheiden. Wer aber die gewählte Bundesregierung mit einer diktatorischen Regierung gleichsetzt, der negiert eben diese inhaltliche Legitimation und damit den relevanten Wahlakt. Gleichzeitig erlaubt die Bezeichnung als Diktatur potentiell einen Gesetzesbruch, der dann auch eventuell Gewalttaten als Handlungen von „Widerstand“ legitim erscheinen lässt.

⁹ Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme. Höcke beim IfS, in: www.youtube.com (gesehen am 3. Oktober 2018).

Die Bundeskanzlerin bezeichnete Gauland bereits 2016 in einer Rede als „Kanzler-Diktatorin“, die das „Volk völlig umkrepelt und viele Menschen uns aufpfropft“.¹⁰ Derartige Aussagen wiederholte er fortan immer wieder. Besonders bekannt wurden seine Diktaturgleichsetzungen dann in der Parteitagsrede 2018. Die aktuelle politische Lage setzte er mit der Niedergangsphase der DDR-Diktatur gleich: „Ich fühle mich an die letzten Tage der DDR erinnert.“ Die „Rolle Honeckers“ falle hier Merkel zu. Es genüge aber nicht nur die „Merkel muss weg“-Parole umzusetzen. „Doch hier muss ein ganzer Apparat, ein ganzes System, eine ganze Mentalität weg.“¹¹ Wie genau eine solche Ablösung des „Systems“ erfolgen solle, ließ Gauland in dieser umjubelten Rede offen. Er machte aber in den Ausführungen deutlich, dass es ihm nicht nur um die behauptete „Kanzler-Diktatorin“ gehe, sollte doch das ganze „System“ weg. Da aber die Legitimation von Merkel auf diesem fußt, bedeutet dies in der Konsequenz die Negierung von dessen Regeln und Strukturen.

Die Anspielung auf die DDR-Diktatur diene auch Höcke dazu, eine Delegitimierung der gewählten Regierung in seinen politischen Vorträgen vorzunehmen. In der bekannten Dresdener Rede von 2017 heißt es: „Weder ihr erstarrter Habitus noch ihre floskelhafte Phraseologie unterscheidet Angela Merkel von Erich Honecker.“ Und nach einer durch „Merkel muss weg“-Rufe entstandenen kurzen Pause geht es dann weiter mit den Worten: „Diese Regierung ist keine Regierung mehr, diese Regierung ist zu einem Regime mutiert!“¹² Bereits bei der ersten Aussage wird deutlich, dass es Höcke nicht um eine Kritik an Merkel als Politikerin geht. Er setzt sie mit einem Diktator gleich und beschreibt sie als Feindbild. Dass dies nicht nur auf die Bundeskanzlerin gemünzt ist, zeigt dann der folgende Satz. Die Bezeichnung „Regime“ wird hier im alltäglichen Sprachgebrauch und nicht im wissenschaftlichen Sinne genutzt. Demnach handele es sich um eine Art Diktatur, die durch Unvermögen und Versagen geprägt sei und überwunden gehöre.

¹⁰ Gauland, zit. nach: Gauland nennt Merkel „Kanzler-Diktatorin“ (5. Juni 2016), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

¹¹ Gauland, zit. nach: Kordula Doerfler, Gauland vergleicht Merkel mit Honecker (30. Jun 2018), in: www.fr.de (gelesen am 25. September 2018).

¹² „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“. Höcke-Rede im Wortlaut (19. Januar 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 21. September 2018).

9. Ethnisierung und Monopolisierung des Volksverständnisses

Besondere Bedeutung in einer Demokratie hat die Legitimation von Politik durch das Volk, wobei es in einer modernen Auffassung auch Grenzen für eine Mehrheit etwa durch die Menschenrechte gibt. Es bedarf bei der Berufung auf das Volk aber auch immer einer Klärung der Frage, welche Einzelnen aus welchen Gründen zum Volk gehören und inwieweit es auch um den Willen des realen Volkes geht. Die letztgenannte Anmerkung stellt darauf ab, dass eine politische Homogenität des Volkes in der sozialen Realität nicht existiert. Es bestehen unterschiedliche ethische, religiöse oder soziale Orientierungen. Dadurch bedingt ist die exklusive Berufung auf einen angeblich einheitlichen Willen des Volkes nicht belegbar, sie leugnet außerdem nicht nur den Pluralismus, sondern wendet sich erklärtermaßen gegen diese Vielfalt. Die Auffassung zur Frage, wer Bürger bzw. Deutscher sein kann, gibt darüber hinaus Auskunft über das damit einhergehende politische Selbstverständnis. Geht es bei den Gemeinten hauptsächlich um anerkannte Grundrechte oder ethnische Zugehörigkeiten.

Dazu bemerkte der heutige AfD-Bundestagsabgeordnete Mark Jongen 2016, damals war er stellvertretender Sprecher seiner Partei in Baden-Württemberg, in einem Interview: „Die Identität des Volkes ist eine Mischung aus Herkunft, aus Kultur und aus rechtlichen Rahmenbedingungen. Der Pass allein macht noch keinen Deutschen. Als AfD sind wir deshalb dafür, das sogenannte Abstammungsprinzip im Staatsbürgerrecht, das ja bis vor Kurzem noch gegolten hat, wieder einzuführen.“ Derartige Aussagen erinnern bis in die Formulierung hinein an die NPD-Position von den „Pass-Deutschen“, die eben keine richtigen Deutschen seien. Was dann aber mit den Bürgern mit nicht-deutscher ethnischer Herkunft hinsichtlich ihres Status geschehen sollte, blieb bei den Ausführungen von Jongen und den sonstigen der Partei bislang offen. Darüber hinaus hieß es in dem erwähnten Interview: „Wir sind die ‚Lobby des Volkes‘, nicht einzelner Interessengruppen. Wir schauen auf das Gesamtwohl.“¹³, womit ein Monopolanspruch auf die Volksvertretung verbunden ist.

¹³ „Man macht sich zum Knecht“. Interview mit Mark Jongen (9. Juni 2016), in: www.zeit.de (gelesen am 24. September 2018).

Die erwähnte Auffassung von der Homogenität findet sich auch im Parteiprogramm von 2015, wo vom „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“ die Rede ist. Demnach gelte es „die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ zu verteidigen. Unklar blieb, was das besondere „deutsche“ dabei außer der Sprache sein soll. Bei den genannten „drei Quellen“, nämlich der „Überlieferung des Christentums“, der „wissenschaftlich-humanistischen Tradition“ und dem „römischen Recht“¹⁴ handelt es sich nicht um deutsche, sondern um universelle Werte. Bezüglich der angedeuteten Konsequenzen eines monopolisierten Volksverständnisses sei noch unkommentiert auf folgendes Zitat verwiesen: Markus Frohnmaier, heute AfD-Bundestagsabgeordneter, erklärte 2015 als damaliger Vorsitzender der „Jungen Alternative“: „Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteifilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“¹⁵

10. Forderungen nach einem Systemwechsel

Als besonders eindeutig extremistisch kann die Forderung nach einem Systemwechsel gelten. Dabei bedarf es aber einer genauen Beachtung des mit dem Begriff Gemeinten, kann doch „System“ unterschiedlich verstanden werden. Ganz allgemein steht die Bezeichnung für das „politische System“ eines Landes. Es ginge demnach darum, die bestehende Ordnung durch ein anderes Ordnungsmodell zu ersetzen. Gemeint sind damit also nicht begrenzte oder grundlegende Reformen, beabsichtigt ist nicht nur eine fundamentale ökonomische Veränderung. Demnach soll es eine dezidierte Revolution gegen existente Strukturen geben. Eine solche Auffassung liefe auf die politische Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates hinaus – und insofern wäre eine solche Absicht unabhängig von ihrer friedlichen oder gewalttätigen Weise als extremistisch einzuschätzen. Denn die Abwahlmöglichkeit ist in einer modernen Demokratie das entschei-

¹⁴ Alternative für Deutschland (Hrsg.), Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin 2016, S. 47.

¹⁵ Frohnmaier, zit. nach: Henry Bernhard, „Wenn wir kommen, wird aufgeräumt!“ (29. Oktober 2015), in: www.deutschlandfunk.de (gelesen am 23. September 2018).

dende Kriterium, um in friedlicher und geregelter Form einen politischen Wandel umzusetzen.

Führende AfD-Politiker gehen hier indessen weiter, was zunächst an Aussagen von Gauland verdeutlicht werden soll. In einem Interview bekannte er sich zwar zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wollte aber ein anderes politisches System. Deutlich formulierte Gauland, „dass dieses politische System wegmuss“. Doch dafür bildet die freiheitliche demokratische Grundordnung die inhaltliche Legitimationsbasis, man kann nicht das eine bejahen und das andere verneinen. Er formulierte deutlich: „Ja, gegen das politische System“, womit auch die Angehörigen anderer Parteien gemeint sein sollen, welche die Merkel-Politik stützten. Es handelt sich dabei aber um die gewählte Bundeskanzlerin, die auch wieder abgewählt werden kann. Gauland formulierte indessen für einen Machtwechsel eine andere Perspektive: „Diejenigen, die die Politik Merkels mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben. Das kann man eine friedliche Revolution nennen.“¹⁶

Auch Höcke äußerte sich in ähnlicher Weise. In seiner bekannten Dresdener Rede heißt es: „Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.“¹⁷ Diese Formulierung klingt zunächst wie eine bloße Selbstbeweihräucherung. Doch was meint Höcke, wenn man ihn beim Wort nimmt? Gelingen mit der AfD und deren Wahlkandidatur kein evolutionärer und friedlicher Wandel, dann wäre die Folge und das Gegenteil davon ein revolutionärer und gewalttätiger Wandel. Eine derartige Eskalation von Handlungsoptionen ist in der Formulierung integriert, dies wäre die schlüssige Konsequenz. So darf dann wohl auch folgende Bekundung von Höcke in einem Interviewbuch verstanden werden: „Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich angehen. Wenn einmal die Wendezeit gekom-

¹⁶ „Friedliche Revolutionen machen mir nie Sorgen“. Im Gespräch: Alexander Gauland, Bundesvorsitzender der AfD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September 2018, S. 2.

¹⁷ Björn Höcke AfD zu Gast bei der Jungen Alternative in Dresden (Vortrag am 17. Juni 2017) (17. Juni 2017), in: www.youtube.com.

men ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen.“¹⁸ Es soll nicht nur um Korrekturen, sondern einen Systemwechsel gehen.

11. Negierung einer gleichrangigen Religionsfreiheit

Zu den Bestandteilen von moderner Demokratie gehört auch, dass die Mehrheit nicht einer Minderheit grundlegende Rechte absprechen kann. Es bedarf demnach einer gleichrangigen Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Rechten. Für die hier zu erörternde Frage kommt dazu der Einstellung zum Islam und den Muslimen entsprechende Relevanz zu, wobei es eben um eine religiöse Minderheit und den Umgang mit ihr geht. Dazu bedarf es vorab der Aussage, dass sowohl eine differenzierte Kritik an der Religion des Islam wie an den Einstellungen einiger Muslime nichts mit fremdenfeindlichen Positionen zu tun hat. Es stellt sich hier ausschließlich die Frage, ob den Anhängern des Islam bei ihrer Religionsfreiheit eine geringere Wertigkeit zugeschrieben wird. Derartiges würde gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen, hätte man es doch mit der Benachteiligung einer bestimmten Religionsgruppe gegenüber anderen Religionsgruppen zu tun. Genau darin bestünde eine Auffassung, die sich gegen Bestandteile einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft richtet.

Ausführungen zu derartigen Positionen finden sich im Programm, wo ein „Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer Werteordnung“ betitelter Unterpunkt steht. Zunächst bekennt man sich „uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“. Die AfD fordert dann, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen.“ Das ist aber schon längst der Fall, es dürfen keine Grundrechte durch Religionsfreiheit aufgehoben werden. Dann heißt es weiter: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Was genau dies bedeuten soll, bleibt unklar. Ist die Aussage beschreibend oder bewertend gemeint? Angesichts von Moscheen und Muslimen in Deutschland würde die erstgenannte Deutung eine Realitätsverleugnung darstellen. Bezogen auf eine normative Interpretation, müsste genauer begründet werden, in welchen Auffassungen genau der Islam nicht zu unserem Land gehört. Ganz allge-

¹⁸ Höcke, zit. nach: Mariam Lau, Auftrag: Umsturz, in: Die Zeit, Nr. 39. vom 20. September 2018, S. 8-9, hier S. 8.

mein wird von Gefahren wie Salafismus gesprochen, welche aber keine anderen Parteien bejahen.

Beachtenswert ist bei den Erläuterungen zu den Fragen von Integration, Islam und Muslimen, dass in der Gesamtschau grundlegende Widersprüche bestehen. Einerseits bekennt sich die AfD zur Religionsfreiheit, andererseits gehöre der Islam nicht zu Deutschland. Wie können dann aber Muslime ihre Religionsfreiheit praktizieren, wenn der Islam gar nicht zu Deutschland gehören soll? Denn wie die Partei selbst im Programm schreibt: „Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft.“ Es bleibt auch unklar, was genau die Folge in der Gesellschaft durch die letztgenannte Position wäre. Im Text steht: „Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ... ab ...“.¹⁹ Es bleibt aber jeder Glaubensgemeinschaft selbst vorbehalten, ihre Gebäude entsprechend der eigenen Vorstellungen zu gestalten. Insofern erfolgt hier ein Eingriff in das Grundrecht auf Religionsfreiheit, das seine Grenzen nur in allgemeinen Gesetzen findet. Das Baurecht gilt dabei für Kirchtürme wie Minarette.

12. Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype

„Fremdenfeindlichkeit“ meint die pauschale Negativzeichnung von Personen, die als „Fremde“ empfunden werden, es aber nicht sein müssen. Dabei besteht der primäre Bezugspunkt in der angeblichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und zwar unabhängig von individuellen Verhaltensweisen. Die Definition schließt damit das kritische Hervorheben von Spezifika aus, welche bestimmte ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozialen Milieus nach empirischen Untersuchungen aufweisen. Dies hat nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun, gehen solche Beschreibungen doch nicht mit Diffamierungen aller Individuen einher. Die Bezeichnung „Fremdenfeindlichkeit“ will daher diese Herabwürdigung erfassen und sieht sie hier auch als Merkmal von Rechtsextremismus an. Es geht demnach nicht um die Hervorhebung von Problemen mit Minderheiten, sondern um die Negativzeichnung von Personen durch Zugehörigkei-

¹⁹ AfD, Parteiprogramm (Anm. 14), S. 48-50.

ten. Dies meint auch die obige Formulierung „Ideologie der Ungleichwertigkeit“.

Ein Beispiel dafür sind die Ausführungen des AfD-Politikers Nicolaus Fest, dem ehemaligen Stellvertretenden Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ und (allerdings erfolglosen) Direktkandidaten seiner Partei zu den Bundestagswahlen im Wahlkreis Berlin-Charlottenburg – Wilmersdorf. Er schrieb 2017 in einem Blogeintrag über „Gruppen von arabischen, türkischen und afrikanischen Jugendlichen“: „Alle sind laut, aggressiv, präpotent, ohne den Willen zu einfachster Höflichkeit, ohne jede soziale Intelligenz ... Nicht einfach sind diese Leute, sondern primitiv und böseartig.“ Und dann bemerkte er in Anspielung auf ein bekanntes Max-Frisch-Zitat, wonach man Gastarbeiter rief und Menschen kamen: „Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel.“²⁰ Die genauen Formulierungen machen die Pauschalisierungen deutlich. Es heißt „alle“ und „Gesindel“, „böseartig“ und „primitiv“. Nachdem diese Äußerungen bekannt wurden, formulierte der zuständige Landesverband eine verhaltene Distanzierung nur aufgrund der Wortwahl.

Demgegenüber folgten den Ausführungen im folgenden Beispiel doch Konsequenzen. Anlässlich des politischen Aschermittwoch 2018 erklärte André Poggenburg, der damalige Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, in einer Rede über Sprecher der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“: „Diese Kümmelhändler haben selbst einen Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern am Arsch ... und wollen uns irgendetwas über Geschichte und Heimat erzählen? Die spinnen wohl! Diese Kameltreiber sollen sich dahin scheren, wo sie hingehören.“²¹ Gegen die Aufnahme dieses Beispiels spricht womöglich, dass Poggenburg nach dieser Rede seine Ämter als Fraktions- und Landesvorsitzender aufgab. Dies war aber ohnehin absehbar, hatte er sich doch durch persönliches Gebaren – aber nicht durch seine politischen Positionen – unbeliebt gemacht. Beachtenswert sind nicht nur seine Aussagen selbst,

²⁰ Fest, zit. nach: Sabine Beikler, Berliner AfD-Politiker Fest nennt Zuwanderer „Gesindel“ (29. März 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 25. September 2018).

²¹ Poggenburg zitiert nach: Politischer Aschermittwoch der AfD Sachsen – André Poggenburg Patriotismus pur!!!, in: www.youtube.com (gesehen am 25. September 2018).

sondern auch die Stimmung in dem Video.²² Es dokumentiert wie das AfD-Publikum gerade in diesem Moment mit hasserfüllter Stimmung reagierte.

13. Relativierung der NS-Vergangenheit

Der Einstellung zum historischen Nationalsozialismus kommt im politischen Selbstverständnis ein besonderer Stellenwert zu. Dabei handelte es sich bekanntlich um eine totalitäre Diktatur, welche die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trägt und für die Vernichtung von Millionen von Juden verantwortlich war. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Demokratie gerade als Gegensatz zum NS-Herrschaft gegründet worden. Eine inhaltliche Bejahung von diesem steht demnach im erklärten Widerspruch zum demokratischen Verfassungsstaat. Gleiches gilt aber auch für eine Relativierung, welche etwa in der Minimierung des Stellenwertes dieses Systems in einer Wertung vermittelt wird. Dadurch schwindet die Bedeutung nicht nur als historische Entwicklungsphase, sondern auch als politisches Negativbild. Gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit diesem ergibt sich für eine moderne Demokratie eine inhaltliche Legitimation, zumindest aus der politischen Deutungsperspektive der deutschen Geschichte.

Auffällig ist, dass AfD-Politiker immer wieder ohne jeweils aktuelle Anlässe auf das NS-Bild in der Öffentlichkeit anspielen. Auch hier mag als Beispiel erneut Gauland dienen, äußerte er doch 2017 bei dem „Kyffhäuser-Treffen“: „Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr“. Und weiter bemerkte er: Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder Churchill seien, „haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.“²³ Die Anerkennung im letzten Fall bezieht sich aber auf ein Engagement für eine politische Führung von Kriegsverbrechern und Massenmördern, insofern bedeutet diese Denkperspektive auch eine Relativierung der NS-Vergangen-

²² Vgl. ebenda.

²³ Gauland zit. nach: Gauland will stolz sein „auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen“ (14. September 2017), in: www.fr.de (gelesen am 25. September 2018).

heit. Sie zeigte sich bei Gauland auch in einer Rede vor der Parteijugend 2018 deutlich, wo er äußerte: „Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die zwölf Jahre. Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000jährigen Geschichte.“²⁴ Diese Auffassung verkennt die erwähnte demokratiethoretische Bedeutung einer kritischen Sicht auf diese politische Vergangenheit.

Auch Höcke thematisiert immer wieder die NS-Zeit in einem geschichtspolitischen Sinne. Bekannt wurde seine Bezeichnung „Denkmal der Schande“ für die Holocaust-Gedenkstätte in Berlin, wobei die Deutung dieser Formulierung hier nicht weiter thematisiert werden soll. Demgegenüber sei auf seine folgende Forderung verwiesen: „Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute ... Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“²⁵ Dabei kommt gleich drei Aspekten besondere Bedeutung zu: Der kritische Blick auf den Nationalsozialismus wird als Hindernis für die Praxis der eigenen Politik verstanden, es geht um ein politisches, weniger um ein wissenschaftliches Geschichtsbild, und eben dieses soll in sein grundlegendes Gegenteil verkehrt werden. Wenn man aber die Formulierung von einer „Wende um 180 Grad“ wörtlich nimmt, dann bedeutet dies, dass eine angeblich einseitig negative Betrachtung des „Dritten Reiches“ in ein doch eher positives Bild münden soll.

14. Verbindungen zu anderen Rechtsextremisten

Bereits von Beginn an fürchtete die Parteispitze, dass sie als „rechte“ Partei auch Rechtsextremisten aus politisch gescheiterten Organisationen anziehen würde. Dafür gab es unterschiedliche Gründe: Es war etwa die Auffassung, dass es sich meist um „schwierige“ Personen handelt, welche den Aufbau und die Entwicklung durch ein besonderes Gehabe erschweren. Dazu gehörte auch die Befürchtung, dass man in der Öffentlichkeit als ein neuer Rechtsextremismus wahrgenommen würde. Der damit einhergehende Ansehensverlust und die Angst vor einer möglichen Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden führten dann zu offiziellen Abgrenzungsbeschlüssen und gelegentli-

²⁴ Gauland zit. nach: Gauland: Hitler nur „Vogelschiss in deutscher Geschichte“ (2. Juni 2018), in: www.faz.net (gelesen am 25. September 2018).

²⁵ Björn Höcke AfD zu Gast ... (Anm. 17).

chen Parteiausschlussverfahren. Gleichwohl zeigte sich immer wieder, dass ein Agieren gegen eine solche Entwicklung nicht konsequent und eher selektiv erfolgte. Demnach kam mehr dem öffentlichen Erscheinungsbild und der konkreten Person politische Relevanz zu, denn einen konsequenten und überzeugenden Abgrenzungskurs setzte man nicht um.

Dafür mag das Beispiel eines hohen Funktionsträgers stehen: Der hier gemeinte Andreas Kalbitz ist AfD-Fraktions- und Landesvorsitzender in Brandenburg und einer der Beisitzer im Bundesvorstand seiner Partei. 2007 hatte er noch an einem Lager der neonazistischen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ teilgenommen. Kalbitz war zwischen 2010 und 2015 Vorsitzender des rechtsextremistischen Vereins „Kultur- und Zeitgeschichte. Archiv der Zeit“ und legte dieses Amt erst nach kritischen Presseberichten nieder. 2016 wurde bekannt, dass er einen ehemaligen Neonazi-Aktivisten als Mitarbeiter im Landtag beschäftigte.²⁶ Beachtenswert ist auch die AfD-Einstellung zur Pegida-Bewegung, gab es zu ihr doch einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Allerspätestens 2018 wurde er in der Praxis aufgehoben, demonstrierte man doch fortan zusammen. Dabei belegten Filmaufnahmen die direkte Nähe zu Lutz Bachmann, dem vorbestraften Pegida-Sprecher, der durch eindeutig rassistische Abwertungen von Flüchtlingen seine eigentlichen Positionen offenbart hatte.²⁷

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Kontext, dass durch die AfD-Einzüge in die Parlamente auf Bundes- und Länderebene viele Mitarbeiterstellen für die Abgeordneten entstanden. Bei diesen konnte immer wieder eine Herkunft aus rechtsextremistischen Organisationen festgestellt werden. Folgt man den Ergebnissen eines journalistischen Recherche-Projektes, so entstammten mindestens 27 von

²⁶ Vgl. Brandenburger AfD-Chef gibt Teilnahme an rechtsextremem Lager zu, in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 3. Oktober 2018); Obskurer Verein: AfD-Politiker unter Druck (15. Oktober 2015), in: www.maz-online.de (gelesen am 3. Oktober 2018); Alexander Fröhlich, Ex-NPD-Mann arbeitete für AfD-Landtagsabgeordneten (19. März 2016), in: www.pnn.de (gelesen am 3. Oktober 2018).

²⁷ Vgl. Monnia Meiborg, AfD beschließt offenbar Zusammenarbeit mit Pegida (17. Februar 2018), in: www.zeit.de (gelesen am 25. September 2018); Malene Gürgen/Christian Jacob, „Wir sind keine Nazis“ (2. September 2018), in: www.taz.de (gelesen am 25. September 2018).

297 dieser Mitarbeiter einschlägigen Organisationen, wozu die NPD, die verbotene neonazistische „Heimattreue Deutsche Jugend“, darüber hinaus die „Identitäre Bewegung“ und die Gruppe „Ein Prozent“ und schließlich einschlägige Burschenschaftler und Ideologen der Neuen Rechten zählten. Auch Gauland selbst hatte zeitweise einen Mitarbeiter, der aus der Neonazi-Szene stammte.²⁸ Der AfD-Fraktionsvorsitzende sprach hier von einer bloßen „Jugendsünde“. Unabhängig von der Frage, ob es sich um eine bewusste Einstellungspraxis oder eine gezielte Unterwanderung handelt, führt diese Entwicklung noch mehr zu einem „Rechtsruck“.

15. Verhältnis zu den „Identitären“

Ein besonderer Aspekt der vorgenannten Thematik ist die Einstellung gegenüber den „Identitären“. Die damit gemeinte Gruppierung versteht sich als „Jugendbewegung“, die mit provokativen Aktionen in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam macht. Dabei bekennt man sich zu einem „Ethnopluralismus“ und positioniert sich gegen Rassismus. Gleichwohl läuft die Auffassung von ethnisch und kulturell homogenen Räumen in der Praxis letztendlich auf eine „Ausländer raus!“-Politik hinaus. Berücksichtigt man außerdem die Berufung auf Denker der Konservativen Revolution und die Herkunft vieler führender „Identitärer“ aus der Neonazi-Szene, so ergeben sich daraus eine Fülle von Indizien für eine rechtsextremistische Orientierung. Dies führte auch zur Einstufung als Verdachtsfall bei den Verfassungsschutzbehörden.²⁹ Offenkundig um hier nicht eine ähnliche Einstufung zu erhalten, distanzierte sich die AfD offiziell von den „Identitären“: Es gab dazu sogar einen offiziellen Abgrenzungsbeschluss, der aber in der Realität vielfach unterlaufen wird.

²⁸ Vgl. Kai Biermann u.a. AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde (21. März 2018), in: www.zeit.de (gelesen am 23. September 2018), siehe auch: Rechercheprojekt Netzwerk AfD, 300 rechte Helfer im Bundestag (ohne Datum), in: www.taz.de (gelesen am 23. September 2018).

²⁹ Vgl. z.B. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 80f.

Hier geht es fortan aber nicht um die breit belegbare Kooperation einzelner Parteimitglieder mit den „Identitären“³⁰, vielmehr soll die Begründung für die Distanzierung näheres Interesse finden. Eine diesbezügliche Bekundung stammt aus einem Gauland-Interview von 2016, worin es heißt: „Wir haben einen Beschluss im Bundesvorstand gefasst, dass es keine Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung gibt. ... Wir sind die AfD, wir sind das Original. Wer ähnliche Ziele verfolgt, kann zu uns kommen.“ Und dann weiter: „Ich muss auch taktisch damit umgehen, dass die IB zum Teil vom Verfassungsschutz beobachtet wird. ... Deswegen sehe ich überhaupt nicht ein, warum wir mit der Identitären Bewegung zusammenarbeiten sollen, denn die können alle zu uns kommen.“³¹ Demnach distanziert sich Gauland hier nur aus strategischen Gründen von den „Identitären“, da sie ihm als Konkurrenz für die eigene Partei erscheinen. Inhaltlich sieht er offenkundig keine Differenzen, formuliert er doch sogar eine Einladung zur Mitarbeit aufgrund dieser Übereinstimmung.

Dass die AfD und die „Identitären“ eigentlich das Gleiche wollen bestätigte auch Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter seiner Partei in Sachsen-Anhalt. Unter der gleichen Adresse wie ein Hausprojekt von diesen in Halle konnte man zeitweise sein Wahlkreisbüro erreichen. Angesichts von öffentlich bekannt gewordenen Absichten, die AfD oder Teile von ihr vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, erklärte Tillschneider: „Wir müssen auch eine unglückliche Verquickung mit der Identitären Bewegung lösen“. Gleichzeitig meinte er: „Die AfD will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung, inhaltlich gibt es keinen Dissens.“ Es gehe nur um eine „strukturelle Entflechtung“, es werde ein „Angriffspunkt zugemacht“.³² Auch hier wird ein ideologisch inhaltlicher Konsens deutlich, während Verbindungen nur als strategisch ungünstig gelten. Gleichwohl belegen diese Aussagen, dass sowohl Gauland wie Tillschneider politisch

³⁰ Vgl. Astrid Geisler/Karsten Polke-Majewski/Tilman Steffen, abgrenzen? Von wegen (16. Juni 2017), in: www.zeit.de (gelesen am 25. September 2018).

³¹ „Wir bleiben Fundamental-Opposition!“. Fragen an Björn Höcke und Alexander Gauland, in: Compact, Nr. 10 vom Oktober 2016, S. 30f., hier S. 31.

³² Tillschneider, zitiert nach: jbe, „AfD will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. September 2018, S.4.

keinen Gegensatz sehen zwischen ihrer eigenen Partei und den vom Verfassungsschutz genannten „Identitären“.

16. Extremismusvorwürfe aus der Partei selbst

Die vorstehende Einschätzung, wonach sich in der AfD nicht nur am Rand, sondern auch im Zentrum extremistische Positionen und Zielsetzungen nachweisen lassen, wird mitunter gar von aktiven Parteimitgliedern direkt oder indirekt geteilt. Dabei geht es nicht um die vielen „Aussteiger“, also ehemalige AfD-Mitglieder, welche die Partei verlassen haben und in diesem Kontext auf rechtsextremistische Personen und Positionen hinwiesen. Gemeint sind vielmehr Angehörige jener Bereiche oder Flügel, welche eine demokratische Rechtspartei etablieren wollten. Durch die kontinuierliche Entwicklung, die als inhaltlicher „Rechtsruck“ gelten kann, wurden diese Personen immer mehr an den Rand der Partei gedrängt. Darauf gab es unterschiedliche Reaktionen: Einige passten sich um ihrer Ämter und Karriere willen derartigen Tendenzen an. Andere äußerten immer wieder Einwände gegen einschlägige Entwicklungen in der Partei. Diese hatten aber letztendlich keine Folgen, blieben doch in der Gesamtschau die Gemeinten eine eher einflussarme Minderheit.

Insbesondere kritische Aussagen zu Höcke können in diesem Kontext genannt werden. 2017 beantragte die damalige AfD-Spitze noch um Frauke Petry ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn, wofür eine Auswertung seiner Auftritte, Reden und Schriften mit einem sechzigseitigen Umfang vorgelegt wurde. Darin sprach man gar von einer „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“. Bei dem Thüringer Landesvorsitzenden werde ein „Menschenbild sichtbar, welches der Würde des Menschen widerspricht“. Darüber hinaus hieß es, dass sich Höcke „unmittelbar gegen die verfassungsgemäße Ordnung“³³ wende. Bei ihm fänden sich auch Aussagen, welche Adolf Hitler in Wahlkampfreden im Jahr 1932 genutzt habe. Eine derartige Verwandtschaft sei nicht zufällig. Demnach schätzte man Höcke gar als Nationalsozialisten und nicht nur als Rechtsextremisten ein. 2018 lehnte das Landesschiedsgericht in Thüringen indessen diesen Vorstoß

³³ Antrag zitiert nach: Kai Portmann, AfD-Spitze vergleicht Höcke mit Hitler (9. April 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 23. September 2018).

ab. Höcke bleibt demnach AfD-Mitglied, wodurch sich die Partei seine Stellungnahmen auch zurechnen lassen muss.

Und dann sei hier noch auf die Aussagen von Jörn Kruse verwiesen. Der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und frühere Landesvorsitzende kommentierte dabei öffentliche Veranstaltungen, wobei führende AfD-Politiker zusammen mit Neonazis an angeblichen „Trauermärschen“ 2018 teilnahmen. Kruse bemerkte über seine Partei: „Sie macht jetzt – jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung – gemeinsame Sache mit Rechtsradikalen. Ohne energisches Gegensteuern wird das die Partei an den rechtsradikalen Rand führen.“ Über eine Rede des brandenburgischen AfD-Vorsitzenden Andreas Kalbitz beim „Kyffhäuser-Treffen“ des rechten Parteiflügels schrieb Kruse: „Das war Nazi-Sprech.“ Und ein Buch von Höcke kommentierte er mit den Worten: „Auch das ist Nazi-Jargon“.³⁴ Gauland und Meuthen forderte er zu einer Distanzierung auf, was aber nicht geschah. Einige Tage nach diesem Interview trat Kruse aus der Partei aus. Hier ist bedeutsam, dass er in der AfD nationalsozialistische Auffassungen bei hohen Funktionsträgern sah.

17. Anmerkungen zur Einschätzung der AfD als „rechtspopulistisch“

Die AfD wird nicht nur in den Medien und der Politik häufig als „populistisch“ oder „rechtspopulistisch“ bezeichnet, meist geschieht dies aber ohne dass dies mit einer genaueren Begriffsbestimmung einhergeht. Insofern stellt sich die Frage: Wie angemessen ist die Einordnung? Eine Antwort setzt voraus, dass für das Gemeinte einschlägige Merkmale in einem trennscharfen Sinne benannt werden. Genau davon lässt sich aber nur in den seltensten Fällen sprechen. Hinzu kommt, dass auch in der Fachliteratur kein Konsens über das „Populismus“-Verständnis besteht.³⁵ Außerdem dient der Begriff nicht selten als politisches Schlagwort – und zwar in einem affirmativen wie

³⁴ Kruse, zit. nach: jbe, Seehofer wirft AfD „staatszersetzende“ Haltung vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2018, S. 4.

³⁵ Vgl. u.a. Florian Hartleb, Internationaler Populismus als Konzept: Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie, Baden-Baden 2015; Jan-Werner Müller, Was ist Populismus?, Berlin 2016.

kritischen Sinne. Bei der letztgenannten Auffassung werden populäre, aber unrealistische Forderungen unterstellt. Die affirmative Deutung behauptet demgegenüber eine Berufung auf das Volk. Hier seien fortan fünf Merkmale von „Populismus“ im wissenschaftlichen Sinne genannt³⁶, welche bezogen auf die AfD hinsichtlich der Angemessenheit für die Partei erörtert werden sollen.

Dazu gehört erstens der Bezug auf das „Volk“ als Einheit, wobei die politischen und sozialen Unterschiede von Einzelnen und Interessengruppen zugunsten der Konstruktion eines allgemeinen, erkennbaren, feststehenden und wahren Volkswillens mit antipluralistischer und identitärer Dimension ignoriert werden. Davon kann bezogen auf die AfD durchaus die Rede sein, suggeriert sie doch immer wieder die politische Stimme des als homogen gedachten deutschen Volkes zu sein. Als zweitens Kriterium gilt der Rekurs auf das Unmittelbare und die direkte Beziehung von dem populistischen Akteur und dem präsenten „Volk“, womit die Bedeutung von Komplexität, Repräsentation und Vermittlung in modernen und pluralistischen Gesellschaften zugunsten des Postulats einer Einheit zwischen beidem ausgeblendet wird. Wenn die AfD mehr „direkte Demokratie“ in ihrem Sinne fordert, dann entspricht dies den genannten Kriterien, zumal es bei ihr bezüglich einer anderen Bedeutung von mehr partizipatorischen Dimension an Klarheit zu Verfahrensfragen mangelt.

Das dritte Merkmal besteht in der Anlehnung an den Alltags- bzw. „Stammtisch“-Diskurs, also an real existierende diffuse Einstellungen, Ressentiments und Vorurteile in der Gesellschaft, wobei es sich nicht allein um Betrug und Manipulation, sondern um die Thematisierung von realen Empfindungen und Problemen handelt. Genau dies geschieht bei der AfD bei dem Aufgreifen von Ängsten und Sorgen, welche zunächst bezogen auf die Euro-Rettungspolitik und dann auf die Flüchtlingsthematik aufkamen. Und schließlich kann hier viertens auf die Bildung von konfrontativen Identitäten verwiesen werden, welche in einem „Wir“ gegen „die Anderen“ besteht, wobei mit dem Erstgenannten das „einfache“ und „wahre Volk“ und mit dem Letztgenannten die „Elite“ bzw. „Politiker“, aber auch Angehörige von

³⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Populismus – was ist das überhaupt? Definition über eine inhaltliche und stilistische Dimension (21. Februar 2017), in: www.hpd.de.

Minderheiten unterschiedlichster Art gemeint sind. Auch diese Eigenschaften findet man nahezu mustergültig bei der AfD, sprechen dafür doch sowohl die Agitation gegen die „Alt-Parteien“ und deren Repräsentanten wie gegen Flüchtlinge und Muslime.

18. Argumente für eine Einschätzung als rechtsextremistisch

Die damit begründbare Einschätzung der Partei als populistisch bzw. rechtspopulistisch sagt indessen noch nichts darüber aus, ob sie auch als extremistisch bzw. rechtsextremistisch gelten kann. Betrachtet man die bisherige Auseinandersetzung mit dieser Frage in Öffentlichkeit und Wissenschaft ergeben sich sowohl Argumente dafür wie dagegen. Diese sollen hier dargestellt und kommentiert werden, wobei am Anfang die Begründungen für eine solche Sicht stehen. Ein Anknüpfungspunkt für die Einschätzung als extremistisch findet sich in den erwähnten und vielen anderen Skandalaussagen, worin AfD-Führungspersonen deutliche fremdenfeindliche und grundrechtswidrige Positionen vertreten. Dagegen kann argumentiert werden, dass diesen Bekundungen auch andere Führungspersonen gelegentlich öffentlich widersprochen haben. Es bleibt dabei aber unklar, wie sich in diesen Fragen die Partei selbst positioniert. Mit wenigen Ausnahmen fehlte es auch an klaren Konsequenzen, die vom Funktionsverlust bis zum Parteiausschluss reichen könnten.

Ein weiteres Argument für die Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch ergibt sich daraus, dass es mitunter bis in die Formulierungen hinein mit der NPD ähnliche oder identische Parolen im Wahlkampf gab und gibt. Außerdem stellt man mit der Flüchtlingspolitik und Islamfrage die gleichen Themen in dramatisierender Weise in den Vordergrund. Es muss dabei aber zunächst berücksichtigt werden, dass die AfD sich nicht in der besonders ausgeprägten Form wie die NPD auf ihren Plakaten positioniert. Die Gemeinsamkeiten bestehen hier mehr mit den gemäßigeren Positionierungen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass einzelne Aussagen aus unterschiedlichen Grundlagen resultieren können. Die geforderte Einschränkung der Flüchtlingsentwicklung kann ihr Motiv sowohl in der Angst vor innenpolitischen Konflikten wie in der generellen Feindschaft gegenüber Migranten haben. Mitunter findet man auch eine Kombination

beider Positionen, was dann eine klare Deutung im Extremismustheoretischen Sinne schwierig macht.

Und schließlich sei hier noch auf den „Rechtsruck“ in der Partei hingewiesen, handelte es sich bei ihr doch um eine Sammlungspartei für unterschiedliche Strömungen. Der Blick auf die Entwicklungsgeschichte macht deutlich, dass die gemäßigeren Liberalkonservativen kontinuierlich ihren einst tragenden Stellenwert einbüßten. Diese traten entweder aus der AfD aus wie Lucke oder passten sich dem „Rechtsruck“ an wie Meuthen. Die meisten Austritte von Funktions- oder Mandatsträgern wurden eben mit dieser Richtungsänderung begründet. Demgegenüber verließen keine relevanten AfD-Mitglieder die Partei, weil sie diese in der Positionierung für zu gemäßigt hielten. Der rechte Flügel, der sich in den Gruppierungen „Der Flügel“ und der „Patriotischen Plattform“ organisiert, konnte demgegenüber stetig seinen internen Stellenwert erhöhen. Auch wenn er die AfD noch nicht in Gänze beherrscht, belegen die Personalentwicklungen in der Partei doch deren hohe Wertigkeit. Diese Entwicklung spricht dafür, die AfD als eine rechtsextremistische Partei anzusehen.

19. Argumente gegen eine Einschätzung als rechtsextremistisch

Es gibt aber auch einige Argumente gegen die Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch, welche hier ebenfalls dargestellt und kommentiert werden sollen. Eine erste diesbezügliche Aussage stellt darauf ab, dass sich die AfD zu Demokratie, Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit bekennt. Sie gibt sich sogar als deren eigentlicher politischer Repräsentant, würden doch „Altparteien“ und Regierung mit ihrer Politik häufig genug gegen die damit gemeinten Wertvorstellungen verstoßen. Derartige formale Bekenntnisse gibt es allgemein bei gemäßigten extremistischen Parteien, ist ihnen doch ein breiter gesellschaftlicher Konsens zugunsten der genannten Prinzipien bewusst. Insofern kann es auch nur ein taktisch motiviertes Bekenntnis dazu geben. Will man dieses als eine solche Instrumentalisierung deuten, bedarf es dazu entsprechender Belege. Sie müssen deutlich machen, dass das Bekenntnis zum Grundgesetz nicht mit einer Verinnerlichung seiner Werte einhergeht. Fremdenfeindlichkeit oder Grundrechteneignung würden dafür stehen.

Ein weiteres Argument gegen die Einschätzung der AfD als rechtsextremistisch stellt darauf ab, dass es auch eine rechtsdemokratische Partei „rechts“ von den Unionsparteien geben und eine Repräsentationslücke für Wähler geschlossen werden könne. Beiden Aussagen lässt sich allgemein von der Sache her zustimmen. Bezogen auf den erstgenannten Aspekt muss gefragt werden, wo die AfD zwischen einer rechtsdemokratischen und einer rechtsextremistischen Position steht. Der beschriebene „Rechtsruck“ in der Partei hat sie eher in die letztgenannte Richtung gebracht, gleichwohl muss die hier relevante demokratietheoretische Grenzlinie noch nicht überschritten sein. Der zweitgenannte Gesichtspunkt verweist darauf, dass viele Bürger bezogen auf die Flüchtlingspolitik hinsichtlich ihrer Skepsis keine Wahlalternative sahen. Die AfD bot sich als eine solche an. Damit erhielten angemessene wie übertriebene Befürchtungen eine politische Stimme. Gleichwohl spricht dies weder für eine demokratische noch extremistische Ausrichtung, handelt es sich doch um unterschiedliche Ebenen.

Und dann kann noch darauf hingewiesen werden, dass die AfD sich nicht auf den historischen Nationalsozialismus beruft und sich von der NPD und der Neonazi-Szene distanziert. Dem ist als politisches Bekenntnis in einem formalen Sinne durchaus so. Dabei bedarf es der Berücksichtigung von zwei Gesichtspunkten: Der historische Nationalsozialismus gilt gesamtgesellschaftlich weitgehend als diskreditiert, was eben auch für dessen offene Anhänger im heutigen Rechtsextremismus zutrifft. Insofern wäre es ein taktischer Fehler, sich in diese Richtung offen politisch zu bekennen. Als weitaus bedeutsamer kann indessen gelten: Zwar ist jeder Nationalsozialist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Nationalsozialist. Es gibt auch andere ideologische Bezüge, womit politisch „Rechte“ die Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft ablehnen können. Dafür stehen die Anhänger der anderen Ideologiefamilien des Rechtsextremismus, wozu auch ein extremistischer Deutschnationalismus oder extremistischer Konservatismus zählt.

20. Einschätzung der Extremismusintensität in der Gesamtschau

Wie kann die AfD in der Gesamtschau im Lichte der vorgenannten Reflexionen eingeschätzt werden? Eine Antwort auf diese Frage ist

nicht einfach, weil es sich bei ihr nicht um eine homogene Partei handelt. Die Ausführungen über die diversen Flügel machen die internen Unterschiede deutlich. Da es gelegentlich „Kampfabstimmungen“ bei Parteitagungen gibt, scheint die AfD immer noch nach ihrer eigenen Identität zu suchen. Diese Einschätzung bezieht sich sowohl auf die ideologische Ausrichtung wie die strategische Positionierung. Darüber hinaus können diesbezügliche Differenzen bei den ost- und westdeutschen Landesverbänden ausgemacht werden. Während die gemäßigten Kräfte eher im Westen präsent sind, finden sich die radikaleren Kräfte mehr im Osten. Letztere können aber ebenso in bestimmten Landesverbänden in Westdeutschland ausgemacht werden. Dahin geht die Entwicklung in der Gesamtschau, wovon auch die Austritte mit einschlägiger Begründung zeugen. Diese konstatieren für die Partei einen inakzeptablen „Rechtsruck“.

Insofern spricht auch nicht viel für die Annahme, wonach sich die AfD im Laufe der Zeit mäßigen würde, wie dies bei den Grünen in der Vergangenheit der Fall war. Tatsächlich hatten in den 1980er Jahren in der Ökopartei noch einige frühere Angehörige maoistischer Kleinparteien viel zu sagen. Sie bekannten sich aber fortan zu den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaates oder verließen aus Protest gegen die Mäßigung die Partei. Bei der AfD lässt sich indessen ein genau umgekehrter Entwicklungsprozess beobachten. Die gemäßigteren Kräfte um den Parteimitbegründer Lucke verließen die AfD und bezeichneten sie fortan sogar als „NPD-light“ (Hans-Olaf Henkel). Währenddessen rückte die Partei immer weiter nach rechts. Gleichzeitig gewann der äußere rechte Flügel dabei an Bedeutung. Die als noch gemäßigt geltenden Führungsfiguren kooperieren mit eben diesem Flügel der Partei problemlos. Darüber hinaus finden sich von den „Gemäßigten“ immer wieder anerkennende oder entschuldigende Kommentare zu den weit rechts stehenden Repräsentanten.

Dies führt in der Gesamtschau dazu, dass die AfD trotz ihrer „Grauzonen“-Existenz sehr wohl als eine extremistische Partei eingeschätzt wird. Damit geht keine Gleichsetzung mit der NPD oder der Neonazi-Szene einher, handelt es sich doch um ganz andere Akteure des gemeinten politischen Lagers. Es wird mit dieser Bewertung auch nicht ausgeschlossen, dass es innerhalb der AfD durchaus Mitglieder mit einer rechtsdemokratischen Orientierung gibt. Beide Einschränkungen

sprechen aber nicht für das Gegenteil. Denn der Extremismus kann sich in unterschiedlichen Intensitätsgraden artikulieren, wozu eine offiziell normen- und systembejahende wie eine offen normenverneinende und systembejahende Form auf einer niedrigen Stufe gehören.³⁷ Ihr kann die AfD zugeschrieben werden, welche eine ähnliche Ausrichtung wie „Die Republikaner“ Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre hat. Auch aus diesem vergleichenden Blick handelt es sich um eine extremistische Partei mit aktuell eher noch niedrigem Intensitätsgrad, aber eben einer extremistischen Orientierung.

21. Schlusswort und Zusammenfassung

Die AfD gab sich von Anfang ihrer Existenz an das Image einer bürgerlichen, konservativen und seriösen Partei. Sie bekundete, auf dem Boden des Grundgesetzes und des Rechtsstaates zu stehen. Ihre Anhänger beklagten eine Entwicklung der Union nach links. Der behaupteten Alternativlosigkeit der Eurorettungspolitik wollte sie eine Alternative entgegen setzen. Und es war durchaus Platz für eine rechtsdemokratische Partei im Parteienspektrum. Doch blickt man auf die kurze Geschichte der AfD zurück, so kann in nahezu allen Punkten eine Abkehr von den ursprünglichen Idealen konstatiert werden. Die damit angesprochene Entwicklung ging einher mit einem politischen „Rechtsruck“, der von einer Emotionalisierung und Polarisierung des Tonfalls verbunden war. Die gemäßigten Angehörigen verließen die Partei, verloren in ihr an Einfluss oder passten sich dem „Rechtsruck“ an, während demgegenüber die weit rechts stehenden Mitglieder keine Parteiausschlüsse befürchten mussten und einen immer höheren Stellenwert erhielten.

Dadurch entwickelte sich die AfD von einer rechtsdemokratischen Auffassung weg und zu einer rechtsextremistischen Orientierung hin. Betrachtet man in der Gesamtschau die oben dargestellten und kommentierten Positionen, so finden sich in der Partei nicht nur am Rande, sondern im Zentrum: die Aberkennung von Individualrechten, Bekun-

³⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“. Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I), Brühl 2014, S. 7-36.

dungen von rassistischen Positionen, die Delegitimierung der gewählten Regierung, Forderungen nach einem Systemwechsel, Ethnisierung und Monopalanprüche auf das Volksverständnis, die Negierung gleichrangiger Religionsfreiheit, Pauschalisierungen durch fremdenfeindliche Stereotype und die Relativierung der NS-Vergangenheit. Die fehlende Abgrenzung zu den „Identitären“ entspricht der fehlenden Abgrenzung von anderen Rechtsextremisten. In der Bilanz bedeutet dies, dass man es bei der AfD mittlerweile selbst mit einer rechtsextremistischen Partei zu tun hat. Ihre Extremismusintensität ist zwar geringer als die der NPD oder Neonazi-Szene, dies ändert aber am Sachverhalt selbst nichts.

Diese Deutung ignoriert nicht, dass es in der AfD noch rechtsdemokratische Minderheiten gibt. Sie bemühen sich gelegentlich um Einflussgewinne, sind damit aber in Regelmäßigkeit gescheitert. Als solche bilden sie daher aktuell eher ein Feigenblatt, das den eigentlichen Charakter der Partei verdeckt. Da auch einschlägige Skandale nicht zum Rückgang von Umfragezustimmungen führen, schwindet bei Aussagen und Handlungen immer mehr die strategisch bedingte Zurückhaltung.³⁸ Wenn selbst gemeinsame Demonstrationen mit Neonazis keine Stimmenrückgänge nahelegen, dann bedarf es aus Akteurs-Perspektive immer weniger einer Mäßigung in der öffentlichen Wahrnehmung. Diese politische Entwicklung ist auch im länderübergreifenden Vergleich bemerkenswert: Während die als rechtspopulistisch geltenden Akteure in Europa eher auf eine Mäßigung um höher Stimmengewinne willen setzen, hat dies die AfD angesichts von Umfragewerte und Wahlerfolgen offenbar viel weniger nötig. Die Entwicklung in die rechte extremistische Richtung dürfte sich fortsetzen.

³⁸ Angesichts einer möglichen Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden reagierte die AfD indessen im Herbst 2018, gleichwohl geschah dies nur halbherzig und wenig überzeugend. Es sollte eine Benennung in den Berichten abgewandt, nicht eine Mäßigung in der Sache vorgenommen werden. Vgl. als differenzierten Kommentar dazu: Justus Bender, Die Faust von Chemnitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 2018, S. 1.

Der rechtsextremistische Diskurs über die „Alternative für Deutschland“

Eine Analyse der Positionierungen zwischen Verdammung und Unterstützung

Christoph Busch¹

1. Einleitung und Fragestellung

Der Erfolg der „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei den Wahlen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen stellt einen Einschnitt in der parlamentarischen Demokratie in Deutschland dar. Innerhalb von wenigen Jahren nach ihrer Gründung gelang es der Partei, die drittgrößte Fraktion im Bundestag zu stellen. Dies hat die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland geändert. Insbesondere tat sich die AfD mit ihrer Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung hervor. Infolge dieser Agenda analysierten politikwissenschaftliche Beiträge, ob und inwieweit die Partei als rechtspopulistisch² oder gar als rechtsextremistisch³ einzuordnen ist. Die Heteroge-

¹ Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

² Vgl. u.a. Nicole Berbuir, Marcel Lewandowsky, Jasmin Siri, *The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?*, in: *German Politics*, Jg. 24, Nr. 2/2015, S. 154-178; Alexander Häuser/Rainer Roesser, *Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*, Hamburg 2015; Alexander Häusler, *Die AfD – eine rechtspopulistische „Bewegungspartei“?*, in: Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.), *Neue soziale Bewegung von rechts?, Zunftsängste, Abstiegsängste, Ressentiments*, Hamburg 2016, S. 42-51; Alexander Häusler (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016; Frank Decker, *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Frank Decker/Bernd Hennigsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015, S. 75-90; Frank Decker, *Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen?*, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 109-123; Dieter Rucht, *Rechtspopulis-*

nität der Partei und deren dynamische Entwicklung in den letzten Jahren, der Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky spricht von einer „Partei im Werden“⁴, erschweren dabei die fundierte Analyse.

In diesem Beitrag liegt jedoch der Fokus nicht auf der AfD, sondern auf der Wahrnehmung der AfD durch das rechtsextremistische Spektrum. Denn sowohl die Wahlerfolge als auch das Hauptthema der AfD wurden von Rechtsextremisten wahrgenommen und führten zu einem Diskurs, welche Auswirkungen dies auf die eigene Szene habe bzw. wie man mit dieser neuen Partei umgehen solle.

Die Antworten dazu fallen unterschiedlich aus. Deshalb sollen hier die relevanten Wahrnehmungsmuster herausgearbeitet werden. Diese weisen zugleich auf ideologische und strategische Motive der rechtsextremistischen Akteure hin und geben Einblicke in deren Selbstverständnis. Dabei werden auch Beiträge der AfD beleuchtet, welche die rechtsextremistischen Wahrnehmungsmuster wechselseitig beeinflus-

mus als Bewegung und Partei, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen + plus*, Nr. 2/2017, S. 1-7.

³ Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter konzidiert im Sommer 2016 bezüglich der AfD, dass diese sich zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten entwickelt: „Im Kern läuft sie (die Entwicklung der Partei; Anm. C.B.) darauf hinaus, die Grundlagen des Grundgesetzes in Frage zu stellen.“ Wolfgang Gessenharter, *Gegen 1789, gegen 1968. Wie die AfD zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten wird* (24. August 2016), in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 6. Juni 2018). Christoph Kopke und Alexander Lorenz kommen Ende 2016 zu folgendem differenziertem Fazit: „In der Anfangszeit bemühte sich die AfD-Führung um eine deutliche Abgrenzung zum verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus. Dies hat sich inzwischen geändert. Momentan, so der Gesamteindruck, steht die AfD auf der Schwelle zur ‚Nationalen Opposition‘. Es hat den Anschein, dass ein Großteil der Partei darauf drängt, einen Schritt weiter zu gehen.“ Christoph Kopke/Alexander Lorenz, *Auf dem Weg in die „Nationale Opposition“?*, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, Jg. 55, Nr. 4/2016, S. 15-28, hier S. 24. Eine aktuelle Analyse des Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traughber bestätigt diese Entwicklungstendenz: „Die AfD hat sich zwischen rechtsdemokratisch und rechtsextremistisch in die letztgenannte Richtung bewegt.“ Armin Pfahl-Traughber, *Ist die AfD (rechts-)extremistisch?* (23.03.2018), in: www.bnr.de (gelesen am 6. Juni 2018).

⁴ Marcel Lewandowsky, *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftliche Debatte*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 25, Nr. 1/2015, S. 119-134, hier S. 119.

sen. Die Analyse dieser Wahrnehmungsmuster gibt zugleich Auskunft über künftige Entwicklungspfade des Rechtsextremismus.

2. Abgrenzung

In der neonazistischen Szene bzw. in durch Neonazis geprägten Parteien wie „Die Rechte“⁵ und „Der III. Weg“ grenzt man sich von der AfD aus grundsätzlichen Erwägungen weitgehend ab. Eine Begründungslinie hebt darauf ab, dass die AfD Teil des abgelehnten politischen Systems sei. Ein führender Aktivist der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene, Sven Skoda, schrieb zur Bundestagswahl, auf seinem Blog „Rhein, Rausch, Randal“ den Grundsatzartikel „Wenn man sich mit dem Teufel einlässt ...“, in dem er sich deutlich von der AfD abgrenzt. Als Grund führte er die ideologische Diskrepanz an. Demnach positioniere sich die AfD nicht gegen die liberale Demokratie. Mit der Wortwahl des Beitrags verdeutlicht der Autor die Schärfe der Ablehnung und zeigt, dass er auch perspektivisch keine Chancen für eine Annäherung sieht: „Die AfD ist keine einzigartige Chance in der Geschichte unseres Volkes, sie ist ihrem Wesen nach eine tief in dieser Republik verankerte neue Hure des System (sic!). Sie will kein neues Deutschland, sondern zurück zu den Zuständen, als die BRD noch nicht ganz so weit nach links gekippt war und im Vergleich zu heute wie ein besserer Ort wirkt. Das ist die Positionierung der AfD, nicht meine Deutung davon...“⁶

Ein weiterer rechtsextremistischer Blogger unter dem Pseudonym „Reno Faust“ verteidigt Skodas Ausführungen gegen sceneinterne Kritik⁷. Er betont, dass der Text sich an neonazistische Aktivisten richte und nicht an Bürger und erstere eben keine Kompromisse mit dem „System“ eingehen sollten. In der Sicht von Reno Faust sei die

⁵ Vgl. Christoph Busch, „Die Rechte“ – alter neonazistischer Wein in neuen parteipolitischen Schläuchen, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung, Jg. 20, Nr. 2014, S. 141-150.

⁶ Sven Skoda, Wenn man sich mit dem Teufel einlässt ... (21. September 2017), in: <https://www.rhein-rausch-randal.info/> (gelesen am 25. April 2018).

⁷ Vgl. Peter Steinborn, Die deutsche Rechte auf dem Vormarsch: Vom Teufel, Fische fangen und Entwicklungen (23. Oktober 2017), in: gegenstrom.org. (gelesen am 25. April 2018).

AfD für die Entwicklung Deutschlands schädlich, weil sie Protest einhege und revolutionäre Politikversuche erschwere: „So gelingt es auch heute konservativen Fischern, Wähler mit der relativen Sicherheit und dem Wohlstand vergangener Jahrzehnte zu ködern, statt radikale nahe-liegende Lösungen für die großen Probleme der heutigen Zeit anzubieten.“⁸

Ein weiteres ideologisches Motiv, sich von der AfD abzugrenzen, ist der Antisemitismus. Dabei fällt auf, dass Rechtsextremisten anscheinend mehrere öffentlich problematisierte antisemitische Äußerungen von AfD-Mitgliedern als irrelevant einordnen.⁹ Stattdessen kritisieren sie, dass sich die AfD mehrheitlich für positive Beziehungen zu Israel einsetzt, was dem in weiten Teilen der Szene verbreiteten Antisemitismus widerspricht. Beispielsweise entrüstet sich „Der III. Weg“ darüber, dass die AfD an einem „Freundeskreis Israel“ im Brandenburger Landtag beteiligt ist: „Doch bei genauerer Betrachtung der AfD, zumindest aber ihrer Führungsriege, fällt auf, dass Höcke und Gedeon hier isoliert stehen. Solidarität mit Israel und das Bekenntnis zu Deutschlands angeblichen ‚jüdisch-christlichen Wurzeln‘ ist bei vielen Mitgliedern gang und gäbe.“¹⁰

⁸ Reno Faust, Der Fisch stinkt vom Kopf her (2. November 2017), in: logr.org/faust/ (gelesen am 6. Juni 2018).

⁹ Der „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ kommt angesichts dieser Fälle zu der Einschätzung „dass die AfD zu den Parteien zählt, die den Antisemitismus aus strategischen Gründen ablehnen, ihn aber latent in den eigenen Reihen dulden. Demnach ist die AfD in der Gesamtbetrachtung keine antisemitische Partei, sie hat aber mit Abstand das größte Antisemitismus-Problem – zumindest von den behandelten Parlamentsparteien.“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Unterrichtung durch Bundesregierung. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, 7. April 2017, S. 154. Eine noch kritischere Einschätzung vertritt der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn: „Insofern ist es lediglich eine Frage der Zeit, wann aus der Partei für Antisemit(inn)en auch eine dezidiert antisemitische Partei werden wird. Den Weg dahin zeigt die obsessive Bemühung der AfD, NS-Begriffe wie ‚Volksgemeinschaft‘ und ‚völkisch‘ wieder positiv besetzen zu wollen – ...“ Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechte, Weinheim 2017, S. 114.

¹⁰ Der III. Weg, AfD unterstützt Brandenburger Israel-Freundeskreis (03. Mai 2018), in: der-dritte-weg.info (gelesen am 6. Juni 2018).

Eine solche differenzierte Wahrnehmung der AfD, welche die unterschiedlichen Positionen gegenüberstellt und gewichtet, ist aber eher die Ausnahme. Vielmehr sehen Rechtsextremisten vor allem die proisraelischen Verlautbarungen der AfD und nehmen diese zum Anlass für eine deutliche Distanzierung von der Partei. So bemäkelte im Januar 2017 ein Mitglied des NPD-Parteipräsidiums, Ronny Zasowk, in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ entsprechende Äußerungen des damaligen Sprechers der AfD in Nordrhein-Westfalen Marcus Pretzell.¹¹

Ähnlich reagierte der Dortmunder Kreisverband der Partei „Die Rechte“.¹² Er mokierte sich in seinem Online-Sprachrohr „Dortmundecho“ darüber, dass die AfD-Ratsfraktion eine Anfrage zu Antisemitismus unter Migranten stellte. Dabei kritisieren die Rechtsextremisten nicht, dass durch solche Anfragen Migranten generell unter Antisemitismusverdacht gestellt werden könnten, sondern dass die AfD-Politiker Antisemitismus überhaupt als Problem thematisieren: „Tatsächlich scheint es, als wollte die AfD ein beliebtes Thema, welches regelmäßig von den etablierten Parteien und Massenmedien aufgegriffen wird, nutzen, um sich – Hand in Hand mit den Blockparteien – über steigenden Antisemitismus zu empören.“¹³

Überdies sehen einige Neonazis die grundsätzliche Positionierung der AfD hinsichtlich der Sozial- und Wirtschaftspolitik als relevante ideologische Konfliktlinie an. Demnach sei die AfD seit ihrer Gründung neoliberal bzw. kapitalistisch geprägt. Dagegen vertritt das neonazistische Spektrum, sofern es diese Frage aufgreift, oftmals die Idee eines „völkischen Sozialismus“ bzw. eines „nationalen Sozialismus“. Dabei kombiniert sie Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen der poli-

¹¹ Vgl. Ronny Zasowk, Man kann Israel kritisieren und gleichzeitig die Islamisierung Deutschlands ablehnen (23. Januar 2017), in: www.deutsche-stimme.de (gelesen am 6. Juni 2018).

¹² Der Dortmunder Kreisverband ist das Gravitationszentrum der Partei „Die Rechte“ und prägt die Agenda der Gesamtpartei maßgeblich. Vgl. Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017 (Vorab-Textfassung), Düsseldorf 2018, S. 33-36.

¹³ Dortmundecho, Anbieterung: AfD-Ratsfraktion thematisiert „ausländischen“ Antisemitismus (10. September 2017), in: Dortmundecho.org (gelesen am 6. Juni 2018).

tischen Linken mit völkischem bzw. nationalistischem Gedankengut. Ein solcher ideologischer Konflikt zeigt sich in einem Beitrag der Partei „Der III. Weg“, in der sie neben Äußerungen der AfD zu Einwanderung und Israel die Wirtschaftspolitik als drittes Konfliktfeld benennt und damit ihre strikte Ablehnung der AfD begründet: „Jedem muss klar sein, dass eine Partei, die weiterhin für Zuwanderung einsteht, in vorausseilendem Gehorsam eine prozionistische Einstellung demonstriert und sich offen kapitalistisch positioniert, keine volkstreue Partei sein kann. Eine Alternative zu diesem System, und damit für Deutschland, ist diese Partei nicht!“¹⁴

3. Enttäuschung

Einige rechtsextremistische Akteure verbanden zunächst mit der AfD positive Erwartungen, sind aber mittlerweile durch das konkrete Handeln der Partei enttäuscht. Im Vergleich zum Wahrnehmungsmuster von prinzipiellen Differenzen und der daraus resultierenden Abgrenzung wäre hier eine Änderung der Wahrnehmung der AfD möglich, sofern die Partei künftig im Sinne der ursprünglichen Erwartungen der Rechtsextremisten agiert.

Die Enttäuschung bezieht sich auf zwei Ebenen: Auf der ersten Ebene geht es um Ideologie und Inhalte. So gingen einige Rechtsextremisten davon aus, dass man zumindest hinsichtlich der nationalistischen und fremdenfeindlichen Positionen mit der AfD übereinstimmt und letztere diese in konkrete Politik umsetzt. Inzwischen mehren sich Äußerungen von Rechtsextremisten, in denen sie ihrer Enttäuschung Ausdruck verleihen, dass die AfD nicht die Inhalte umsetzt, welche man sich erhofft hatte. Pro NRW bezieht seine Kritik vor allem auf die Asylpolitik der AfD in den Kommunen und veröffentlichte im November 2016 einen Beitrag unter dem Titel „Mogelpackung NRW-AfD!“. Darin behauptet sie über die AfD: „In den NRW-Kommunal-

¹⁴ III: Weg, Linksextremist Tobias-Raphael Bezler quatscht in Schweinfurt – Nationale Aktivisten waren vor Ort (13. Mai 2017), in: der-dritte-weg-info (gelesen am 6. Juni 2018).

parlamenten fällt die Partei kaum auf und hat auch in vielen Kommunen die verhängnisvolle Asylpolitik mit durchgewunken.“¹⁵

Auch die NPD in Sachsen kritisiert die Asylpolitik von AfD-Landtagspolitikern und deren aus NPD-Sicht nicht systemfeindlichen Kurs. Die rechtsextremistische Partei kommt deshalb zu dem Ergebnis: „Die Selbstentzauberung der AfD als pseudo-patriotische Anpasser-Partei findet in Sachsen auf vielen politischen Ebenen statt.“¹⁶

In einem ähnlichen Tenor berichtet der Dortmunder Kreisverband der Partei „Die Rechte“ im Oktober 2015 über die Erfahrungen mit der AfD nach einem Jahr im Dortmunder Stadtrat: „Durch die AfD wurden in der Vergangenheit diverse Beschlüsse mitgetragen, welche die Errichtung von Asylheimen in Dortmund ermöglichten – ohne ein einziges kritisches Wort und als Abnicker kaum von den übrigen Ratsparteien der Etablierten zu unterscheiden.“¹⁷ Zugleich betonen die Rechtsextremisten aber, dass ihre Enttäuschung sich nur konkret auf die Dortmunder AfD-Stadtratsfraktion bezieht, während man die Politik der AfD in Thüringen positiv sehe.¹⁸

Die zweite Ebene der Enttäuschung bezieht sich auf nicht realisierte taktische Optionen, die manche in der rechtsextremistischen Szene vom Erfolg der AfD erhofften. Denn bislang schlägt die AfD Kooperationsangebote aus und nimmt bei vielen Gelegenheiten ostentativ eine Abgrenzung von Rechtsextremisten vor. Der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern beklagt sich etwa darüber, dass ein AfD-Landtagsabgeordneter dafür stimmte, die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen: „Spätestens seit er im Landtag dafür stimmte, dass der NPD die Wahlkampfkostenerstattung verwehrt werden soll, kann der Rechtsprofessor Ralph Weber nicht mehr als anständiger Nationalist gelten. Er gehört zu den politischen

¹⁵ Pro NRW, Mogelpackung NRW-AfD! (28. November 2016), in: pro.nrw.net (gelesen am 6. Juni 2018).

¹⁶ NPD Sachsen, Sächsische AfD-Abgeordnete ruft zu Boykott einer asylkritischen Kundgebung und zur Teilnahme an Pro-Asyl-Lichterkette auf! (15. März 2016), in: npd-sachsen.de (gelesen am 6. Juni 2018).

¹⁷ Dortmundecho, Quo vadis, AfD: In Dortmund auf dem Holzweg?! (4. Oktober 2015), in: www.dortmundecho.org (gelesen am 6. Juni 2018).

¹⁸ Vgl. ebd.

Heuchlern, die die NPD zwar in vieler Hinsicht nachahmen, sich aber gleichzeitig bei den Etablierten einschleimen.“¹⁹

Auch Pro NRW ist von den Abgrenzungsbemühungen der AfD enttäuscht. Trotz vermeintlicher politischer Gemeinsamkeiten in ihren Hauptthemen schlägt die AfD eine Zusammenarbeit mit Pro NRW aus und unterscheidet sich damit nicht von den etablierten Parteien. Die rechtsextremistische Partei schrieb in einem Beitrag unter dem Titel „AfD keine Alternative für Deutschland!“ am 28. Juni 2017: „Offensichtlich hat die AfD große Angst vor Patrioten, die schon lange vor ihr gegen Überfremdung, schleichende Islamisierung und für Recht und Ordnung auf die Straße gegangen sind. Der Umgang der AfD mit Patrioten unterscheidet sich in keiner Weise vom Umgang der Altparteien mit rechten und islamkritischen Parteien und Bürgerbewegungen.“²⁰

4. Konkurrenz

Vor allem im rechtsextremistischen Parteienspektrum wird die AfD als Konkurrenz wahrgenommen, die das eigene Wählerpotenzial abspenstig mache. Nach den für die NPD enttäuschend verlaufenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin im Jahr 2016 schrieb der NPD-Parteivorsitzende Frank Franz: „Die Medien waren im Grunde pausenlos damit beschäftigt, dem Wähler zu suggerieren, dass sie eine erfolgreiche NPD wählen können, indem sie ihr Kreuz bei der AfD machen.“²¹

Die Wahrnehmung der AfD durch die NPD als Konkurrenten hat im Zuge des Bundestagswahlkampfes zugenommen. So schrieb die NPD in ihrer Analyse zur Bundestagswahl: „Die Hauptkonkurrenten der

¹⁹ NPD-Landesverband von Mecklenburg Vorpommern, Trotz Anbiederung und Anpasserei - AfD-Rechtsprofessor fliegt aus dem Hotelzimmer (11. Juni 2018), in: www.npd-mv.de (gelesen am 6. Juni 2018). Vgl. auch die Stellungnahme des Bundesverbandes der NPD mit ähnlichem Tenor: Ronny Zasowk, Für ein kleines Stückchen vom Kuchen opfert die NPD die Meinungsfreiheit (26. Januar 2018), in: npd.de (gelesen am 6. Juni 2018).

²⁰ Pro NRW, AfD keine Alternative für Deutschland! (28. Juni 2017), in: pro-nrw.net (gelesen am 6. Juni 2018).

²¹ Deutsche Stimme TV 27-16 (07. Oktober 2016), <https://www.youtube.com/watch?v=W8IRMJm6u5M> (gelesen am 6. Juni 2018).

NPD im Kampf um Wählerstimmen sind die AfD und die Linke, was die gestrige Bundestagswahl deutlich vor Augen geführt hat. ... Seitens der Nationaldemokraten muss vor allem auf die AfD Druck ausgeübt werden, indem wir konsequent unsere unverhandelbaren Positionen präsentieren, damit diese gezwungen ist, das Meinungsspektrum in unserem Sinne zu erweitern oder aber sich von echten nationalen Ansichten zu distanzieren. Wir müssen die selbsternannte Alternative vor uns hertreiben!²²

Ebenso betrachtet Pro NRW den Erfolg der AfD als existenzielle Bedrohung. Auf diese reagiert man dahingehend, dass die Rechtsextremisten sich als die bessere Alternative darstellen möchten, während man der Konkurrenzpartei die Glaubwürdigkeit abspricht. So räsionierte nach der Bundestagswahl der Landesgeschäftsführer von Pro NRW, Thorsten Crämer, im Dezember 2017 folgendermaßen über die Konkurrenzsituation: „Die Frage muß also gestellt werden, ob man entweder bereit ist, widerspruchslos die AfD als alleinseligmachende Stimme des patriotischen Deutschlands zu akzeptieren und als Konsequenz daraus eigene Aktivitäten einzustellen ... oder ob man doch noch gewillt ist, mehr auf die größere Erfahrung, Vertrauenswürdigkeit und patriotische Bewährung zu vertrauen, die alle jene Aktivisten mitbringen, die schon das herrschende Überfremdungs- und Deutschlandabschaffersystem der etablierten Parteien bekämpft haben, als weite Teile des AfD-Personals noch diesen Parteien zujubelten oder sogar in diesen Mitglied waren.“²³

5. Türöffnerfunktion

Die NPD nahm die AfD allerdings nicht von Anfang an als Konkurrenz wahr. Vielmehr erhoffte der NPD-Parteivorsitzende Frank Franz sich noch 2013, dass die AfD eine „Türöffnerfunktion“ für die eigene politische Agenda erfüllen würde, begrüßte ihr Auftreten und erhoffte sich bessere Chancen bei der anstehenden Bundestagswahl: „Die NPD

²² NPD-Parteipräsidium, Erklärung des NPD-Parteipräsidiums zum Ausgang der Bundestagswahl (25.09.2017), in: npd.de (gelesen am 6. Juni 2018).

²³ Thorsten Crämer, Selbstaufgabe oder Neuaufstellung? – Zur Lage der politischen Rechten nach der Bundestagswahl (16. Dezember 2017), in: pro.nrw.net (gelesen am 6. Juni 2018).

verfolgt die wohlwollende Berichterstattung über die ‚Alternative für Deutschland‘ deshalb ebenfalls wohlwollend. Die Kritik am Umverteilungs- und Fremdbestimmungsregime der EU wird durch Lucke und Co. aus der politischen Quarantäne-Ecke geholt und auf dem Marktplatz der Massenmedien diskutiert. Damit kommt dieser Protest-Formation – natürlich ungewollt – eine Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die viel weitergehende EU-Kritik der NPD zu. Wenn die Kritik an Euro-Rettung und Zahlmeister-Rolle Deutschlands erst einmal den Bundestagswahlkampf bestimmt, ist für die NPD am 22. September alles drin.²⁴

Angesichts der eigenen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2017 spielte dieses Wahrnehmungsmuster in der Wahlanalyse der NPD keine Rolle. Allerdings griffen die Rechtsextremisten es nach den Kommunalwahlen im April 2018 in Thüringen wieder auf. Demnach würde die AfD die Ideen der NPD popularisieren, den Diskurs nach „rechts“ verschieben und damit auch elektorale Erfolge der NPD ermöglichen: „Davon profitiert auch die NPD. Man kann nicht die nationale Ideologie enttabuisieren und für akzeptabel erklären, solange sie von der AfD kommt, aber die NPD weiterhin ausgrenzen wollen. Das funktioniert nicht. Überall, wo die AfD nicht oder mit schwachen Kandidaten antritt, können bekannte und aktive NPD-Kandidaten jetzt sehr gute Wahlergebnisse erzielen.“²⁵

Auch in Teilen des neonazistischen Spektrums hoffen einige Akteure trotz des Betonens von ideologischen Unterschieden, dass die Erfolge der AfD auch positive Effekte für ihr politisches Lager zeitigen. In dem rechtsextremistischen Blog „Gegenstrom“, ein Strategie- und Theorieorgan der Szene, schrieb ein Autor der AfD die Funktion eines „Türöffners“ für Neonazis zu. Er äußerte die Hoffnung, dass der Einzug der AfD in den Bundestag „zur Resonanzraumerweiterung der möglichen Meinungen, des Sagbaren führen kann. ... Wir sind also nicht mehr länger nur Getriebene, sondern treiben die anderen vor uns

²⁴ Frank Franz, NPD über die „Alternative für Deutschland“: Wichtige Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die nationaldemokratische Euro- und EU-Kritik (09. April 2013), <https://www.facebook.com/ff.frankfranz/posts/572362196122272> (gelesen am 6. Juni 2018).

²⁵ NPD Mecklenburg-Vorpommern, Beachtliche NPD-Erfolge in Thüringen! (17. April 2018), in: www.npd-mv.de (gelesen am 6. Juni 2018).

her. Letztlich führt die Resonanzraumerweiterung dazu, dass auch die extreme Rechte eine bessere Ausgangsposition hat als es noch vor dem Auftreten der AfD der Fall war. ... Die konservativen Rechten öffnen die Türen, durch die die revolutionären Rechten nur noch durchgehen müssen.²⁶

Eine vergleichbare Funktion schreibt die Partei „Der III. Weg“ in ihrer Analyse der Bundestagswahl 2017 der AfD zu: „Auf jeden Fall wurde heute ein Tabu gebrochen und erstmalig aus Sicht der Medien sowie der etablierten Parteien eine 'rechtsradikale' Partei in den Bundestag gewählt. Für fundamentale nationalrevolutionäre Politik ist somit das Eis dank der AfD gebrochen und es besteht noch Hoffnung auf einen Systemwechsel.“²⁷ Insofern betrachtet diese neonazistische Partei die AfD nicht als Konkurrenz. In deren Sichtweise trägt die AfD zu einer Enttabuisierung rechtsextremistischer Positionen bei, wovon letztlich auch eine neonazistische Partei wie „Der III. Weg“ profitieren würde.

Ähnlich sieht es der Landesverband Baden-Württemberg der Partei „Die Rechte“. Er glaubt, dass die AfD die Bürger zunächst von den demokratischen Parteien wegführe. Da die AfD ihre Wähler aber unweigerlich enttäuschen werde, stehe dann „Die Rechte“ als eigentliche Alternative bereit. „Wenn die Wähler nach der nächsten Legislaturperiode erkennen, daß auch die AfD eine Partei ist, die treu die Systemlinie hält, dann wird dies den Wähler wieder enttäuschen, da er Hoffnung in diese ‚Alternative‘ gesetzt hat. Ein Zurück zu den etablierten Demokraten wird es dann aber auch nicht mehr geben. Dann ist die Zeit reif, daß auch die Bürger sich endlich mit der Systemfrage auseinandersetzen. Und wenn diese Zeit kommt, dann werden wir die Antworten darauf haben ...“²⁸. Insofern kommt der AfD aus Sicht von „Die Rechte“ die wichtige Funktion zu, eine Distanzierung der Bürger

²⁶ Peter Steinborn, Die deutsche Rechte auf dem Vormarsch: Vom Teufel, Fische fangen und Entwicklungen (23. Oktober 2017), in: gegenstrom.org (gelesen am 6. Juni 2018).

²⁷ Der III. Weg, Bundestagswahl: Volks(-feindliche)parteien verlieren, AfD triumphiert (24. September 2017), in: der-dritte-weg.info (gelesen am 6. Juni 2018).

²⁸ Die Rechte Baden-Württemberg, Kommentar zum Wahlsieg von Donald Trump (17. November 2016), in: die-rechte.vom (gelesen am 6. Juni 2018).

vom demokratischen System zu fördern, woran die politische Arbeit der neonazistischen Partei dann anknüpfen kann.

6. Unterstützung

Verschiedene rechtsextremistische Akteure befürworteten die Politik der AfD weitgehend und wollen die Partei deshalb unterstützen. Bereits im Juni 2016 veröffentlichte die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) eine Stellungnahme zum Verhältnis zur AfD. Der Anlass war, dass einige AfD-Politiker sich öffentlich von ihr distanziert hatten. Die IBD betonte daraufhin ihre politische Nähe zur AfD: „Parteiinterne Zwistigkeiten sollten nicht auf dem Rücken anderer Organisationen ausgetragen werden, die zwar eigenständige Akteure des politischen Spektrums sind, sich aber in der Sache im gleichen Lager verorten und einer patriotischen Alternative stets wohlgesonnen waren.“²⁹

Weiterhin wies die IBD darauf hin, dass sie sich weder in Konkurrenz zur AfD sehe, noch von dieser abgrenze. Stattdessen ergänze man sich. Während die AfD auf die parteipolitische Arbeit, insbesondere auf die Parlamentsarbeit, konzentriert sei, widme sich die IBD der metapolitischen Arbeit. Jedoch strebe man „keine tiefe organisatorische Zusammenarbeit an“³⁰.

Obschon es weiterhin keine „tiefe organisatorische Zusammenarbeit“ gibt, rief im Bundestagswahlkampf die IB deutlich zur Unterstützung der AfD auf. Der Co-Leiter der „Identitären Bewegung Österreich“, Martin Sellner, der auch großen Einfluss auf die IBD besitzt, erläuterte im September 2017 auf seinem YouTube-Kanal, wie die IBD die AfD unterstützen solle. Andere Politiker versuchten die AfD zur „Schmuddelpartei“ zu machen, die „man öffentlich nicht wählen möchte“. Dagegen solle die IB vorgehen: „Das alles, und das ist die Kernbotschaft dieses Videos und die Aufforderung, geht aber nur, wenn wir mehr machen als unsere Stimme abzugeben und wenn wir alle erkennen, dass wir Metapolitiker sind, und in der Metapolitik ak-

²⁹ Identitäre Bewegung Deutschland e. V., Stellungnahme der IBD zur verlautbarten Abgrenzung seitens der AfD (23. Juni 2016), www.identitaere-bewegung.de (gelesen am 6. Juni 2018).

³⁰ Ebd.

tiv werden.“³¹ Mit Metapolitik meint Sellner die öffentlichen Debatten über Politik. Die IBD solle demnach versuchen, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, um die AfD und ihre Anliegen positiv darzustellen.

Als sich im November 2017 die Partei „Pro Deutschland“ in Wuppertal auflöste, äußerte sie, ihre Aktivitäten zugunsten der AfD einzustellen. Sie erklärte das folgendermaßen: „Alle relevanten parteipolitischen Entscheidungen des freiheitlichen Spektrums fallen künftig innerhalb der AfD. Deshalb gilt es, die AfD stark zu machen, statt sie durch Konkurrenz kandidaturen bei Wahlen zu schwächen.“³² Dies begründete „Pro Deutschland“ auch mit der politischen Entwicklung der AfD, die seit dem Kölner Parteitag im April 2017 gefestigt sei. Deshalb forderte die rechtsextremistische Partei ihre Mitglieder auf, sich künftig in der AfD zu engagieren: „Unser Ziel ist und bleibt die freiheitliche Erneuerung Deutschlands. Dieses Ziel werden wir künftig in der AfD weiterfolgen.“³³ Allerdings hat die AfD in ihrer Satzung geregelt, dass man nicht Mitglied der Partei werden könne, solange man einer extremistischen Organisation angehört. Wenn man in der Vergangenheit Mitglied einer extremistischen Organisation war, kann man nur nach einer Einzelfallprüfung Mitglied der AfD werden, sofern sich der zuständige Landesvorstand mit einer Zweidrittelmehrheit für die Aufnahme entscheidet.³⁴ Insgesamt zeigen die Bestimmungen, dass die Partei auf der Ebene ihrer Regularien versucht, Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund aus der Partei herauszuhalten. Wie

³¹ Martin Sellner, Warum die AfD schon gewonnen hat (19. September 2017), in: <https://www.youtube.com/watch?v=z8TcgzeTH8E> (gesehen am 20. September 2017).

³² Pro Deutschland, Pro Deutschland hat sich aufgelöst (12. November 2017), www.pro-deutschland.de (gelesen am 13. November 2017).

³³ Ebd.

³⁴ AfD, Bundessatzung vom 29. November 2015, mit Änderungen vom 2. Dezember 2017, § 2, Abs. 4 und 5. Welche Organisationen als extremistisch gelten, beschließt der Vorstand der AfD und teilt es den Parteigliederungen in einer Unvereinbarkeitsliste mit. In der Unvereinbarkeitsliste vom 17. April 2015 führt die AfD sämtliche Organisationen auf, die die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder als extremistisch einstufen. Vgl. Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft, Stand 22. Februar 2017, in: afdkompakt.de. (gelesen am 6. Juni 2018).

konsequent die AfD diese Regeln in der Praxis anwendet, kann allerdings nicht beurteilt werden.³⁵

Im Zusammenhang mit der Auflösung von „Pro Deutschland“ veröffentlichte „Pro Köln“ am 12. November 2017 eine Erklärung. In dieser bekundete sie, die AfD wegen gemeinsamer politischer Inhalte zu unterstützen, indem die rechtsextremistische Organisation ihrer Anhängerschaft bei Landtags- und Bundestagswahlen empfehle, die AfD zu wählen: „PRO KÖLN selbst hatte schon vor der letzten Landtags- und Bundestagswahl intern zur Wahl der AfD aufgerufen. Denn die von PRO KÖLN und Pro Deutschland vor über 10 Jahren ins Leben gerufene politische Islamkritik wird heute auf großer Bühne zweifellos am effektivsten durch die AfD vertreten.“³⁶ Dieser Schritt ist insofern im Lichte der Geschichte von „Pro Köln“ plausibel, da sich der Verein einerseits fortwährend vom Vorwurf des Rechtsextremismus zu distanzieren versuchte und andererseits im bürgerlichen Erscheinungsbild Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft gegenüber Muslimen schürte.³⁷

Der Kreisverband OWL der Partei „Die Rechte“ sieht im Nationalismus eine Gemeinsamkeit mit der AfD und beschloss auf seiner Jahreshauptversammlung am 13. Januar 2017 „alle nationalen Strömungen in Ostwestfalen-Lippe im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Bereits in der Vergangenheit gab es eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE RECHTE sowie freien Nationalisten, der NPD und einzelnen konstruktiven AfD-Mitgliedern. Die-

³⁵ Autoren der Wochenzeitung „Die Zeit“ haben zu den Mitarbeitern der AfD-Bundestagsfraktion recherchiert und 27 Mitarbeiter als Aktivisten und Anhänger „rechtsradikaler“ Organisationen ausgemacht. Mit dem Rechtsradikalismusbegriff vertreten die Autoren ein weiteres Verständnis als der Verfassungsschutz mit dem von ihm verwendeten Rechtsextremismusbegriff. Die Namensliste der betreffenden Mitarbeiter wurde nicht veröffentlicht, sondern nur einige beispielhafte Fälle. Insofern ist eine Überprüfung der Angaben nicht möglich. Vgl. Kai Biermann/ Astrid Geisler/ Johannes Radke/ Tilman Steffen, AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde (21. März 2018), in: www.zeit.de (gelesen am 6. Juni 2018).

³⁶ Pro Köln, PRO KÖLN zur Auflösung der Partei Pro Deutschland (12. November 2017), in: www.koeln-unzensiert.de (gelesen 14. November 2017).

³⁷ Vgl. Christoph Busch, Rheinischer Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53, Nr. 9/2008, S. 17-20.

se Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen, damit alle Nationalisten an einem Strang ziehen und unser Deutschland eine Zukunft hat.“³⁸ Ob der Kreisverband OWL der Partei „Die Rechte“ tatsächlich mit einzelnen AfD-Abgeordneten kooperiert hat, ist nicht bekannt. Jedoch hat der Versammlungsleiter einer AfD-Kundgebung am 4. Dezember 2015 in Salzkotten gegenüber dem damaligen Kreisvorsitzenden vom Kreisverband OWL der Partei „Die Rechte“, Sascha Krolzig, erklärt, dass er keine Mitglieder der rechtsextremistischen Partei als Teilnehmer an seiner Kundgebung haben möchte.³⁹

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Aus dem Blickwinkel der rechtsextremistischen Parteien macht die AfD ihnen die Wähler abspenstig und verringert damit deren Chancen, in Parlamente einzuziehen und die prozentualen Hürden zu überspringen, um an der staatlichen Parteienfinanzierung zu partizipieren. Insofern ist die Wahrnehmung im rechtsextremistischen Parteienlager naheliegend, die AfD als unliebsame Konkurrenz zu sehen. Darüber hinaus zeigen sich im rechtsextremistischen Diskurs über die AfD zwei Entwicklungsstränge der Szene:

Der eine Entwicklungsstrang ist eine Radikalisierung von einigen rechtsextremistischen Akteuren. Während der Hochzeit der gesellschaftlichen Diskussion über die Flüchtlingspolitik war im Rechtsextremismus die Auffassung verbreitet, dass fremden- und islamfeindliche Argumentationsmuster auch außerhalb der Szene Fuß fassen und davon auch rechtsextremistische Organisationen profitieren und beispielsweise neue Mitglieder gewinnen können. Ein Teil im Rechtsextremismus, vor allem der neonazistisch geprägte, realisiert inzwischen, dass man bislang nur in geringem Maße von der Flüchtlingsdiskussion profitierten konnte. Als Reaktion interessiert man sich inzwischen weniger dafür, die Mitte der Gesellschaft von rechtsextremistischen Positionen zu überzeugen. Stattdessen möchten die Gemeinten vor al-

³⁸ Die Rechte OWL, Bericht zur Jahreshauptversammlung von DIE RECHTE OWL (14. Januar 2017), in: die-rechte.com (gelesen am 6. Juni 2017).

³⁹ Hans-Hermann Higgs/Marco Schreiber, Neonazi-Aktivist will gegen Ausschluss von AfD-Demo in Salzkotten klagen (7. Dezember 2015), in: www.nw.de (gelesen am 6. Juni 2018).

lem die ohnehin überzeugten Rechtsextremisten bestärken und mobilisieren, um in einer verschärften Konfliktsituation handlungsfähig zu sein. Dieses radikalisierte Spektrum steht der AfD ablehnend gegenüber. Denn eine eindeutige Positionierung gegen die liberale Demokratie finden diese Rechtsextremisten nicht bei der AfD wieder. Die Ursachen der Diskrepanz sieht das radikalisierte rechtsextremistische Spektrum zum Teil in divergierenden ideologischen Überzeugungen, zum Teil in der politischen Praxis der AfD, die in mancher Hinsicht rechtsextremistischen Positionen widerspreche. Die Abgrenzungsbemühungen der AfD zum nationalsozialistisch geprägten Rechtsextremismus bestätigen der Szene, dass die AfD ein Teil des verhassten demokratischen Systems sei. Nicht zuletzt gibt es ein Misstrauen in der rechtsextremistischen Szene, dass AfD-Politiker sich nicht aus Überzeugung fremdenfeindlich oder nationalistisch äußern würden, sondern lediglich aus taktischen Erwägungen.

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die öffentliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach „rechts“ zu verschieben und anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte eine Erosion der Abgrenzung vorantreiben und den Rechtsextremismus entgrenzen.⁴⁰ So hoffen einige Akteure, dass die Erfolge der AfD auch positive Effekte für den Rechtsextremismus zeitigen. Sie schreiben der Partei eine „Türöffnerfunktion“ zu, weil die AfD die Grenzen des Sagbaren verschiebe und damit auch rechtsextremistische Positionen salonfähig mache. Deshalb will insbesondere die IBD die Partei im metapolitischen Feld unterstützen und entsprechend auf politische Diskurse einwirken. Pro Deutschland und Pro Köln hingegen agieren parteipolitisch und rufen ihre Anhänger zur Mitgliedschaft und Wahl der AfD auf, um ihre rechtsextremistische politische Agenda nunmehr in dieser erfolgversprechenderen Partei einzubringen und auch um den eigene Misserfolg zu kaschieren.

Wie sich die rechtsextremistischen Akteure künftig zur AfD positionieren werden, ist nur schwer zu prognostizieren. Denn einerseits hat sich die AfD in den wenigen Jahren ihrer Existenz in ihrer politischen

⁴⁰ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das 2016, Düsseldorf 2017, S. 40-47.

Ausrichtung stark verändert und andererseits verliert das Thema der Flüchtlingspolitik an öffentlicher Bedeutung. Vor allem wird die weitere Entwicklung aber davon abhängen, wie sich die AfD künftig zu rechtsextremistischen Akteuren und Inhalten positioniert und ob sie sich aktiv den Versuchen entgegenstellt, den Rechtsextremismus weiter zu entgrenzen.